

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

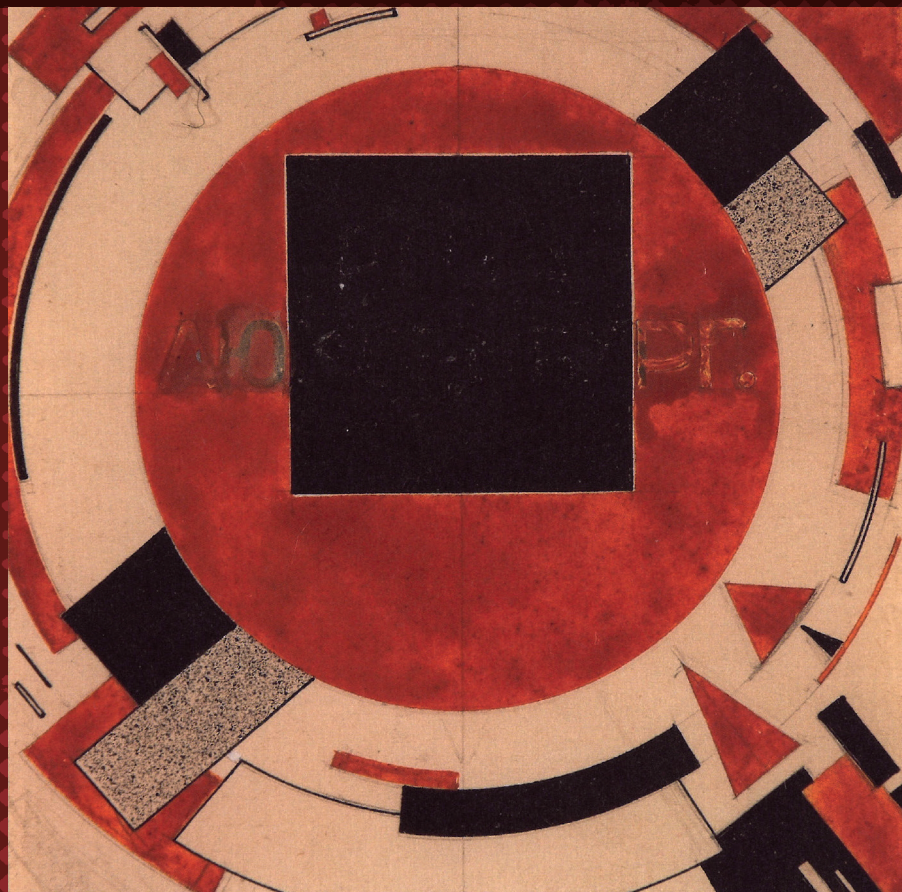
In Zusammenarbeit mit:

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Otto
Brenner
Stiftung

Flucht ins Autoritäre

Rechtsextreme Dynamiken
in der Mitte der Gesellschaft



Psychosozial-Verlag

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)
Flucht ins Autoritäre

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Forschung Psychosozial

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Flucht ins Autoritäre

Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018

Mit Beiträgen von Dirk Baier, Marie Christine Bergmann,
Elmar Brähler, Oliver Decker, Barbara Handke, Johannes Kiess,
Sören Kliem, Felix Korsch, Dani Kranz, Yvonne Krieg,
Dominic Kudlacek, Gert Pickel, Daniel Poensgen, Julia Schuler,
Benjamin Steinitz und Alexander Yendell

Psychosozial-Verlag

Die Veröffentlichung der Leipziger Autoritarismus-Studie
erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und der Otto Brenner Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 Psychosozial-Verlag, Gießen
E-Mail: info@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung
des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: El Lissitzky, *Untitled*
(Sketch for Rosa Luxemburg's Memorial), 1919–1921
Umschlaggestaltung nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar
www.imaginary-world.de

Lektorat: Barbara Handke, Leipzig
www.centralbuero.de

Satz: Barbara Brendel, Leipzig
ISBN 978-3-8379-2820-4 (Print)
ISBN 978-3-8379-7461-4 (E-Book-PDF)

Inhalt

Vorwort der beteiligten Stiftungen	7
Vorwort der Herausgeber	9
Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft 2018	
1. Flucht ins Autoritäre <i>Oliver Decker</i>	15
2. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf <i>Oliver Decker, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke & Elmar Brähler</i>	65
3. Das autoritäre Syndrom heute <i>Oliver Decker, Julia Schuler & Elmar Brähler</i>	117
4. Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit <i>Oliver Decker, Alexander Yendell & Elmar Brähler</i>	157
5. Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen <i>Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler</i>	179
6. Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl <i>Gert Pickel & Alexander Yendell</i>	217

Zum Stand der Zivilgesellschaft

7. Ein Plädoyer für den Alloismus: Historische Kontinuitäten, Zeitgeist und transkultureller Antisemitismus <i>Dani Kranz</i>	245
8. Pegida und Gewalt: Das Beispiel der »Freien Kameradschaft Dresden« <i>Felix Korsch</i>	267
9. Dynamiken des Antisemitismus: Erkenntnisse aus dem zivilgesellschaftlichen Monitoring RIAS Berlin <i>Daniel Poensgen & Benjamin Steinitz</i>	287
10. Zur Prävalenz rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung aus Niedersachsen <i>Sören Kliem, Yvonne Krieg, Dominic Kudlacek, Dirk Baier & Marie Christine Bergmann</i>	307
Liste aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2016	323
Autorinnen und Autoren	325

Vorwort der beteiligten Stiftungen

Die Leipziger Studien zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland werden seit 2002 durchgeführt. Alle zwei Jahre finden Repräsentativerhebungen statt; nunmehr liegt mit der *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* die neunte Erhebung vor. Mit dieser erfolgreichen Reihe von Studien steht der Öffentlichkeit eine Langzeitbeobachtung zur Verfügung, die insbesondere autoritäre und rechtsextreme Einstellungen im Zeitverlauf abbildet. Die aktuelle Untersuchung vertieft und erweitert die bisherigen Analysen.

Ein Ergebnis der Untersuchung ist, dass nach wie vor rechtsextreme und autoritäre Einstellungen große Zustimmung erfahren. Am deutlichsten wird dies in der Dimension »Ausländerfeindlichkeit«. Nachdem diese in den letzten Jahren zurückging, vertritt heute (wieder) fast jeder Dritte ausländerfeindliche Positionen. Die aktuelle Studie zeigt außerdem, dass bis zu einem Drittel der Befragten antisemitischen Aussagen zumindest teilweise zustimmen – ein Beleg dafür, dass sich antisemitische Denkmuster nach wie vor in relevanten Größenordnungen bewegen.

Eine zentrale Herausforderung sehen wir außerdem in diesem Befund: Einerseits ist erfreulich, dass die Zustimmung zur »Demokratie als Idee« und zur verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung hoch und die grundsätzliche Ablehnung demokratischer Prinzipien gering ausfällt. Andererseits muss aber zu denken geben, dass mit der tatsächlichen Praxis der Demokratie nur etwa die Hälfte der Befragten zufrieden ist. Dieses Ergebnis muss weiter analysiert und öffentlich debattiert werden. Wird hier fehlende Teilhabe als Bürgerinnen und Bürger beklagt oder handelt es sich um autoritäre Kritik? Unser Ziel bleibt es weiterhin, jene Kräfte zu

stärken, die die Förderung von demokratischem Engagement, demokratischen Institutionen und sozialer Teilhabe als gemeinsame, notwendige Aufgabe betrachten – auch wenn sich ihre spezifischen politischen Positionen unterscheiden.

Die aktuelle Studie wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung unterstützt. Mit ihr wird die bis 2016 unter dem Titel *Leipziger »Mitte«-Studie* bekannt gewordene Reihe unter neuem Namen fortgesetzt, der Titel »Mitte-Studie« wird zukünftig für die Studienreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung verwendet. Mit dem neuen Reihentitel *Leipziger Autoritarismus-Studie* geht dabei eine inhaltliche Fokussierung einher, die die autoritären Einstellungen der Befragten stärker als zuvor in den Blick nimmt.

Die Leipziger Studien liefern wertvolles analytisches Material zur Überprüfung und Weiterentwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Wichtig ist dies nicht zuletzt mit Blick auf die seit Veröffentlichung der vorhergehenden Studie im Jahre 2016 weiterhin hohe Zahl rechtsextremer und rassistischer Übergriffe und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Polarisierungen. Wir hoffen, dass die Studie eine informierte Diskussion ermöglicht und einen wichtigen Beitrag zur Belebung der gesellschaftspolitischen Debatte liefert.

Heinrich-Böll-Stiftung

Otto Brenner Stiftung

Berlin und Frankfurt am Main im Oktober 2018

Vorwort der Herausgeber

Die *Leipziger »Mitte«-Studien* – über ein Jahrzehnt hatte sich dieser Name für unsere Studienreihe etabliert. Ab diesem Jahr wird sie als *Leipziger Autoritarismus-Studie* fortgesetzt. Wenn wir einen so prägenden und einprägsamen Titel ändern, hat das gewichtige Gründe. Der »Mitte«-Begriff hat derzeit Konjunktur. Für uns hatte er seine volle Berechtigung, als es darum ging, das antidemokratische Potenzial in allen Teilen der Gesellschaft sichtbar zu machen. Zu verlockend war immer die Eigenlogik des Extremismus-Begriffs: Er verbindet sich mit der Hoffnung, die Gefahr ginge von den gesellschaftlichen Rändern aus, die Mitte dagegen sei der Schutzraum für die Demokratie. Das war nie richtig. Die Verbreitung extrem-rechter und autoritärer Einstellungen wurde mit dem »Mitte«-Begriff auf den Punkt gebracht: Das gesellschaftliche Zentrum selbst ist von der antidemokratischen Dynamik betroffen. Analytisch stark aber war der »Mitte«-Begriff nicht, und in Zeiten zunehmender Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft (vgl. *Die enthemmte Mitte*, 2016) braucht es keine Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler mehr, die extra Warnhinweise für ein Problem aufstellen, das mittlerweile offen zutage liegt.

Doch mit zunehmender Dringlichkeit stellt sich die Frage nach den Ursachen. Eine oft gegebene Antwort lautet, es ginge um Ängste, besonders um Abstiegsängste, die Menschen für populistische Verführungen anfällig machen. Die Bedeutung der Ökonomie für die demokratische Gesellschaft könne nicht überschätzt werden, heißt es. Entlassen aus den sozialen Sicherungssystemen, flexibilisiert zum unternehmerischen Selbst, dem Markt ausgeliefert und in Sorge um ihren sozialen Status seien die Menschen empfänglich geworden für autoritäre Verführungen. Diese Ar-

gumentation hat ihre Berechtigung, und ganz falsch ist sie nicht. Oft wird dabei aber zweierlei aus dem Blick verloren: die historische Tiefe und die Komplizenschaft, die die Menschen mit der Herrschaft eingehen und unter deren Druck sie gleichzeitig leiden. Die Gesellschaft wird von einer autoritären Dynamik beherrscht, die das Einverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger hat. Und diese Dynamik, so unsere These, bringt die rechts-extreme Einstellung hervor. Der populistische Agitator verführt seine Zuhörer nicht, er greift vielmehr in fast schlafwandlerischer Sicherheit deren Bedürfnisse auf. Autoritarismus ist jene Form von Herrschaft, die neben Freiwilligkeit auch einen eigenen Antrieb zur Unterwerfung voraussetzt. Blicken wir auf die autoritäre Dynamik, sehen wir also nicht nur, dass sich Menschen für den Markt optimieren *sollen*, sondern auch, warum sie es selbst *wollen*. Das hat etwas mit dem Widerspruch der Gesellschaft selbst zu tun, denn sie ist weniger säkularisiert, als sie sich darstellt. So ist es kein Zufall, dass Judenhass und Muslimfeindschaft in ihr eine so zentrale Rolle spielen. Und mit Rationalität hat das Handeln der Menschen wenig zu tun, denn auch mit der gesellschaftlichen und ökonomischen Rationalität ist es nicht so weit her. Deshalb wird für Wachstum Vieles gegeben und deshalb schlägt die Entwicklung so oft in autoritäre Regression um. Während die Wachstumsgesellschaft ihre Grenzen findet, sind ihre Folgen nicht mehr begrenzbar.

Unsere diesjährige Erhebung ist die neunte seit 2002.¹ Im Angesicht der gesellschaftlichen Herausforderung ist sie der Analyse der *Flucht ins Autoritäre* gewidmet. Im 1. Kapitel werden die theoretischen Grundlagen erläutert, im 2. Kapitel wird die gegenwärtige Situation beschrieben: Wo stehen wir 2018, wie weit verbreitet sind die rechtsextremen Einstellungen und welche Ressentiments lassen sich in der Bevölkerung finden? Hieran schließt im Kapitel 3 die vertiefte Analyse der autoritären Syndrome an, im Kapitel 4 wird ein Reservoir für die demokratische Widerstandskraft Thema: die Anerkennung. Kapitel 5 stellt anhand des Antisemitismus die tieferliegenden Gefahren in der Gegenwart dar. Die empirischen Analysen finden im Kapitel 6 mit der Bedeutung der Religion für die Konflikte der Gegenwart ihren Abschluss. Auch dieser Band unserer Reihe wird abge-

1 Zwischen 2006 und 2012 wurde die Studienreihe in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. 2016 war die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt und, wie auch in diesem Jahr, die Otto Brenner Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung.

rundet mit Beiträgen »Zum Stand der Zivilgesellschaft«. Sie sind nicht im Rahmen der Studienreihe entstanden, werfen aber Schlaglichter auf ausgewählte Aspekte der politischen Kultur.

Wir danken der Otto Brenner Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung für ihre Unterstützung sowie allen beteiligten Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge. Zu großem Dank sind wir auch Barbara Brendel verpflichtet, die in bewährter Weise den Satz des Buches besorgte und dabei viel Aufmerksamkeit nicht nur für diesen walten ließ. Unser ebenso großer Dank gilt Barbara Handke, sie hat als Lektorin jedem Beitrag in diesem Buch zu einer Reife verholfen, die sonst nicht zu erreichen gewesen wäre. Und wir danken Ute Rosner und Tilman Meckel für ihr abschließendes Korrektorat der Beiträge.

Oliver Decker und Elmar Brähler

Leipzig und Gießen im Oktober 2018



***Rechtsextreme
Dynamiken in der Mitte
der Gesellschaft 2018***

1. Flucht ins Autoritäre

Oliver Decker

Seit 2002 untersuchen wir die politische Einstellung in Deutschland mittels repräsentativer Erhebungen. Im zweijährigen Rhythmus werden dazu zwischen 2.500 und 5.000 Einwohner der Bundesrepublik befragt. Ausgangspunkt und Anlass für unsere Untersuchungsreihe waren die Pogrome und die politisch motivierten Morde der 1990er-Jahre, also einer Zeit, als Hunderttausende Menschen in der Bundesrepublik Schutz und Asyl suchten. Die Reaktion darauf war massiv, und Namen wie Rostock-Lichtenhagen oder Solingen stehen noch heute für Gräueltaten, die dort gegen Migranten und Geflüchtete verübt worden sind. In dieser Situation verabschiedete der Bundestag 1993 den »Asylkompromiß« – ein unsägliches Wort für die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, wie der Friedenspreisträger Navid Kermani den Abgeordneten in seiner Rede zum 65. Bestehen des Grundgesetzes zu Recht vor Augen hielt. Es war die erste Aufkündigung der Solidarität mit den Schwächsten, lange vor den Arbeitsmarktreformen, die Anfang des neuen Jahrtausends folgten. Sollte dieses Zugeständnis von der Hoffnung getragen gewesen sein, rechtsextreme Ausschreitungen unterbinden zu können, müssen wir heute konstatieren, dass diese Illusion nicht vom Erfolg gekrönt wurde: Brandanschläge und Morde, Pogrome und Terror, verübt durch Rechtsextreme, sind unverändert Teil der bundesdeutschen Realität, auch 25 Jahre nach dem »Asylkompromiß«. Der Nationalsozialistische Untergrund ist hier nur das bekannteste Beispiel – und gleichzeitig das Exempel für die Schwierigkeiten der Aufarbeitung, denn auch nach dem Ende der aufwendigen Gerichtsverhandlung, die einige der Täterinnen und Täter zur Verantwortung zog, sind viele Fragen offen.

Die Anzahl derer, die rechtsextremen Taten zum Opfer fallen, muss von der Polizei immer wieder nach oben korrigiert werden. So gab die Bundesregierung in diesem Jahr bekannt, dass die Zahl der Todesopfer durch rechtsextrem motivierte Gewalt seit 1990 nach neuesten Ermittlungen nun auf 83 beziffert wird.¹ Doch unabhängige Beobachter, wie die Amadeu Antonio Stiftung, Pro Asyl oder Opferverbände, gehen auf Grundlage ihrer eigenen Erfassung davon aus, dass nicht einmal die Hälfte der nachweisbaren Fälle rechtsextremer Tötungsdelikte Eingang in die Polizeiliche Kriminalstatistik gefunden hat. So werden etwa die fünf Todesopfer des Attentats vom Münchner Olympia-Einkaufszentrum in dieser Statistik nicht geführt, obwohl die von der Münchener Fachstelle Demokratie beauftragten Gutachter Matthias Quent, Christian Kopke und Florian Hartleb zu der eindeutigen Einschätzung kamen: Diese Morde waren ausländerfeindlich motiviert. Selbst das Bundesinnenministerium musste 2013 einräumen, bei einer ersten Sichtung der unaufgeklärten Tötungsdelikte für den Zeitraum von 1990 bis 2011 gebe es 746 Fälle, in denen ein Anhaltspunkt für eine extrem-rechte Tatmotivation vorliegt.²

Ob Morde, Angriffe auf Geflüchtete, Andersdenkende oder Migrantinnen und Migranten – über Jahre reagierten relevante Teile der Öffentlichkeit immer nach demselben Muster: Erst wurden die rechtsextremen Taten geleugnet oder entpolitisiert (vgl. exemplarisch die Untersuchung von Schellenberg, 2015), und wenn sich das nicht aufrechterhalten ließ, wurden sie relativiert, wie zuletzt die Hetzjagden in Chemnitz.³ Diese Verweigerung, die Realität anzuerkennen, wird von einem anderen Phänomen flankiert, das in letzter Zeit immer häufiger zu beobachten ist: Jede Erwähnung von Rechtsextremismus wird mit dem Wort »Linksextremis-

1 Der Tagesspiegel, Bericht vom 18.06.2018 »Mehr Tote durch rechte Gewalt seit 1990 als bekannt«; <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundesregierung-korrigiert-zahlen-mehrtote-durch-rechte-gewalt-seit-1990-als-bekannt/22700008.html> (14.10.2018).

2 Neue Osnabrücker Zeitung vom 04.12.2013 »Möglicherweise mehr rechtsextreme Verbrechen als bekannt«; <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/433434/moeglicherweise-mehr-rechtsextreme-verbrechen-als-bekannt> (14.10.2018).

3 Als Reaktion auf die neonazistischen Ausschreitungen wurden bereits in der Regierung von Helmut Kohl Bundesprogramme aufgelegt. Das erste dieser Art hieß »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, AgAG« (1992–1996). Dieser Titel ist ein illustratives Beispiel für den Versuch, das politische Problem zu einer Frage jugendlicher Gewalt zu machen. Verantwortet wurden das AgAG von der damaligen Familienministerin Angela Merkel.

mus« gekontert, ein Echo, das mittlerweile so erwartbar wie irrational ist, führt es doch zur Untätigkeit gegenüber der Ausbreitung extrem-rechter Aktivitäten, die zu den großen Herausforderungen zählen, vor die die Demokratie gestellt ist. Auch ist der Vergleich nicht korrekt: Die extreme Linke ist nicht einfach eine gespiegelte extreme Rechte, weder in ihren politischen Zielen, noch in ihrer Ideologie – die nur im Falle der Rechten eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ist –, noch im Ausmaß der Gewalt, ganz besonders der Gewalt gegen Menschen.⁴

Im Jahr 2000 führten allerdings zwei Ereignisse dazu, dass die Gefahr von rechts mehr und mehr anerkannt wird: Das bis heute unaufgeklärte Bombenattentat auf Migrantinnen und Migranten, Jüdinnen und Juden in Düsseldorf-Wehrhahn und der wenige Wochen später verübte Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge riefen eine neue Reaktion hervor, markierten ein Umdenken. Als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zum »Aufstand der Anständigen« aufrief, wurde die Existenz gewaltbereiter und neonazistischer Bevölkerungsteile nicht mehr flächendeckend geleugnet.

Diese öffentliche Mobilisierung tat Not und obwohl sie verhältnismäßig spät kam, entfaltete sie ihre Wirkung, denn mit ihr begann die Auseinandersetzung um den Rückhalt der extremen Rechten in der Bevölkerung. Befragte man neonazistische Gewalttäter, gaben sie bereitwillig Auskunft darüber, dass sie sich als »Vollstrecker des Volkswillens« verstanden. Die sprichwörtliche schweigende Mehrheit nicke mit dem Kopf, so ihre Ansicht, wenn von ihnen Migrantinnen und Migranten durch Städte und Dörfer gejagt, Unterkünfte angezündet und Menschen umgebracht werden. Dies war für uns der Anlass, die politische Einstellung der Deutschen zu untersuchen. Für unsere erste Erhebung im Jahr 2002 stellten wir uns die Frage: Wie weit sind extrem-rechte Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet? Außerdem setzten wir erstmalig einen Fragebogen zu rechts-extremen Einstellungen in einer Repräsentativerhebung ein (Decker et al., 2013). Jeder seiner sechs Dimensionen (»Befürwortung einer rechtsauto-

4 So weist die Statistik des Bundesinnenministeriums für 2017 zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) 7.170 Fälle von Hasskriminalität von rechts aus, davon 821 Gewaltverbrechen gegen Menschen. Dem stehen 44 Fälle von Hasskriminalität von links gegenüber, davon 11 Gewaltverbrechen (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/download/ads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017-hasskriminalitaet-2001-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=2,17.10.2018).

ritären Diktatur«, »Chauvinismus«, »Ausländerfeindlichkeit«, »Antisemitismus«, »Sozialdarwinismus«, »NS-Verharmlosung«) sind drei Aussagen zugeordnet. Die Probanden, denen dieser Fragebogen vorgelegt wird, werden um Stellungnahme gebeten: Sie können diesen Aussagen rechts-extremen Inhalts zustimmen, sie aber ebenso einfach auch ablehnen. Die Ergebnisse des Jahres 2002 waren erschreckend (Decker et al., 2003): Beispielsweise die Aussage »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet«, die zur Dimension »Ausländerfeindlichkeit« gehört, wurde 2002 von 42% der Ostdeutschen und 37% der Westdeutschen bejaht. Zusammengenommen fanden die drei ausländerfeindlichen Aussagen 2002 in Westdeutschland 24% Zustimmung, in Ostdeutschland 30%. In der nächsten Erhebung von 2004 blieb der Anteil der ausländerfeindlich Eingestellten fast unverändert (Decker & Brähler, 2005). Danach stieg die Zustimmung zu den ausländerfeindlichen Aussagen in Ostdeutschland bis 2012 kontinuierlich auf nahezu 39% an, während in Westdeutschland ein vorübergehender Rückgang auf 18% bis 2008 zu verzeichnen war, doch während der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008–2012) zeigten sich auch wieder rund 22% der Westdeutschen ausländerfeindlich eingestellt. 2014 sank die Zustimmung auf etwas über 22% im Osten und 17% im Westen. Zwar waren das noch immer sehr viele Menschen mit einer ausländerfeindlichen Einstellung, zu viele für eine demokratische Gesellschaft, aber doch deutlich weniger als in den vorhergehenden Untersuchungswellen. Dieses Niveau blieb 2016 nahezu unverändert (West: 19,8%; Ost: 22,7%), stieg in diesem Jahr aber erneut an (Überblick in Kap. 2 in diesem Band). Im Osten überschreitet die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen wieder die 30-Prozent-Marke und im Westen klettert sie wieder über 20%. Auch ist die Abwertung von Gruppen angestiegen, die als »fremd« oder »abweichend« wahrgenommen werden: Die Abwertung von Sinti und Roma, Asylbewerbern und Muslimen nimmt kontinuierlich zu. Fühlten sich zum Beispiel noch 2010 rund 33% der Befragten der Muslime wegen »fremd im eigenen Land« (Heitmeyer, 2010), sind es 2018 in Ost wie West 55% (siehe Kap. 2).

Die Mitte der Gesellschaft

Wegen dieser Befunde sprachen wir vom Rechtsextremismus in der »Mitte der Gesellschaft« und nannten die 2006, damals noch mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte Studie *Vom Rand zur Mitte* (Decker & Brähler, 2006). Den Rechtsextremismus in der gesellschaftlichen Mitte zu thematisieren, war und ist von uns sehr ernst gemeint, hatten wir doch 2006 schon zum dritten Mal festgestellt, dass die Abwertung anderer Menschen, der Wunsch nach einem Führer oder der Chauvinismus sich nicht etwa nur bei den Wählerinnen und Wählern extrem-rechter Parteien finden ließ. Im Gegenteil war ihr Anteil unter den Anhängerinnen und Anhängern der demokratischen Parteien sogar höher, also von den Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, die »Mitte« zu repräsentieren. Ein Messfehler, wie ihn sich manche Kritiker unserer Studie gewünscht hätten, war das nicht; und die Entwicklungen der letzten Jahre mit dem Erstarken von AfD und Pegida bestätigen – leider – unsere Ergebnisse. Messfehler sind ausgeschlossen.⁵ Das Potenzial für rechtsextreme Parteien war also schon lange groß, konnte aber von Parteien wie der NPD nicht genutzt werden. Dass die weite Verbreitung extrem-rechter Einstellungen nicht zu Handlungen führte, sollte allerdings, so unsere Botschaft, niemanden beruhigen. Und um der Gefahr des Fehlschlusses vorzubauen, rechtsextreme Einstellungen kämen nur bei den entsprechend markierten »Randgruppen« vor, steckten wir den Mitte-Begriff in den Schraubstock mit dem Wort »rechtsextrem«. Das war ein Kunstgriff, der uns seitdem viel Kritik eingebracht hat.

Ganz ohne Beispiel war diese Bezeichnung nicht. So mündete die Untersuchung des Soziologen Theodor Geiger über den »alten« und den »neuen Mittelstand« in eine Beschreibung beider als »gesegneten Bodens ideologischer Verwirrung« (Geiger, 1930, S. 641). Woher diese »Verwirrung« rührte, darauf hatte zuvor schon Georg Simmel Antwort gegeben: »Der Mittelstand allein hat eine obere und eine untere Grenze, und zwar derart, daß er fortwährend sowohl von dem oberen wie von dem unteren Stand Indi-

5 Zur immer wieder vorgebrachten Kritik an unserer Methode siehe die Stellungnahme von Elmar Brähler und Oliver Decker: http://home.uni-leipzig.de/decker/Leipziger%20E2%80%9EMitte%22-Studie_Stellungnahme.pdf (21.10.2018).

viduen aufnimmt und an beide solche abgibt« (Simmel, 1908, S. 451f.). An diesen Gedanken schloss Geiger an. Die »Verwirrung« sei Folge der drohenden Abstiegs Erfahrung aus der Mitte in die Armut: »Die falsche Scham über den Abstieg äußert sich oft genug in Haß und Verachtung« (Geiger, 1930, S. 646). Damit hatte er eine bis heute wirkmächtige Erklärung gefunden: Drohender oder erfahrener Abstieg geht mit rechtsextremen bzw. faschistischen Ressentiments einher. Die Mitte, das war für Geiger wie für Simmel eine soziale Lage auf einer vertikalen Achse. Aber Geiger täuschte sich in einem Punkt: Die Wählerinnen und Wähler der NSDAP waren oft gar nicht selbst von der ökonomischen Krise betroffen. Wer betroffen war, etwa arbeitslos wurde, wählte eher die SPD oder KPD. Die NSDAP gewann ihre Wähler nicht etwa, weil es ihnen tatsächlich schlecht ging, sondern aufgrund der ökonomischen Krise der Weimarer Republik (Falter et al., 1983). Dass die Ökonomie der ersten demokratischen Gesellschaft auf deutschem Boden die Legitimation entziehen konnte, ist allerdings alles andere als selbstverständlich.

Hier klappte eine Lücke in der Erklärung. Diese stand aber der Karriere des Mitte-Begriffs nicht im Weg. Der US-amerikanische Soziologie Seymour Lipset, der die Wählerwanderungen zum Ende der Weimarer Republik untersuchte, war der erste, der von einem »Extremismus der Mitte« gesprochen hat (Lipset, 1959). Mit dieser Formulierung brachte er auf den Punkt, woher die Anhänger der NSDAP stammten, hatte dabei aber anders als Geiger nicht die Mitte zwischen einer unteren und einer oberen Schicht im Auge, sondern die Mitte auf einer horizontalen Achse. Damit orientierte er sich an einer Unterscheidung, die seit der Französischen Revolution gebräuchlich ist: In der französischen Nationalversammlung von 1789 nahmen die restaurativen, also monarchistischen Kräfte auf der rechten Seite des Plenarsaals Platz, diejenigen, denen es um radikale Veränderungen ging, auf der linken und die »gemäßigten« Kräfte in der Mitte. Seitdem gilt die politische Mitte als Ort der Mäßigung – und heute als Schutzraum der Demokratie. Lipset aber attestierte den Anhängerinnen und Anhängern der Mitte-Parteien einen eigenen Extremismus: den Faschismus (Lipset, 1959). Zwar wurden Lipsets empirische Befunde später modifiziert. Die NSDAP, so fasste es der Mainzer Politologe Jürgen Falter, sei eine »Volkspartei« gewesen, deren Wähler aus verschiedenen sozialen Lagen kamen, auch wenn sie über einen ausgeprägten »Mittelstandsbauch« verfügte (Falter, 1981). Aber auch mit diesen Modifikationen bleibt die

Beteiligung der politischen »Mitte« am Faschismus unstrittig. Der Historiker Heinrich A. Winkler schrieb bereits vorher: »Kein Zweifel kann aber daran bestehen, daß das Wählerreservoir der Nationalsozialisten zum überwiegenden Teil aus Bauern, selbständigem Mittelstand sowie Angestellten und Beamten bestand« (Winkler, 1972, S. 181).

Als wir den Mitte-Begriff wählten, hatten wir allerdings noch etwas anderes im Sinn als Lipset, der ihn vor allem zur Markierung des gesellschaftlichen Rückhalts des Nationalsozialismus verwendete. Wir wollten nicht das Wesen der Mitte erkunden, etwa über die in ihr repräsentierten Einkommensgruppen, Bildungsgrade oder beruflichen Positionen, sondern das Unwesen der Gesellschaft, die das antidemokratische Potenzial hervorbringt. Dafür war der Mitte-Begriff geradezu prädestiniert. Die Mitte ist mit einer der ältesten Figuren des europäischen Denkens verbunden, mit der Vorstellung eines gesellschaftlichen Ortes, an dem die Träger der normativen Ordnung anzutreffen sind. Die prominentesten Vertreter der Extremismus-Theorie verstehen die Mitte deshalb als ein »auf Mäßigung, Freiheitssicherung und Machtkontrolle zielendes Institutionsgefüge des Verfassungsstaates« (Backes & Jesse, 2005, S. 160). In diesem Sinn ist der Mitte-Begriff schon im 4. Jahrhundert v.u.Z. von Aristoteles entwickelt worden. In der *Nikomachischen Ethik* kontrastierte er die Mitte mit dem »Äußersten«, sprich: dem Extrem, und machte damit beiden zu politisch-ethischen Maßbegriffen. Tugendhaft sei die Mitte zwischen zwei Übeln, nämlich den Polen des Übermaßes und des Mangels, sodass »überall die Mitte unser Lob verdient, während die Extreme weder richtig sind noch Lob verdienen, sondern Tadel« (Aristoteles & Dirlmeier, 1999, S. 48). Das gilt einerseits für das Individuum, welches für sein Handeln an der Mitte Maß nehmen soll, andererseits zur Begründung der Vorherrschaft einer bestimmten ökonomischen Position in der Polis: »Güte oder Schlechtigkeit einer Verfassung oder Stadt« nämlich hängen im hohen Maße davon ab, dass die »Mitte stark« sei. Hier ist für Aristoteles die Mitte nicht die Gruppe mit gemäßigter Lebensführung, sondern des mittleren Besitzes: »In allen Städten«, so beschreibt er es, »gibt es drei Teile, die sehr Reichen, die sehr Armen und die Mittleren«. Nur wo die Mitte »stark und den beiden Extremen überlegen ist«, hat die Polis eine »gute Verfassung«, sonst drohen Aufstände und Unruhen (Aristoteles & Schwarz, 2010). Nicht unterschlagen sollte man, dass diese Einlassung dazu diente, die Demokratie als Herrschaftsform zu delegitimieren, da eben nicht alle das Wohl der

Polis im Auge haben können. Das, so Aristoteles, sei nur den Männern der Mitte möglich. Dennoch legte Aristoteles damit vor mehr als 2000 Jahren einen Bedeutungshorizont des Begriffs »Mitte« an, einerseits als Maßstab der individuellen Lebensführung und andererseits als Positionierung in der Polis. Mitte und Maß beziehen sich auf ein tugendhaftes Leben. Sie haben – bildlich gesprochen – eine horizontale und eine vertikale Achse. Horizontal bezeichnet die Mitte die politische Mäßigung, den Ort zwischen den Extremen; vertikal eine soziale Lage, das Durchgangsstadium zwischen oben und unten.

Die Begriffsgeschichte bei Aristoteles im Hinterkopf ahnt man, warum die »Magie der Mitte« (Lenk, 1987, S. 12) für die bundesrepublikanische Wirklichkeit von Anfang an so wichtig war. Mit diesem Kunstkniff versuchte man, die Gegenwart von der Vergangenheit abzuschotten: Der Nationalsozialismus wurde als »Verlust der Mitte« im politischen wie normativen Sinn beklagt. Dieser Begriff geht ausgerechnet auf Sedlmayr zurück, der seine akademische Karriere seinem offensiven Engagement in den Gliederungen der NSDAP verdankte (Sedlmayr, 1948). Das nachkriegsdeutsche Selbstverständnis legte der Liedermacher Franz-Josef Degenhard in einem Chanson der Figur des »alten Notar Bolamus« in den Mund:

Ja, der alte Notar Bolamus, der hat das richt'ge Rezept
Wie man so alt wie er wird und immer noch weiterlebt –
Und er erzählt es am Stammtisch auch jedem, der's hören will:
»Das ist es«, sagt er, »alles ganz einfach, mit Maß und mit Ziel
Und niemals, Verehrtester, irgendwas übertreiben
Dann wird jedes Organ und alles in Ordnung bleiben!
Dann wird jedes Organ und alles in Ordnung bleiben!
Ja, der alte Notar Bolamus, der hat sich
gut durch die Zeit gebracht
Weil, er war immer ein bisschen dafür, und immer ein bisschen dagegen,
und er gab immer acht!
»Nur Auschwitz«, sagt er, »das war ein bisschen zu viel!«
Und er zitiert seinen Wahlspruch: »Alles mit Maß und mit Ziel!«

Die Mitte ist eine »Latenzfigur« westdeutscher Nachkriegsgeschichte, wie es der Historiker Hans Ulrich Gumbrecht im Rückblick auf seine Kind-

heit in der frühen Bundesrepublik formulierte (Gumbrecht, 2012).⁶ In der Sehnsucht nach der *Mitte* kam der latente Wunsch der Nachkriegszeit zum Ausdruck, die Zerstörung des Krieges möge geheilt, der kränkende Verlust der Herrenideologie nicht erlitten, die Schuld an millionenfachen Morden nicht vorhanden sein. Der Verlust einer Mitte erschien als Ursache der Katastrophe, ihre Wiederkehr die ersehnte Restitution.

Die heutige Präsenz des Mitte-Begriffs ist untrennbar mit seiner europäischen Früh- und der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte verbunden. Nachdem die Mitte als Latenzfigur und Anrufung ihren Platz eingenommen hatte, verlief ihre Adaption parallel zur bundesrepublikanischen Entwicklung. In der Wahlkampf-Rhetorik wird seit Langem auf die Mitte verwiesen, zuerst Anfang der 1970er-Jahre, als das Wahlkampfteam Willy Brandts die SPD zur Repräsentantin der »Neuen Mitte« ausrief (was anzeigte, dass der SPD durch die strukturellen Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und der sie prägenden Konfliktlinien ihre Wählerschicht abhanden kam; nicht, weil es keine Arbeiterschaft mehr gab, sondern weil sie sich immer weniger als solche begriff). Auch die CDU wollte nach der »geistig-moralischen Wende«, dem Regierungswechsel zur Ära Kohl, die »Mitte« repräsentieren. Aber erst mit dem Blair-Schröder-Papier zur »Neuen Mitte« (1999) kam die Mitte-Rhetorik richtig in Fahrt, denn spätestens seitdem werden Wahlkämpfe ausdrücklich mit dem Ziel geführt, die Mitte zu erreichen. Die Wahlkämpfer konnten und wollten »die Mitte« so wenig verpassen wie die Mehrheit in den Parlamenten. Über den geistigen Zustand dieser Mitte erhielt man nebenbei Aufschluss, etwa als sich der damalige Vizeregierungschef Guido Westerwelle in einem Gastbeitrag in *Die Welt* für die, »die alles erarbeiten«, einsetzte: »Die Missachtung der Mitte«, schrieb er, »ist brandgefährlich« (Guido Westerwelle in *Die Welt* vom 10.02.2010). »Die Mitte«, so titelte das Nachrichtenmagazin Fokus 2009 wahrscheinlich hellsichtiger, als den Autoren selbst klar war, »ist ein deutscher Fetisch«. Die Karriere des Mitte-Begriffs in der bundesdeut-

6 Inwiefern die Nachkriegsgeschichte in der DDR eine andere Latenzfigur hatte, bleibt noch zu untersuchen. Plausibel ist es, waren doch zum Beispiel die Funktionsebenen nach dem Kriegsende viel weniger durch NS-Eliten, dafür aber aus der HJ- und Flakhelfer-Generation rekrutiert. Deren Identifikation mit Nazi-Deutschland war mit Sicherheit nicht kleiner, aber anders. Die weitere Entwicklung weist aber auch bemerkenswerte Parallelen auf, wie etwa das Wirtschaftswunder als wichtiges Identifikationsmoment zur Legitimation der beiden neuen deutschen Staaten (Merkel & Böske, 1996).

schen Geschichte ist bis heute nicht beendet. Die Anrufung der Mitte kann als Fortschritt gelesen werden: Nicht mehr Volkspartei will man sein, sondern Partei der Mitte. Berücksichtigt man aber die Ideengeschichte, wird auch der Appellcharakter sichtbar: Die Adressierung der Mitte ist die Forderung nach politischer Mäßigung. Mit der Anrufung der Mitte wird das Heilende in Aussicht gestellt, das Rettende, das aus der Latenz tritt. Kein Wunder also, wenn die kritische Wendung des Mitte-Begriffs, der Hinweis darauf, wie wenig sie tatsächlich Hort der demokratischen Polis ist, heftige Gegenwehr auslöst. »Mitte« in den Zusammenhang mit »Rechtsextremismus« zu bringen, hieß eine heilige Kuh zu schlachten (Decker & Türcke, 2016).

Bis hierhin ist klar geworden: Mit den Koordinaten zur sozialen Lage lässt sich die Mitte beim besten Willen nicht bestimmen. Das wäre, als würde man Max Weber, den Nestor der deutschen Soziologie, beim Wort nehmen. Als er den engen Funktionszusammenhang von Protestantismus und Kapitalismus untersuchte, stieß er auf die Rückversicherung des Heilsversprechens durch die Anhäufung von Reichtum. Um diese enge Verbindung zu illustrieren, wählte er nicht alle protestantischen Strömungen als Gegenstand, sondern nur die calvinistische, um den psychologischen Antrieb für die Kapitalakkumulation zu ermitteln. Hätte jemand verlangt, Weber solle sagen, wo er denn anzutreffen sei, dieser Calvinist, er hätte verständnislos den Kopf geschüttelt, denn der Calvinist war für ihn ein »idealtypisch kompilierter Funktionszusammenhang« und »in der historischen Realität nur selten anzutreffen« (Weber, 1904/1905, S. 55). Ein solcher Idealtypus ist mitnichten ein besonders positives Beispiel, sondern die verdichtete Erscheinung eines gesellschaftlichen Prozesses. An diesem Sonderfall wird ein allgemeines gesellschaftliches Geschehen verständlich.

In diesem Sinn haben auch wir den Mitte-Begriff gebraucht, den wir für unsere Studien verwendeten, um eine soziale und historische Realität sichtbar zu machen, die lange Zeit nur wenige wahrhaben wollten. Man kann sagen, unser Mitte-Begriff ist eine Montage, eine Verallgemeinerungsform für empirische Befunde, der Beginn einer »critical typology« (Adorno, 1950). Weniger abstrakt: Wir wollten die Schmach öffentlich machen, dass die demokratisch verfasste Gesellschaft nicht von den Rändern bedroht wird, sondern mitten aus ihrem scheinbar stabilen Zentrum.

Diejenigen, die unsere Studienreihe kritisierten, weil sie die präzise Verortung der Mitte einforderten, sozusagen nach ihrer konkreten Post-

adresse fragten, verstanden dies nicht – oder zu gut. Wer sich auch immer am Begriff der Mitte hochgezogen hat, hat ihn doch in diesem Punkt meist richtig gedeutet: Es ging um den Kanon an Aussagen zu sozialen und politischen Themen, die für einen breiten Teil der Bevölkerung als akzeptabel gelten, und darum, dass zu diesem Kanon die Themen der extremen Rechten gehören (Lohmann, 1994; Butterwegge, 2002). In der Politikwissenschaft spricht man bei ähnlichen Konstellationen von einem Overton-Fenster, das nach dem US-amerikanischen Politikberater Joseph P. Overton benannt ist. Seine Empfehlung an Kandidaten auf ein politisches Amt war es, allgemein akzeptierte Ansichten zu treffen – oder den Diskurs in seinem Sinne zu verschieben, in der Metapher: das Fenster weiter zu öffnen. Für extrem-rechte Themen ist das Fenster aber schon lange sehr weit geöffnet.

Die Empirie unserer Studienreihe zeigt die Mitte nicht als Garanten von Stabilität. In der Mitte der Gesellschaft wurden und werden Ansichten und Themen artikuliert und zur Diskussion gestellt, die dem Selbstverständnis der bundesrepublikanischen Demokratie fundamental widersprechen. Norm und Realität fallen auseinander. Die gesellschaftliche Mitte ist kein Ort des Maßes und der Mäßigung, so wünschenswert dies wäre. Die Geschichte des Mitte-Begriffs bildet all dies ab. So kann das Spannungsverhältnis von Mitte und Rechtsextremismus zwar freigelegt und analysiert werden, aber der Hinweis, mit dem wir 2006 noch einen Tabubruch vollzogen, ist inzwischen eine für jeden wahrnehmbare soziale Realität geworden. Unübersehbar und unüberhörbar sind heute die öffentlichen Wortmeldungen der extremen Rechten, die Anschläge auf Unterkünfte für Asylbewerber, das neue Selbstverständnis, mit der sich in der Alternative für Deutschland (AfD) Rassisten und Antisemiten zu Wort melden und Vertreter dieser Partei mit Rechtsextremen gemeinsam demonstrieren wie in Chemnitz im August 2018. Dafür braucht es keine empirischen Sozialforscher, die noch extra mit einem Warnschild auf die latente Gefahr hinweisen. Schon dass diese Parolen auch ein Echo bei demokratischen Parteien finden, zeigt an, wie weit die Bemühungen gehen, das Overton-Fenster für rassistische Positionen zu öffnen. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass in vielen politischen Milieus über die letzten zehn Jahre die Akzeptanz rechtsextremer Positionen nicht stärker, sondern schwächer geworden ist. 2016 lebten mehr Menschen in demokratischen und weniger in autoritären Milieus als noch zehn Jahre zuvor (Decker & Bräh-

ler, 2016). Als Entwarnung war dieser Befund von uns nicht gemeint. Will man die sozialen und psychischen Prozesse verstehen, die für die Wechselfälle verantwortlich sind, dann weist der Mitte-Begriff Schwächen auf. Es bedarf mehr, um die gesellschaftliche Dynamik analysieren zu können.

Populismus – Konjunkturen eines Begriffs

Als wir begannen, die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung zu dokumentieren, waren viele von deren Ausmaß überrascht, denn schließlich gab es keine rechtsextreme Partei, die dieses große Wählerpotenzial auch nur annähernd erreichte. In den Sozialwissenschaften unterscheidet man allerdings grundlegend zwischen Einstellung und Verhalten, und ist sich darüber im Klaren, dass sich Einstellungen nicht zwingend in Verhalten umsetzen. In den letzten Jahren war jedoch eine Veränderung zu beobachten, denn offenbar hat sich das Verhalten nun an die lange schon vorhandenen Einstellungen angeglichen. Nicht nur ist die Zahl extrem-rechts motivierter Gewalt- und Straftaten sprunghaft angestiegen, auch in der Handlung des Wählens wird die extrem-rechte Einstellung vermehrt ausgedrückt. Was der NPD nicht gelungen war, davon profitiert derzeit die AfD: Jene Bundesdeutschen, die zwar schon lange extrem-rechte Einstellungen teilten, sei es Chauvinismus, Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus oder Ausländerfeindlichkeit, aber bisher ihr Kreuz bei der SPD oder CDU gemacht hatten, handeln jetzt entsprechend ihrer Einstellung. Sie haben in der AfD eine politische Heimat gefunden (Kiess et al., 2015).

Dadurch wird nicht die gesamte AfD zu einer rechtsextremen Partei, aber die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eine deutliche Tendenz. Die AfD startete als national-liberale Partei und bewegte sich damit zunächst diesseits eines politischen *Cordon sanitaire*, der in der Bundesrepublik sonst um extrem-rechte Parteien gezogen wurde. Die AfD konnte sich damit sowohl einen Platz im Parteienspektrum sichern als auch jene Menschen gewinnen, die um ihre bürgerliche Reputation besorgt sein müssen. Hochschullehrerinnen und -lehrer, Psychotherapeutinnen und -therapeuten oder Standortkommandantinnen und -kommandanten der Bundeswehr hätten sich einer Partei wie der NPD nicht anschließen können, ohne Konsequenzen im Beruf oder für ihr soziales Ansehen fürchten zu müssen. Fast im

Zeitraffer durchlief die AfD dann aber eine inhaltliche Neuorientierung, die mit den Namen ihrer in schnellem Takt wechselnden Parteivorsitzenden verbunden ist: Vom ersten Vorsitzenden Bernd Lucke und seiner national-liberalen Anti-Euro-Partei ging es über die konservativ-nationalistische AfD seiner Nachfolgerin Frauke Petri hin zu der Partei Alexander Gaulands, in der die nationalistisch-völkischen Fraktionen dominieren.

Die Fluchtbewegung nach Europa brachte der AfD zudem das Thema, welches sie bis heute von Wahlerfolg zu Wahlerfolg trägt. In den Jahren 2014 und 2015 waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie nie zuvor. Europa und auch Deutschland blieben von den Konsequenzen der von den europäischen Ländern mitausgelösten Katastrophen nicht verschont. Für die AfD war dieses menschliche Elend ein paradoxer Glücksfall, denn die Geflüchteten boten, was bis dahin selten zu finden war: ein politisches Thema, das den Brückenschlag von extrem-rechten zu national-konservativen Milieus auch inhaltlich gestattete. Dadurch wurde die AfD zu jener Partei mit sehr unterschiedlichen politischen Strömungen, aus denen sie sich heute zusammensetzt, nicht zuletzt national-völkischer, anti-liberaler, christlich-fundamentaler und extrem-rechter.

Diese Entwicklung ist mit einer Begriffsverschiebung in der öffentlichen Debatte verbunden, die unser Interesse verdient. Bis vor Kurzem war es üblich, für die Einordnung politischer Ziele auf die Unterscheidung zwischen »Rechtsextremismus« und »Rechtsradikalismus« zurückzugreifen, die in den 1970er-Jahren eingeführt wurde. Während rechtsextreme Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet und damit ein Fall für den Verfassungsschutz sind, haben rechtsradikale Aktivitäten, also an die Wurzel gehende (lat. Radix) Bemühungen, einen Platz im Kanon des demokratischen Aushandlungsprozesses. So schwer zwischen beiden zu trennen ist, hatten diese Begriffe von jeher vor allem eine praktische Bedeutung, stammen sie doch nicht aus der Wissenschaft, sondern aus dem Feld der Politik (Kiess & Decker, 2010). Statt von »Rechtsextremismus« oder »Rechtsradikalismus« ist aber heute allenthalben vom »Rechtspopulismus« die Rede – ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem eine Partei klassischen Themen der extremen Rechten, wie völkisch-nationalistischen Positionen, Antisemitismus und NS-Verharmlosung, eine breite Plattform bietet.

Zwar gibt es auch Konstanten, die den Populismus-Begriff als legitimen Erben des Extremismus-Begriffs erscheinen lassen – so wird zum

Beispiel zwischen einer linken und einer rechten Spielart unterschieden –, aber dennoch erstaunt seine gegenwärtige Konjunktur. Innerhalb kürzerer Zeit hat es der Begriff Rechtspopulismus aus der Nische seines akademischen Daseins ins Zentrum der Politik geschafft. In der Wissenschaft wurde bereits in den 1950er-Jahren in den Studien über politische Bewegungen in Nord- und Südamerika von Populismus gesprochen (Knöbl, 2016), und die Herausgeberin und der Herausgeber eines Sammelbandes zum selben Thema sahen diesen Spuk Ende der 1960er-Jahre am Werk: »Ein Gespenst geht um in der Welt – der Populismus« (Ionescu & Gellner, 1969, S. 1). In den 1980er-Jahren analysierte Stuart Hall einen »autoritären Populismus« (Hall, 1982) als politische Reaktion auf den sich Anfang des Jahrzehnts neu formierenden anglo-amerikanischen Neoliberalismus (»Thatcherismus« und »Reaganomics«) und den verheerenden sozialen Kahlschlag in seiner Folge. Ihm wäre, so die Forderung des marxistischen Theoretikers, eine »popular-demokratische« Position entgegenzusetzen.

Gibt es auch vonseiten der Linken Versuche (Mouffe, 2015), den Populismus für eigene Ziele nutzbar zu machen, ist er doch durch die Rechte geprägt. Auch im internationalen Überblick wird das sehr deutlich: Viktor Orbán, Donald Trump und Geert Wilders als bekannte Exponenten oder die Parteien Dansk Folkeparti in Dänemark, UKIP in Großbritannien, Forza Italia in Italien, ÖVP in Österreich oder Fidesz in Ungarn gelten durchweg als rechtspopulistisch. Was sich hinter diesen populistischen Bewegungen, Parteien oder Führern verbirgt, welche Programme oder Ziele sie verfolgen, kann sehr unterschiedlich ausfallen (eine Übersicht bietet: Priester, 2016). Nicht zu Unrecht bemerken die Autoren einer jüngeren Studie zur Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in Deutschland, Populismus sei »ein schillernder Begriff, vieldeutig und von zahlreichen Zuschreibungen überlagert« (Vehrkamp & Wratil, 2017, S. 14).

Gerade das aber könnte ihn auch zu einem analytisch starken Begriff machen, denn der Gegenstand, den er beschreibt, ist selbst schillernd und widersprüchlich und folglich nicht widerspruchsfrei zu erfassen. Zwar lässt sich innerhalb der Wissenschaft keine einheitliche Definition des Rechtspopulismus finden, wohl aber die Entgegensetzung von »Volk« und »Elite« als verbindendes Merkmal (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 5). Damit allein aber kommt der Populismus nicht aus. Wie schon der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller betont, zieht er auch gegen das Pluralistische zu Felde, ist doch der »Kernanspruch aller Populisten [...]: ›Wir – und

nur wir – repräsentieren das wahre Volk« (Müller, 2016, S. 26). Wobei der Rechtspopulismus das »Volk« betont, und zwar das »wahre«. Ihm geht es nicht um Mehrheiten oder Demokratie, sondern die Konstruktion eines homogenen »Volkes« und die Konstruktion der Bedrohung des Volkswillens durch – zumeist fremde – »Eliten«. Denn der Populismus ist, wie Müller es auf den Punkt zusammenfasst, die »Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht zum Volk gehören« (ebd., S. 42). Diese Definition liegt auch dem »Populismusbarometer« der Bertelsmann Stiftung zugrunde, einer Studie, die seit 2017 durchgeführt wird. Die beiden Elemente Anti-Establishment und Anti-Pluralismus, ergänzt um eine dritte Dimension »Pro-Volkssouveränität«, also die Forderung nach mehr direkter Demokratie, gilt den Autoren die Bestimmung der »populistischen Einstellung« in der Bevölkerung (Vehrkamp & Merkel, 2018, S. 25).

Ihr Ergebnis lässt aufhorchen. 30,5% der Menschen offenbaren ausdrücklich und 36,8% teilweise eine populistische Einstellung (ebd., S. 28). Tendenz: steigend. Den größte Zuwachs verzeichnet der so festgestellte Populismus an einem bekannten Ort, denn es findet sich ein »Anschwellender Populismus in der politischen Mitte«, so der Titel für einen zentralen Befund der Untersuchung (ebd., S. 31). Auch der Populismus bedroht also die Demokratie nicht von den Rändern her. Nur lässt sich die analytische Lücke, die sich beim Mitte-Begriff auftut, auf diesem Weg auch nicht schließen. Im Gegenteil fällt auf, dass die Autoren nicht auf die ideologische Verankerung und die Gründe für die Verbreitung der »populistischen Einstellung« eingehen.

Dabei sind doch die Motive selbst ein erster Hinweis: Die Idee eines »homogenes Volkes«, betrogen von »fremden Eliten«, darin drückt sich eindeutig nicht nur der Wunsch nach mehr Partizipation aus. Der Populismus als »schwache Ideologie« (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 6) kommt mit der »Aversion gegen die »Bevormundung« des Volkes durch die Funktionseleiten« (Priester, 2012, S. 4) nicht aus. Er ist zwingend auf eine umfassendere Ideologie angewiesen. Die Agitation der NSDAP setzte auch auf die Gegenüberstellung eines »homogenen Volkes« und einer von außen phantasierten Bedrohung durch die weltumspannende Elite eines »jüdischen, raffenden Finanzkapitals«, brauchte also mit dem Antisemitismus einen ideologischen Kern für ihre Propaganda. Werfen wir

einen Blick auf die AfD, wird das sehr deutlich: Ihr Bündnis mit Vertreterinnen und Vertretern der ausländerfeindlichen und gewaltbereiten Bewegung Pegida (zum Beispiel in Chemnitz siehe Kap. 8 in diesem Band), der Rassismus etlicher ihrer Exponenten oder ihre anti-egalitären politischen Ziele zeigen unmissverständlich, dass den Populismus der AfD zumeist eine rechtsextreme Weltsicht verbindet. Ihre Rhetorik ist geprägt von Metaphern eines »Volksaufstandes« gegen eine »Diktatur«, gegen »Volksverräter«, »Lügenpresse« und »Eliten«. Vertreter der AfD, wie zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag Björn Höcke, sehen eine »Schwellenzeit« gekommen, die den Übergang zu einer neuen Gesellschaft markiert.⁷ Der Wunsch nach einem Umsturz und dem Ende der pluralen Demokratie im Rechtspopulismus ist ohne rechtsextreme Ideologie nicht zu haben. Das gilt auch, wenn er mal etwas leiser daherkommt.

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Gauland fragte sich selbst und seine Leserinnen und Leser in einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Oktober 2018: »Warum ist er [der Populismus, OD] entstanden? Worauf reagiert er?« Auf diese Frage antwortet er, indem er sich über »Menschen aus der Wirtschaft, der Politik, dem Unterhaltungs- und Kulturbetrieb – und vor allem die neue Spezies der digitalen Informationsarbeiter« auslässt. Diese »globalisierte Klasse« gebe »kulturell und politisch den Takt vor [...], weil sie die Informationen kontrolliert«. Ihre »Bindung an ihr jeweiliges Heimatland« sei schwach, sie haben den »Riss« zu verantworten, der »alle westlichen Gesellschaften« durchziehe und der »ungeheuer vertieft« wurde, »als plötzlich Abermilliarden Steuergelder vorhanden waren, um Banken zu retten, europäische Pleitestaaten zu finanzieren und Hunderttausende Einwanderer zu alimentieren« (Gauland, 2018, S. 8). Gaulands Einlassungen sind nicht einfach gegen »die da oben« gerichtet. Der Autor verwendet dieselben Stereotype wie die faschistischen Propagandisten des 20. Jahrhunderts: Es ist eine Verschwörungsmentalität, die er bedient, die im Hintergrund eine weltumspannende, heimatlose und ausbeuterische Elite am Werke sieht. Mithilfe des »Kulturbetriebs« gelinge es dieser »Elite«, die Menschen zu manipulieren und die bis dahin harmonische »Heimat« mit einem »Riss« zu durchziehen. Das ist nicht nur anti-pluralistisch; solche Rhetorik identifiziert konkrete Feinde, nicht

7 Drittes Kyffhäusertreffen des »Flügels« am 02.09.2017; <https://www.youtube.com/watch?v=7ALZpg3gIGk> (15.10.2018).

zuletzt – und das erinnert ebenfalls an faschistische Propaganda – wird das latente Bild vom »heimatlosen Juden« aufgerufen (wie eng diese Verschwörungsmentalität mit klassischen antisemitischen Ressentiments verbunden ist, beleuchten wir in Kapitel 5). Was Gauland unterschlägt oder selbst nicht erkennt, ist, dass der »Riss« in der »Heimat« schon längst da war, und dass dieser nicht einzelnen Personen oder Eliten geschuldet ist, sondern politischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Widersprüchen. Und ob die Heilung des Risses tatsächlich das Ziel der AfD ist, darf abgewartet werden. Auch wenn Gauland schreibt, »[d]ie Globalisierung sieht im Penthouse sehr viel freundlicher aus als in der Sozialwohnung«, legt das marktradikale Parteiprogramm der AfD nahe, dass nicht das Penthouse, sondern die Sozialwohnung abgeschafft werden soll (Kim, 2018). Es ist ein klassisches Stilmittel des Agitators, zwar über die Armut, nicht aber über ihre wirtschaftlichen Ursachen zu sprechen. Mit Personifizierung wird stattdessen die Aggression gegen Menschen legitimiert. Mit der Muslimfeindschaft, dem Antisemitismus, dem Geschichtsrevisionismus und mit den in Teilen offen rassistischen Positionen wird der Rechtsextremismus als ideologischer Kernbestand dieses Populismus sichtbar. Mit dem Erfolg der Rechtspopulisten wird die Frage nach den Ursachen immer dringlicher.

Trotz der öffentlichen Konjunktur ist vom Begriff »Populismus« keine Hilfe zu erwarten. Dass ihn derzeit fast jeder im Munde führt, ist dem Versuch geschuldet, eine Art »Extremismus-light«-Vorwurf in die öffentliche Debatte einzuführen. Mit ihm soll der Agitator delegitimiert werden, nicht aber diejenigen, die ihm begeistert zustimmen. Das ist nicht die Schuld der Wissenschaft, aus der der Populismus-Begriff stammt. Zu Recht schreibt der Potsdamer Politikwissenschaftler Gideon Botsch:

Die Begriffsverwirrungen um den Populismusbegriff deuten auf Hilflosigkeit. Offenbar soll mit »Rechtspopulismus« etwas bezeichnet werden, das irgendwie als rechts und irgendwie als unangenehm wahrgenommen wird. Es ist eine Vermeidungsstrategie: Teile der Öffentlichkeit, auch staatliche Behörden, schrecken davor zurück, von Rechtsextremismus zu sprechen. Rechtspopulismus wird zum Stellvertreterbegriff. Dabei wäre eine Bewertung der AfD mit Blick auf den Rechtsextremismus überfällig. (Botsch, in Druck)

Wer glaubt, Populisten seien »enttäuschte Demokraten« (Vehrkamp & Wratil, 2017, S. 9), weil sie zwar eine plurale Gesellschaft ablehnen, aber die Idee der Demokratie bejahen, geht in die Irre. Was ist von einem Demokraten zu halten, der aus Enttäuschung über die Widrigkeiten der Demokratie antidemokratisch wird? Der Rechtspopulismus, den Gauland hier seinen Leserinnen und Lesern präsentiert, ist vielmehr eine Propagandaform, eine Technik der Agitation, die nur funktioniert, weil sie auf ein Bedürfnis der Adressaten trifft. Doch wie die Bereitschaft entsteht, diese populistische Propaganda zu konsumieren und zu honorieren, ist selten Gegenstand der Populismusforschung, oft ausdrücklich nicht. Wiederholt und scharf grenzt sich etwa Müller in seinem Essay davon ab: »Es ist ein Fehler [...], den Populismus zu psychologisieren«, womit er nachvollziehbarerweise seine Forderung begründet, »sich auf Augenhöhe mit den Populisten auseinanderzusetzen« und gegen die beständige Rede vom »besorgten Bürger« oder »Ängsten« polemisiert (Müller, 2016, S. 20). In der politischen Arena geht es um politische Auseinandersetzungen. Aber wer die Subjektivität und auch die Irrationalität der Gesellschaftsmitglieder nicht in den Blick nehmen will, wird die Gesellschaft nur unvollständig erfassen können. Die Dynamik, die in das Ressentiment gegen »Eliten« führt, ist mit dem Populismus-Konzept vielleicht zu beschreiben, aber nicht zu verstehen. Dafür ist es zu statisch. Müller ist zwar auf der richtigen Spur, wenn er schreibt: »Nicht an ihren vermeintlich ressentimentgeladenen Wählern sollt ihr Populisten erkennen – sondern an ihren Worten« (ebd., S. 65). Nur sind die Worte der Populisten an ein Publikum gerichtet, deren Bedürfnis es ist, diese zu hören. Erst von der Antwort auf die Frage, warum Individuen dieses Bedürfnis haben, ist eine Perspektive auf Veränderung zu erwarten. Ohne Sozialpsychologie geht es nicht. Will man die gesellschaftliche Realität verstehen, in der der Rechtspopulismus gedeiht, kann man die Genese dieses Bedürfnisses nicht einfach beiseite lassen. Die Agitatoren verführen nicht, sondern greifen fast schlafwandlerisch die Bedürfnisse ihrer Zuhörerinnen und Zuhörer auf. Diese fallen nicht auf die Populisten herein, sondern beide erschaffen sich gegenseitig. Man kann das in Leo Löwenthals klassischer und heute wieder aktueller Studie nachlesen:

Die Behauptungen und Aussagen des Agitators sind oft mehrdeutig und unernst. Es ist schwer, ihn auf irgendetwas festzunageln, und er vermittelt den Eindruck, daß er absichtlich schauspielert. Er scheint sich selbst einen Spielraum für Unbestimmtheit zu lassen, die Möglichkeit des Rückzugs für den

Fall, daß irgendeine seiner Improvisationen schiefgehen sollte. Er legt sich nicht fest, denn er ist – zumindest vorübergehend – entschlossen, mit seinen Ideen zu jonglieren und seine Kräfte auszuprobieren. [...] wie in den Fällen individueller Verführung bleibt keiner der beiden Partner gänzlich passiv, und es ist nicht immer deutlich, wer die Verführung initiiert hat. Im Akt der Verführung sind nicht nur irrige Vorstellungen oder falsche Situationsbeurteilungen am Werke, sondern vorwiegend psychologische Faktoren, die das tiefgehende bewußte und unbewußte Engagement beider Teile reflektieren. (Löwenthal, 1949, S. 18f.)

Liest man diese und ähnliche Stellen, muten sie seltsam vertraut an.⁸ Man fühlt sich an Auftritte von Donald Trump oder Björn Höcke erinnert, an Redner also, die als Agitatoren einzuordnen sind – Löwenthal würde wahrscheinlich sagen: faschistische Agitatoren – und als solche nicht die Zaubermeister, für die sie sich höchst wahrscheinlich selbst halten. Sie sind der Spuk, den ihre Zuhörerinnen und Zuhörer – alles kleine Zauberlehrlinge – heraufbeschwören und doch nicht im Griff haben. Diese Dynamik wissenschaftlich zu erfassen, hat nichts mit psychologischen Unterstellungen zu tun, wie Müller behauptet (Müller, 2016, S. 36), sondern eröffnet überhaupt erst den Blick auf eine Gesellschaft, die beständig selbst hervorbringt, was sie bedroht. Diese Bedürfnisse sind es wahrscheinlich auch, die das Vorhaben eines »linken Populismus« eher aussichtslos machen. Die Menschen sind nicht unwissend über die Ziele der AfD, sie wählen sie nicht *trotz* ihrer ordoliberalen Marktradikalität, die den Interessen der meisten Menschen widerspricht, sondern *wegen*. Ihnen geht es um etwas anderes.

Die Furcht vor der Freiheit

Aufmerksame Beobachter registrierten in den 1920er- und 1930er-Jahren die besondere politische und ökonomische Situation der mittleren Schichten. Geiger zum Beispiel ging davon aus, dass vor allem die Scham und Abstiegsängste der Mitte den Boden für den Faschismus bereiteten (s.o.).

8 Gaulands Beitrag in der FAZ ist ein Lehrstück dieser Agitation; jedes Element ist bereits von Löwenthal beschrieben worden, samt der Verschwörungsmentalität, die den Beitrag durchzieht: »Der Agitator lastet die Verantwortung dafür einer sich nicht veränderten Feindclique an, deren übler Charakter oder schiere Bosheit die Ursache aller sozialen Mißstände ist« (Löwenthal, 1949, S. 20).

Aber auch der Soziologe und Journalist Siegfried Kracauer zeichnete in seiner essayistischen Analyse *Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland* (Kracauer, 1929) das Porträt einer Schicht, die sich in der Weimarer Republik entwickelte: Die Angestellten verstanden sich zwar als Mitte zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, von der Geiger sprach, doch blieb ihre ökonomische Lage immer prekär, wie Kracauer beunruhigt feststellte: »Gleichförmige Berufsverhältnisse und Kollektivverträge bedingen den Zuschnitt der Existenz, die überdies, wie sich zeigen wird, dem uniformierenden Einfluß gewaltiger ideologischer Mächte untersteht« (ebd., S. 65). Auch der Sozialphilosoph Ernst Bloch legte 1935, und damit schon im Exil, eine Bestandsaufnahme zur »künstlichen Mitte« vor und zieht Bilanz: »Trotz elender Entlohnung, laufendem Band, äußerster Unsicherheit der Existenz, Angst des Alters, Versperrung der »höheren« Schichten, kurz, Proletarisierung de facto fühlen sie sich noch als bürgerliche Mitte« (Bloch, 1935, S. 33). Eine Selbsttäuschung mit hohen Verrechnungskosten. Die Angestellten, resümiert Bloch, seien »eine Art Stammgruppe des heutigen sogenannten Nationalsozialismus« (ebd., S. 34).

Kracauer und Bloch gehörten zum Umfeld des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main, wo zeitgleich die einflussreichsten empirischen Studien zu Vorurteil und Faschismus entstanden, die *Studien über Autorität und Familie* (Horkheimer, 1936). Begonnen und geplant unter dem Eindruck der politischen und wirtschaftlichen Krisen der 1920er-Jahre, sollte mit ihr Auskunft über das politische Bewusstsein von Arbeitern und Angestellten eingeholt und letztlich die Frage beantwortet werden, wie stabil die Demokratie der Weimarer Republik ist. Die Autoren Max Horkheimer, Herbert Marcuse und Erich Fromm publizierten die Ergebnisse allerdings nicht mehr in der Weimarer Republik, sondern teils im Exil, teils auch erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Anfang der 1930er-Jahre hatten sie nämlich einen verheerenden Eindruck gewonnen. Nachdem die ersten 700 der verteilten 3.000 Fragebögen am Institut ausgewertet waren, resümierte Fromm bereits: Von lediglich 15% der Befragten »konnte in kritischen Zeiten« überhaupt eine Verteidigung der Demokratie erwartet werden (Fromm 1937/1938, S. 188). Die meisten Befragten maßen der Gleichheit aller und der Freiheit des Einzelnen keinerlei Wert bei. Und die Zeiten waren mehr als kritisch. Dass den Autoren wie fast allen Mitarbeitern des Instituts noch vor der Machtübergabe an die NSDAP die Flucht ins Exil gelang, verdankten sie nicht zuletzt diesen Befunden.

Auch diese Veröffentlichung legte ihre besondere Aufmerksamkeit auf eine Position im ökonomischen Betrieb: *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* (Fromm, 1937/1938). Um das Spannungsfeld, in dem sich die Gesellschaftsmitglieder aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Lage befanden, kam man offensichtlich nicht herum. Doch die Autoren der Studie gingen weiter, indem sie auch das politische Bewusstsein der Bevölkerung erforschten. Dieses Bewusstsein nur schulmarxistisch aus dem Sein, also der Position im ökonomischen Betrieb, abzuleiten, schien ihnen wenig vielversprechend. Der Psychologie des Faschismus war nicht beizukommen, wenn man lediglich ein einfaches Reiz-Reaktions-Schema nach dem Modell der Lerntheorie heranzog; um die Komplexität der Bewusstseinsbildung und gar die unbewussten Anteile zu verstehen, nahmen Horkheimer und seine Koautoren bei der Planung der Studien daher Anleihen bei der Psychoanalyse Sigmund Freuds. Mit ihr sollte Erkenntnis gewonnen werden über die Wirkung der Gesellschaft auf die in ihr lebenden Individuen. Ausgangspunkt war die geschichtliche Analyse: Jede menschliche Gesellschaft, so Horkheimer, war bisher die Herrschaft des Menschen über den Menschen. Gegen diese Herrschaft, gegen die Autorität als Prinzip der Herrschaft, regte sich jedoch stets Widerstand (Horkheimer, 1936, S. 357). Deswegen, so bilanziert Horkheimer, verlagerte sich die Autorität mit der Zeit immer weiter ins Innere der Beherrschten (ebd.). Die Instanz der Kontrolle war somit nichts Äußeres mehr, sie wurde Teil der Persönlichkeit. Das war kein grundstürzend neuer Gedanke, Sozialtheoretiker ganz unterschiedlicher Denkrichtungen hatten diese Beobachtung schon gemacht: von Karl Marx über Friedrich Nietzsche, Max Weber und Emile Durkheim bis hin zu Norbert Elias und Sigmund Freud. Aber Horkheimer stellte die paradoxe Wirkung dieser verinnerlichten Autorität heraus: Erst sie erreicht beim Subjekt die Bejahung der eigenen Unterwerfung. Zu verstehen, warum eine Gewaltherrschaft von den Unterworfenen anerkannt wird, fällt nicht schwer, und es leuchtet sofort ein, warum dieser Oktroi bei der ersten sich bietenden Gelegenheit abgeschüttelt wird. Warum aber die eigene Unterwerfung gewünscht wird, das zu verstehen war die Aufgabe, die Horkheimer als Forschungsprogramm ausgegeben hatte. Autorität war der Schlüssel, so viel schien ausgemacht. Kulturhistorisch lag es für ihn nahe, wie Weber am Protestantismus und Calvinismus anzusetzen: Auf die Befreiung von der päpstlichen Macht folgte die innere, die beständige Selbstkontrolle im Protestantismus. Mit der Befreiung von Rom hatten

sich die Protestanten in die größtmögliche Unsicherheit begeben, denn war bis dahin die Gottgefälligkeit des irdischen Daseins vom Priester beglaubigt worden und damit die jenseitige Glückseligkeit in erreichbarer Nähe, blieb beides im Protestantismus unsicher. Für Weber mündete dies in der rastlosen Akkumulation des Kapitalisten, denn der Schatzbesitzer hofft zumindest in seinem irdischen Reichtum den Beleg für die gewährte göttliche Gnade zu finden. Horkheimer nahm Webers Befund als Hinweis darauf, dass die Emanzipation von der Religion auf halber Strecke steckengeblieben war. So wurde die bejahte Abhängigkeit von der Autorität, so Horkheimer, zum Kennzeichen der Neuzeit (ebd., S. 384).

Um nicht nur das Bewusstsein, sondern auch die unbewusste Identifikation zu analysieren, griff Horkheimer auf die Freud'sche Sozialisations-
theorie zurück. Er rückte also neben den Individuen auch die Gesellschaft in den Fokus der empirischen Untersuchung – und damit das ambivalente Verhältnis zur Autorität. Denn erst durch Gewalt oder Gewaltandrohung werden, Freud zufolge, die kindlichen Bedürfnisse bearbeitet. Freiwillig verzichtet das Kind nicht auf das universelle Lustprinzip, auf sein Begehren, doch auch durch bloßen Druck würde es nicht die sozialen Umgangsformen akzeptieren. Damit war für die Untersuchung der Frage, was die Gesellschaft aus ihrem Inneren bedroht, eine relevante Erkenntnis gewonnen. Etwas an der Sozialisation, dem Hineinwachsen in die Gesellschaft und ihre Anforderungen, brachte eine grundlegende Ambivalenz dieser Gesellschaft gegenüber hervor. Der Vater war noch Anfang des 20. Jahrhunderts das schlagende Bild der Gewalt in der patriarchalen Gesellschaft. Er konnte Unterwerfung einfordern und dafür (den Söhnen) Teilhabe an seiner Macht in Aussicht stellen. Es war diese Unterwerfung, die eine Ambivalenz gegenüber der Autorität schuf, denn während einerseits die Identifikation mit den Zielen und Normen des Vaters erfolgte, mussten die Aggressionen – wegen der Gewalt und des Verlusts eigener Wünsche – anderenorts bleiben. Als Ventil für die Aggression boten sich Schwache und scheinbar Abweichende an. Das war sie, die »autoritäre Persönlichkeit«, deren wesentliche Merkmale ihre autoritäre Unterwerfungsbereitschaft, ihre autoritäre Aggression, die Betonung der Konventionen, die Anti-Intrazeption und Projektivität sind – die beiden letzteren würde man heute eher Verslossenheit und Verschwörungsmentalität nennen. Die autoritäre Persönlichkeit braucht die Gruppe, in der sie sich mit einem gemeinsamen Ideal, verkörpert in der Autorität, identifizieren kann. Des-

wegen die Sehnsucht nach einem Führer, der die Masse konstituiert, aus der heraus als schwach und abweichend wahrgenommene andere verfolgt werden können.

An diese Vorarbeiten schloss in den 1940er-Jahren eine Studiengruppe an, die nach ihrem Forschungsmittelpunkt an der University of California als Berkeley-Gruppe bekannt wurde. Ihr gehörten als exiliertes Mitglied des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Theodor W. Adorno, die aus Österreich geflüchtete Psychologin und Psychotherapeutin Elke Frenkel-Brunswik sowie die US-amerikanischen Sozialpsychologen R. Nevitt Sanford und Daniel J. Levinson an. 1950 legte die Gruppe eine auf Interviews und Fragebogenuntersuchungen basierende Studie vor, die den bündigen Namen *The Authoritarian Personality* trug (Adorno et al., 1950). Allerdings beschrieben die Autoren darin nicht nur einen Persönlichkeitstyp, der autoritäre Züge trug, sondern gleich sechs Typen autoritärer »high scorers« und fünf demokratisch orientierte.

Sowohl Horkheimer, Marcuse und Fromm als auch der Berkeley-Gruppe diente die Feststellung einer autoritären Persönlichkeit als Gesellschaftskritik. Nicht die Individuen bzw. ihre Vorurteile und antidemokratischen Einstellungen standen also im Fokus der Kritik, sondern die Gesellschaft, die Menschen zu autoritären Persönlichkeiten formte. Dafür wurde die Vergesellschaftung als ein Prozess begriffen, der vermittelt, welche Anforderungen die Gesellschaft an ihre Mitglieder stellt und wie sie absichert, dass diese Anforderungen auch erfüllt werden. Warum handeln die Menschen, wie sie handeln sollen und empfinden es auch noch so, als wäre dieses Handeln immer schon ihr eigener Wunsch gewesen?

Herrschaft vollzieht sich, diese Erkenntnis liegt der Frage zugrunde, eben nur in den seltensten Fällen als brutales Kommando. In diesen Fällen braucht es keine Sozialtheoretiker, die klug erklären, warum Menschen unter Gewaltandrohung Folge leisten. Meist allerdings wird Herrschaft wesentlich subtiler ausgeübt und dann bedarf es allerdings der sozialpsychologischen Theorie. Der Clou der Untersuchungen des Frankfurter Instituts zum Ende der Weimarer Republik und der Berkeley-Gruppe war, dass sie auf die Psychoanalyse zurückgriffen – nicht als Behandlungsmethode, sondern als Entwicklungspsychologie. Sie half zu rekonstruieren, wie die Gesellschaft vermittelt, was erwünscht ist und was nicht. Dieser Prozess beginne in der frühen Kindheit, argumentierten sie. In der Kindheit formen sich die Wünsche und Hoffnungen, die das Handeln

des Erwachsenen motivieren, auch wenn ihm die Motive seines Handelns meist unbewusst sind. Das Kind saugt förmlich auf, wer es für andere ist. Wenn es gut geht, bildet es in diesem Lebensabschnitt eine stabile Vorstellung davon, wer es ist und worin seine Wünsche bestehen und kann die Anforderungen der Außenwelt von sich trennen.

Vor diesem Hintergrund verstand die Berkeley-Gruppe das Verhalten von Menschen primär als Ausdruck der Wünsche und Konflikte, die aus der kindlichen Vergangenheit in die erwachsene Gegenwart hineinreichen. Eingelassen in die gleichzeitig entstandene psychische Struktur von Ich und Über-Ich, verschaffen sich frühe Wünsche nachträglich Geltung. Wegen dieser Nachträglichkeit treten Menschen der Gesellschaft mit Eigensinn gegenüber. Ihre psychische Struktur und die in ihr aufgehobenen Bedürfnisse befähigen die Menschen, nicht nur in einem Reiz-Reaktions-Schema auf die Umwelt zu antworten.

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sahen die Autoritarismus-Forscher der Berkeley-Gruppe die Familie als den prominenten Ort der Vergesellschaftung. Wenn es schlecht lief, mündete diese Sozialisation in eine autoritäre Persönlichkeit – und der maligne Verlauf war lange nicht etwa die Ausnahme, sondern der Regelfall. Das beschrieben auch Künstler und Literaten, wie Heinrich Mann, der die autoritäre Persönlichkeit des deutschen Kaiserreiches in der Figur des Diederich Heßling (*Der Untertan* von 1914) verdichtete.

Die Normen der patriarchalen Gesellschaft wurden oft unter repressivem Zwang eingepreßelt. Die Fähigkeit, eigene Wünsche wahrzunehmen, war eher ein Zufallsprodukt, viel häufiger führte die Identifikation mit dem Vater zu dem, was die Psychoanalyse als »Identifikation mit dem Aggressor« bezeichnet: Anstatt sich von den Forderungen der patriarchalen Normen abzugrenzen, wurden sie verinnerlicht. Diese Folgsamkeit wurde durch das Versprechen »entschädigt«, an der Macht des autoritären Vaters teilzuhaben, vorausgesetzt man verhielt sich konform. Der Vater und alle späteren Autoritären liefern, wie Fromm es ausdrückte, der autoritären Persönlichkeit eine »Prothesen-Sicherheit«: »Die Welt verliert dadurch [...] ihren chaotischen Charakter« (Fromm, 1936, S. 179). Deshalb bleibt die »Flucht ins Autoritäre« auch immer eine große Verlockung (Fromm, 1941, S. 300). Die »Verhimmelung der Autorität« ist eine Metapher, aber sie weist darauf hin, dass sie als Schutzmacht gegen unkalkulierbare Bedrohung gebraucht wird (Horkheimer, 1936, S. 366).

Fromm zufolge wird die autoritäre Dynamik in dem Moment der kindlichen Entwicklung vermittelt, in dem der Kampf mit dem Vater seinen Abschluss findet. Die ganze Ambivalenz aus Wunsch nach autoritärer Identifikation, Hass auf Schwäche und Betonung der Konventionen ist, psychoanalytisch gesprochen, Ergebnis der Lösung des ödipalen Konflikts. Wenn das Kind die Konkurrenz mit dem Vater aufgibt und an die Stelle des eigenen Begehrens die Identifikation mit der Übermacht des Vaters setzt, wird die eigene Unterwerfung bejaht und die Aggression, die aus der Aufgabe eigener Wünsche resultiert, auf jene gerichtet, die als das erscheinen, was einen selbst zu diesem Verzicht zwingt: schwach. Das Resentiment, welches sich auf andere richtet, verstand Fromm zu gleichen Teilen als Wut auf die eigene Schwäche und Hass auf den Vater.

Weil aber auch die Eltern jenen Eigensinn besaßen, der nicht ganz mit den gesellschaftlichen Normen in Deckung zu bringen ist, war die Familie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zugleich ein Schutzraum. In ihr konnten die frühen Interaktionen (insbesondere mit der Mutter) zu dem gerinnen, was Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytiker »psychische Struktur« nennen. Auch der Begriff »Struktur« ist eine Metapher, die fassbar macht, dass Identität auch etwas mit der Fähigkeit zur Abgrenzung zu tun hat. Wer unter Not oder Zwang eigene Wünsche aufgibt, muss zunächst einmal wissen, dass sie überhaupt vorhanden sind. Anfänglich ist die Welt für den Säugling ungeschieden, erst mit der Zeit bildet sich im Kontakt mit der Mutter eine Vorstellung davon, wer er oder sie ist: nämlich für die Mutter. In der frühen Kindheit schrittweise entwickelt, gestattet diese basale Ich-Struktur dem Erwachsenen im besten Fall trotz späterer Repression, eigene Wünsche und Konflikte wahrzunehmen – und sie mit den Anforderungen der Gesellschaft genauso in Einklang zu bringen, wie mit den Wünschen anderer Menschen.

Diese Studien sind fast 90 Jahre alt und beschreiben einen gesellschaftlichen Zustand, den wir so heute nicht mehr vorfinden. Schon Horkheimer hatte darauf hingewiesen, dass Autorität zwar eine Konstante menschlicher Existenz ist, dass sich aber ihre jeweilige Erscheinung verändert. Welcher Autorität sich Menschen unterwerfen und welche sie ersehen, ist sehr unterschiedlich. In den 1960er-Jahren beschrieb Herbert Marcuse einen grundlegenden Wandel in der Sozialisation, da die Familie ihre zentrale Rolle nun mit gesellschaftlichen Institutionen teilen musste. Die

ökonomische Vormachtstellung des Vaters konnte zwar noch einige Zeit verteidigt werden, aber das unmittelbare Herrschaftsrecht über die Seinen wurde sukzessive eingeschränkt. Paradoxerweise, so Marcuse, wurden die psychischen Residuen des Individuums dadurch *kleiner*. Der väterliche Machtverlust führte nicht zu einer neuen sozialen Toleranz, denn je durchlässiger die Familie wurde, desto stärker übernahmen Massenmedien, Peers und gesellschaftliche Institutionen die Vermittlung von Normen und Regeln (Marcuse, 1963). Natürlich findet auch die heutige Sozialisation in der Familie statt, aber durch die Wucht des medialen Dauerfeuers sah schon Marcuse im vergangenen Jahrhundert die sozialen Normen in den Binnenraum der Familie hineinreichen und damit viel unvermittelter auf das Kind treffen. Und dabei hatte er nur das Fernsehen und Radio, nicht etwa Smartphone und Internet vor Augen.

Heute, so kann man feststellen, ist auch für die Eltern der Rückzug kaum möglich. Im Gegenteil sind sie es, die mit ihrem permanenten Empfangs- und Sendezwang dem Kind die Zugriffsrechte der Gesellschaft vorführen. Dass die Autorität nicht durch die Eltern repräsentiert wird, dürfte selbst den Kindern klar sein, deren Eltern den Popanz vergangener Größe wachzurufen versuchen. Die ständigen medialen Aufmerksamkeitsimperative lassen die Fähigkeit zur Abgrenzung schwinden, und mit ihr die Nachträglichkeit und den Eigensinn (Türcke, 2012). Damit wird, um in der Raummetapher zu bleiben, die psychische Struktur durchlässiger. Und das geht, da sind sich Kritische Theoretiker bis heute einig, immer mehr auf Kosten individueller Freiheit.

Der Frankfurter Philosoph Helmut Dubiel (1986) ordnet den geschichtlichen Verlauf der Verinnerlichung von Herrschaft in »drei sequentiell angeordnete kulturelle Charaktertypen«: Der erste, der traditionsgeleitete Charakter, war bis zum 19. Jahrhundert anzutreffen (ebd., S. 265). Darauf folgte der innengeleitete Charakter, der »den kapitalistischen Gesellschaften des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts [entspricht], in denen die Konformität des gesellschaftlichen Verhaltens durch die individuelle Verinnerlichung von Normen hergestellt wird« (ebd.). Das geht einher mit Ich-Autonomie, sozialer Distanzierung, instrumenteller Arbeitsorientierung, deren soziale Verrechnungskosten in der autoritären Aggression bestanden. Dubiel zufolge gehört aber auch dieser Typus der Vergangenheit an; er sei durch den außengeleiteten Charakter abgelöst worden, den der »Verlust der Autonomie [...] zu Konformitätsstiftung

durch Orientierung an den Erwartungen anderer« bringt (ebd.). Sein zugespitzter Befund lautete denn auch: »Außenlenkung vollzieht sich durch soziale Objekte, indirekt, durch Massenmedien, politische Propaganda und vermittels gesellschaftlicher Institutionen« (ebd.). Die von Dubiel beschriebene Veränderung hat Konsequenzen für das Konzept der autoritären Persönlichkeit in der Gegenwart.

»It's the economy, stupid!« – Autoritäre Dynamiken in modernen Gesellschaften

Theodor Geiger hatte die Ursache für das Erstarken des Faschismus klar im Blick: die »Panik im Mittelstand« vor einem drohenden Abstieg, die Scham und die Wut angesichts des Verlustes der Respektabilität. Auch wenn damit noch nicht geklärt war, warum die Panik ausbrach, ist die Berücksichtigung der ökonomischen Position auch für die Beschreibung der autoritären Persönlichkeit ein wichtiges Element. Meist führt es dann dazu, dass die antidemokratische Einstellung mit einem erfahrenen oder drohenden sozialen Abstieg erklärt wird. Diese Erklärung hat bis heute Konjunktur, und etliche aktuelle Studien setzen an diesem Punkt an. Allerdings ist die Debatte um die Wirkung der wirtschaftlichen Lage nicht abgeschlossen, zumal sich diese für breite Teile der Bevölkerung zu verschlechtern scheint (Grabka & Frick, 2008; Goebel et al., 2010). Driften die Einkommen auseinander, polarisiert sich die Gesellschaft auch politisch, so lautet die häufig vorgebrachte These – der fast ebenso häufig widersprochen wird: Die AfD-Wähler seien nicht etwa abgehängt, sondern schlicht ausländerfeindlich (Schröder, 2018).

Die jüngste Kontroverse über diese Frage wurde durch einen Artikel des Leipziger Soziologen Holger Lengfeld in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* ausgelöst (Lengfeld, 2017). Lengfelds Aufschlag: Die These, dass Modernisierungsverlierer anfälliger für Rechtsextremismus seien, stimme so nicht. Die von ihm herangezogenen Daten aus einer bundesweiten repräsentativen Befragung und seine Analyse der Wählerinnen und Wähler der AfD zeigten: Unter den Einflüssen, die eine Affinität für die AfD begründen, ist die eigene wirtschaftliche Lage zu vernachlässigen. Diese Gegenthese blieb nicht unwidersprochen; schon allein, weil fast keine Arbeitslosen in der von Lengfeld genutzten Stichprobe anzu-

treffen waren, schien das Ergebnis doch fraglich. In der Debatte meldeten sich andere Forschungsteams zu Wort, die, ebenfalls auf Grundlage repräsentativ gewonnener Daten, durchaus Einflüsse der ökonomischen Lage auf die AfD-Affinität festgestellt hatten (Lux, 2018). Darüber hinaus fanden sich in einer anderen Untersuchung zwar nur wenige Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen individueller ökonomischer Lage und AfD-Wahl, dafür aber auf die Verschiebung des gesellschaftlichen Wertesystems als eine Ursache für eine antidemokratische Radikalisierung (Rippl & Seipel, 2018). Mit anderen Worten, sehen AfD-Wählerinnen und -Wähler nicht ihren eigenen ökonomischen Status bedroht, sondern, wie die Chemnitzer Autoren Susanne Rippl und Christian Seipel feststellten, das traditionelle Wertesystem, das aus Sicht der AfD-Wähler durch die Öffnung der Gesellschaft zu mehr Diversität und Toleranz erodiere (ebd.). Lengfeld allerdings hielt an seiner Kernthese fest, auch wenn sich unter den Statusunsicheren, der Arbeiterschaft und Menschen mit geringen sozialen Ressourcen (wie etwa niedrige Bildung) mehr AfD-Wählerinnen und -Wähler finden. Mit einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, so sein Resümee, ließe sich kein AfD-Wähler von der Partei abbringen, denn das sei schlicht nicht der Grund für ihre Wahl (Lengfeld, 2018).

Die Frage bleibt also kontrovers. Immerhin wird offensichtlich eine Partei gewählt, die sich nicht nur dadurch auszeichnet, dass sie die Stimmen vieler rechtsextrem Eingestellter auf sich vereint, sondern auch durch ihr marktradikales Programm. Das spricht für Lengfelds Sicht. Rufen wir uns die aus Gaulands Thesen durchscheinende Verschwörungsmoralität in Erinnerung, spricht diese wiederum für das Bedrohungserleben, welches Rippl und Seipel ausmachen.

Manchmal findet sich die Schwierigkeit, mit widersprüchlichen Ergebnissen umzugehen, innerhalb eines einzelnen Werkes. Oliver Nachtwey gab seiner 2016 erschienenen Monografie den einprägsamen Titel *Die Abstiegs-gesellschaft*. Darin skizziert er den Wechsel von einer »sozialen Moderne« der Nachkriegszeit zu einer »regressiven Moderne« der Gegenwart. In ersterer seien die Risiken der Armut gemindert worden, während letztere hinter diese sozialen Standards zurückfalle (Nachtwey, 2016, S. 75). Für Nachtwey ist die Konsequenz aus der prekarierten Lage vieler Menschen in der Gegenwart ein »regressive[s] Aufbegehren gegen eine markt-konforme Demokratie« (ebd., S. 218), deren Folgen »neoautoritäre Strömungen« (ebd., S. 217) und »autoritäre Mentalitäten« (ebd., S. 222) seien, weil »viele

Menschen gezwungen sind, die Zwänge des Marktes subjektiv zu affirmieren« (ebd.).

Zwar laboriert der Autor über die Dauer seines Buches an einem Grundproblem, denn als Abstiegs-gesellschaft lässt sich die gegenwärtige Situation nicht wirklich beschreiben. Das fällt auch ihm auf und er überlegt, ob die »präsentierten Befunde aus[reichen], um von einer Abstiegs-gesellschaft zu sprechen? Schließlich gibt es ja nach wie vor mehr Auf- als Absteiger« (ebd., S. 161). Trotzdem kommt er zu dem Schluss: Wenn die Rolltreppe auch nicht nach unten fährt, geht es für viele Menschen auch nicht mehr nach oben. Aber sind die Folgen des heute angeblich seltener eingelösten Versprechens tatsächlich »normative Verunsicherungen«, weil Anspruch und Wirklichkeit der »Aufstiegsgesellschaft« auseinanderfallen? Das muss bezweifelt werden, wenn Nachtweys andere Beobachtung zu-trifft, dass

die Menschen verstärkt zu selbstoptimierenden Strategien [greifen]. Diese laufen auf eine intensivier-te, beinahe völlige Hingabe an den Wettbewerb hinaus. [...] Viele Menschen [...] verdichten ihre Tage rund um die Uhr produktiv. Sie verzichten auf Ansprüche an das gute Leben, [...] beschleunigen sich immer weiter. (ebd., S. 165)

Es stimmt ja, dass die Selbstoptimierung – die Techniken zur immer wei-tergehenden Erfüllung und Vorwegnahme sozialer Leistungsanforderungen – fast alle Menschen zum »unternehmerischen Selbst« geformt hat (Bröckling, 2007). Aber wo die ganze Kraft in die Erfüllung von Leistungs-normen gesteckt wird, herrscht doch offensichtlich keine Verunsicherung über die sozialen Normen, sondern Klarheit: Die Normen, denen man sich unterwirft, sind bekannt. Wenn die Unterwerfung derartig freiwillig vollzogen wird, gehört sie zu einer autoritären Dynamik. Aber diese ist nicht einfach nur subjektive Affirmation (Nachtwey, 2016, S. 22). Wenn sich die Ökonomie mit einer autoritären Dynamik verbindet, kann sie nicht bloß durch Zwang, sondern muss auch durch Bedürfnisse abge-sichert sein.

Die Ökonomie ist aber nicht erst seit Neuestem in eine autoritäre Dy-namik eingebunden. Vor mehr als 50 Jahren hatte bereits Herbert Marcuse vermutet, dass der »Kapitalismus« die Position der Autorität einnehmen wird (Marcuse, 1963). Damit baute er auf Horkheimers Hinweise zur en-gen Verzahnung zwischen Bejahung der Autorität, kapitalistischer Akku-

mulation und Erwähltheithoffnung auf. Seit einigen Jahren wird in der Wissenschaft wieder häufiger von einem autoritären Marktradikalismus gesprochen (Butterwegge, 2008). Auch der französische Sozialtheoretiker Michel Foucault, der immerhin bei der Beschreibung des unternehmerischen Selbst durch Ulrich Bröckling Pate stand, warf Ende der 1970er-Jahre einen Blick über den Rhein und stellte fest: »Wir haben im zeitgenössischen Deutschland einen Staat, den man einen radikal ökonomischen Staat nennen kann, wenn man »radikal im strengen Sinne des Begriffs versteht: Seine Wurzel ist vollkommen ökonomisch« (Foucault, 1979, S. 126).

Aber oft klappt in dieser Analyse des autoritären Staates dieselbe Lücke wie bei Nachtwey: Alexander Demirović meint, wenn er vom »autoritären Populismus« spricht, eine Krisenbewältigungsstrategie des Bürgertums und schließt von dieser politischen Dynamik die Einstellung der Bevölkerung ausdrücklich aus: diese würde nur mobilisiert (Demirović, 2018, S. 17). Selbst wenn vom Charakter die Rede ist, wie beim Bielefelder Sozialpsychologen Wilhelm Heitmeyer, wird die Lücke zur psychischen Innenseite nicht geschlossen: »Die alternativlose Durchsetzung eines Flexibilisierungszwangs [...] gehört ebenso zum neuen Charakter eines autoritären Kapitalismus wie die gezielte Verletzung menschlicher Integrität« (Heitmeyer, 2001, S. 501). Mit »Charakter« meint auch Heitmeyer nicht die Innenseite der kapitalistischen Gesellschaft, sondern das vollständige Desinteresse dieser Gesellschaft an den Verrechnungskosten des ökonomischen Imperatives bei den Menschen. Dabei ist die Entwicklung nicht so jung, wie Heitmeyers Kritik am Flexibilisierungszwang und Nachtweys Hinweis auf das Ende des Sozialstaatsarrangement der westdeutschen 1970er-Jahre nahelegt. Im Gegenteil hat diese Marktradikalität eine lange Geschichte. Und sie ist es auch, die das marktradikale Programm der AfD für jene so verlockend macht, die von seiner Umsetzung wirklich nichts zu erwarten hätten

Heitmeyer hat ja Recht: Autoritär ist eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder zurichtet und ihnen kaum eine Wahl lässt. Aber sowenig die autoritäre Dynamik lediglich das Merkmal der Individuen ist, sowenig kann sie greifen, wenn sie nicht einen festen Ankerpunkt in ihnen hat. Die gesellschaftliche Autorität muss auf ein Echo beim Individuum stoßen. Auch wir haben in der Vergangenheit die Ökonomie als einen »sekundären Autoritarismus« beschrieben (Decker, 2015b). Damit meinten wir zunächst einmal die psychischen Ursachen und die Wirkung dieser Autorität, denn

es geht um Identifikation und Prothesensicherheit. Sekundär ist das Objekt der Identifikation, weil es anders als in den autoritären Dynamiken bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ohne personelle Autorität auskommt. Es braucht keinen Vater und keinen Führer, um eine autoritäre Dynamik in Schwung zu bringen. Eine Masse konstituiert sich über ein idealisiertes Objekt, mit der alle Mitglieder identifiziert sind. Diese Analyse geht auf Sigmund Freud zurück; er unterschied zwischen primären Massen, die einen Führer haben, und sekundären Massen, die durch ein abstraktes Ideal aneinander gebunden sind (Freud, 1921). Betrachten wir Fußballfans, wissen wir sofort, wovon bei einer sekundären Masse die Rede ist: Der eigene Fußballverein ist ein wichtiges Moment der Identität der Fans, das auch wildfremde Menschen zusammenschweißt. Bei autoritären Massen ist der Mechanismus ganz ähnlich; so war die prosperierende Wirtschaft im Nachkriegsdeutschland im Westen ein solches idealisiertes Selbstobjekt. Dadurch fühlten sich die Menschen an das neue System gebunden, es spendete der jungen Demokratie Legitimation und gab den Deutschen nach dem verlorenen Angriffs- und Vernichtungskrieg wieder Selbstbewusstsein, so unsere Analyse nach zahlreichen Gruppendiskussionen im ganzen Land. Das deutsche Wirtschaftswunder konnte dann – dauerhaft zumindest in Westdeutschland – die verlorene narzisstische Größe sichern, die nach dem Ende des Dritten Reichs hätte aufgegeben werden müssen. Das gelang umso leichter, weil bereits 1936 schon einmal ein Wirtschaftswunder stattgefunden hatte. Befeuert durch die Kriegsgüterproduktion prosperierte die Wirtschaft unter den Nationalsozialisten, und das bereits zu dieser Zeit so bezeichnete »Deutsche Wirtschaftswunder« (Priester, 1936) verschaffte Hitler und der NDSAP zusätzliche Legitimation. Das Erstaunliche daran war, dass die Bevölkerung im Alltag nichts vom Wirtschaftsboom merkte, im Gegenteil ging der Lebensstandard für die meisten zurück. Doch änderte das nichts an der Wirkung: Die Autorität des »Führers« leuchtete um so strahlender, verschaffte er doch den Deutschen auch ökonomisch ein grandioses Erleben. Deshalb, so unsere Interpretation, war es so leicht, nach dem Krieg das Teil für das Ganze zu nehmen und den wirtschaftlichen Aufschwung als narzisstische Plombe einzusetzen (Decker, 2015b).

Als Foucault wie schon oben berichtet Ende der 1970er-Jahre Deutschland eine besondere Marktradikalität attestierte, machte er darin »Grundzüge einer deutschen Gouvernamentalität [aus], deren programmatische

Ausgestaltung [...] einer der Grundzüge dieses deutschen Neoliberalismus zu sein scheint« (Foucault, 1979, S. 123). Foucaults Forschungsprogramm war dem der Kritischen Theorie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung von Max Horkheimer sehr ähnlich. Es ging ihm um die Frage, wie Herrschaft in der Gesellschaft durchgesetzt wird. Eine seiner Hauptannahmen war, dass die Art und Weise, wie eine Gesellschaft organisiert wird, wie sich die Verwaltung der Bedürfnisse, der Straftaten oder Krankheiten in ihr vollzieht, eine Wirkung auf die Mentalität aller Gesellschaftsmitglieder hat. Diesen Zusammenhang nannte er *Gouvernementalität*. Und um die war es seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durch die Ökonomie besonders bestellt:

Eine stabile Deutsche Mark, eine zufriedenstellende Wachstumsrate, eine steigende Kaufkraft, ein günstiges Gleichgewicht von Zahlungen, das sind im zeitgenössischen Deutschland sicherlich die Wirkungen einer guten Regierung, aber es ist auch [...] die Art und Weise, in der sich ständig der staatsgründende Konsens manifestiert und verstärkt. (ebd., S. 126)

Was als Latenzfigur der Mitte im Nachkriegsdeutschland dringend erhofft wurde, fand sich in dieser Wachstumsökonomie. Nachdem sich dieses neue Zentrum im Wirtschaftswachstum gewissermaßen offenbart hatte, stabilisierte es die junge Republik. Dieses neue Zentrum legitimierte nicht nur die Demokratie im postfaschistischen Westdeutschland, sondern gestattete auch, an Vergangenes anzuknüpfen. War für den Protestanten noch der individuelle Reichtum Garant des Heils, entwickelte sich nach 1945, nachdem die so dringend begehrte neue Autorität gefunden war, eine neue Heilserwartung aus: »In Deutschland des 20. Jahrhunderts ist nicht die Bereicherung einer Privatperson das willkürliche Zeichen seiner Auserwähltheit durch Gott, sondern die Bereicherung der Gesamtheit« (ebd., S. 125). Diese Heilserwartung war nicht ohne Beispiel, denn schon der Profit des ersten Wirtschaftswunders bestand primär im Nachweis der Erwähltheit des deutschen Volkes, nicht im Glück des Einzelnen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die AfD von der Erinnerung an den von Deutschen begangenen Vernichtungskrieg nichts mehr hören will, ist sie doch eine Partei, die zunächst den Euro als Währung und Interventionen der Zentralbank zur Stützung von Staaten ablehnte, dann nationalistisch-konservativ wurde und sich zuletzt zu einer völkisch-nationalen Partei entwickelt hat. Denn die AfD hat gewissermaßen den

Rückwärtsgang eingelegt, befindet sich in der psychosozialen Regression. Sie verspricht die Restitution vergangener Größe und gleichzeitig, deren bundesrepublikanisches Surrogat nicht aufzugeben. Dass ihr Umgang mit der intergenerationell tradierten Scham und Schuld gleichzeitig den psychischen Tatbestand der Verleugnung erfüllt, vervollständigt das Bild.

Die kapitalistische Ökonomie konnte in Deutschland wahrscheinlich nur in die Funktion treten, die wir als narzisstische Rückversicherung beschrieben, weil sie nicht nur in diesem Land und nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg diese Funktion hat. Sie lag allerdings im Faschismus und der postfaschistischen Restitution so offen zutage, wie selten sonst. Eine religiöse Hoffnung offenbart sich nicht nur, wenn Individuen Reichtum akkumulieren, sondern auch, wenn die moderne Gesellschaft in ihrer Wachstumsfixierung ihre Sehnsucht auf das Morgen verrät, durch welches alles Gegenwärtige erst Berechtigung und Sinnhaftigkeit erhält. Oliver Nachtwey lag in einem Punkt absolut richtig: von einer regressiven Moderne zu sprechen. Wegen der großen Bedeutung der Ökonomie droht bei wirtschaftlicher Regression immer die Gefahr einer psychischen und einer politischen Regression. In ihrer Studie »Going to extremes« untersuchten die Wirtschaftswissenschaftler Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch sämtliche Finanzkrisen von 1870 bis 2014 und kamen zu dem Ergebnis: »that policy uncertainty rises strongly after financial crises as government majorities shrink and polarization rises« (Funke et al., 2018). Das ist eine beunruhigende Nachricht, und zwar nicht nur, weil die Krise zum Kapitalismus gehört wie der Herbst zu den Jahreszeiten, sondern auch weil sich insgesamt das Ende der Wachstumsökonomie abzeichnet.

Die Zeiten des ökonomischen Wachstums sind vorbei, weil die ökologische und menschliche Ausbeutung keine andere Möglichkeit mehr zulässt. Bereits im letzten Jahrhundert hat diese »secular stagnation« begonnen: »sick recoveries which die in their infancy and depressions which feed on themselves« (Hansen, 1939, S. 4). Kriege scheinen noch die einzige Möglichkeit, Wachstumsraten zu generieren: Zuerst durch die Produktion der dafür notwendigen Waffen und anschließend, um wieder aufzubauen, was zerstört worden ist. Das Begriffspaar der »säkularen Stagnation« gibt aber etwas von der Heilserwartung des Wachstums zu erkennen. Bezeichnete *saeculum* in seiner ursprünglichen lateinischen Bedeutung zunächst ein Menschenalter bzw. eine Generation (oft in der klar bemessenen Einheit

von 33 Lebensjahren), wurde es später zur Kennzeichnung einer weiteren Zeitspanne genutzt. Seine heutige Bedeutung von »Welt« bzw. »in die bestehende Welt gedrängt« erhielt der Begriff allerdings erst im mittelalterlichen Latein. Ein säkularisiertes Kloster etwa verliert mit seiner religiösen Funktion auch die Möglichkeit, über das Bestehende hinauszudeuten, es zu transzendieren. Was in der säkularen Stagnation zum Stillstand kommt, ist nicht einfach nur die Ökonomie, sondern die Hoffnung auf ein durch Wachstum zu erreichendes, erlösendes Morgen. Mit der gegenwärtigen Betonung des Stellenwertes der Industrie 4.0 sehen wir eine solche »Erwartungswirtschaft«.⁹ Die Grenzen des Wachstums anzuerkennen, fällt nicht leicht: Händeringend wird nach der nächsten langen Wachstumswelle gesucht, dem nächsten Kondratieff-Zyklus, und sei es in der Kommodifizierung jener Bereiche, die dem Markt noch entzogen sind, wie der menschliche Körper (Decker, 2011). Von dieser Erwartung lebt der Kapitalismus, wie Stephan Lessenich hervorhebt:

Die nicht enden wollende – und irgendwie auch nicht enden sollende – Akkumulationsdynamik des modernen Kapitalismus trifft das tieferliegende Verlangen der Menschen nach einer ewigen Zukunft. In seiner Prozesshaftigkeit des endlosen »Weiter so!« bindet der Kapitalismus die psychischen Energien der Leute an sich, er fesselt sie in ihrer Angst vor dem Ende an seine zwanghafte Programmatik der Grenzenlosigkeit: auf dass es immer weitergehen möge mit dem Leben, wie wir es leben. (Lessenich, 2016, S. 73f.)

Deswegen die beständige Beschleunigung, die Entwertung der Gegenwart zugunsten des Morgen. Es ist die Atemlosigkeit einer Zeit, die den messianischen Erlösungsgedanken zwar rationalisiert, aber nicht aufgegeben hat. Nur fesseln muss der Kapitalismus niemanden an sich, denn die Sehnsucht der Menschen bringt ihn hervor und befeuert ihn zugleich. So stark die Zukunftsorientierung der Moderne auch ist, ihr Kraftspender liegt im Vergangenen. Die moderne Gesellschaft und der Kapitalismus tragen ein »Erbe aus präkapitalistischer Zeit« mit sich (Dubiel, 1986, S. 273). Das gibt sie mit dieser Zukunftsorientierung selbst zu erkennen, denn es ist eine radikalisierte Diesseitserwartung, die das christliche Auferstehungs- und Veröhnungsversprechen nicht etwa aufgegeben, sondern transformiert hat.

9 Eine Formulierung, die Christoph Türcke im persönlichen Gespräch wählte. Ich danke ihm auch für die Hinweise zur Etymologie des Wortes *saeculum*.

Autoritarismus und Anerkennung in der Tauschgesellschaft

Die Ökonomie war schon in der Weimarer Republik, in Nazi-Deutschland und im postfaschistischen Nachkriegsdeutschland ein zentrales Scharnier. Sie ist ein fester Angelpunkt deutscher Geschichte und auch der aktuellen bundesdeutschen Wirklichkeit. Das wird immer dann erkennbar, wenn die ökonomische Regression eine psychische zur Folge hat. Was auch immer über den »flexibilisierten« oder »neuen Kapitalismus« berichtet wird (Sennett, 1998), seine Überlebensstrategien haben die Art und Weise seines Funktionierens nicht grundlegend verändert. Die deutsche Geschichte zeigt, mit welcher Dauerhaftigkeit diese Wirtschaftsweise in eine autoritäre Dynamik eingelassen ist. Aus sozialpsychologischer Sicht haben wir die Identifikation vieler mit einem abstrakten Objekt – der Ökonomie – anstelle der Identifikation mit einem personellen »Führer« als »sekundären Autoritarismus« bezeichnet. Die Identifikation mit einem nie ganz säkularisierten Heilsversprechen, mit der radikalisierten Diesseitserwartung, welche im Kapitalismus aufgehoben ist (Benjamin, 1921; Deutschmann, 1999, S. 12), führt in den Momenten seiner Krisen zum Umschlag in die faschistische Identifikation mit einem autoritären Führer. Denn die auf Wachstum verpflichtete Ökonomie mag zwar die Prothesensicherheit für eine Zukunft in Aussicht stellen, wenn eine voll entfaltete Ökonomie die Naturkräfte erst einmal in den Dienst des Menschen gestellt hat. Aber in der Gegenwart braucht die Ökonomie wie jede Autorität zunächst die Selbstaufopferung. Wenn sie ebenfalls wie bei jeder Autorität zu erkennen gibt, dass die Erwähltheit gar nicht zu haben ist, zeigt er sich gewissermaßen als »halbierter Autoritarismus« (Menz & Nies, in Druck). Er muss im Hier und Jetzt die Sicherheit genauso schuldig bleiben, wie die christliche Religion, die er beerbte. Zwar bringen Menschen viel Geduld auf, während sie auf die Einlösung des Versprechens warten, aber zyklisch schlägt der sekundäre in primären Autoritarismus um, wenn die aufgestaute Aggression und die ausbleibende Prothesensicherheit das eiserne Gehäuse der Hörigkeit unerträglich machen. Dann erwacht die Sehnsucht nach dem primären Führer, der es gestattet, den Zwang der Selbstkontrolle abzuschütteln, ohne das Versprechen der kapitalistischen Ökonomie aufgeben zu müssen.

Diese ständig drohende Regression macht die Aufklärung über autoritäre Dynamiken, aber auch über demokratische Schutzfaktoren drin-

gend notwendig. Denn eine auf Wachstum zielende Ökonomie wird, so zeichnet es sich immer mehr ab, die Lebensgrundlage der Menschheit auf Dauer nicht etwa sicherstellen, sondern gefährden. Und sie wird auch das immanente Versprechen des Wachstums nie einlösen können, die Endlichkeit des Seins aufzuheben. Dass die Grenzen des Wachstums bereits vor Jahrzehnten ausgemacht worden sind, aber die moderne Gesellschaft noch immer wie ein Süchtiger am Wachstumsversprechen hängt, macht die Größe der Aufgabe deutlich.

Autoritarismus ist das Konzept, das wir heranziehen, um die gesellschaftliche Entwicklung zu analysieren, in der sich mit dem Rechtsextremismus das destruktive Potenzial zu entfalten droht. Wie alle Erklärungsmodelle, braucht auch der Autoritarismus beständige Aktualisierung, soll er nicht zum starren Konzept verkommen, in dem die Menschen in »Schafe und Böcke« unterteilt werden (Horkheimer & Adorno, 1952, S. 363). Diese Auseinandersetzung muss sich auf die Frage beziehen, welche Autorität die Gesellschaft durchdringt, was ihre Rationalität ist und welche sozialen Widersprüche sich in der Irrationalität der Gesellschaftsmitglieder zeigen. Auch die Frage, wie es zur subjektiven Identifikation mit der Autorität kommt, wie sich also die Vergesellschaftung vollzieht, ist ein wichtiges Element der empirischen Forschung zum Autoritarismus. Das schließt neben der Rekonstruktion der frühen Kindheit auch die der lebenslangen Vergesellschaftung ein. Diese wird nicht für alle Menschen gleich verlaufen, auch muss man die Erfahrung von Gesellschaft und der in ihr waltenden Autorität sowohl in der Zeit – also zwischen den Generationen, zum Beispiel durch einen veränderten Erziehungsstil – als auch im gesellschaftlichen Raum – also der Position im ökonomischen Betrieb – unterscheiden. Ohne die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Lage wird der Autoritarismus nicht zu erfassen sein, doch ist sie nur ein Puzzleteil von vielen. Lage heißt im Übrigen, das sei hier noch einmal betont, nicht nur die individuelle wirtschaftliche Lage, sondern die Position im gesellschaftlichen Betrieb, in der Menschen nicht nur die Erfahrung der Anerkennung ihrer Person oder Funktion machen, sondern auch die der gesellschaftlichen Widersprüche.

Autoritarismus ist der Oberbegriff für ein Phänomen, das eine individuelle und eine gesellschaftliche Seite hat. Die individuelle Seite bezeichnen wir als autoritäres Syndrom, die gesellschaftliche als autoritäre Dynamik. Der Gegenbegriff zum Autoritarismus ist Demokratie (und

entsprechend ein demokratisches Syndrom bzw. eine demokratische gesellschaftliche Dynamik). Das Merkmal des autoritären Syndroms ist die Affinität zu rigiden Ideologien, die es gestatten, sich gleichzeitig einer Autorität zu unterwerfen, an ihrer Macht teilzuhaben und die Abwertung anderer im Namen der Ordnung zu fordern. Diese Autoritätssehnsucht kann durch verschiedene Ideologien befriedigt werden, nicht nur durch die rechtsextreme, soviel wurde klar. Sie nach »left-wing« oder »right-wing« zu unterscheiden (Altemeyer, 1988), verstellt den Blick auf zwei wesentliche Merkmale des ursprünglichen Konzepts: Erstens ging es beim Autoritären Charakter weniger darum, mit welcher Ideologie das Individuum sein aggressives Bedürfnis begründet oder besser: rationalisiert. Zweitens verhindert eine solche politische Zuordnung die Analyse solcher Autoritäten, die sich nicht in ein politisches Schema einordnen lässt. Gerade wenn die Religion zum Konfliktfaktor wird, ist das zu bedenken.

In unserer Studie sprechen wir nicht von einer autoritären Persönlichkeit, wenn wir bei einem Befragten autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus finden, sondern von einem autoritären Syndrom. Wie beim Konzept der autoritären Persönlichkeit nehmen wir an, dass die Gesellschaft die Bedürfnisse und psychischen Fähigkeiten des Menschen in einem lebenslangen Prozess der Vergesellschaftung formt, sodass das autoritäre Syndrom Ausdruck und Folge dieser noch immer wirkenden autoritären Dynamik in der Gesellschaft ist. Auch ist der Rückgriff auf Persönlichkeitskonzepte in der Forschung zur politischen Einstellung noch immer aktuell, ob mit gesellschaftstheoretischer Einbettung (Brede, 1995; Busch, 2007), lerntheoretisch (Oesterreich, 2001) oder in seiner deskriptiven Fassung (Sibley & Duckitt, 2008). Selbst in der Politikwissenschaft erfuhr es eine Renaissance, zum einen als Prädiktor des Wahlverhaltens (Schumann, 2002), zum anderen als Folge von Sozialisationserfahrungen (Seipel & Rippl, 1999; Schumann, 2005). Allerdings schließen wir uns der Einschätzung Angelika Ebrechts an, dass der Persönlichkeitsbegriff genauso wie die Veränderungen in der frühen Sozialisation neu zu fassen sind (Ebrecht, 2010). Das ist an dieser Stelle allerdings nicht zu leisten.

Auch für autoritäre Syndrome, die sich unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen bilden, gilt, was Theodor W. Adorno für die autoritäre Persönlichkeit formulierte: »The extremely prejudiced person tends toward ›psychological totalitarianism‹, something which seems to be almost

a microcosmic image of the totalitarian state at which he aims« (Adorno et al., 1950, S. 632). Deshalb soll unser Fokus auf jene Aspekte der Subjektivität gelegt werden, die im Zusammenhang mit dem autoritären Syndrom stehen (siehe Kap. 3 in diesem Band). Der Begriff *Syndrom* gestattet es, eine Verbindung zwischen verschiedenen Phänomenen des Autoritären herzustellen. Wie *Persönlichkeit* stammt auch er aus der Psychologie. Syndrome sind unterschiedliche Symptome, die häufig zusammen auftreten und für die eine gemeinsame Ursache bzw. eine Grunderkrankung angenommen wird. Dabei ist das Verhältnis zwischen diesen Merkmalen nicht bestimmt (ob sie etwa in einem Kausalverhältnis stehen oder in der Stärke ihrer Ausprägung unabhängig voneinander sind). Bei den Elementen des autoritären Syndroms verhält es sich ebenso, treten autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus doch oft gemeinsam bei einem Individuum auf; und während die Elemente unterschiedlich stark ausgeprägt sein können und ihre Wechselbeziehungen nicht klar zu definieren sind, zeitigen sie doch stets die Folge, das demokratische Miteinander zu bedrohen. Zwar sind weder die Beziehung der Symptome zueinander noch die ursächlichen Faktoren für die Bildung des Syndroms bestimmbar, aber unstrittig ist: Stellen Menschen mit einem autoritären Syndrom die Mehrheit der Gesellschaft, ist die Demokratie in ihrem Bestand bedroht.

Einen ähnlichen Befund präsentierte die Forschungsgruppe um die Sozialpsychologen Andreas Zick und Wilhelm Heitmeyer als Ergebnis ihrer Studienreihe *Deutsche Zustände*. Sie sprechen bei der von ihnen gemessenen Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) ebenfalls von einem Syndrom (Zick et al., 2008): Stellt man bei einer Person etwa die Bereitschaft zur Abwertung von Muslima und Muslimen fest, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie auch Obdachlosen oder Frauen die Anerkennung verweigert, wohingegen ein anerkennendes Miteinander unwahrscheinlich ist. Allerdings beschreibt das GMF-Syndrom lediglich das sichtbare Phänomen der Abwertung anderer, also jenes Element des autoritären Syndroms, den wir autoritäre Aggression nennen. Wir schlagen daher vor, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Teil des autoritären Syndroms zu verstehen. Das GMF-Syndrom *ist* autoritäre Aggression. Es ist ja relativ beliebig, gegen wen sich der Hass richtet, das hat schon Erich Fromm diagnostiziert. Wer diese Aggressionen in sich trägt, schafft sich die Objekte für die Abwertung:

Wenn sie [die scheinbar Schwächeren, OD] sich nicht als ausreichend erweisen (Frauen, Kinder, Tiere), werden Objekte des Sadismus gleichsam artifizuell geschaffen, sei es dadurch, daß man Sklaven oder gefangene Feinde, sei es, daß man Klassen oder rassemäßige Minoritäten in die Arena wirft. (Fromm, 1936, S. 174)

Das autoritäre Syndrom stellt sich daher auch vielschichtiger als das GMF-Syndrom dar, weil es sich aus mehreren autoritären Bedürfnissen des Individuums zusammensetzt. Wie oben gesehen, kann eine politische Einstellung völlig widersprüchliche Elemente gleichzeitig in sich vereinen, wie zum Beispiel die Befürwortung der Demokratie, den eigenen Anspruch auf Freiheitsrechte und die Forderung nach Aberkennung der Grundrechte »anderer«. Dass sich ein autoritäres Syndrom durch sich widersprechende und divergente Positionen bei ein und derselben Person äußern kann, macht es eigentlich unmöglich, von *einem* Syndrom zu sprechen. Und tatsächlich kann es sich zu verschiedenen Typen zusammensetzen (Adorno, 1950), die in ihrer Mischung nicht nur antidemokratische, sondern auch demokratische und liberale Ziele enthalten. Das Mischungsverhältnis von autoritärer Aggression, eigener Unterwerfungsbereitschaft und Konventionalismus mit demokratischen, anerkennenden und nicht-destruktiven Bedürfnissen ist variabel.¹⁰

Auch in der Kognitionspsychologie werden Reaktionen beschrieben, die das Bild einer Flucht ins Autoritäre abgeben (Tajfel & Turner, 1979). Ihre Grundannahme ist ein fundamentales Bedürfnis nach Selbstwert und Bestätigung bei jedem Menschen, das befriedigt werden kann, indem sich die Einzelnen mit einer für sie positiven Gruppe identifizieren. Als Teil dieser Gruppe partizipieren sie dann von deren Glanz und Größe und können sich so des eigenen Wertes rückversichern. Diese Identifikation

10 Das ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass die Varianzaufklärung bei vielen Modellen zum Einfluss auf die antidemokratische Orientierung relativ niedrig bleibt. Wo die Gesellschaft in sich widersprüchlich ist, gleichermaßen demokratisch verfasst und oft antidemokratisch in der Realität, können die in ihr lebenden Individuen nicht widerspruchsfrei sein – und entsprechend kann die Sozialforschung das Individuum nicht nach dem Kriterium der Widerspruchsfreiheit erfassen. Deshalb auch unser anschließender Versuch, mit einer Clusteranalyse – einem statistischen, aber im Grunde heuristischen Verfahren – die Erscheinungsweisen des autoritären Syndroms bis hin zum demokratischen Typus in seinen Schattierungen zu erfassen (siehe Kap. 3). Denn sowenig es eine »durch und durch« autoritäre Persönlichkeit gibt, sowenig lässt sich ein Idealtypus der demokratischen Persönlichkeit finden.

trägt dazu bei, dass die Normen und Ziele der Eigengruppe zu den zentralen Maximen des eigenen Handelns werden. Man könnte sagen: Das Mehr an Selbstwert wird mit einem Weniger an Selbst beglichen. Die Sozialpsychologie hat gut zeigen können, dass der Weg bzw. die Abkürzung zum Selbstwert über die Gruppe, vor allem dann eingeschlagen wird, wenn er aus eigener Kraft nicht erreicht werden kann. Unter Bedrohungserleben werden die Normen der eigenen Gruppe dann über Gebühr betont.

So gut dokumentiert dieser von Tajfel und Turner beschriebene Mechanismus ist, einfach nur Effekt eines statischen Wunsches nach positiver Identität ist er nicht. Eine Psychologie, die das annehmen würde, liefe Gefahr, wieder auf den Pawlowschen Hund zu kommen. Ohne die Analyse des gesellschaftlichen Rahmens, der ja erst die Identität hervorbringt, deren Wunsch nach individueller Anerkennung durch eine Gruppenzuordnung befriedigt werden kann, kommt man hier nicht weiter. Wenn der kürzeste Weg zu einer positiven Identität über die Aneignung einer Gruppenidentität führt, ist das eher ein Symptom – für das Individuum könnte man sagen: eine Schwäche des Ichs. Doch wenn dies nicht ein Einzelschicksal bleibt, sondern massenweise auftritt, ist es das Symptom eines sozialen Prozesses. Damit wird die Aufklärung über die konkreten Motive dringend notwendig.

Im Unterschied zu anderen psychologischen Theorien wird hier ein dynamisches Unbewusstes angenommen. In ihm liegen die wesentlichen Motive des Handelns von Menschen, die das Resultat von Identifikationsprozessen und der Vermittlung von zulässigen oder unzulässigen Bedürfnissen sowie den Mitteln ihrer Befriedigung sind. Die Gründe für das Handeln sind in diesem Verständnis bereits eine Kompromissbildung zwischen sozialen Anforderungen und eigenen Wünschen einerseits und gleichzeitig wirkenden unbewussten Wünschen andererseits. Die Summe dieser Wünsche ist ebenso das Ergebnis einer lebenslangen Sozialisation, wie die Fähigkeit, mit der Umwelt in Interaktion zu treten und die Wünsche als Teil der eigenen Person in Handlungen einzubringen. Wir gehen davon aus, dass diese Persönlichkeitseigenschaften umso fester verankert sind, je früher die Wünsche vermittelt und die Fähigkeiten ausgebildet werden konnten.

Da wir nicht von *einer* Persönlichkeit des Autoritären ausgehen, nutzen wir den Begriff des autoritären Syndroms. Die autoritären Syndrome können sich hinsichtlich des Erscheinungsbildes, der Zusammensetzung

und der Stärke der Ausprägung der einzelnen Elemente unterscheiden; gemeinsam sind ihnen aber die autoritäre Aggression, die autoritäre Unterwürfigkeit und der Konventionalismus. Weiterhin nehmen wir an, dass zum autoritären Syndrom die Verschwörungsmentalität gehört. Das autoritäre Syndrom äußert sich auch in einer Verslossenheit und mangelnden Fähigkeit, andere in ihrer Eigenständigkeit anzuerkennen und wahrzunehmen. Als Bestandteil der demokratischen Syndrome werden komplementär dazu die Offenheit und Akzeptanz von Differenz angenommen, die Ablehnung der autoritären Aggression und des Wunsches nach Unterwerfung unter eine Autorität sowie fehlende Rigidität bei der Durchsetzung von Normen.

Keine Gesellschaft ist ohne autoritäre Dynamik, denn Autorität ist eine Basis von Herrschaft, die die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften durchzieht, während die Realisierung einer autoritätsfreien Gesellschaft der Zukunft angehört. Gesellschaften unterscheiden sich aber im Grad, wie viel Druck sie auf die Individuen ausüben bzw. wie viel Freiheit zur Entfaltung der Persönlichkeit und eigener Wünsche sie ihnen lassen. Als Erkennungsmerkmal einer autoritären Dynamik können jene Forderungen dienen, die eine Unterwerfung des Einzelnen unter die Herrschaft eines allgemeinen Prinzips fordern. Die autoritäre Dynamik zielt auf die weitestgehende Unterordnung der Wünsche und Lebensziele des Einzelnen zugunsten dieses gesellschaftlichen Ideals. Auch diese Forderung muss nicht lautstark daherkommen, sie kann auch durch einen »hyperadministrative[n] Staat« (Foucault, 1979, S. 135) vermittelt werden, dessen Verwaltung den Einzelnen schwächt und ihm die Anerkennung verweigert.

Das Kräfteverhältnis zwischen Allgemeinem und Besonderem, also zwischen Gesellschaft und Individuum, hat sich in den letzten Jahren zugunsten vom Letzterem verschoben, und es wird sich wahrscheinlich, das lassen zum Beispiel die neuen Polizeigesetze erahnen, weiter in diese Richtung verlagern. Deshalb muss die Forschung den Fokus auf die lebenslange Vermittlung von Herrschaft legen und die Residuen der Freiheit neu bestimmen. Als Kernhypothese nehmen wir die fehlende Anerkennungserfahrung und der autoritären Sozialisation im Hintergrund der autoritären Dynamiken an, die wir mit den *Sphären der Anerkennung* des Frankfurter Sozialphilosophen Axel Honneth erfassen.

Honneth entwickelte diese drei Sphären ausgehend vom Hegel'schen »Kampf um Anerkennung«. Die erste Sphäre ist demnach das Rechtsver-

hältnis, in dem die Einzelnen als Träger universeller Rechten anerkannt werden und dadurch der »Erfüllung [von, OD] Ansprüchen sicher sein dürfen« (Honneth, 1992, S. 174), weil sie »zur Klasse der moralisch zu rechnungsfähigen Personen gehören« (ebd., S. 182f.). Diese Sphäre ist in der normativen Grundlage der Gesellschaft, also ihren Gesetzen und Grundrechten niedergelegt und hat ihren Ursprung in der rechtlichen Sicherstellung der Vertragsfähigkeit der Marktsubjekte: »Insofern ist jede moderne Rechtsgemeinschaft, allein weil ihre Legitimität von der Idee einer rationalen Übereinkunft zwischen gleichberechtigten Individuen abhängig wird, in der Annahme der moralischen Zurechnungsfähigkeit all ihrer Mitglieder begründet« (ebd., S. 184f.). Das lässt erkennen, dass Honneth mit dieser Sphäre nicht nur politische Teilhabe-, Wohlfahrts- und Freiheitsrechte gemeint hat, sondern auch Schutzrechte, »die die Person in Hinblick auf ihre Freiheit, ihr Leben und ihr Eigentum vor unbefugten Eingriffen des Staates schützen« (ebd., S. 186) und durch diese rechtliche Anerkennung die Grundlage für dauerhafte »Selbstachtung« (ebd., S. 195) erlangt. Neben dieser abstrakten rechtlichen Voraussetzung tritt als zweite Sphäre die des Beitrags zur Gesellschaft in Form der eigenen Arbeit: »[A]ls »wertvoll« vermag sich eine Person nur zu empfinden, wenn sie sich in Leistungen anerkannt weiß, die sie gerade nicht mit anderen unterschiedslos teilt« (ebd., S. 203). Anders als in vormodernen Gesellschaften, in denen die Anerkennung wegen der Zugehörigkeit zu einer Gilde, Berufsgruppe oder einem Stand gezollt wurde, gilt heute, dass »das soziale Ansehen der Subjekte [sich] doch an den individuellen Leistungen [bemisst], die sie im Rahmen ihrer besonderen Formen der Selbstverwirklichung gesellschaftlich erbringen« (ebd., S. 207). Die dritte Sphäre der Anerkennung sind die Liebesverhältnisse, alle »Primärbeziehungen [...], soweit sie nach dem Muster von erotischen Zweierbeziehungen, Freundschaften und Eltern-Kind-Beziehungen aus starken Gefühlsbindungen zwischen wenigen Personen bestehen« (ebd., S. 153). Es kommt darauf an, dass in ihnen gefühlsmäßige Sicherheit erlebt werden kann, »daß die geliebte Person auch nach der [...] Verselbständigung ihre Zuneigung aufrechterhält« (ebd., S. 173).

Die Interaktion zwischen Kindern und Eltern, zwischen Arbeitskolleginnen und -kollegen und zwischen Staatsbürgerinnen und -bürgern ist eine dauerhafte Erfahrung von Gesellschaft. In diesen Erfahrungen wird Identität ausgebildet, soviel ist richtig. Und doch geht es bei den

Konflikten, anders als Honneth es meint, nicht einfach um die normative Anerkennung von Rechten. Sichtbar wird in sozialen Konflikten und im autoritären Syndrom nicht die »allgemein geschwächte Sozialmoral, sondern durch die gesellschaftliche Destruktion dessen, was subjektiv mit Identität zusammengehalten werden soll« (Gruschka, 1998, S. 18). Es zeigt sich die Widersprüchlichkeit am Fundament der Gesellschaft, nicht bloß das Auseinanderfallen von Rechtsnormen und Rechtsrealität. Es ist eine vornehme Aufgabe kritischer Wissenschaft, dieses Auseinanderfallen zu untersuchen: Die Frage ist zu klären, warum die Gesellschaft gar nicht anders kann, als mit ihren eigenen Normen in Konflikt zu geraten. Klar ist, dass die gesellschaftlichen Widersprüche als Konflikte des Individuums zum Vorschein kommen und im autoritären Syndrom offenbart sich, dass Identität genauso ein Zwangsverhältnis wie die Voraussetzung individueller Freiheit ist. Diese Erfahrungen bilden den Bestand der Identität des Einzelnen und werden von ihm oder ihr auch immer wieder in die Interaktion eingebracht. Verweigerter Anerkennung wird dadurch aber nicht zu einer Erfahrung der Desintegration, wie Honneth vermutet, sondern im Gegenteil zur Integration in eine autoritäre Dynamik. Was derjenige erfährt, der auf dem Arbeitsamt zu spüren bekommt, dass seine Bürgerrechte nichts mehr zählen, ist eben nicht Desintegration (Türcke, 1996), sondern eine autoritäre Dynamik, die ihn der Schutzrechte beraubt und ihn einer autoritären Aggression aussetzt. Die »sozialisatorisch erworbenen Identitätsansprüche« (Honneth, 2000, S. 89) sind so im Rahmen einer Theorie der autoritären Dynamik selbst Gegenstand einer Gesellschaftskritik (Mohan & Keil, 2012, S. 252). Bereits in den von Nachtwey beschriebenen Arbeitsverhältnissen und in der selbstoptimierenden Reaktion der Individuen offenbarte sich, dass die Gesellschaft eine starke Tendenz hat, ihr allgemeines Prinzip auf Kosten des Besonderen, nämlich der Individuen, durchzusetzen. Und dass sie dabei auf das Bündnis der Subjekte selbst zählen kann. Thema der vorliegenden Untersuchung ist, jenen Zustand der Integration in die Gesellschaft zu erfassen, die die Bereitschaft der Menschen voraussetzt, ihre eigenen Wünsche und Erwartungen an ihr eigenes Leben zugunsten des Allgemeinen fahren zu lassen.

Wie vollständig sich die Integration in die Totalität der Tauschgesellschaft vollzieht, wird aber schon früher als am Beispiel des verlorenen Arbeitsplatzes deutlich. Bereits der Säugling wird integriert, das lässt sich auch an der Entwicklungspsychologie zeigen, auf die sich Honneth bezieht.

Die Mutter, so konstatiert er, liefert »praktische Ergänzungen« (Honneth, 1992, S. 158), man könnte auch sagen, sie prothetisiert den Säugling, lässt ihn über sich verfügen und beginnt so, auch das Kind als »Bestandteil eines einzigen Handlungskreislaufes wahrzunehmen« (ebd., S. 159). Die Leistung der Anerkennung ist eine gegenseitige, denn auch der Säugling muss bald anerkennen, dass die Mutter einer »objektiven Wirklichkeit« (ebd., S. 163) angehört. Bis dahin muss »die Mutter seine zerstörenden Attacken [überleben], ohne sich zu rächen« (ebd.). Da es vor hundert Jahren noch darum ging, in eine patriarchal-autoritäre Gesellschaft hineinzuwachsen, war der zentrale Entwicklungskonflikt der ödipale, während es heute die Lösung aus der exklusiven Beziehung von Mutter und Säugling zu sein scheint. Nimmt der Säugling die Mutter zunächst in Besitz, schafft er es, sich durch »Übergangsobjekte«, der »starken Neigung von Kindern im Alter von wenigen Monaten, zu Gegenständen ihrer materiellen Umwelt« (ebd., S. 165) von diesem mütterlichen Besitz zu lösen. Darin ist Honneth nicht zu widersprechen. Doch was er beschreibt, ist ernster zu nehmen. Diese psychoanalytische Entwicklungspsychologie zeichnet die Vergesellschaftung in eine auf Tausch basierende Gesellschaft nach, in der sich sogar Mutter und Säugling gegenseitig in Besitz nehmen – eine »fetischistische Transaktion« (Smirnoff, 1972), durch die der Säugling sowohl das herrschende Tauschprinzip verinnerlicht als auch in den materiellen »Übergangsobjekten« das Trostmittel der Ware kennenlernt, das Ersatz schafft für die untergegangene Phantasie der Vollständigkeit in der mütterlichen Symbiose (Decker, 2015a).

Literatur

- Adorno, T. W. (1950). Types and Syndroms. In T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. J. Levinson & R. N. Sandford (Hrsg.), *The Authoritarian Personality* (S. 744–783). New York: Harper.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Altemeyer, B. (1988). *Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Aristoteles & Dirlmeier, F. (1999). *Nikomachische Ethik*. Stuttgart: Reclam.
- Aristoteles & Schwarz, F. F. (2010). *Politik. Schriften zur Staatstheorie*. Stuttgart: Reclam.
- Backes, U. & Jesse, E. (2005). *Vergleichende Extremismusforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Benjamin, W. (1921). Kapitalismus als Religion. In R. Tiedemann & H. Schweppenhäuser (Hrsg.), *Gesammelte Schriften, Bd. 6* (S. 100–103). Frankfurt am Main: Suhrkamp (1991).
- Bloch, E. (1935). *Erbschaft dieser Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Botsch, G. (in Druck). Vom Populismus zum Extremismus. Eine Neubewertung der AfD ist überfällig. *Potsdamer Neuste Nachrichten*.
- Brede, K. (1995). »Neuer« Autoritarismus und Rechtsextremismus. Eine zeitdiagnostische Mutmaßung. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, 49, 1019–1042.
- Bröckling, U. (2007). *Das Unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Busch, H.-J. (2007). Demokratische Persönlichkeit. Eine Annäherung aus der Perspektive politischer Psychologie. In D. Lange & G. Himmelmann (Hrsg.), *Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung* (S. 41–55). Wiesbaden: VS.
- Butterwegge, C. (Hrsg.) (2002). *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*. Opladen: Leske und Budrich.
- Butterwegge, C. (2008). Marktradikalismus und Rechtsextremismus. In C. Butterwegge, B. Lösch & R. Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen* (S. 203–223). Wiesbaden: VS.
- Decker, O. (2011). *Der Warenkörper. Zur Sozialpsychologie der Medizin*. Springe: zu Klampen.
- Decker, O. (2015a). Fetische, Körper und Ressentiment. *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, 101, 589–600.
- Decker, O. (2015b). Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler, E. (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 21–34). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 42, 8–17.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Niedermayer, O. & Brähler, E. (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin*, 1, 65–77.
- Decker, O. & Türcke, C. (2016). Die Mitte – ein mythischer Ort. Oliver Decker im Gespräch mit Christoph Türcke. *Zeitschrift für kritische Theorie*, 22, 214–228.
- Demirović, A. (2018). Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. *PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48, 27–42.
- Deutschmann, C. (1999). *Die Verheißung des Kapitalismus. Zur religiösen Natur des Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Campus.
- Dubieli, H. (1986). Autonomie oder Anomie. Zum Streit über den nachliberalen Sozialcharakter. *Soziale Welt, Sonderband 4: Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren*, 263–281.
- Ebrecht, A. (2010). Charakter, Persönlichkeit und soziale Beziehungen. In U. Bahrke (Hrsg.), *»Denk' ich an Deutschland ...«*. *Sozialpsychologische Reflexionen* (S. 54–77). Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Falter, J. W. (1981). Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour Martin Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research. *Social Science Information*, 2, 389–430.

- Falter, J. W., Lohmöller, J.-B., de Rijke, J., Link, A. & Schumann, S. (1983). Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Beitrags der Massenerwerbslosigkeit zu den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und 1933. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35, 525–554.
- Foucault, M. (1979). *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität, Band II*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (2017).
- Freud, S. (1921). Massenpsychologie und Ich-Analyse. In A. Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XIII* (S. 71–161). Frankfurt am Main: Fischer.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe, Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: DVA.
- Fromm, E. (1937/1938). Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe, Bd. 3* (S. 1–224). Stuttgart: DVA (1980).
- Fromm, E. (1941). Furcht vor der Freiheit. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe, Bd. 1* (S. 217–394). Stuttgart: DVA.
- Funke, M., Schualrick, M. & Trebesch, C. (in Druck). Going to Extremes. Politics after Financial Crises, 1870–2014. *European Economic Review, online first*.
- Gauland, A. (2018). Warum muss es Populismus sein? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 232/40, 8.
- Geiger, T. (1930). Panik im Mittelstand. *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde*, 10, 637–654.
- Goebel, J., Gornig, M. & Häußermann, H. (2010). Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert. *Wochenbericht des DIW*, 24, 1–8.
- Grabka, M. M. & Frick, J. R. (2008). Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? *Wochenbericht des DIW*, 75, 101–108.
- Gruschka, A. (1998). Krise, Kritik und Vision? Ein Forschungsprogramm aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung. *Zeitschrift für kritische Theorie*, 4, 5–27
- Gumbrecht, H. U. (2012). Nach 1945. Latenz als Ursprung der Gegenwart. Berlin: Suhrkamp.
- Hall, S. (1982). Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus. In W. F. Haug & W. Efferding (Hrsg.), *Internationale Sozialismuskonversation, Bd. 2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus* (S. 104–124). Hamburg: Argument.
- Hansen, A. H. (1939). Economic Progress and Declining Population Growth. *The American Economic Review*, 29, 1–15.
- Heitmeyer, W. (2001). Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. In D. Loch & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien* (S. 497–534). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2010). *Deutsche Zustände – Folge 9*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, A. (2000). Die soziale Dynamik der Mißachtung. Zur Ortsbestimmung einer kritischen Gesellschaftstheorie. In ders. (Hrsg.), *Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie* (S. 88–109). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M. (1936). Autorität und Familie. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften, Bd. 3 – Schriften 1931–1936* (S. 336–417). Frankfurt am Main: Fischer.
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1952). Vorurteil und Charakter. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften, Bd. 9.2* (S. 360–373). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936). *Studien über Autorität und Familie*. Springe: zu Klampen (Reprint, 1987).

- Ionescu, G. & Gellner, E. (Hrsg.) (1969). *Populism. Its Meanings and National Characteristics*. London: Weidenfeld & Nicolson.
- Kiess, J., Brähler, E. & Decker, O. (2015). Die Wählerinnen und Wähler von AfD und NPD – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 83–104). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, J. & Decker, O. (2010). Der Rechtsextremismusbegriff – Einführung und Problemanzeige. In O. Decker, J. Kiess, M. Weissmann & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte in der Krise* (S. 10–20). Springer: zu Klampen (2012).
- Kim, J. (2018). The radical market-oriented policies of the Alternative for Germany (AfD) and support from non-beneficiary groups – discrepancies between the party's policies and its supporters. *Asian Journal of German and European Studies*, 3, online first.
- Knöbl, W. (2016). Über alte und neue Gespenster. Historisch-systematische Anmerkungen zum »Populismus«. *Mittelweg* 36, 25, 8–35.
- Kracauer, S. (1929). *Die Angestellten. Aus dem neuen Deutschland*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1971).
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, 209–232.
- Lengfeld, H. (2018). Der »Kleine Mann« und die AfD. Was steckt dahinter? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 295–310.
- Lenk, K. (1987). Die Links-Rechts-Skala und die Magie der Mitte. In ders. (Hrsg.), *Rechts, wo die Mitte ist: Studien zur Ideologie. Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus* (S. 11–13). Baden-Baden: Nomos (1994).
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Lipset, S. M. (1959). Der »Faschismus«, die Linke, die Rechte und die Mitte. In E. Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus* (S. 449–491). Köln: Athenäum (1967).
- Lohmann, H. M. (Hrsg.) (1994). *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Löwenthal, L. (1949). Falsche Propheten. In H. Dubiel (Hrsg.), *Leo Löwenthal – Schriften 3 – Zur politischen Psychologie des Autoritarismus* (S. 11–160). Frankfurt am Main: Suhrkamp (1982).
- Lux, T. (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 255–273.
- Marcuse, H. (1963). Das Veralten der Psychoanalyse. In ders. (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*, 2 (S. 85–106). Suhrkamp: Frankfurt am Main (1970).
- Menz, W. & Nies, S. (in Druck). Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In C. Book, N. Huke, S. Klauke & O. Tietje (Hrsg.), *Alltägliche Grenzziehungen. Externalisierung – imperiale Lebensweise – exklusive Solidarität*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Merkel, I. & Böske, K. (1996). *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*. Köln: Böhlau.
- Mohan, R. & Keil, D. (2012). Gesellschaftskritik ohne Gegenstand. Axel Honneths Anerkennungstheorie aus materialistischer Perspektive. *PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 42, 249–266.
- Mouffe, C. (2015). Für einen linken Populismus. Unser Gegner sind nicht Migranten, sondern die politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus. *Internationale Politik und Gesellschaft*. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857/> (21.10.2018).

- Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Oesterreich, D. (2001). Massenflucht in die Sicherheit? Zum politischen Verhalten autoritärer Persönlichkeiten. Theoretische Überlegungen und Ergebnisse von vier empirischen Untersuchungen. In D. Loch & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien* (S. 275–297). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Priester, H. E. (1936). *Das Deutsche Wirtschaftswunder*. Amsterdam: Querido.
- Priester, K. (2012). Wesensmerkmale des Populismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62, 3–15.
- Priester, K. (2016). Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 533–560). Wiesbaden: Springer VS.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 237–254.
- Schellenberg, B. (2015). Autoritarismus, Rassismus, Rechtsextremismus – ein Fallbeispiel. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 153–170). Gießen: Psychosozial.
- Schröder, M. (2018). *AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländergefährlich*. Berlin: DIW.
- Schumann, S. (2002). Prägen Persönlichkeitseigenschaften Einstellungen zu Parteien? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54, 64–84.
- Schumann, S. (Hrsg.) (2005). *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS.
- Sedlmayr, H. (1948). *Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symptom und Symbol der Zeit*. Gütersloh: Bertelsmann (1988).
- Seipel, C. & Rippl, S. (1999). Jugend und Autorität: Ist die Theorie der »autoritären Persönlichkeit« heute noch ein tragfähiges Erklärungsmodell? *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 19, 188–202.
- Sennett, R. (1998). Der neue Kapitalismus. *Berliner Journal für Soziologie*, 8, 305–316.
- Simmel, G. (1908). *Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Smirnow, V. N. (1972). Die fetischistische Transaktion. In J. B. Pontalis (Hrsg.), *Objekte des Fetischismus* (S. 76–112). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sibley, C. G. & Duckitt, J. (2008). Personality and Prejudice. A Meta-Analysis and Theoretical Review. *Personality and Social Psychology Review*, 12, 248–279.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1979). An Integrative Theory of Intergroup Conflicts. In G. W. Austin & S. Worchel (Hrsg.), *The Social Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24). Monterey: Books/Cole.
- Türcke, C. (1996). Ausgrenzung. Die Aktualität eines Begriffs oder: Das andere Gesicht der Integration. *Frankfurter Rundschau*, 02.11.1996, *Zeit und Bild*.
- Türcke, C. (2012). *Hyperaktiv! Kritik der Aufmerksamkeitsdefizitkultur*. München: Beck.
- Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2018). *Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Vehrkamp, R. & Wratil, C. (2017). *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann.

- Weber, M. (1904/1905). *Die Protestantische Ethik und der »Geist« des Kapitalismus*. Weinheim: Beltz.
- Winkler, H. A. (1972). Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 20, 175–191.
- Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmitt, P. & Heitmeyer, W. (2008). The Syndrome of Group-Focused Enmity. The Interrelation of Prejudices Tested with Multiple Cross-Sectional and Panel Data. *Journal of Social Issues*, 64, 363–383.

2. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf

*Oliver Decker, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke &
Elmar Brähler*

Unsere Studiengruppe erfasst seit 2002 die rechtsextremen Einstellungen in Deutschland und führt dazu im Zweijahresrhythmus repräsentative Erhebungen mit 2.500 bis 5.000 Personen durch. Die Untersuchungsreihe geht von einem Rechtsextremismusbegriff aus, der rechtsextreme Einstellungen als Bestandteil eines autoritären Syndroms versteht und der demokratischen dichotom gegenüberstellt (Kiess, 2011; Decker et al., 2012a; vgl. Kap. 1). Wir definieren rechtsextreme Einstellungen als »Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (u.a. Decker et al., 2012a, S. 18).

Die Befragung ist auf die Erhebung von *Einstellungen* ausgelegt, nicht auf die Beobachtung von *Verhalten*. Allerdings sind antidemokratische und dementsprechend auch rechtsextreme Einstellungen *Voraussetzung* für ein antidemokratisches Verhalten. Einstellungsuntersuchungen lassen zwar keine Verhaltensprognose, aber Rückschlüsse auf das Verhaltenspotenzial zu, wie zum Beispiel auf die Bereitschaft, extrem-rechte Parteien zu wählen. Außerdem geben sie Hinweise darauf, welche Motive für ein Verhalten als akzeptabel gelten.

In diesem Kapitel stellen wir die Verbreitung und Ausprägung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland dar. Zuerst beschreiben wir das methodische Vorgehen für die aktuelle Erhebungswelle und berichten dann die zentralen Ergebnisse. Zuletzt richten wir den Fokus auf die

Einstellung zur Demokratie und die Akzeptanz demokratischer Normen, aber auch auf die damit verbundenen Einstellungsdimensionen Muslimfeindschaft, Antiziganismus, Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Gewaltbereitschaft.

Methoden und Stichprobe

Seit Beginn der Untersuchungsreihe 2002 bildet der Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (FR-LF) den Kern der *Leipziger Autoritarismus-Studie* (Decker et al., 2013)¹. 2018 werden die rechtsextremen Einstellungen wieder durch dieselben sechs Dimensionen erfasst wie bisher: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Dieser Fragebogen wird in den Erhebungswellen durch weitere Fragebögen ergänzt, die zusätzliche Einstellungsdimensionen erfassen oder zur Ursachenbestimmung beitragen. 2018 waren das zunächst Fragen zur Akzeptanz der Demokratie. Außerdem haben wir die Erfassung autoritärer Persönlichkeitselemente erweitert, da sich unser Fokus in den letzten Jahren mehr und mehr auf die autoritäre Dynamik in der Gesellschaft verschoben hat (vgl. auch Kap. 1): Erhoben wurden 2018 zum einen die autoritäre Aggression, die autoritäre Unterwürfigkeit und die Betonung konventioneller Werte (Beierlein et al., 2014), zum anderen die Verschwörungsmentalität (Imhof & Decker, 2013). Diese beiden Fragebögen erfassen die autoritäre Persönlichkeit über Forderungen nach Strenge und Härte in der Gesellschaft bzw. über das Wirken geheimer Mächte im Hintergrund. Der dritte Fragebogen zur autoritären Persönlichkeit fokussiert dagegen stärker auf die Selbstbeschreibung der Befragten (Oesterreich, 1998). Die Ergebnisse zu diesem Themenkomplex stellen wir in Kapitel 4 dar.

1 In dieser Publikation wurden auch die Trennwerte und die interne Konsistenz des Fragebogens beschrieben. Auf Grundlage der diesjährigen Erhebung lässt sich die dort beschriebene Faktorenstruktur replizieren: Cronbachs Alpha für die Gesamtskala liegt 2018 bei .94, auf den Einzeldimensionen 1) .77, 2) .81, 3) .89, 4) .90, 5) .77, 6) .81.

Die Bereitschaft, bestimmte Personengruppen abzuwerten, wurde mit Fragen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer, 2012) erfasst, wie zuvor schon 2014 und 2016. In diesem Jahr richteten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Einstellung gegenüber Muslima und Muslimen (Muslimfeindschaft)², Sinti und Roma (Antiziganismus) sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (bzw. ihre Aufnahme)³. Außerdem kam, wie schon 2006 und 2016, ein Fragebogen zur Erfassung von Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft zum Einsatz (Ulbrich-Herrmann, 1995).

Zur besseren Differenzierung werden in jeder Untersuchungswelle standardmäßig verschiedene soziodemografische Merkmale erfasst: neben Alter, Geschlecht und Wohnort (Bundesland) auch der höchste erreichte Bildungsabschluss, die Religionszugehörigkeit, das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, der Familienstand sowie die Berufstätigkeit (siehe Tab. 1). Zusätzlich wurden die Befragten um ihre Einschätzung zu Politik und wirtschaftlicher Situation (des Landes und individuell) gebeten. Diese Fragebögen dienen als Indikatoren für die subjektive politische und wirtschaftliche Deprivation.

Wie alle bisherigen Erhebungen unserer Untersuchungsreihe wurde die Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA durchgeführt. Sie bestand aus zwei Teilen: Im ersten wurden die soziodemografischen Merkmale face-to-face von den Interviewenden erhoben und in ein Listenheft eingetragen. Im zweiten Teil füllten die Befragten die Einstellungsfragebögen eigenständig aus, ohne dass die Interviewenden Kenntnis von

-
- 2 Wir folgen mit dem Begriff *Muslimfeindschaft* Pfahl-Traughber (2012), der den Begriff *Muslimfeindlichkeit* vorgeschlagen hat. Den Begriff *Islamophobie* verwenden wir aus mehreren Gründen nicht mehr. Zum einen enthält der von uns adaptierte Fragebogen der Studiengruppe »Deutsche Zustände« zwei Aussagen, die sich gegen Muslima und Muslime wenden, während der Islam als Religion nicht Thema ist. Die Aussagen bilden das Ressentiment gegenüber den Angehörigen dieser religiösen Gruppe ab und nicht etwa Vorbehalte gegenüber der Religion, wie es die Bezeichnung *Islamophobie* nahelegt. Zum anderen wird durch die begriffliche Präzisierung dem immer wieder vorgebrachten Argument begegnet, *Islamkritik* als Religionskritik werde durch die Bezeichnung *Islamophobie* stigmatisiert. Religionskritik gehört zu den Aufgaben der Wissenschaft selbst; und Religionsfreiheit im Sinne der Aufklärung meint nicht zuletzt das Recht auf Freiheit *von der* Religion. Wir messen in unserer Erhebung aber keine Religionskritik, sondern Ressentiments (Decker et al., 2012b).
 - 3 Weitere Dimensionen konnten in diesem Jahr nicht miteinbezogen werden. Zu Homophobie und Sexismus siehe die Erhebung von 2016 (Decker et al., 2016a).

den Antworten erhielten. Bei diesem »Paper-Pencil«-Vorgehen ist die Offenbarungsbereitschaft höher als bei Befragungen, in denen die Aussagen vom Interviewenden vorgelesen werden und dieser die Antworten notiert (z.B. in Telefonbefragungen). Da das Verfahren seit 2002 konstant geblieben ist, bietet es zudem den Vorteil, dass die Ergebnisse der Untersuchungen von 2002 bis 2018 miteinander verglichen werden können.

Insgesamt wurden 215 Interviewende eingesetzt, die damit im Durchschnitt je zwölf Interviews führten. Die Interviewenden führten zudem die Auswahl der zu befragenden Personen nach den Vorgaben von USUMA durch. Außerdem beschrieben sie den Befragten knapp den Forschungsauftrag und die Studienziele und klärten sie über die datenschutzrechtlichen Vorkehrungen gemäß der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) auf. Dabei holten sie die informierte Einwilligung zur Teilnahme ein, für Personen ab 14 und unter 18 Jahren in Absprache mit einem Erziehungsberechtigten.

Die Teilnehmenden wurden mit einer geschichteten Zufallsstichprobe ausgewählt. Dazu wurden auf Grundlage einer überschneidungsfreien Flächenaufteilung des Bundesgebietes 258 *Sample Points* gezogen (für die alten Bundesländer 210, für die neuen 48). Dann nahmen die Interviewenden die Auswahl der Haushalte im Random-Walk-Verfahren vor und ermittelten per Schwedenschlüssel die Zielperson im Haushalt. USUMA erhielt die ausgefüllten Fragebögen von den Interviewenden zurück und bereitete sie zu einem digitalen Datensatz auf, der unserer Studiengruppe zur Auswertung übergeben wurde.

Sämtliche Interviews wurden im Zeitraum vom 7. Mai 2018 bis 8. Juli 2018 geführt. Die Rücklaufquote betrug 47,3% und ist damit als hoch einzuschätzen, besonders im Vergleich zu anderen Verfahren wie Telefonbefragungen. Um das Untersuchungsziel von 2.500 Interviews zu erreichen, wurden insgesamt 5.418 Haushalte aufgesucht. Bei 2.516 von ihnen konnte die Befragung durchgeführt werden. In die Auswertung gingen allerdings nicht alle Interviews ein, sondern nur jene mit Personen, welche über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügten ($N = 2.416$).

Tabelle 1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe
(nur deutsche Staatsangehörige, 14–91 Jahre)

		Gesamtgruppe (N = 2.416)	
Alter in Jahren	Mittelwert	48,19	
	Standardabweichung	17,6	
		absolut	in %
Altersgruppen	bis 24 Jahre	258	10,7
	25 – 34 Jahre	358	14,8
	35 – 44 Jahre	402	16,6
	45 – 54 Jahre	449	18,6
	55 – 64 Jahre	466	19,3
	65 – 74 Jahre	309	12,8
	ab 75 Jahre	174	7,2
Geschlecht	männlich	1.093	45,2
	weiblich	1.323	54,8
Familienstand	verheiratet/zusammenlebend	1.024	42,5
	verheiratet/getrennt lebend	67	2,8
	ledig	743	30,8
	geschieden	377	15,6
	verwitwet	199	8,3
Partnerschaft	ja (leben in Partnerschaft)	1.415	59,5
	nein (leben ohne Partnerschaft)	964	40,5
Schulabschluss	ohne Schulabschluss	81	3,4
	Hauptschule/8. Klasse	741	30,7
	Mittlere Reife/Realschule	788	32,7
	POS/10. Klasse	141	5,9
	Fachschule	105	4,4
	Abitur/o. abgeschl. Studium	269	11,2
	abgeschl. Hochschul-/ FHS-Studium	224	9,3
	Schüler(in) einer allg. Schule	62	2,6

Fortsetzung Tabelle 1

		absolut	in %
Berufstätigkeit	Vollzeit mit ≥ 35 h/Woche	1.064	44,5
	Teilzeit mit 15–35 h/Woche	275	11,5
	Teilzeit mit ≤ 15 h/Woche	76	3,2
	Freiwilligendienst oder Mutterschutz/Erziehungsurlaub	24	1,0
	arbeitslos/0-Kurzarbeit	129	5,4
	in Rente/Vorruhestand	570	23,8
	nicht berufstätig/Hausfrau/Hausmann	72	3,0
	in Berufsausbildung	38	1,6
	in Schulausbildung	145	6,1
Haushaltsnettoeinkommen/Monat	weniger als 750 €	60	2,6
	750 bis < 1.250 €	271	11,6
	1.250 bis < 2.000 €	608	25,9
	2.000 bis < 3.500 €	976	41,6
	ab 3.500 €	429	18,3
Kirchenzugehörigkeit	nein	619	26,4
	ja	1.729	73,6
Ostdeutsche		498	20,6
Westdeutsche		1.918	79,4

Für den Bericht über zentrale Ergebnisse und im weiteren Verlauf geben wir die Werte für Ost-, West- und Gesamtdeutschland an. Zwar wählen wir diese Darstellungsweise schon seit 2002, aber die Entscheidung zu diesem Vorgehen wird jeweils neu diskutiert. Rechtsextreme Einstellungen sind bundesweit ausgeprägt, während im gesamten Bundesgebiet auch viele Menschen mit einer stabilen anerkennenden und demokratischen Einstellung leben. Dass wir auch in diesem Jahr an der Ost-West-Differenzierung festhalten, hat verschiedene Gründe. Wie schon in den Vorjahren lässt die Stichprobengröße eine repräsentative Aussage vor allem für die Bundes-

republik, Ost- und Westdeutschland bzw. bevölkerungsstarke Bundesländer zu. Außerdem lassen sich auch Unterschiede zwischen den nord- und süddeutschen Bundesländern im Westen finden, allerdings sind diese nicht so deutlich ausgeprägt wie zwischen Ost- und Westdeutschland. Es geht uns keinesfalls darum, die Bevölkerung in einem Teil der Republik besonders herauszustellen. Aufgrund der deutschen Geschichte finden wir zwar viele Gemeinsamkeiten, aber auch Differenzen in der politischen Kultur zwischen Ost- und Westdeutschland (Pickel & Pickel, 2006; Mannewitz, 2016). Auf der Einstellungsebene sind zwar die Werte der rechtsextremen Einstellungen im westdeutschen Bundesland Bayern ähnlich hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern (Decker et al., 2015), aber auf der Handlungsebene lässt sich zurzeit eine stärkere Mobilisierung der extremen Rechten in Ostdeutschland beobachten. Dadurch wird auch die Einstellung der dortigen Bevölkerung als Indikation für die Anschlussfähigkeit der extremen Rechten in einem besonderen Maße interessant. Diesem Umstand ist es geschuldet, dass wir auch 2018 die Ergebnisse oft getrennt nach Ost- und Westdeutschland vorstellen.

Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2018

Für die Darstellung der zentralen Ergebnisse der *Leipziger Autoritarismus-Studie* soll zunächst der Rechtsextremismus-Fragebogen (FR-LF) im Mittelpunkt stehen: erstens die Zustimmungswerte zu den Aussagen des Fragebogens, zweitens die Veränderungen der extrem-rechten Einstellungen im Zeitverlauf von 2002 bis 2018 und drittens die Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungen und soziodemografischen Merkmalen.

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018

Der Rechtsextremismus-Fragebogen (FR-LF) erfasst die rechtsextremen Einstellungen anhand der sechs Dimensionen Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Zu jeder dieser Dimensionen gehören drei Aussagen (siehe Grafiken 1 bis 6). Die Befragten wurden gebeten, diese Aussagen auf einer fünfstufigen Skala zu bewerten, die von »lehne voll und ganz ab« (Wert = 1) bis »stimme

voll und ganz zu« (Wert = 5) reichte. Höhere Werte bilden damit stärkere Zustimmung ab als niedrigere. Tabelle 3 listet die Zustimmungswerte zu den 18 Aussagen jeweils mit den fünf wählbaren Antwortkategorien auf. Der Einsatz der fünfstufigen Skala ermöglicht es, das Maß der Zustimmung graduell abzubilden. Zum besseren Verständnis fassen wir jedoch die Antwortkategorien »stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu« in den dann folgenden Grafiken zusammen.

Dabei gerät allerdings schnell aus dem Blick, dass Befragte, welche die Antwortmöglichkeit »teils/teils« wählen, bereits eine gewisse Nähe zum Inhalt der jeweiligen Aussage bekennen. Die Option, sich mit der mittleren Antwortkategorie nicht eindeutig festzulegen, ermöglicht es den Befragten, ihre Zustimmung an die soziale Norm anzupassen, indem sie ihre – sozial unerwünschte – Ansicht in der Kommunikationslatenz halten, wie es für den Antisemitismus formuliert worden ist (Bergmann & Erb, 1986). Die »teils/teils«-Antwort gibt den Befragten aber auch Raum, eine Unentschiedenheit zuzugeben, die auf ein latentes Potenzial für den Rechtsextremismus in Deutschland schließen lässt. Deshalb möchten wir eine Unterscheidung, die wir bereits in der Vergangenheit vorgenommen haben, nun stärker betonen: die zwischen den manifesten und latenten rechtsextremen Einstellungen.

Tabelle 2: Übersicht der Antwortkategorien des Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen

Antwortkategorie	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Als »manifeste Zustimmung« bezeichnen wir die offen geäußerte Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen (»stimme zu«). Ihr steht die Ablehnung solcher Aussagen gegenüber: Die beiden Antwortkategorien »lehne völlig ab« und »lehne überwiegend ab« ordnen wir als Ablehnung rechtsextremer Aussagen ein. Als »latente Zustimmung« bezeichnen wir die Positionierung zu extrem-rechten Aussagen, die sich schon teilweise zum Inhalt bekennt (»stimme teils zu, teils nicht zu«). Im weiteren Verlauf werden die manifes-

ten Aussagen in den Dimensionen zusammengefasst. Wer im Durchschnitt allen Aussagen je Dimension zustimmt, hat eine geschlossene Einstellung (also etwa eine geschlossene ausländerfeindliche Einstellung).

Im Folgenden werden bei Aussagen oder Dimensionen Einstellungsunterschiede zwischen Gruppen oder im Jahresvergleich 2016 zu 2018 sichtbar. Wenn diese Unterschiede signifikant sind (also statistisch bedeutsam sind), wird dies durch Sternchen markiert und unter den Abbildungen und Tabellen erläutert.

Tabelle 3: Der Fragebogen zu rechtsextremen Einstellungen – Zustimmung auf Item-Ebene (in %; $N = 2.416$)

Rechtsextremismus		lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
1	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	54,4	19,1	18,6	6,5	1,4
2	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	53,7	19,4	17,9	7,3	1,7
3	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	38,1	18,6	24,0	14,3	5,1
4	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	52,4	20,0	16,6	8,1	3,0
5	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	45,2	23,4	21,6	7,9	1,9
6	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	18,1	16,4	29,8	19,5	16,2
7	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	45,9	23,4	20,7	6,9	3,2
8	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	18,7	15,1	29,7	24,5	12,0
9	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	47,9	20,2	20,5	9,2	2,1
10	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	27,0	19,9	26,7	15,6	10,9

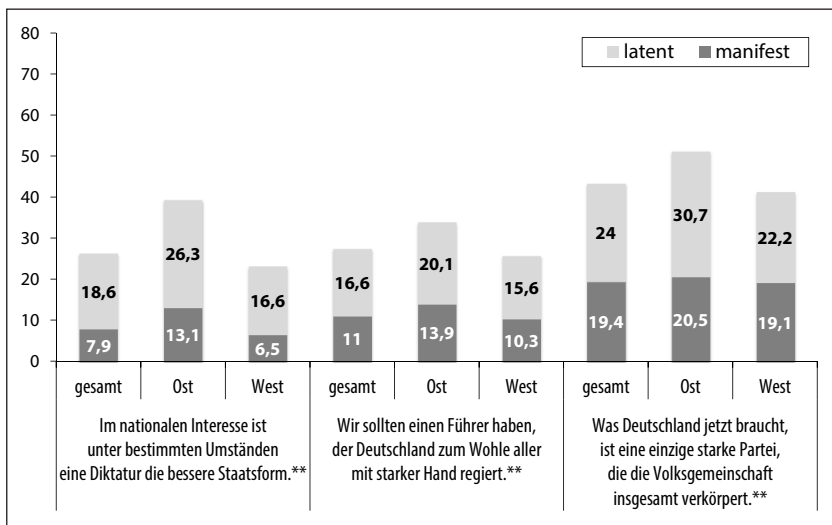
Fortsetzung Tabelle 3

		lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
11	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	51,5	21,0	19,5	5,8	2,3
12	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	17,7	17,3	31,3	21,4	12,2
13	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	50,8	20,1	21,5	5,6	2,0
14	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	24,9	21,2	29,2	18,1	6,6
15	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	61,2	14,9	13,8	7,2	2,9
16	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	19,9	16,4	28,1	20,2	15,4
17	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	49,3	21,5	20,1	6,7	2,4
18	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	49,3	20,5	21,8	6,7	1,7

Die erste Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« wurde mit drei Aussagen erhoben, die für antidemokratische Positionen stehen und deren Begründung mit faschistischen, nationalistischen oder völkischen Motiven die Zuordnung zur extrem-rechten Gesinnung erlaubt (»Diktatur« im »nationalen Interesse«, »Führer« als Begriff mit eindeutigem historischem Verweischarakter auf den Nationalsozialismus und »Volksgemeinschaft« als Beschreibung einer durch Abstammung definierten, homogenen Schicksalsgemeinschaft). Grafik 1 zeigt sowohl die prozentuale manifeste Zustimmung (»stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu«) als auch die prozentuale latente Zustimmung (»stimme teils zu, teils nicht zu«).

Die stärkste manifeste Zustimmung erfuhr die dritte Aussage: Etwa 20% der Deutschen wünschen sich eine »einzig starke Partei«. Bei den ersten beiden Items, mit denen 8% und 11% einverstanden sind, sticht der große Unterschied zwischen den Landesteilen hervor: Über 13% der Befragten aus den neuen Bundesländern (»Ost«) stimmen diesen Aussagen manifest zu, 20% latent. Unter den Befragten aus den alten Bundesländern (»West«) wird die Diktatur als Staatsform zwar ebenfalls nicht durchgehend abgelehnt, doch sind die Zustimmungsraten niedriger (6,5% manifest, 16,6% latent), und auch die Aussage, dass ein Führer das Land »zum Wohle aller mit starker Hand« regieren sollte, wird noch mit einigem Abstand von 10,3% (manifest) und 15,6% (latent) befürwortet. Für diese Frage haben wir 11% manifeste Zustimmung im gesamten Land gemessen.

Grafik 1: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« (in %)

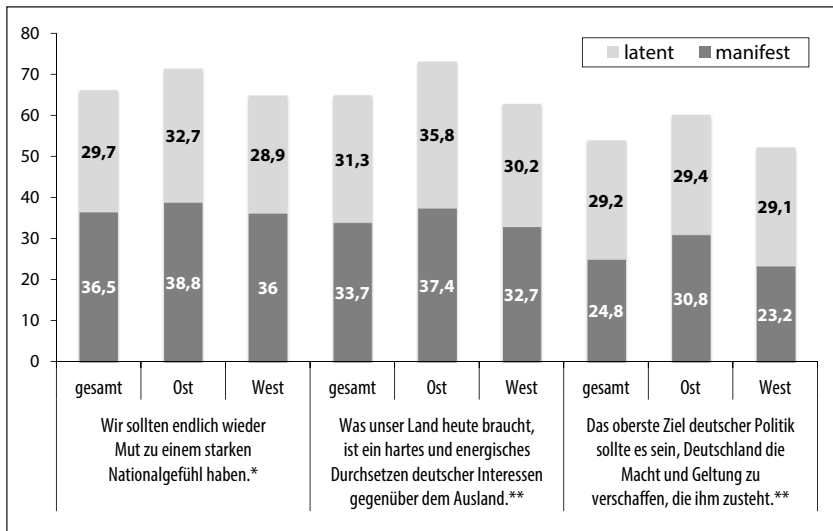


Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

In der nächsten Dimension »Chauvinismus«, die ein übersteigertes und gegenüber Dritten aggressives Nationalgefühl erfasst, sind die Zustimmungswerte bundesweit hoch, aber auch diesmal in den alten Bundesländern etwas niedriger als in den neuen (Grafik 2). Bei der ersten Aussage

kommt es besonders auf die Formulierung »endlich« an, denn sie impliziert, dass hierzulande jegliches Nationalgefühl unterdrückt werde. Bei der zweiten und dritten Aussage steht die Durchsetzung gegenüber anderen im Vordergrund, die von dem Gefühl getragen ist, dass das Land weniger erhalte, als »ihm zusteht«. Obwohl die Bundesrepublik eine hegemoniale Stellung in Europa innehat und trotz der wirtschaftlichen Erfolge als sogenannter Exportweltmeister, stimmt ein Drittel bzw. ein Viertel aller Befragten diesen Aussagen manifest zu.

Grafik 2: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Chauvinismus« (in %)



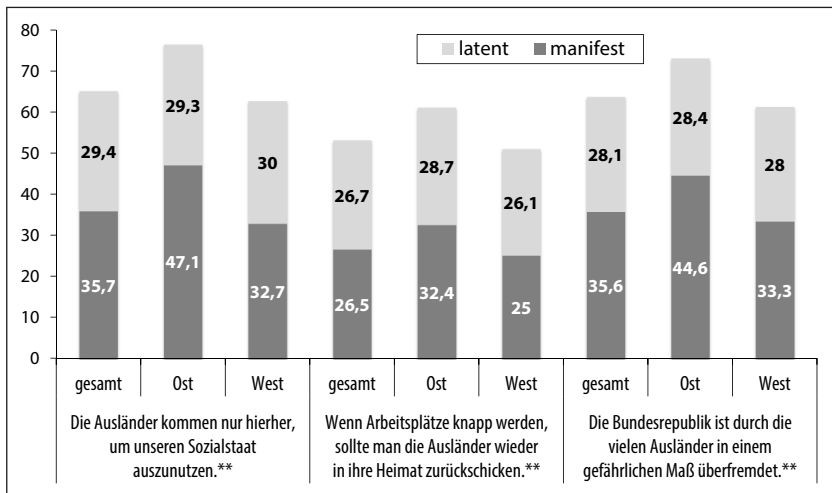
Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

In der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« fallen die Zustimmungswerte in ganz Deutschland besonders hoch aus (Grafik 3). Komplementär zur Aufwertung der Eigengruppe (»Chauvinismus«) misst die Ausländerfeindlichkeit die Abwertung und Aggression gegenüber einer konstruierten Fremdgruppe, »den Ausländern«, denen pauschal und kollektiv das Ausnutzen des Sozialstaates unterstellt wird, die auf dem Arbeitsmarkt nur auf Zeit geduldet werden und deren Anwesenheit als »Überfremdung« der Bundesrepublik wahrgenommen wird. Auf der einen Seite wird in

dieser Dimension also rassistisch motiviertes Konkurrenzdenken auf dem Arbeitsmarkt (ökonomisch motivierte Ausländerfeindlichkeit) erfragt, auf der anderen Seite eine völkische Überfremdungsvorstellung.

Die Aussagen dieser Dimension treffen besonders in den neuen Bundesländern auf beträchtliche Zustimmung: Zum Teil werden sie von fast jedem Zweiten manifest bejaht. Doch auch in den alten Bundesländern hält sie jeder Dritte bis Vierte für zustimmungswürdig. Außerdem fällt auf, dass diese drei Aussagen nur von einer Minderheit der Befragten explizit abgelehnt werden. Die Ausländerfeindlichkeit ist damit weiterhin im gesamten Land stark verbreitet und überdies die Einstellung, die in der Forschung als »Einstiegsdroge« in den Rechtsextremismus gilt: Die Hemmschwelle, rechtsextremen Gruppierungen in dieser Frage zuzustimmen, ist besonders niedrig.

Grafik 3: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (in %)

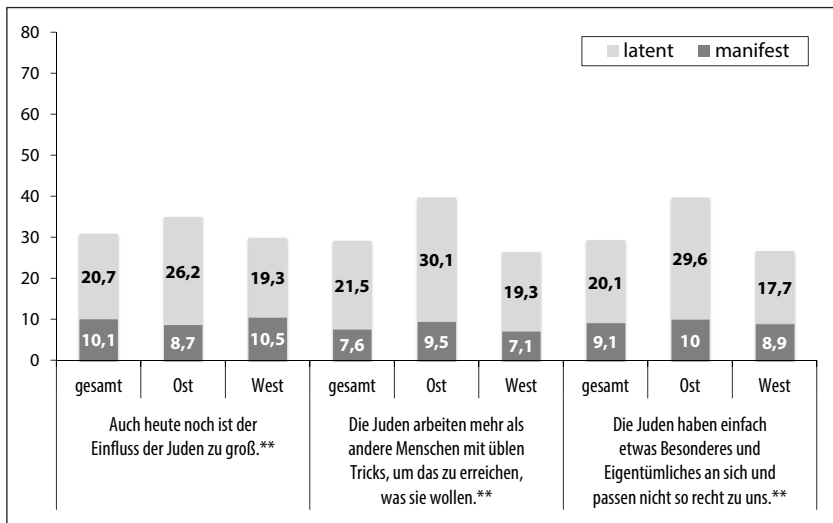


Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 4 zeigt die Zustimmungswerte zur Dimension »Antisemitismus«. Die drei Aussagen decken klassische judenfeindliche Stereotype ab. Da für den Antisemitismus die Kommunikationslatenz am besten dokumentiert ist (Bergmann & Erb, 1986), kann mit einem Dunkelfeld gerechnet

werden. Deshalb wurde in diesem Jahr eine umfassendere Untersuchung verschiedener Ausdrucksformen des Antisemitismus aufgenommen (vgl. Kap. 5). In der in jeder Untersuchung verwendeten Dimension zur Messung des Antisemitismus sind 10% der Deutschen manifest der Ansicht, dass der »Einfluss der Juden« »heute noch« zu groß sei, fast 21% sind es latent. Während das manifeste Vorurteil in Westdeutschland stärker verbreitet ist als in Ostdeutschland, ist es bei der latenten Zustimmung umgekehrt. Außerdem sind fast 8% der Deutschen manifest der Ansicht, dass die Juden mit »üblen Tricks« arbeiteten, und über 9% halten Jüdinnen und Juden für »besonders« und »eigentümlich«, weshalb sie auch nicht »zu uns« passen würden. Diese beiden Aussagen erhalten von Ostdeutschen eine manifest höhere Zustimmung. Insgesamt sind die klassischen antisemitischen Vorurteile bei mindestens jedem zehnten Befragten manifest, während die latenten Ressentiments in der Bevölkerung noch größere Verbreitung haben: In den neuen Bundesländern entschlossen sich nahezu 30% zu »teils/teils«-Antworten, in den alten Bundesländern nahezu 20% (vgl. hierzu auch Kap. 5).

Grafik 4: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Antisemitismus« (in %)



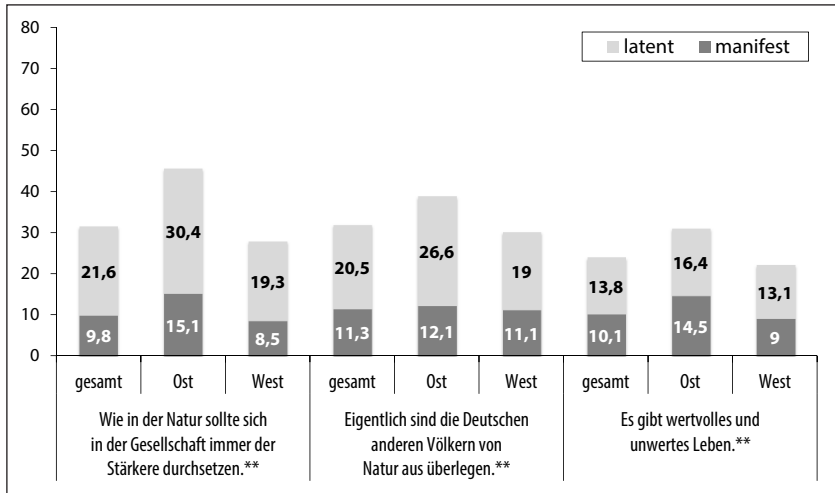
Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 5 stellt die Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Sozialdarwinismus« vor. Beim Sozialdarwinismus wird eine Erkenntnis, zu der Charles Darwin für die Evolution gekommen war, ungerechtfertigt auf die Gesellschaft übertragen. Dieser Biologismus, der ein Bestandteil fast aller völkischer Ideologien ist, betont das Überleben des »Starken«, also die Idee, der Mensch sei umso besser an die Anforderungen des Lebens angepasst, je stärker er ist. Damit werden Unterschiede zwischen Menschen als soziale Imperative verstanden.

Fast 10% der Befragten sind der Auffassung, dass sich die Stärkeren im menschlichen Zusammenleben durchsetzen sollten, wobei die Zustimmung in den neuen Bundesländern mit 15,1% höher liegt als in den alten (9,8%). Noch deutlicher sind die latenten Unterschiede: Gegenüber 19,3% im Westen entschieden sich 30,4% der Befragten im Osten für die Antwortkategorie »teils/teils«. Außerdem glauben über 11% der Befragten, die Deutschen seien anderen Völkern »von Natur aus« überlegen – eine klar rassistische Position. Die dritte Aussage formuliert explizit die dem rechtsextremen Weltbild zugrunde liegende Ungleichwertigkeitsideologie, indem sie von »unwertem Leben« spricht. Doch auch dieser Aussage stimmt noch jeder Zehnte zu, wobei wiederum der Unterschied zwischen den Landesteilen ins Auge fällt: 9% der Westdeutschen, aber fast 15% der Ostdeutschen sind mit dieser Aussage einverstanden.

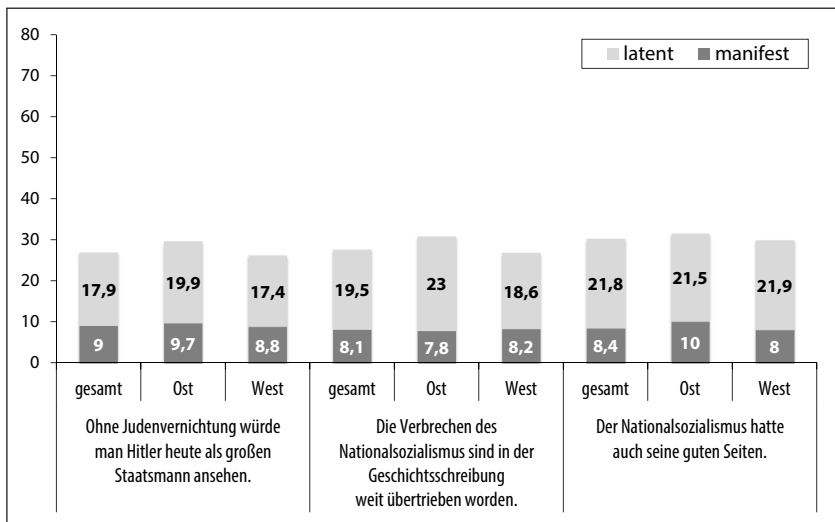
Grafik 6 schließlich bildet die Zustimmungswerte zur letzten Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« ab. Die drei geschichtsrevisio-nistischen Aussagen wenden sich gegen die offene Aufarbeitung der deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus, die stattdessen heruntergespielt und beschönigt werden. Fast jeder Zehnte stimmte 2018 der Aussage zu, dass Hitler – wenn man den Holocaust beiseiteließe – heute als »großer Staatsmann« gelten würde. Weitere 18% schätzten ihre Zustimmung zu dieser Aussage »teils/teils« ein. Jeweils gut 8% der Befragten fanden außerdem die Aussagen zustimmungswürdig, die Verbrechen der Nationalsozialisten würden stark übertrieben und der Nationalsozialismus habe auch »seine guten Seiten« gehabt. Bei zwei der drei Fragen zeigen sich zwar leicht erhöhte Werte im Osten der Bundesrepublik, sie sind jedoch statistisch nicht signifikant.

Grafik 5: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Sozialdarwinismus« (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 6: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« (in %)



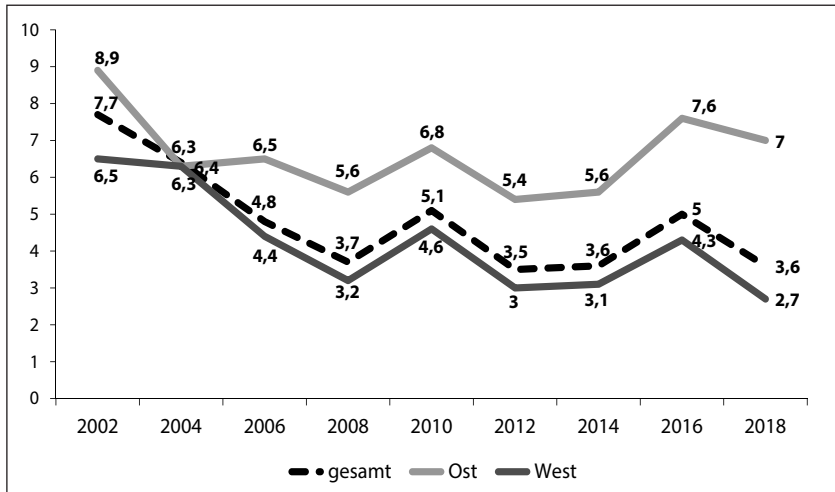
Die Entwicklung der rechtsextremen Einstellungen in Deutschland von 2002 bis 2018

Wir wenden uns nun der Frage zu, wie sich der Anteil an Deutschen mit extrem-rechten Einstellungen seit 2002 entwickelt hat. Für die Darstellung der Zeitreihen blicken wir erneut auf die sechs Dimensionen und fassen die drei Items pro Dimension zusammen. Nur jene Befragten gehen in die Darstellung ein, die in der jeweiligen Dimension eine rechtsextreme Einstellung bekannt haben. Ermittelt werden sie durch die Berechnung ihrer Antworten: Wie bereits beschrieben, verläuft die Skala von 1 bis 5, bei drei Aussagen pro Dimension kann der Wert also zwischen 3 und 15 liegen. Berücksichtigt wird hier nur, wer je Dimension einen Wert von 12 erreichte oder überschritt und damit den Aussagen im Durchschnitt *mindestens überwiegend zustimmte* (manifeste Zustimmung). Daraus ergeben sich teils niedrigere Zustimmungswerte als für die Einzelitems. Doch ist aus unserer Sicht dieser Wert geeignet, den Anteil an manifest-rechtsextremen Eingestellten mit geschlossener Einstellung je Dimension im Zeitvergleich abzubilden.

Grafik 7 zeigt den Verlauf der Zustimmung zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«. Mit 3,6% manifesten Befürwortern im Jahr 2018 erfasst die diesjährige Studie einen relativ niedrigen Wert, besonders im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2004. Jedoch ist die Zustimmung nur in den alten Bundesländern gesunken (2002: 6,5% vs. 2018: 2,7%), während für die neuen Bundesländer kein dauerhafter Rückgang ermittelt wurde (2002: 8,9% vs. 2018: 7,0%).

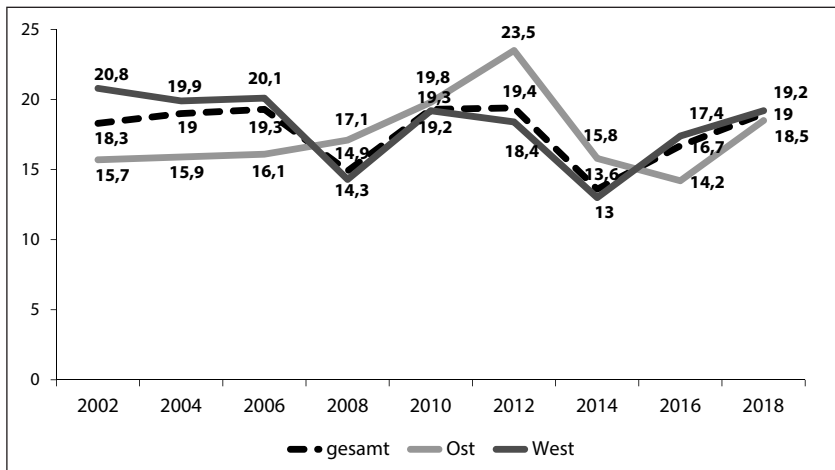
In der Dimension »Chauvinismus« (Grafik 8) war der starke Anstieg in Ostdeutschland 2008, 2010 und 2012 bemerkenswert, der 2014 von einem rapiden Rückgang abgelöst wurde. Anstieg und Abfall hatten wir 2014 mit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise erklärt, die ähnliche Verläufe auch bei der »Ausländerfeindlichkeit« (Grafik 9) und beim »Antisemitismus« (Grafik 10) hervorbrachte. Vor dem Hintergrund der umfassenden Transformationsprozesse der 1990er-Jahre fällt die Reaktion auf wirtschaftliche Krisen im Osten offenbar heftiger aus. 2014 schaffte die »ökonomische Insellage« Deutschlands eine vorübergehende Akzeptanz demokratischer Grundwerte in beiden Landesteilen (Decker et. al., 2014). Für die Jahre 2016 und 2018 ist ein Wiederanstieg auf das Niveau von 2002 zu

Grafik 7: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« 2002–2018 (in %)



Signifikanter Rückgang in Gesamt- und Westdeutschland zwischen 2016 und 2018 (Pearsons Chi-Quadrat: $p < .05$), signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland (Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$)

Grafik 8: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Chauvinismus« 2002–2018 (in %)

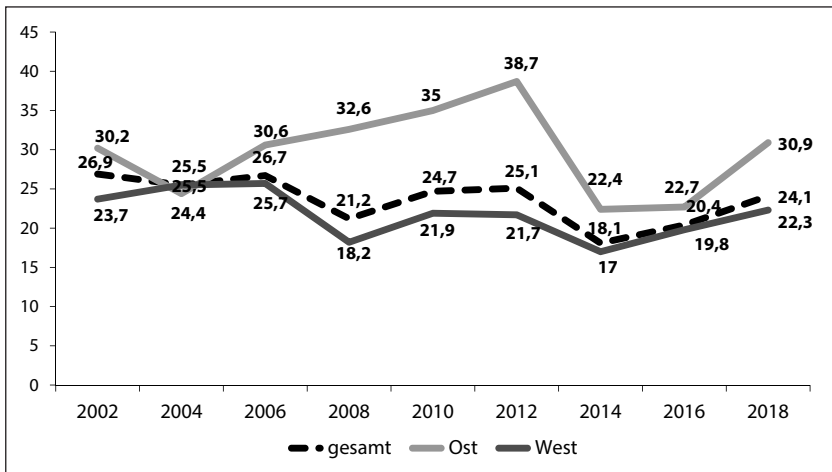


Signifikanter Anstieg in Gesamt- und Ostdeutschland zwischen 2016 und 2018 (Pearsons Chi-Quadrat: $p < .05$)

beobachten sowie eine Angleichung zwischen Ost und West. Abgesehen von dem wichtigen, bereits benannten Ausreißer in der Mitte der Zeitreihe, scheint sich die Zustimmung in dieser Dimension langfristig im Bereich um die 20% zu bewegen.

Ähnlich verläuft die Kurve bei der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (Grafik 9). Auch hier sind der starke Anstieg in Ostdeutschland von 2008 bis 2012 sowie der anschließende Abfall bemerkenswert. Doch wie beim »Chauvinismus« war auch dieser Rückgang – so muss heute konstatiert werden – zeitlich begrenzt. Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern (hier etwas schwächer ausgeprägt) ist die Ausländerfeindlichkeit wieder auf dem Ausgangsniveau und insgesamt mit 24,1% sehr hoch: Ein Viertel der Bevölkerung ist geschlossen ausländerfeindlich eingestellt. Positiv formuliert, liegt die Zustimmung trotz der allgegenwärtigen Krisenrhetorik und der überhitzten Debatte um die Zuwanderung nicht über früheren Werten. Negativ formuliert, scheint die Normalisierung interkulturellen Austausches nicht dazu zu führen, dass flächendeckend Vorurteile abgebaut werden. »Die Ausländer« bleiben ein gewohntes Feindbild.

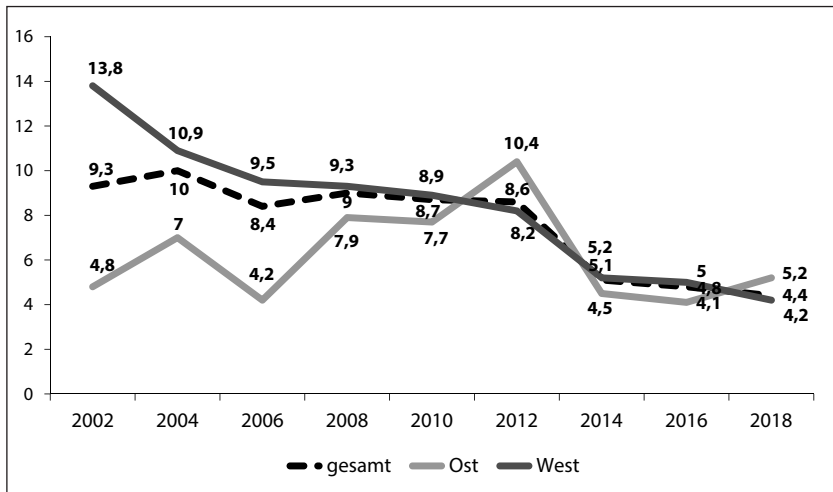
Grafik 9: Anteil der geschlossen manifest ausländerfeindlich Eingestellten 2002–2018 (in %)



Signifikanter Anstieg in Gesamt- und Ostdeutschland zwischen 2016 und 2018 (Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$), signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in 2018 (Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$)

Wie aus Grafik 10 hervorgeht, sinkt im Zeitverlauf der Anteil der geschlossen antisemitisch Eingestellten (2002: 9,3% vs. 2018: 4,4%). Damit ist nicht gesagt, dass der Antisemitismus auch tatsächlich abgenommen habe. Da antisemitische Äußerungen einer hohen sozialen Ächtung unterliegen, ist das Dunkelfeld vermutlich größer. Hier sehen wir nur mit Sicherheit, dass diese Ächtung noch immer greift (vgl. zur manifesten und latenten antisemitischen Einstellung Kap. 5). Was den Ost-West-Vergleich betrifft, war der geschlossene Antisemitismus unter Westdeutschen von 2002 bis 2016 fast durchgängig verbreiteter als unter Ostdeutschen. Allerdings war die Zustimmung im Osten im Zeitraum von 2008 bis 2012 stark angestiegen. Ab 2008 lagen die Werte in Ost und West nah beieinander, während der Zeit der Finanzmarkt- und anschließenden Weltwirtschaftskrise stieg der geschlossene Antisemitismus sogar deutlich über das westdeutsche Niveau. Nach der Angleichung 2014 und 2016 haben wir für den Osten in der aktuellen Erhebung mit 5,2% wieder etwas höhere Zustimmungswerte ermittelt als für den Westen (4,2%).

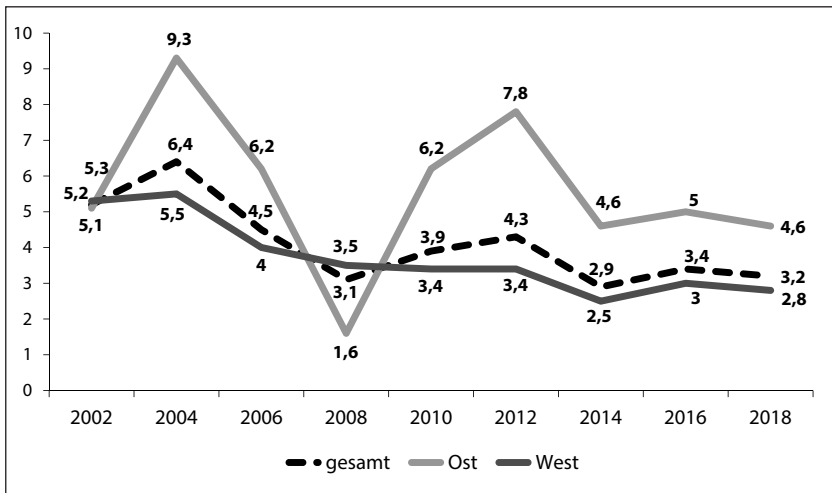
Grafik 10: Anteil der geschlossen manifesten Antisemiten 2002–2018 (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (Pearsons Chi-Quadrat $p < .05$)

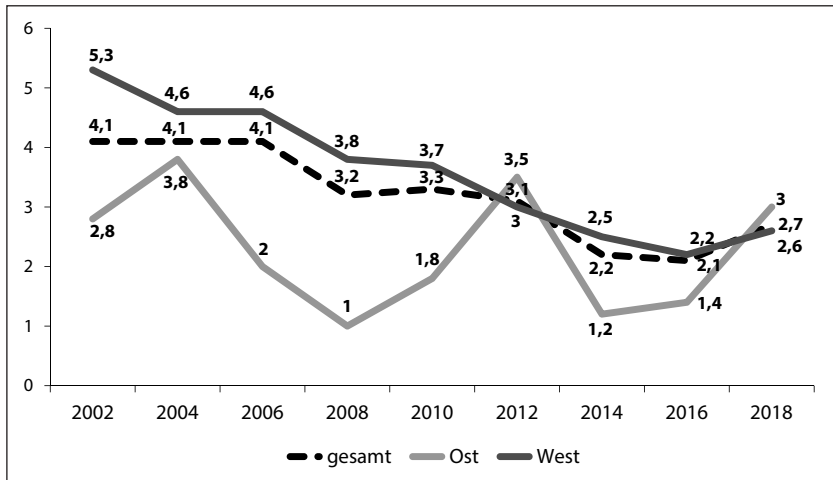
Die Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« ist relativ gering und tendenziell rückläufig (2002: 5,2% vs. 2018: 3,2%; Grafik 11). Während die Abnahme in den alten Bundesländern über die gesamte Zeitreihe hinweg langsam und kontinuierlich vonstatten ging, zeigt die Kurve in den neuen Bundesländern große Schwankungen. Auch insgesamt ist die Zustimmung zu sozialdarwinistischen Aussagen im Osten – mit der Ausnahme des Jahres 2008 – deutlich höher als im Westen, was auch auf die aktuelle Erhebungswelle zutrifft (West: 2,8% vs. Ost: 4,6%).

Grafik 11: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« 2002–2018 (in %)



Der Verlauf der Zustimmungsraten in der letzten Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« zeigt eine leicht rückläufige Tendenz, doch aktuell wieder einen Anstieg (von 2016: 2,1% auf 2018: 2,7%). Ähnlich wie beim Sozialdarwinismus fallen die Werte im Westen (bis 2016) relativ kontinuierlich ab, während die Kurve im Osten stark ausschlägt. Im Osten war die Zustimmung zunächst niedriger als im Westen, doch inzwischen haben sich die Landesteile angeglichen. 2018 liegen die in Ostdeutschland erhobenen Werte zum zweiten Mal (nach 2012) etwas über den westdeutschen (Grafik 12).

Grafik 12: Anteil der geschlossen manifesten Zustimmung zur Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« 2002–2018 (in %)



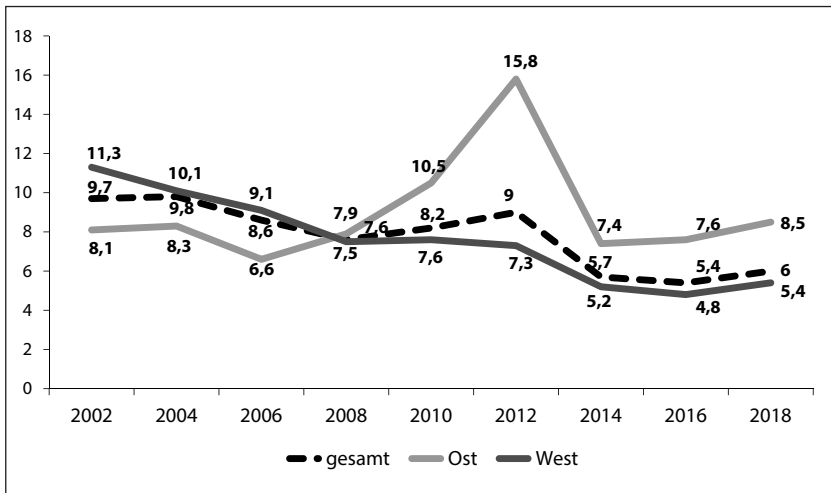
Ein weiterer Indexwert für die Stärke und Verbreitung der untersuchten Einstellungen ist der Anteil der Befragten mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild. Wir definieren jene Befragten, die über alle Dimensionen einen Wert von mindestens 63 erreichen, als Personen mit einem solchen Weltbild. Damit kommen sie bei den Einzelaussagen auf einen mittleren Wert von 3,5 und stimmen damit durchschnittlich allen 18 Aussagen des Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen zu. Als *manifest* bezeichnen wir diese Ausprägung, weil diese Befragten ausdrücklich zustimmen und die Möglichkeit ungenutzt lassen, eine ausweichende Antwort (»teils/teils«) zu wählen. Sie ist *geschlossen*, weil sie sich über alle sechs Dimensionen erstreckt.

Der Anteil an Befragten mit manifester, geschlossen rechtsextremer Einstellung ist im Jahr 2018 mit 6% etwa auf dem Niveau der beiden vorangegangenen Wellen geblieben (2014: 5,7%, 2016: 5,4%; Grafik 13). Das ist bemerkenswert, denn im Gegensatz dazu ist die Anzahl politisch motivierter Straf- und Gewalttaten gegen Andersdenkende und Geflüchtete in den Jahren von 2014 bis 2016⁴ sprunghaft angestiegen: von 17.020

⁴ Bei der polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um angezeigte und von den Ermittlungsbehörden als »politisch motiviert« eingetragene Straftaten. Die Dunkelziffer ist folglich höher.

politisch motivierten Straftaten rechts im Jahr 2014 über 22.960 im Jahr 2015 auf 23.555 im Jahr 2016 (Bundesministerium des Innern, 2017, S. 3). Dass diese Zunahme auf der Handlungsebene nicht mit einem entsprechenden Zuwachs an rechtsextremen Personen einhergeht, begründeten wir in unserer vorigen Erhebung mit der Radikalisierung in den autoritären politischen Milieus (Decker & Brähler, 2016), die den Übergang von der Einstellung zur Handlung vollzogen. Im Vergleich der beiden Landesteile fällt der Peak des Jahres 2012 in Ostdeutschland auf (15,8%), der sich aber schon in der darauffolgenden Erhebung nicht wiederholte (2014: 7,4%). Allerdings ist seither der Anteil der manifest Rechtsextremen in den neuen Bundesländern wieder auf 8,5% gestiegen, eine leichte Zunahme von 4,8% auf 5,4% ist auch im Westen festzustellen. Der Ost- und Westunterschied ist 2018 jedoch signifikant ($p < .01$).

Grafik 13: Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild 2002–2018 (in %)



Rechtsextreme Einstellungen und Soziodemografie

Im Folgenden blicken wir auf die Verteilung der rechtsextrem Eingestellten nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen. Wir dokumentieren sie als Hinweis auf die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in den Bevölkerungsgruppen, nicht aber als ihre Ursache. So ist zum Beispiel das Geschlecht für sich genommen kein Einflussfaktor, auch wenn rechtsextreme Einstellungen bei Männern häufiger sind.

Wenn unter den Tabellen signifikante Unterschiede angegeben sind, wurden diese mit Pearsons Chi-Quadrat-Test berechnet, die Signifikanzniveaus entsprechen den angegebenen Werten. Keine Signifikanztests wurden durchgeführt, wenn die Anzahl der Zellen zu groß war oder diese zum Teil nicht gefüllt waren (vgl. z.B. Tab. 8). In diesen Fällen lassen sich die gefundenen Signifikanzwerte nicht sinnvoll zuordnen oder interpretieren, da Unterschiede zwischen allen Zellen getestet werden. Die Angaben unter den Tabellen beziehen sich auf diese Chi-Quadrat-Tests.

Beginnen wir mit dem Wohnort der Befragten in den neuen oder alten Bundesländern (Tab. 4). Für einige der Dimensionen zeigen sich deutliche Differenzen: Vor allem die Ausländerfeindlichkeit, die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und der Sozialdarwinismus sind in Ostdeutschland stärker verankert.

Tabelle 4: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in West- und Ostdeutschland (in %)

	gesamt	Ost (N = 498)	West (N = 1.918)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	3,6	7,0	2,7
Chauvinismus	19,0	18,5	19,2
Ausländerfeindlichkeit **	24,1	30,9	22,3
Antisemitismus	4,4	5,2	4,2
Sozialdarwinismus*	3,2	4,6	2,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,7	3,0	2,6

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Umgekehrt heißt das aber nicht, dass alle Westdeutschen demokratisch eingestellt wären. Vielmehr ist der Unterschied zwischen den Landesteilen ein gradueller, und der Anteil an Personen, die auch im Westen zum Beispiel chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen zustimmen, ist keineswegs gering (Tab. 4).

Der Zusammenhang von Bildungsgrad und rechtsextremen Einstellungen ist wohl am eindrucklichsten (Tab. 5). Menschen, die als höchsten Abschluss mindestens das Abitur angeben, sind (bis auf den Sozialdarwinismus) über alle Dimensionen hinweg signifikant seltener rechtsextrem eingestellt als jene ohne Abitur. Damit verbindet sich die Hoffnung, ein höheres Bildungsniveau und die Aufklärung über Geschichte und Gesellschaft könne geeignet sein, menschenfeindliche Einstellungen abzubauen. Zu bedenken ist allerdings, dass mit dem höheren Bildungsabschluss auch ein größeres Wissen um sozial erwünschte Aussagen erworben wird (Rippl, 2002; Heyder, 2003; für Antisemitismus Beyer & Krumpal, 2010): Personen mit Abitur offenbaren demnach seltener rechtsextreme Einstellungen als Personen ohne Abitur – auch in anonymisierten Befragungen. Dies in Rechnung gestellt, ist der Effekt der Bildung womöglich schwächer.

Tabelle 5: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Bildungsgrad (in %)

	Abitur (N = 493)	ohne Abitur (N = 1.918)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*	2,0	4,0
Chauvinismus**	10,5	21,2
Ausländerfeindlichkeit**	12,6	27,0
Antisemitismus**	2,0	5,0
Sozialdarwinismus	2,0	3,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus*	1,0	3,1

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern (Tab. 6) haben sich 2018 im Vergleich zu früheren Erhebungswellen vertieft. Männer erreichen über alle Dimensionen höhere Werte als Frauen.

Tabelle 6: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellung je Dimension bei Männern und Frauen (in %)

	Männer (N = 1.093)	Frauen (N = 1.323)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	4,8	2,7
Chauvinismus*	21,1	17,3
Ausländerfeindlichkeit*	26,3	22,2
Antisemitismus*	5,3	3,6
Sozialdarwinismus*	4,1	2,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus**	3,7	1,8

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Da wir bereits im Jahr 2013 auf die unterschiedliche Altersstruktur der rechtsextrem Eingestellten in Ost- und Westdeutschland aufmerksam gemacht haben, interessiert uns auch in diesem Jahr diese Verteilung besonders (Decker et al., 2013, S. 104f.). Aufschlussreich ist die Betrachtung der rechtsextremen Einstellungen im Vergleich der Generationen, besonders wenn man den Ost-West-Unterschied miteinbezieht (Tab. 7). Bei der ersten Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« steigt die Zustimmung im Osten mit dem Alter, während es im Westen umgekehrt ist. Bei der Dimension »Chauvinismus« hingegen macht Ost oder West keinen Unterschied: Hier wie dort sind es die älteren Jahrgänge, die chauvinistischer eingestellt sind, während die Jüngeren dem Nationalismus vergleichsweise ablehnend gegenüberstehen. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim »Antisemitismus«. Bei der »Ausländerfeindlichkeit« – der Dimension mit den höchsten Werten – ist unter den jüngeren Westdeutschen der Anteil mit 15,8% am niedrigsten, während ihr Anteil mit dem Alter steigt (bei Westdeutschen, die mindestens 61 Jahre alt sind, auf 26,8). In der Dimension »Sozialdarwinismus« ist es allein diese Gruppe, die mit erhöhten Werten hervorsticht (6,3%). In der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« sind die jüngsten Ostdeutschen am wenigsten zustimmungsbereit, während ihre Altersgenossen im Westen relativ hohe Werte erreichen.

Tabelle 7: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Abhängigkeit vom Alter (in %)

		14–30 Jahre ¹	31–60 Jahre ²	ab 61 Jahre ³
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Ost	4,4	7,2	8,3
	West	3,4	2,8	1,9
Chauvinismus	Ost**	12,0	19,1	21,3
	West**	13,7	19,2	23,7
Ausländerfeindlichkeit	Ost	27,2	36,7	24,9
	West**	15,8	22,7	26,8
Antisemitismus	Ost	3,8	4,6	6,6
	West	3,4	4,1	5,0
Sozialdarwinismus	Ost	2,2	6,3	3,6
	West	2,9	2,8	2,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus	Ost	1,1	3,4	3,6
	West	3,1	2,2	3,0

¹Ost: N = 92; West: N = 387²Ost: N = 237; West: N = 1.062³Ost: N = 169; West: N = 469

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Tabelle 8 schlüsselt auf, wie sich die rechtsextremen Einstellungen auf die unterschiedlichen Erwerbsgruppen verteilen. Arbeitslose stimmten den vorgelegten Aussagen am häufigsten zu, in den Dimensionen »Ausländerfeindlichkeit«, »Chauvinismus« und »Antisemitismus« allerdings dicht gefolgt von den Ruheständlern. Bei beiden Gruppen sind starke Überschneidungen mit den Faktoren Bildung und Alter zu erwarten. Für die Befragten, die sich noch in Ausbildung befinden, gelten diese Überschneidungen ebenfalls, aber umgekehrt. Unter ihnen ist der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in allen Dimensionen am niedrigsten. Die größte Gruppe, die der Erwerbstätigen, weist mittlere Werte auf. Hausfrauen und -männer zeigen sich einerseits vergleichsweise selten manifest chauvinistisch, andererseits ausländerfeindlicher und antisemitischer als die Vergleichsgruppen.

Tabelle 8: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension nach Erwerbsgruppen (in %)

	Schul/ Berufsaus- bildung (N = 207)	Erwerbs- tätige (N = 1.415)	Arbeits- lose (N = 129)	Hausfrau/ Hausmann (N = 72)	Ruhe- stand (N = 570)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	2,9	3,4	9,4	—	3,5
Chauvinismus**	12,1	17,2	30,5	12,7	24,3
Ausländerfeindlichkeit**	16,9	22,9	32,0	25,0	27,3
Antisemitismus*	1,6	3,8	6,4	8,5	6,0
Sozialdarwinismus	1,9	3,1	6,3	1,4	3,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,5	2,4	4,7	1,4	3,5

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Von besonders großer gesellschaftspolitischer Relevanz ist die Frage, wie sich die rechtsextremen Einstellungen auf die Wählerinnen und Wähler der Parteien verteilen (Tab. 9). Daher wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie zur Wahl gehen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, und wenn ja, für welche Partei sie stimmen würden. Obwohl wir hier die »Sonntagsfrage« einsetzen, stellen wir keine Wahlprognose (da wir beispielsweise mit den unter 18-Jährigen auch Personen befragt haben, die noch nicht wahlberechtigt sind). Vielmehr wollen wir den Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und Parteipräferenz überprüfen.

Zunächst fällt auf, dass sich der Anteil an manifest-rechtsextrem eingestellten Anhängerinnen und Anhängern von SPD und CDU/CSU kaum unterscheidet. Unter diesen Wählern, wie auch bei denen der FDP, ist vor allem die Ausländerfeindlichkeit relativ hoch, die sich jeweils um die 20% bewegt. Die FPD hat darüber hinaus eine vergleichsweise große Anhängerschaft (6,5%) mit sozialdarwinistischen Ansichten. Überraschend ist der Anteil an Wählerinnen und Wählern der Linken, die geschichtsrevisio-nistischen Aussagen zustimmen. Die Anhängerschaft der Grünen weist die geringsten Werte auf, wenngleich auch sie bestimmte rechtsextreme

Aussagen nicht durchgehend ablehnt (Chauvinismus: 11,6%, Ausländerfeindlichkeit: 11,0%).

Die Wählerinnen und Wähler der AfD unterscheiden sich dagegen eklatant von denen der übrigen Parteienlandschaft. Wie schon in unserer Erhebung 2016 (Decker et al., 2016b, bes. S. 74–77) sind ihre Werte auch 2018 in sämtlichen Dimensionen mit deutlichem Abstand am höchsten. Damit bestätigt sich nochmals ein Befund, den auch andere jüngst erschienene Studien nachgewiesen haben: Wer die AfD wählt, unterscheidet sich nicht in erster Linie durch soziodemografische Merkmale wie Wohnort oder Einkommen von den Wählerinnen und Wählern anderer Parteien, sondern vor allem in den politischen – und das heißt sehr häufig ausländerfeindlichen und antidemokratischen – Einstellungen (vgl. Kap. 1; siehe vor allem Schröder, 2018; aber auch Eversberg, 2017; Lengfeld, 2017).

Tabelle 9: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension unter den Parteiwählerinnen und -wählern (in %)

	CDU/CSU (N = 444)	SPD (N = 425)	FDP (N = 92)	Grüne (N = 173)	Die Linke (N = 167)	AfD (N = 160)	Nichtwähler (N = 312)	Parteiwahl unsicher (N = 137)	Wahlteilnahme unklar (N = 202)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	2,3	1,9	4,3	1,2	1,8	13,1	4,5	3,7	2,5
Chauvinismus**	17,5	19,5	15,4	11,6	12,7	40,0	19,2	12,4	18,7
Ausländerfeindlichkeit **	22,0	22,8	18,5	11,0	15,0	55,6	26,6	18,3	26,2
Antisemitismus**	2,5	4,3	3,3	1,2	3,7	12,5	7,1	3,7	1,5
Sozialdarwinismus**	2,9	2,1	6,5	1,2	1,2	7,5	3,5	2,2	4,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus**	0,9	0,9	–	–	3,0	10,0	4,2	2,9	2,5

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Tabelle 10 zeigt, wie die Befragten, bei denen wir von einem geschlossen rechtsextremen Weltbild ausgehen, die »Sonntagsfrage« beantworten. Die Grundlage der Berechnung bilden also diesmal nur jene Befragten, die den

Wert (≥ 63) für den gesamten Fragebogen zu rechtsextremen Einstellungen überschritten, insgesamt 138 Personen. Von diesen gaben 73,2% an, zur Wahl gehen zu wollen. Ein Drittel würde für die AfD stimmen. Der CDU/CSU würden knapp 20%, der SPD knapp 10% ihre Stimme geben. Zum Vergleich: 2014 hatte noch jeweils ein Viertel von ihnen angegeben, diese beiden Parteien zu wählen. Insofern bestätigt sich eine Beobachtung aus der vorangegangenen Erhebung: Wählerinnen und Wähler mit manifestem, geschlossen rechtsextremem Weltbild haben in der AfD eine politische Ausdrucksform gefunden. Während sich ältere rechtsextreme Parteien wie die NPD im politischen Spektrum nicht durchsetzen konnten, ist es der AfD gelungen, das schon lange vorhandene – und von uns seit 2002 nachgewiesene – Potenzial für sich mobilisieren. Unsere Zahlen zeigen zudem, dass die (beabsichtigte) Wahlbeteiligung der Personen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild etwa der (realen) Beteiligung der Gesamtbevölkerung entspricht. Das widerlegt die Ansicht, dass Rechtsextreme in dieser Hinsicht politisch ausgeschlossen sind. Aus anderen Untersuchungen wissen wir, dass bei Wahlen vielmehr eine soziale Exklusion greift: Es sind die Menschen aus den unteren sozialen Schichten, die seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen (Schäfer, 2013, 2014). Nicht Rechtsextreme, sondern sozial Benachteiligte sind politisch marginalisiert.

Tabelle 10: Was wählen Rechtsextreme (in %)?

	gesamt (N = 138)			bei Wahlteilnahme (N = 101)							
	Wahlteilnahme	keine Wahlteilnahme	Wahlteilnahme unsicher	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	NPD	AfD	weiß noch nicht, welche Partei
2018	73,2	15,9	6,5	18,8	9,9	5,0	1,0	6,9	4,0	33,7	7,9

Tabelle 11 zeigt die Zusammenhänge zwischen dem soziodemografischen Merkmal der Kirchenzugehörigkeit mit den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen Angehörigen der evangelischen Kirche, der katholischen Kirche und Personen ohne

Kirchenzugehörigkeit gering. In einigen Dimensionen finden sich unter den Konfessionslosen häufiger manifest-rechtsextrem Eingestellte – so bei der »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«, beim »Antisemitismus« und bei der »Verharmlosung des Nationalsozialismus«. In anderen Dimensionen sind es dagegen die konfessionell Gebundenen, die häufiger zustimmen; so sind zum Beispiel »Chauvinismus« und »Ausländerfeindlichkeit« unter den Katholiken am stärksten ausgeprägt. Die Unterschiede sind bis auf eine Ausnahme (»Verharmlosung des Nationalsozialismus«) statistisch nicht signifikant, sodass davon auszugehen ist, dass rechtsextreme Einstellungen unter Kirchenmitgliedern etwa die Verteilung in der Gesamtgesellschaft widerspiegeln.

Tabelle 11: Geschlossen manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Kirchenzugehörigkeit (in %)

	evangelisch (N = 904)	katholisch (N = 808)	keine Konfession (N = 633)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	3,1	2,7	5,0
Chauvinismus	18,5	20,2	18,3
Ausländerfeindlichkeit	24,4	25,8	22,5
Antisemitismus	3,6	3,9	6,4
Sozialdarwinismus	2,7	3,6	3,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus*	1,6	2,8	4,1

Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05

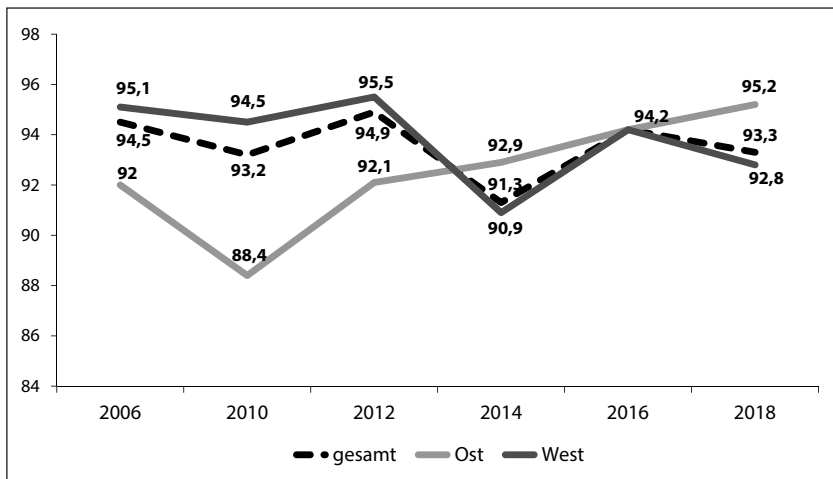
Demokratie, Pluralität und Egalität, Muslimfeindschaft, Antiziganismus und die Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Neben rechtsextremen Einstellungen erfassen wir seit 2006 auch die Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung. Gefragt wurde nach der Zustimmung zur »Demokratie als Idee«, zur Verfassungsnorm (»Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist«) und zur Verfassungsrealität (»Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik funktioniert«). Insgesamt äußerte

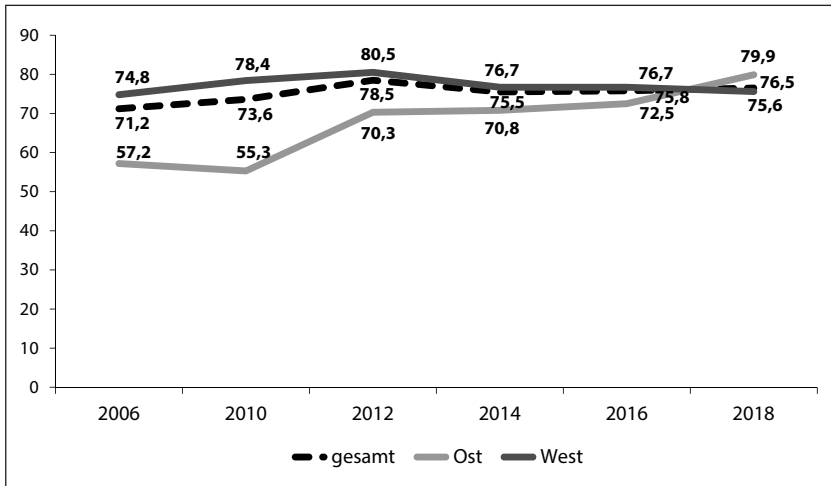
die Mehrheit der Befragten Zufriedenheit mit der Demokratie (Grafiken 14, 15 und 16).

Es zeigt sich aber auch, dass die Zustimmung umso höher ausfällt, je abstrakter die Demokratie gefasst wird. So findet »Demokratie als Idee« die höchste Zustimmung in der Bevölkerung: Insgesamt 93,3% der Befragten sprechen sich für die Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsformen aus (Grafik 14). In den neuen Bundesländern ist die Zustimmung zur »Demokratie als Idee« seit 2016 weiter angestiegen und fällt mit 95,2% höher aus als in Gesamtdeutschland. Für Westdeutschland ist ein leichter Rückgang auf insgesamt hohem Niveau zu beobachten. Allerdings handelt es sich hier um eine abstrakte Norm (darauf stellt auch die Formulierung »Idee« ab), die sehr unterschiedliche Vorstellungen beinhalten kann.

Grafik 14: Zustimmung zur »Demokratie als Idee« 2006–2018 (in %)



Die konkretere Frage nach der Zufriedenheit mit der Form der Demokratie, wie sie in der deutschen Verfassung verankert ist, beantworteten 2018 76,4% der Befragten positiv, also ein deutlich geringerer Anteil als oben (Grafik 15). Über die gesamte Zeitreihe sind die Veränderungen in den alten Bundesländern nur geringfügig, in den neuen ist die Zufriedenheit seit 2010 langsam angestiegen (von 2010: 55,3% bis 2018: 76,5%). Auch im Vergleich zu 2016 stieg der Anteil der Zufriedenen im Osten signifikant und liegt nun sogar über dem gesamtdeutschen Niveau.

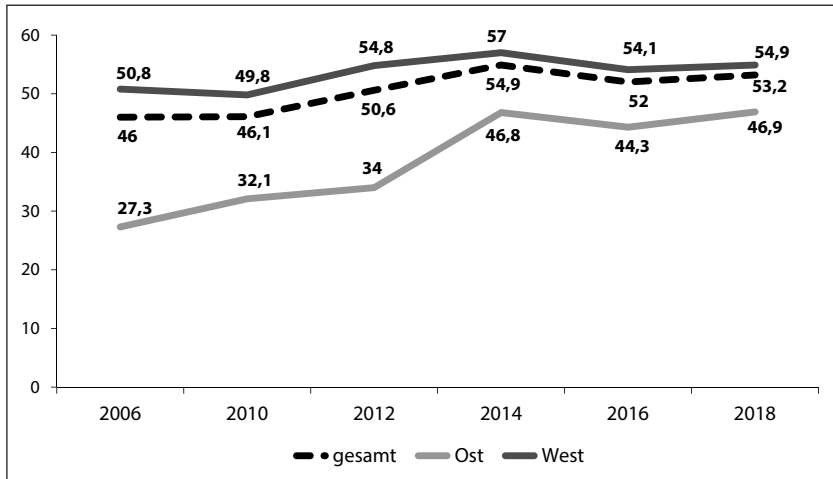
Grafik 15: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist« 2006–2018 (in %)

Signifikanter Anstieg in Ostdeutschland zwischen 2016 und 2018, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

Die »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert«, gefällt hingegen nur 53,2% der Befragten (Grafik 16) – der niedrigste Wert unter den drei Items zur Demokratie. In den neuen Bundesländern setzt sich der langfristige Anstieg der vergangenen Jahre fort, obgleich die Zustimmungsraten in den alten Bundesländern auch 2018 deutlich höher bleiben (Ost: 46,9% vs. West: 54,9%).

Vergleicht man die Zustimmungswerte zur Demokratie über die Items hinweg, wird dreierlei deutlich. Erstens trifft die Idee der Demokratie auf breite Zustimmung und scheint weiterhin als normatives Ideal zu gelten. Zweitens ist auch 2018 nur die Hälfte der Befragten mit der konkreten Umsetzung der Demokratie zufrieden, die andere Hälfte nicht. Drittens hat die Zustimmung zur Demokratie nur in den neuen Bundesländern kontinuierlich zugenommen.

Grafik 16: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert« 2006–2018 (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2018, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

Die deutlichen Unterschiede zwischen der Bewertung der Idee der Demokratie, der Verfassungsnorm und zu guter Letzt der Verfassungsrealität zeigen ein Problem für die repräsentative Demokratie an. Das Gefühl, selbst Einfluss auf die Politik nehmen zu können, also die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft mit Leben füllen zu können, ist gering ausgeprägt (Tab. 12). Die Erfahrung, von diesem relevanten Lebensbereich ausgeschlossen zu werden, wird als politische Deprivation bezeichnet. Obwohl die Verfassung wie auch das demokratische Gemeinwesen zahlreiche Mitgestaltungsmöglichkeiten bieten, ist die politische Deprivation in Deutschland sehr ausgeprägt. In Ostdeutschland ist sie noch einmal deutlich häufiger anzutreffen als in Westdeutschland.

Tabelle 12: Politische Deprivation (in %)

	gesamt	Ost	West
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.**	70,0	78,3	67,9
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.**	58,2	69,0	55,4

Pearsons Chi-Quadrat: $**p < .01$

Da mit dem Wort »Demokratie« sehr unterschiedliche Vorstellungen verbunden sein können, haben wir einen weiterführenden Fragebogen entwickelt, den wir in dieser Erhebung erstmals eingesetzt haben und dessen Gegenstand die Identifikation mit (konkreteren) Egalitäts- und Pluralitätsnormen ist. Die Befragten wurden gebeten, fünf Aussagen (Tab. 13) auf einer fünfstufigen Skala zu bewerten (von 1 »trifft überhaupt nicht zu« bis 5 »trifft voll und ganz zu«).

Tabelle 13: Bewertung von Aussagen zu Gleichheits- und Pluralitätsnormen (in %)

	trifft überhaupt nicht zu	trifft nicht zu	teils/teils	trifft etwas zu	trifft voll und ganz zu
1 Gleiche Rechte für alle Menschen sind ein wichtiges politisches Ziel.	1,2	2,5	15,3	22,6	58,3
2 Manche Gruppen sollten sich nicht wundern, dass der Staat ihre Rechte einschränkt.	6,4	9,5	20,4	29,3	24,4
3 Wer nicht arbeitet, soll auch nicht dieselben Rechte haben, wie andere.	22,4	29,0	28,2	17,7	12,8
4 Alle Menschen sollten die gleichen Möglichkeiten haben, um für ihre Interessen einzutreten.	1,6	3,5	18,4	32,0	44,5
5 Die Rechte des Einzelnen sollten hinter den Interessen der ganzen Gesellschaft zurückstehen.	11,2	19,1	39,2	20,7	9,8

Jene Aussagen, die auf die gleichen Rechte und Möglichkeiten aller in der Gesellschaft zielen, werden von einer klaren Mehrheit befürwortet (Aussage 1: 80,9%, Aussage 4: 76,5%). Diesem Befund steht allerdings gegenüber, dass die Forderung, bestimmte Gruppen davon auszunehmen, ebenfalls von einer Mehrheit unterstützt wird. So stimmte mit 53,7% über die Hälfte der Befragten Aussage 2 zu: »Manche Gruppen sollten sich nicht wundern, dass der Staat ihre Rechte einschränkt«. Diesen Widerspruch deuten wir so, dass die Befragten die Forderung nach Freiheitsrechten für jede und jeden wohl auf die *eigene* Person und Gruppe beziehen, während sie bei der Ver-

weigerung dieser Rechte an *andere* denken. Fassen wir die Aussagen 1 und 4 als Egalitätsnormen und die Aussagen 2, 3 und 5 als Anti-Pluralitätsnormen⁵ zusammen, ergibt sich folgende Verteilung (Tab. 14).

Tabelle 14: Unterstützung von Gleichheitsgrundsätzen und Ablehnung von Pluralität in der Gesellschaft (in %)

	gesamt	Ost	West
Egalität	86,2	88,3	85,6
Anti-Pluralität**	47,3	57,0	47,7

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Die Prozentsätze in Tabelle 13 geben den Anteil derer an, die den Aussagen jeweils durchschnittlich zustimmen (Egalität > 6; Anti-Pluralität > 9). Dabei ergibt sich das gleiche Bild wie auf Itemebene: Zwar möchte die Mehrheit der Befragten universelle Freiheitsrechte gewahrt sehen, würde es aber dennoch begrüßen, wenn sie nicht für alle Menschen Gültigkeit hätten. Im Osten ist die Zustimmung sowohl zu den egalitären als auch zu den anti-pluralen Forderungen geringfügig höher als im Westen, wo die Zustimmung zu letzteren die Mehrheit knapp verfehlt (47,7%). Damit bestätigt sich noch einmal: Eigene Freiheitsrechte werden gern beansprucht, bei den Rechten von Menschen, die man als Angehörige einer anderen Gruppe wahrnimmt, hört die Akzeptanz dieser Freiheit aber für die Hälfte der Befragten auf.

Diese Erklärung lässt sich untermauern, indem man die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber jenen Gruppen untersucht, die als anders oder fremd wahrgenommen werden. Seit 2014 erheben wir zusätzlich zum Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung - Leipziger Form (FR-LF) die Ressentiments gegenüber bestimmten als homogen imaginierten Gruppen (z.B. Homosexuellen, Sinti und Roma, Muslima und Muslimen).

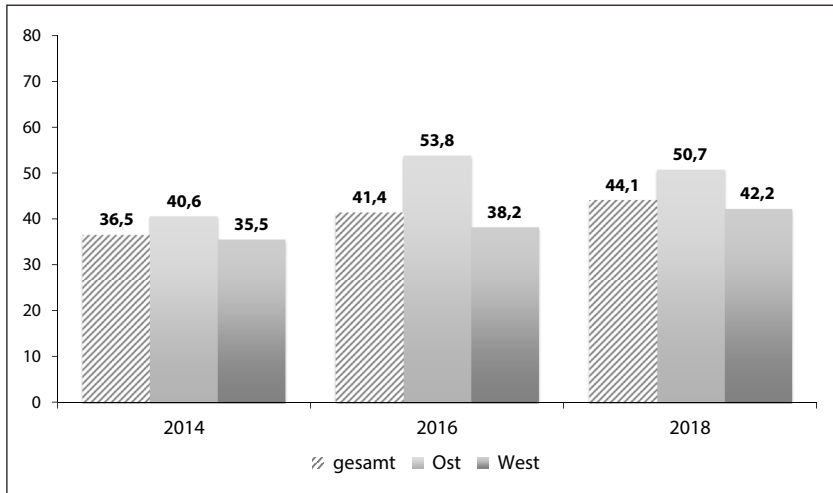
5 Eine Faktorenanalyse bestätigt die zwei Dimensionen des Fragebogens. Aussagen 1 (.863) und 4 (.860) laden auf einen Faktor (Egalität), Aussagen 2 (.727), 3 (.719) und 5 (.616) auf einen zweiten Faktor (Anti-Pluralität). Die interne Konsistenz (Cronbachs Alpha) der Dimension Egalität war akzeptabel ($\alpha = .70$). Die interne Konsistenz der Dimension Anti-Pluralität beträgt hingegen nur $\alpha = .45$.

Dafür nutzen wir Teile des Fragebogens der Studienreihe *Deutsche Zustände*, der von 2001 bis 2011 um die Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer und Andreas Zick eingesetzt worden ist (Heitmeyer, 2012).

Mit der Erfassung von Muslimfeindschaft, Antiziganismus und der Abwertung von Asylbewerbern haben wir in diesem Jahr den Fokus auf jene Gruppen gelegt, die momentan in besonderem Maß von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit betroffen sind (siehe Decker et al., 2016a). Die Aussagen zu den jeweiligen Gruppen, die den Befragten vorgelegt wurden, waren auf einer vierstufigen Skala zu bewerten (hier von 1 »stimme voll und ganz zu« bis 4 »stimme überhaupt nicht zu«). Die Antwortkategorien 1 und 2 werden in den Grafiken 17 bis 23 als Zustimmung zusammengefasst.

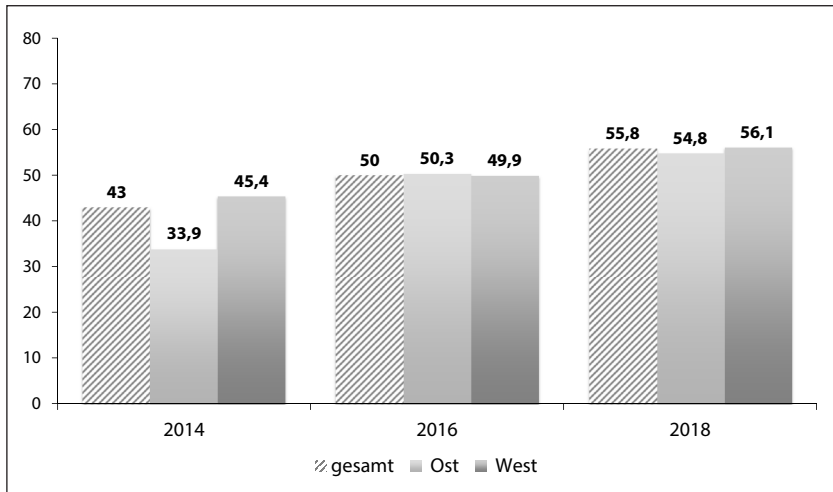
Die Ergebnisse zeigen, dass die Muslimfeindschaft weiter zugenommen hat. Inzwischen bestätigen 44,1% der Befragten die Aussage, »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden« (Grafik 17). In den neuen Bundesländern findet diese Ansicht mit 50,7% sogar eine Mehrheit. Der Anteil derer, die sich »durch die vielen Muslime [...] wie ein Fremder im eigenen Land« fühlen, ist 2018 auf 55,8% angestiegen (Grafik 18). Diese Befunde erscheinen zunächst paradox: Einerseits ist die Einwanderung nach dem Peak 2015 drastisch zurückgegangen, andererseits wird die Zuwanderung von Muslima und Muslimen unvermindert als relevante gesellschaftliche Veränderung erlebt. Unter dem Blickwinkel des autoritären Syndroms löst sich dieses Paradox allerdings auf, denn die Abwertung »der Muslime« wird damit weniger als Reaktion auf die (zumindest imaginierte) Bedrohung durch eine Fremdgruppe verständlich, sondern als Möglichkeit, Aggression auszudrücken. Die Abwertung von Muslimen ist dezidiert antidemokratisch, da sie gegen die Norm der Gleichwertigkeit aller Menschen und die Religionsfreiheit verstößt.

Grafik 17: Muslimfeindschaft: »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden« 2014–2018 (in %)



Signifikanter Anstieg in Westdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

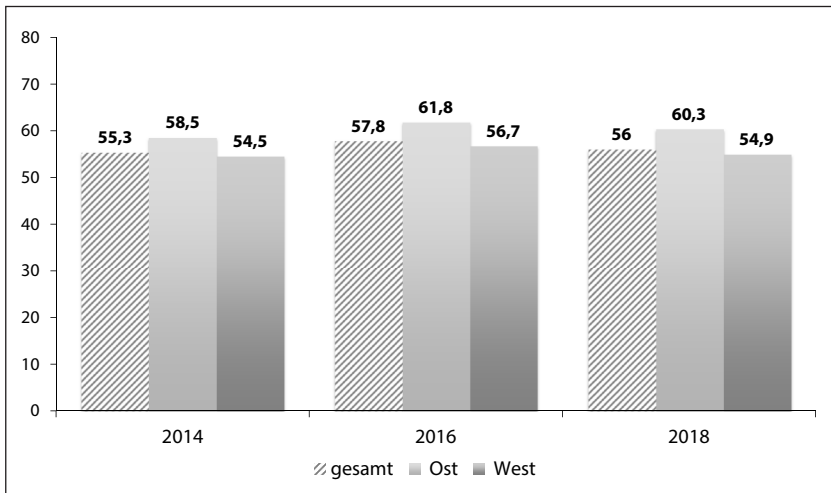
Grafik 18: Muslimfeindschaft: »Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land« 2014–2018 (in %)



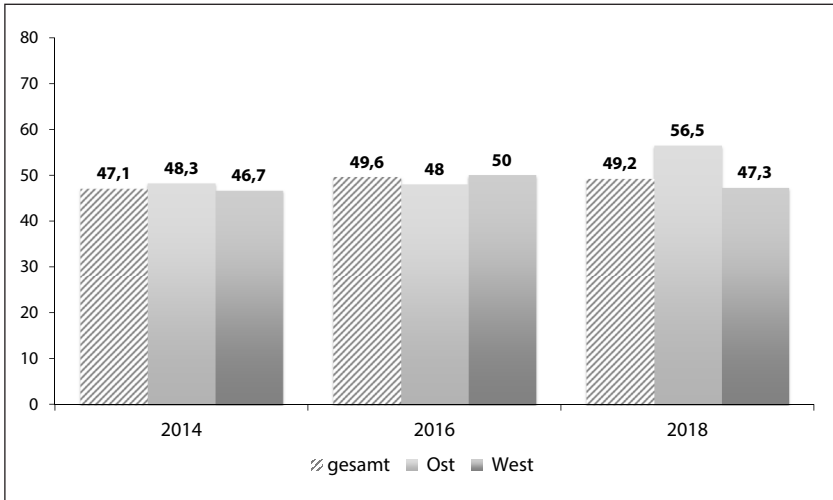
Signifikanter Anstieg zwischen 2016 und 2018 in Gesamt- und in Westdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < 0.1$

Auch die Ablehnung von Sinti und Roma ist weiterhin gesellschaftliche Realität. 56% der Befragten hätten Probleme mit Sinti und Roma in ihrer Gegend (Grafik 19). In den neuen Bundesländern fällt die Zustimmung zu dieser Aussage mit 60,3% besonders hoch aus. Bundesweit ist fast jeder zweite Befragte (49,2%) der Meinung, »Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden« (Grafik 20). Auch ist der Anteil der Befragten nochmals leicht gestiegen (auf nun 60,4 %), die überzeugt sind, Sinti und Roma neigten zur Kriminalität (Grafik 21). In Ostdeutschland sind sogar 69,2% der Befragten dieser Ansicht.

Grafik 19: Antiziganismus: »Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten« 2014–2018 (in %)

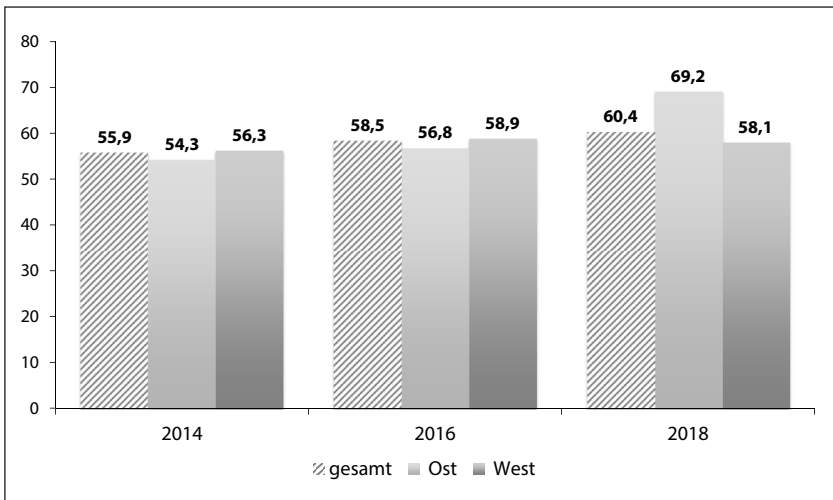


Grafik 20: Antiziganismus: »Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden« 2014–2018 (in %)



Signifikanter Anstieg in Ostdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

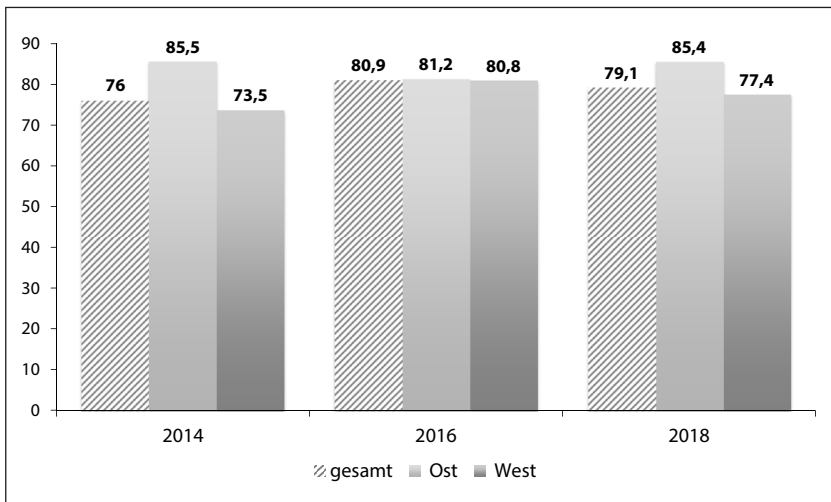
Grafik 21: Antiziganismus: »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität« 2014–2018 (in %)



Signifikanter Anstieg in Ostdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

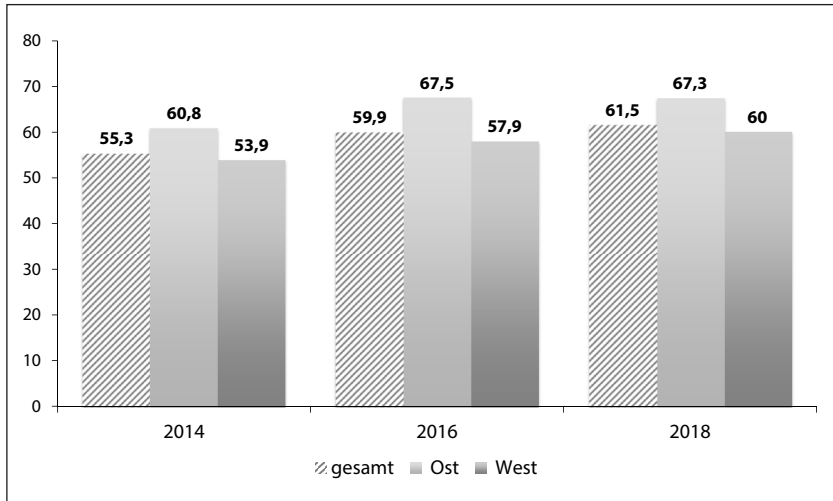
Die Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern hat 2018 zugenommen. 79,1% der Befragten lehnen Großzügigkeit bei der Prüfung von Asylanträgen ab (Grafik 22). Zudem können oder wollen 61,5% der Befragten weiterhin nicht an die Berechtigung von Asylanträgen glauben und schließen sich der Ansicht an: »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden« (Grafik 23). Auch diese Aussagen ziehen demokratische Werte und Normen in Zweifel, diesmal das Recht auf Asyl, das nach dem Zweiten Weltkrieg und gerade wegen der nationalsozialistischen Verbrechen im Grundgesetz verankert wurde. Diejenigen, die der nationalsozialistischen Verfolgung entgingen, überlebten nur, wenn sie in anderen Ländern Aufnahme fanden.

Grafik 22: Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern: »Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat nicht großzügig sein« 2014–2018 (in %)



Signifikanter Anstieg in Ostdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .05$

Grafik 23: Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern: »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden« 2014–2018 (in %)



Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gruppen, die wir hier in den Fokus gestellt haben, von großer Abwertung betroffen sind. Die Vorbehalte gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind am stärksten, gefolgt von denen gegen Sinti und Roma und schließlich Muslima und Muslimen, die jedoch auch noch die Meinung der Hälfte der Bevölkerung gegen sich haben. Im Hintergrund steht einerseits, dass die abgewerteten Gruppen als kulturelle, sicherheitspolitische oder ökonomische Bedrohung imaginiert werden; andererseits die Gelegenheit, diese Gruppen als Blitzableiter fungieren zu lassen, durch den – eigene und aus anderen Ursachen erwachsene – Aggressionen kanalisiert werden. Während die Abwertungsbereitschaft gegenüber Migrantinnen und Migranten (siehe Grafik 3) von vielen Befragten nur latent geäußert wurde (ein Drittel antwortete mit »teils/teils«), bricht sie sich gegenüber den konkreten, als schwächer imaginierten Gruppen offen Bahn. Zu diesen eindeutigen Befunden hat sicherlich auch die vierstufige Skalierung beigetragen, die zur Positionierung zwingt.

Außerdem wird in der Abwertung dieser Gruppen das antidemokratische Moment solcher Einstellungen noch einmal besonders deutlich,

da die demokratischen Normen offenbar als Privileg der Eigengruppe in Anspruch genommen werden, das man anderen Gruppen vorenthalten möchte.

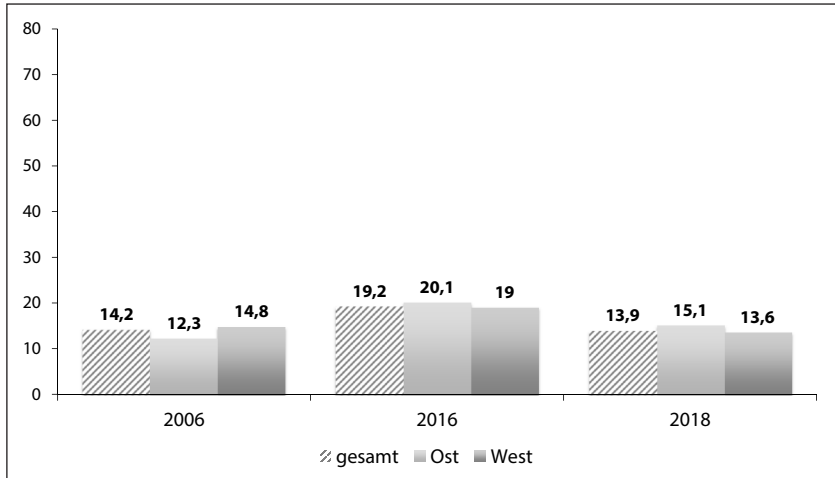
Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft

In der aktuellen Erhebung ermittelten wir zum dritten Mal, wie zuvor schon 2006 und 2016, das Verhältnis der Befragten zur Gewalt als Mittel der Interessendurchsetzung. Der eingesetzte Fragebogen differenziert zwischen der Verhaltensintension, also der Bereitschaft, selbst Gewalt anzuwenden, und der Akzeptanz von Gewalt, wenn sie von anderen verübt wird (Ulbrich-Herrmann, 1995). In unserer letzten Veröffentlichung hatten wir für die Dekade von 2006 bis 2016 gezeigt, dass zwar nicht die rechtsextreme Einstellung, aber die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz in der Bevölkerung angestiegen waren. Diese Beobachtung galt insbesondere für die extrem-rechten Milieus, die sich radikalisierten und den Einsatz von Gewalt für die eigenen Interessen zunehmend als legitim erachteten (Decker et al., 2016a).

Wie sich die Einstellung zur Gewalt über die drei Erhebungszeitpunkte entwickelt hat, bilden die Grafiken 24 und 25 ab. 2018 gab etwa jeder sechste der Befragten an (13,9%), bereit zu sein, selbst körperliche Gewalt anzuwenden, um eigene Interessen durchzusetzen (Grafik 24).

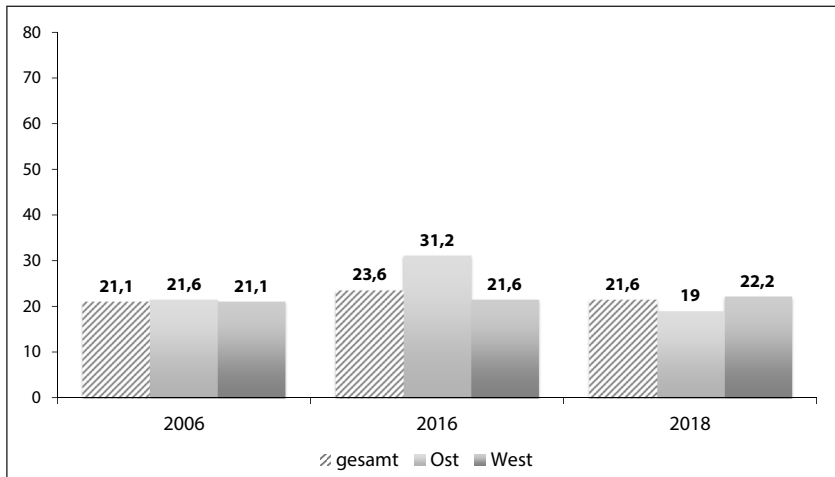
Die Akzeptanz von Gewalt durch andere ist ebenfalls bundesweit nur schwach zurückgegangen. Bezogen auf die gesamte Bundesrepublik ist im Vergleich zu 2016 zwar nur dieser schwache Rückgang zu verzeichnen, aber er setzt sich aus gegenläufigen Entwicklungen in den Landesteilen zusammen: Im Osten sinkt die Akzeptanz der Gewalt durch andere deutlich (2016: 31,2% vs. 2018: 19,0%), im Westen steigt sie leicht an (2016: 21,6% vs. 2018: 22,2%; Grafik 25).

Grafik 24: Gewaltbereitschaft: »Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen« 2006, 2016 und 2018 (in %)



Signifikanter Rückgang in Gesamt- und in Westdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$, in Ostdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .05$

Grafik 25: Gewaltakzeptanz: »Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn's anders nicht mehr weitergeht« 2006, 2016 und 2018 (in %)



Signifikanter Rückgang zwischen 2016 und 2018 in Ostdeutschland, Pearsons Chi-Quadrat $p < .01$

Zusammenfassung und Diskussion

Seit 2002 dokumentieren wir im Zweijahresrhythmus Diktaturbefürwortung, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung als Bestandteile des rechtsextremen Einstellungsmusters. 2018 untersuchten wir zum neunten Mal in einer repräsentativen Erhebung die rechtsextremen und politischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung. Insgesamt wurden 2.516 Menschen in ihren Haushalten im gesamten Bundesgebiet von geschulten Interviewerinnen und Interviewern befragt. 2.416 Fragebögen gingen in die Auswertung ein.

Zum Abschluss sollen hier die zentralen Befunde noch einmal zusammengefasst und diskutiert werden, während die vertiefenden Analysen in den nächsten Kapiteln folgen (Kap. 3, 4 und 5). Die Zusammenschau folgt dem Kapitelaufbau, beginnt also mit den aktuellen Ergebnissen, an die sich der Langzeitverlauf anschließt.

Rechtsextreme Einstellungen 2018:

- Diktaturbefürwortung: 11,0% der Befragten wünschen sich einen »Führer«, 19,4% eine »einzige starke Partei«, und jeweils weitere 24,0% sind diesen Optionen nicht ganz abgeneigt (»teils/teils«).
- Chauvinismus: 36,3% der Befragten fordern offen ein »starkes Nationalgefühl«, 33,7% ein »hartes Durchsetzen deutscher Interessen« und 24,8% »Macht und Geltung« für Deutschland. Der Anteil an »teils/teils«-Antworten beträgt jeweils etwa ein Drittel.
- Die Ausländerfeindlichkeit bleibt die am weitesten verbreitete antidemokratische Einstellung in der Bundesrepublik. Dass Migrantinnen und Migranten den »Sozialstaat ausnutzen«, glauben 35,7% der Befragten, unter den Ostdeutschen sogar 47,1%; aber auch eine »Überfremdung« wird von 35,6% (im Osten von 44,6%) befürchtet. Die zusätzliche latente Zustimmung ist auch in dieser Dimension hoch, da sich jeweils zwischen 26% und 30% nur zu »teils/teils«-Antworten entschließen können.
- Der Antisemitismus ist in Deutschland das Ressentiment mit besonders starker Kommunikationslatenz. Dennoch stimmen den vorgelegten antisemitischen Aussagen jeweils um die 10% der Befragten offen zu. Einen Hinweis auf das Dunkelfeld geben wieder die »teils/teils«-

Antworten, die bundesweit etwa 20% aller Antworten ausmachen, in den neuen Bundesländern sogar teilweise etwa 30%.

- Bei den Dimensionen »Sozialdarwinismus« und »Verharmlosung des Nationalsozialismus« bewegt sich der Anteil der manifesten Zustimmung zwischen 8,1% und 11,3%. Doch auch hier ist die Latenz auffallend: Zusätzlich sind jeweils um die 20% teilweise mit diesen Aussagen einverstanden.
- In den alten Bundesländern ist sowohl die latente als auch die manifeste Zustimmung zu den vorgelegten rechtsextremen Aussagen fast durchgehend geringer als in den neuen Bundesländern.

Rechtsextreme Einstellungen im Langzeitverlauf:

- Der Anteil an Befragten mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild liegt 2018 bei 6,0% (Ost: 8,5%, West: 5,4%). Über die gesamte Zeitreihe ist damit ein langsamer Rückgang zu verzeichnen, denn zu Beginn der Erhebungen im Jahr 2002 waren es noch 9,7% (Ost; 8,1%, West: 11,3%). Bis 2008 war der Anteil an Personen mit einem solchen Weltbild in den alten Bundesländern höher, seitdem hat sich das Verhältnis umgekehrt. Zudem variieren die Zahlen in den neuen Bundesländern zwischen den Erhebungszeitpunkten erheblich.
- Nach wie vor erfahren rechtsextreme Aussagen große Zustimmung. Am deutlichsten wird dies in der Dimension »Ausländerfeindlichkeit«, die trotz einiger Schwankungen heute wieder das Niveau von 2002 erreicht hat. Zwischen der letzten und der aktuellen Erhebungswelle ist die geschlossene Ausländerfeindlichkeit angestiegen (2016: 20,4% vs. 2018: 24,1%). Der Zuwachs fällt in den neuen Bundesländern drastischer aus (2016: 22,7% vs. 2018: 30,9%).
- Eine ähnliche Entwicklung sehen wir bei der Eigengruppenaufwertung. Stimmt zu Beginn der Untersuchungsreihe im Jahr 2002 18,3% der Befragten chauvinistischen Aussagen manifest zu, waren es 2018 19,0%, sodass auch hier die Zustimmungswerte auf hohem Niveau stagnieren, und zwar in den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen. Parallel zur Dimension »Ausländerfeindlichkeit« haben die Werte zwischen 2016 und 2018 wieder leicht angezogen (von 16,7% auf 19,0%).
- Was die Anzahl der geschlossenen Antisemiten betrifft, zeigt der Verlauf der Zeitreihe zwar ein optimistischeres Bild (2002: 9,3% vs. 2018:

4,4%), doch ist Vorsicht geboten (vgl. die Ergebnisdarstellung zum latenten Antisemitismus oben; siehe auch Kap. 5).

- Die Aussagen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus befürworteten 2018 wieder mehr Befragte als zuletzt (2016: 2,1% vs. 2018: 2,7%). Insgesamt ist dieser Wert seit 2002 (4,1%) leicht gesunken. Auch hier sollte die Bedrohung für die Demokratie nicht relativiert werden.
- Die Zustimmungswerte zu den Dimensionen »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« und »Sozialdarwinismus« fallen im Langzeitverlauf leicht ab und sinken auch zwischen 2016 und 2018 weiter. Im ersten Fall von zunächst 7,7% im Jahr 2002 auf heute 3,6%, im zweiten von zunächst 5,2% auf heute 3,2%.

Einstellung zur Demokratie:

- Die »Demokratie als Idee« steht in der Bundesrepublik in hohem Ansehen (93,3%). Im Osten ist die Zustimmung seit 2016 weiter gestiegen und 2018 mit 95,2% sogar höher als im Westen (92,8%).
- Ebenso bekennen sich weite Teile der Bevölkerung zur verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung (76,5%). Wieder ist der Anteil an Ostdeutschen (79,9%) höher als der an Westdeutschen (75,6%).
- Lediglich mit der real erfahrenen Demokratie sind nur etwa die Hälfte der Befragten zufrieden (53,2%). Hier ist die Zustimmung in den alten Bundesländern mit 54,9% größer als in den neuen (46,9%).
- Trotz eines Anstiegs der Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis in Ostdeutschland ist die politische Deprivation ein deutliches Warnsignal für die repräsentative Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger erleben diese nicht als etwas, was sie mitgestalten können. Diese subjektive Wahrnehmung sagt nichts über die Versuche oder tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten aus, aber kennzeichnet eine große Distanz zu den Institutionen der demokratischen Vermittlung.
- Betrachtet man das Einverständnis mit konkreten Forderungen demokratischen Inhalts, zeigt sich jedoch, dass unter Demokratie sehr Unterschiedliches und Widersprüchliches verstanden wird. Die Forderung nach gleichen Rechten für alle wird zwar von den wenigsten infrage gestellt, aber wenn diese Rechte auch für andere gelten sollen, überwiegen anti-plurale Einstellungen: Für nur 47,3% der Deutschen besitzen die Freiheitsrechte gleichermaßen und voraussetzungslos für alle Gruppen Gültigkeit.

- Demokratische Grundsätze werden also umso mehr begrüßt, je abstrakter sie sind: Die Idee und verfassungsmäßige Gestaltung der Demokratie genauso wie die individuellen Freiheitsrechte erfahren große Zustimmung. Wird es jedoch konkret, kommen viele der Befragten zu einer anderen Bewertung, sind mit der erfahrenen Demokratie unzufrieden und hegen anti-plurale Einstellungen. Kurz: An der Idee der Demokratie und der demokratischen Verfassung werden die Freiheitsrechte geschätzt, die sie den Befragten selbst garantieren. In der Realität der Demokratie sind diese Freiheitsrechte aber Stein des Anstoßes, wenn sie *anderen* zugutekommen, und werden von einer Mehrheit abgelehnt.

Muslimfeindschaft, Antiziganismus, Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern:

- Die Muslimfeindschaft ist weiter gestiegen. Der Forderung, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen, stimmen 44,1% der Befragten zu. In den neuen Bundesländern liegt dieser Wert mit 50,7% noch einmal deutlich höher als in den alten (42,2%). Die Aussage, man fühle sich wegen der vielen Muslime »wie ein Fremder im eigenen Land«, bewerteten sogar 55,8% als zutreffend (54,8% im Osten, 56,1% im Westen). Bei beiden Items ist der Anteil der Befragten mit antimuslimischem Ressentiment seit 2014 um die 10 Prozentpunkte gewachsen.
- Sinti und Roma ziehen noch mehr Aggressionen auf sich als Muslime. 56,0% der Befragten hätten Probleme mit Sinti und Roma in ihrer Gegend, 49,2% wollen sie aus den Innenstädten verbannen und 60,4% finden, die Gruppe dieser Menschen neige zur Kriminalität. Alle drei Items zeigen, dass der Antiziganismus in den neuen Bundesländern verbreiteter ist als in den alten, wo der Sockel bereits sehr hoch ist.
- Am stärksten jedoch wird die Gruppe der Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgewertet: 79,1% der Befragten sind der Ansicht, dass Asylanträge ohne Großzügigkeit geprüft werden sollten; und 61,5% gehen davon aus, dass die meisten Asylbewerber keine Verfolgung im Heimatland zu befürchten hätten. In Ostdeutschland sind die Zustimmungswerte 7 bis 8 Prozentpunkte höher als im Westen.

Gewaltbereitschaft und -akzeptanz:

- 13,9% der Befragten sind nach eigenen Angaben gewaltbereit – das sind deutlich weniger als 2016. In Ostdeutschland ist der sprunghafte Anstieg auf 20,1%, den wir 2016 gemessen hatten, auf 15,1% abgesunken.
- Die Akzeptanz von Gewalt durch andere wird von 21,6% der Befragten bestätigt. Da dieser Anteil etwa dem von 2006 entspricht, lässt sich der Anstieg auf 23,6% im Jahr 2016 als temporär verstehen. Ostdeutsche akzeptieren Gewalt nun seltener als Westdeutsche (Ost: 19%, West: 22,2%).

Ausblick

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist von rechtsextremen Einstellungen durchzogen. Das trifft auf die Bevölkerung im Westen, doch noch stärker auf die im Osten zu. Die hohe Bereitschaft, andere abzuwerten, ist manifest nachweisbar; hinzukommt, dass sich ein großer Teil an Befragten nicht eindeutig zur gleichberechtigten Position aller Menschen in der Gesellschaft bekennt (»teils/teils«-Antworten, sogenannte Latenz). In der Ambivalenz gegenüber demokratischen Normen – eigene Freiheitsrechte ja, universelle Gültigkeit derselben nein – wird zudem ein Bedrohungspotenzial für die Demokratie sichtbar: Teile der Bevölkerung sind für rechtsextreme Ziele mobilisierbar. In Ost- wie Westdeutschland sind Ressentiments gegenüber Gruppen, die als fremd oder anders wahrgenommen werden, manifest oder mindestens latent vorhanden.

Damit wird die Frage nach den Bedingungen wieder aktuell, unter denen sich demokratische oder eben rechtsextreme Ziele entfalten können. Diese Frage versuchen wir in den nächsten Kapiteln zu beantworten. Um die sozialen Bedingungen der antidemokratischen Einstellungen zu bestimmen, untersuchen wir zunächst die Einflussfaktoren auf den Rechtsextremismus, insbesondere von Autoritarismus und Anerkennung (Kap. 4). Dann beschreiben wir mithilfe einer Typenbildung, wer besonders anfällig für rechtsextreme Propaganda ist und wer die größte Resilienz gegen autoritäre Versuchungen aufgebaut hat (Kap. 3). Anschließend widmen wir uns ausführlich dem Antisemitismus in Deutschland (Kap. 5).

Literatur

- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). *Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen, GESIS Working Papers 35*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38(2), 223–246.
- Beyer, H. & Krumpal, I. (2010). »Aber es gibt keine Antisemiten mehr«: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62(4), 681–705.
- Bundesministerium des Innern (2017). Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (31.08.2018).
- Caiani, M., della Porta, D. & Wagemann, C. (2012). *Mobilizing on the Extreme Right Germany, Italy, and the United States*. Oxford: Oxford University Press.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012a). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Leipzig: Universität Leipzig.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2015). Rechtsextreme Einstellung in den Bundesländern. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 71–80). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.) (2016a). *Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland*. Gießen: Psychosozial. https://www.kredo.uni-leipzig.de/download/0/0/1849276750/c2f1fd726f845bdd04681e0f74f1a386e2e03481/fileadmin/www.kredo.uni-leipzig.de/uploads/dokumente/Buch_Mitte_Studie_Uni_Leipzig_2016.pdf. (10.09.2018).
- Decker, O., Kiess, J., Eggers, E. & Brähler, E. (2016b). Die »Mitte«-Studie 2016. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 22–36). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schilling, B., Kiess, J. & Brähler, E. (2012b). Islamfeindschaft und Islamkritik. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012* (S. 86–101). Bonn: Dietz.
- Eversberg, D. (2017). Innerimperiale Kämpfe. Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. *Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften 7/2017*. Jena: Universität Jena. http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwegme dia/dokumente/WorkingPaper/WP+7_17+Eversberg_end.pdf (06.09.2018).
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genauerer Hinsehen hilft weiter. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände – Folge 2* (S. 78–99). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Imhof, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, J. (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? Der prekäre Begriff »Rechtsextremismus« in der Einstellungsforschung. In Forum Kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus* (S. 240–260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(2), 209–232. DOI: 10.1007/s11577-017-0446-1
- Mannewitz, T. (2015). *Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung*. Baden-Baden: Nomos.
- Oesterreich, D. (1998). Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale. *Zeitschrift für Soziologie*, 29, 5–64.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Einführung in die vergleichende politische Kultur- und Demokratieforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pfahl-Traughber, A. (2012). Die fehlende Trennschärfe des »Islamophobie«-Konzepts für die Vorurteilsforschung. Ein Plädoyer für das Alternativ-Konzept »Antimuslimismus« bzw. »Muslimfeindlichkeit«. In G. Botsch (Hrsg.), *Islamophobie und Antisemitismus. Ein umstrittener Vergleich* (S. 11–28). Berlin: de Gruyter.
- Rippel, S. (2002). Bildung und Fremdenfeindlichkeit. Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54(1), 135–146. DOI: 10.1007/s11577-002-0006-0
- Schäfer, A. (2013). Wahlbeteiligung und Nichtwähler. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63(48–49), 39–46.
- Schäfer, A. (2014). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schröder, M. (2018). AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. *SOEPPapers 975/2018*. Berlin: DIW. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf (06.09.2018).
- Ulbrich-Herrmann, M. (1995). Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus* (S. 127–141). Weinheim: Juventa.
- Ullrich, P., Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). Judenfeindschaft – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012* (S. 68–86). Bonn: Dietz.

3. Das autoritäre Syndrom heute

Oliver Decker, Julia Schuler & Elmar Brähler

Auf eine Sache können sich die Deutschen offenbar schnell einigen: Die Demokratie ist die ideale Staatsform. Etwa 94% der Befragten befürworteten 2018 die »Idee der Demokratie« (diese und die folgenden Ergebnisse siehe Kap. 2). So gut diese Nachricht auch ist, muss sie doch aus mehreren Gründen eingeschränkt werden. 70% der Menschen vermissen nämlich ihren Einfluss auf die Politik und knapp 60% halten es daher auch für sinnlos, sich zu engagieren. So verwundert es nicht, dass nur etwa 50% mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland zufrieden sind. Vielen scheinen also die Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie zu fehlen. Das ist keine junge Entwicklung. Schon in den 1970er-Jahren wurde ein Legitimationsdefizit der parlamentarischen Demokratie festgestellt (Habermas, 1973); und in den letzten Jahren hat das Ansehen der demokratischen Praxis durch die scheinbare »Alternativlosigkeit« politischer Entscheidungen weiteren Schaden genommen (Crouch, 2008; Blühdorn, 2013).

Allerdings, so zeigen die Ergebnisse unserer diesjährigen Erhebung weiter, sind die Befragten nicht nur aus diesen Gründen unzufrieden, sondern auch wegen der Grundrechte – die *anderen* gewährt werden. Während zwar 86% der Befragten den Forderungen nach Schutzrechten für das Individuum ausdrücklich zustimmen, wird ebenso deutlich, dass diese Rechte nicht für alle uneingeschränkt gelten sollen: Fast 50% der Befragten in Westdeutschland und sogar 57% der Befragten in Ostdeutschland wollen die Rechte bestimmter Gruppen beschneiden. Das ist alarmierend, denn individuelle Schutzrechte gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen einer pluralen Demokratie, ihre Anerkennung ist nicht teilbar (siehe Kap. 4).

Entweder gelten Grundrechte universal, also für alle, oder sie gewährleisten für niemand, was ihr Name verspricht: grundlegenden Schutz.

Im Detail zeigt sich, woran viele der Befragten – jeweils um die Hälfte – demokratische Grundrechte koppeln: Sie würden die Einschränkung von Rechten entlang ethnozentrischer oder kulturalistischer Ressentiments begrüßen, etwa wenn »Sinti und Roma aus den Innenstädten verbannt« werden sollen. Aber nicht nur scheinbare Fremdheit begründet die Abwertung: 30% der Befragten fordern, die Rechte jener Menschen einzuschränken, die nicht arbeiten. Beide Beispiele zeigen zudem, wie wenig rational und wie stark ressentimentgeladen solche Forderungen sind. Hier kommt gewissermaßen die Innenseite der Gesellschaft zum Tragen, die Subjektivität der Gesellschaftsmitglieder. Sie sind eine »paradoxe innere Umwelt« der Gesellschaft (Habermas, 1973, S. 19), wenn sie Ressentiments und gleichzeitig die Demokratie befürworten. Die Gesellschaftsmitglieder sind das Produkt der Gesellschaft und treten ihr gleichzeitig mit Eigensinn gegenüber (Adorno, 1955, S. 49). Mit anderen Worten: Wenn dieser Eigensinn in Widerspruch zu den demokratischen Grundwerten der pluralen Gesellschaft gerät, kommt in ihm ein Problem dieser Gesellschaft zum Ausdruck.

Es liegt klar auf der Hand, dass diese Ressentiments die Demokratie bedrohen. Wer gleichzeitig seine eigenen Freiheitsrechte und die Beschneidung der Rechte anderer fordert, sägt an dem Ast, auf dem er doch in Ruhe sitzen will, handelt also irrational. Abwertung führt zu einer Unterhöhlung der demokratischen Gesellschaft, die doch individuelle Schutzrechte genauso gegen den Zugriff der Mehrheit wie gegen staatliche Institutionen benötigt (Buchstein & Jörke, 2003). Denn Demokratie muss in doppeltem Sinn als Prozess begriffen werden: als gegenwärtiger Aushandlungsprozess verschiedener Interessen, aber auch als unabgeschlossener und potenziell unabschließbarer Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft (vgl. Buchstein & Jörke, 2003). Voraussetzung und Prüfkriterium für beide Prozesse ist die Anerkennung des anderen.

Dieser Anspruch richtet sich einerseits als Forderung an die demokratische Gesellschaft, die Anerkennung der Individuen rechtlich und institutionell abzusichern (siehe Kap. 4), andererseits an die Gesellschaftsmitglieder selbst: »Zum Demokratischsein oder Demokratischwerden gehört Selbstreflexivität und die Offenheit zur Revision eigener Standpunkte nach

Maßgabe neuer Erfahrungen und lehrreicher Begegnungen mit Anderen, ein Wille zur Kooperation und Horizonterweiterung sowie Respekt vor anderen Meinungen« (Saar, 2013, S. 409f.). Das heißt mit anderen Worten, dass es nicht nur demokratische und undemokratische Gesellschaften gibt, sondern auch Individuen, die demokratische oder antidemokratische Gesellschaften mittragen.

Die widersprüchlich erscheinenden Forderungen nach individuellen Freiheitsrechten *und* nach Einschränkung dieser Rechte für den »anderen« folgt Bedürfnissen, die nah beieinander liegen: Man selbst möge vom Schutz vor der Mehrheitsgesellschaft profitieren, gleichzeitig aber »andere« aus dieser Mehrheit heraus legitim abwerten können. Hier zeigt sich der Widerspruch zwischen dem Ideal der demokratischen Anerkennung und der Konkurrenzrealität in der Marktgesellschaft. Die Herrschaft des Marktes hat umso mehr Abwertung anderer zur Folge, je weniger er reguliert ist. Das lässt sich nicht als »exklusive Solidarität« rationalisieren, denn der Markt selektiert: »Was untauglich ist, bleibt liegen«. Auch die menschliche Arbeit ist in dieser Logik eine Ware, und ihre Träger erfahren es schmerzlich, wenn sie es sind, auf die verzichtet wird (Türcke, 2002, S. 61). Vom Markt kann allerdings nur »ausgeschlossen werden [...], wer zuvor in die Zwänge des Kollektivs schon integriert war« (ebd., S. 62f.). Dieses Liegenbleiben wird umso schlimmer erlebt, je stärker man zuvor in diese Marktzwänge integriert war und diese auch selbst integriert hatte – oder psychologisch gesprochen: sich mit ihnen identifiziert hat, sodass sie vom eigenen Willen und Streben nicht mehr zu trennen sind. Die Unterwerfungsbereitschaft unter die Autorität des Marktes bei gleichzeitiger Unsicherheit über das Maß an Teilhabe an seiner Macht mündet in das Ressentiment. Dieses äußert sich in der Bereitschaft oder sogar dem Wunsch nach Unterwerfung unter eine starke Autorität, in der Betonung von Konventionen und nicht zuletzt in der Forderung nach harten Strafen, sollte die Konvention verletzt werden. Autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus, autoritäre Aggression und die Bereitschaft zur Abwertung anderer, das sind die Kernelemente eines »potentially fascistic individuals« (Adorno et al., 1950, S. 1, vgl. auch Fromm, 1936). Der Anerkennung der Differenz steht die Vorstellung eines »homogenen« Staatsvolkes gegenüber (Saar, 2013), die Menschen von der demokratischen Teilhabe ausschließt. Doch mit dieser Abwertung anderer werden auch individuelle Bedürfnisse befriedigt, die sich fassen lassen als Wunsch nach Kontrolle (Fritsche et al.,

2017), positiver Identität (Tajfel & Turner, 1979) und Selbstwert (Greenberg et al., 1986) oder als narzisstisches Phantasma einer einheitlichen und starken Nation (Bohleber, 1992; Decker, 2015). In jedem Fall offenbaren sie die Notwendigkeit, die Erfahrung eigener Schwäche und Bedrohung massiv abzuwehren. Die Not ist durchaus begründet:

Wer sich nicht nach den ökonomischen Regeln verhält, wird heutzutage selten sogleich untergehen. Aber am Horizont zeichnet sich die Deklassierung ab. [...] Die Weigerung mitzuspielen, macht verdächtig und setzt selbst den der gesellschaftlichen Rache aus, der nicht zu hungern und unter der Brücke zu schlafen braucht. (Adorno, 1955, S. 48)

Deshalb werden wir in diesem Kapitel zunächst die Verbreitung und Ausprägung des Autoritarismus darstellen. Anschließend werden die Erscheinungsformen dieses Syndroms ermittelt, das heißt, wir werden auf Grundlage des aktuellen Datensatzes Typen des Autoritären bilden und sie mit demokratischen Typen kontrastieren.

Elemente des autoritären Syndroms und ihre Verbreitung

Wie schon in früheren Erhebungswellen kam auch 2018 ein Autoritarismus-Fragebogen zum Einsatz (Beierlein et al., 2014, gekürzte Version), der es ermöglicht, die Ausprägung des autoritären Syndroms entlang der drei Kerndimensionen zu beschreiben (Tab. 1). In der Auswertung fällt auf, dass besonders die erste Aussage »Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind« sehr hohe Zustimmung erfährt. Zwei Drittel der Befragten befürworten diese Forderung ausdrücklich, jeder Fünfte latent (»stimme etwas zu«), sodass nur jeder und jede Sechste autoritäre Aggressionen tatsächlich ablehnt. Die zweite Aussage misst die autoritäre Unterwürfigkeit mit der Idee, »Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen« (Tab. 1). Auch wenn der Anteil derer, die dem manifest zustimmen, geringer ausfällt, sind es doch mehr als 50% der Bevölkerung, die eine solche Unterwerfung mindestens teilweise fordern bzw. für gut befinden. Die dritte Aussage erfragt den Konventionalismus. Über 70% der Befragten wollen Altbewährtes nicht infrage gestellt sehen, 39,8% äußern sich manifest auf diese Weise, 31,1% latent. Diese Ergebnisse offenbaren ein Gefahrenpotenzial für die Demokratie, weil sie die

Ansprechbarkeit für eine autoritäre Herrschaft innerhalb der Bevölkerung sichtbar machen. Selbst wenn die Demokratie als abstrakte Idee bei der überwiegenden Mehrheit Zustimmung findet, ist damit wenig über ein demokratisches – gleichberechtigtes und pluralistisches – Zusammenleben gesagt.

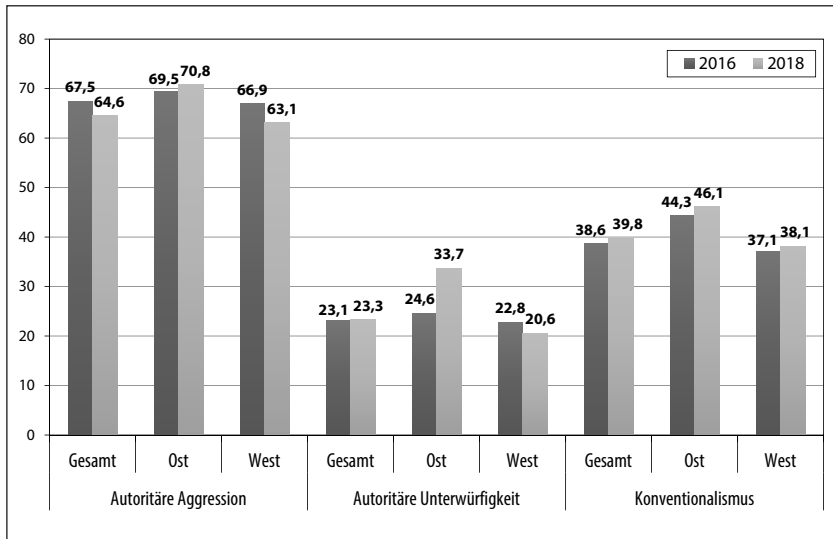
Tabelle 1: Zustimmung bzw. Ablehnung in den Dimensionen des Autoritarismus 2018 (in %)

Dimensionen des Autoritarismus	stimme gar nicht/wenig zu	stimme etwas zu	stimme ziemlich/voll und ganz zu
1 Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind. (N = 2.396)	14,3	21,0	64,6
2 Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen. (N = 2.406)	43,4	33,3	23,3
3 Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht infrage gestellt werden. (N = 2.396)	29,2	31,1	39,8

Skalierung 1 = »stimme gar nicht zu«, 2 = »stimme wenig zu«, 3 = »stimme etwas zu«, 4 = »stimme ziemlich zu«, 5 = »stimme voll und ganz zu«; eine Faktorenanalyse (Oblim) erbrachte einen Faktor, auf den alle drei Aussagen laden (Aussage 1 = .731; Aussage 2 = .767; Aussage 3 = .835), Cronbachs Alpha = .674

Der Vergleich zwischen 2016 und 2018 (Grafik 1) zeigt, dass die manifeste Zustimmung (»stimme ziemlich/voll und ganz zu«) zur ersten Aussage (autoritäre Aggressionen) in der aktuellen Erhebung niedriger ausfiel als zwei Jahre zuvor, aber mit fast 65% noch immer sehr hoch. Der leichte Rückgang ist nur in Westdeutschland festzustellen, während der Wert in Ostdeutschland sogar etwas angestiegen ist. Ein ähnliches Muster, aber auf insgesamt niedrigerem Niveau, sehen wir bei der zweiten Aussage (autoritäre Unterwürfigkeit): Während die Zustimmung im Westen leicht sank, hat sie im Osten zugenommen. Konventionen schließlich werden 2018 bundesweit stärker betont als noch 2016; damit ist der Konventionalismus mittlerweile bei etwa 40% der Bevölkerung anzutreffen.

Grafik 1: Zustimmung zum Autoritarismus bundesweit und im Ost-West-Vergleich (in %)



2018: signifikante Unterschiede zwischen Ost und West, Chi-Quadrat $p < .01$

Ein weiteres Element des autoritären Syndroms ist die Annahme vom Wirken fremder »Mächte«, also die Bereitschaft, Verschwörungen in der Welt auszumachen (Imhoff & Decker, 2013). Die Verschwörungsmentalität beruht auf der Vorstellung, rational kalkulierende Personen oder Gruppen würden im Hintergrund die politischen und gesellschaftlichen Prozesse lenken. Hier soll nicht bestritten werden, dass manche Interessengruppen in der Gesellschaft bessere Möglichkeiten haben, sich Geltung zu verschaffen, als andere. Auch soll nicht außer Acht gelassen werden, dass soziale und politische Prozesse oft schwer zu durchschauen oder in ihrer Dynamik zu verstehen sind. Uns geht es nicht darum, die Kritik an intransparenten Strukturen zu diskreditieren. Vielmehr erfassen wir eine *Mentalität* (Graumann & Moscovici, 1987), deren Merkmal es ist, in der Welt planvolles und koordiniertes Handeln von Gruppen zu sehen, die in meist böser Absicht, in jedem Fall aber vorsätzlich und im Geheimen agieren. Damit werden gerade nicht strukturelle Bedingungen und soziale Interessen kritisiert, sondern bedrohliche und übermächtige Personen oder Gruppen ausgemacht, die die Gesellschaft bis in die kleinsten Einheiten

steuern und die sich, sind sie einmal bekannt, bekämpfen lassen. Diese Mentalität lässt einerseits zu, Kontrolle über das eigene Leben zu erfahren, andererseits aber auch, autoritäre Aggressionen zu befriedigen.

Die Verbreitung der Verschwörungsmentalität ist Tabelle 2 zu entnehmen. Die Aussagen zu »geheimen Organisationen« und »geheimen Verschwörungen« werden von einer Mehrheit abgelehnt, aber der Gedanke, Politikerinnen und Politiker seien »Marionetten«, erscheint mehr als der Hälfte der Bevölkerung nicht falsch.

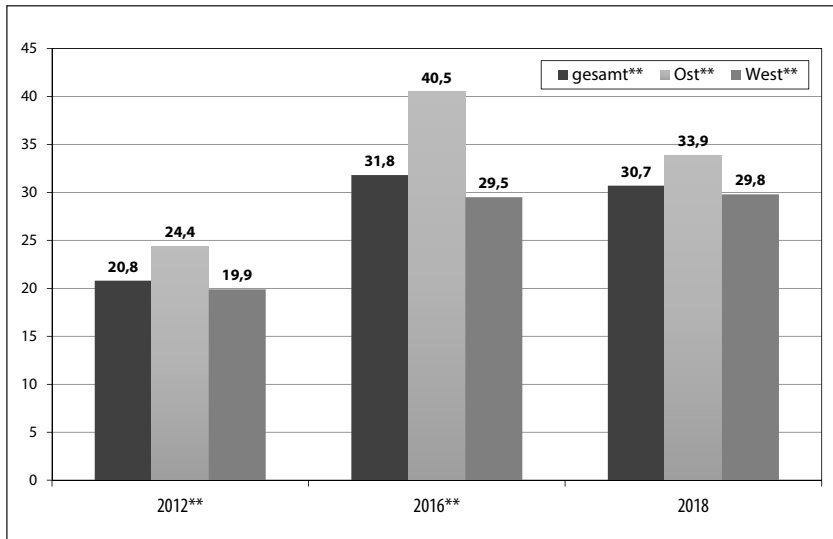
Tabelle 2: Zustimmung zur Verschwörungsmentalität (in %)

	stimme nicht zu (1–3)	(4)	stimme zu (5–7)
1 Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden. (N = 2.405)	57,9	20,7	21,3
2 Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. (N = 2.401)	51,2	19,8	29,0
3 Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte. (N = 2.392)	48,2	21,0	30,8

Skalierung von 1 = »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 = »stimme voll und ganz zu«, in den Zwischenstufen keine semantische Einordnung; eine Faktorenanalyse (Oblim) erbrachte einen Faktor, auf den alle drei Aussagen laden (Aussage 1 = .867; Aussage 2 = .928; Aussage 3 = .892), Cronbachs Alpha = .877

Grafik 2 bildet den Anteil an Personen ab, die einen Wert größer 12 erreichen (d.h. mittlere Zustimmung über alle drei Aussagen). Im Vergleich zu 2016 hat sich der Anteil der manifest Zustimmenden unter den Befragten bundesweit nicht bedeutsam verändert, immer noch 30,7% der Befragten offenbaren eine Verschwörungsmentalität. Allerdings ist der Rückgang in Ostdeutschland zwischen 2016 und 2018 bemerkenswert (von 40,5% auf 33,9%).

Grafik 2: Manifeste Verschwörungsmentalität 2012, 2016 und 2018, über drei Items zusammengefasst (in %)



Pearsons Chi-Quadrat ** $p < .01$ (Unterschiede Ost/West werden bei der Jahreszahl angegeben, Unterschiede zwischen den Jahren in der Legende; Fallzahl am angegebenen Ort und Kap. 2)

Neben den drei klassischen Dimensionen der autoritären Orientierung und der Verschwörungsmentalität haben wir auch drei Aussagen der Autoritarismus-Skala von Detlef Oesterreich eingesetzt (Oesterreich, 1998). Oesterreich hat seinen Fragebogen mit dem Ziel entwickelt, autoritäre Persönlichkeitsmerkmale in zwischenmenschlichen Kontakten zu erheben (Tab. 3). Die Auswahl der Aussagen wurde nach der Maßgabe getroffen, ob sie Anerkennung und Offenheit für die Interessen anderer beinhalten; es ging uns also um die empirische Untersuchung der oben skizzierten Voraussetzungen pluraler Demokratien. Zudem soll mit der Einschätzung der Bereitschaft, gegen eine Mehrheit eine eigene Position zu beziehen, auch die Fähigkeit bestimmt werden, sich autonom gegenüber einer Mehrheit zu verhalten (Aussage 3). Ziel ist, autoritäre und demokratische Persönlichkeitselemente in die Analyse einzubeziehen. Für die ersten beiden Aussagen zeigt sich, dass Differenz von einem Teil der Bevölkerung akzeptiert wird, allerdings nicht von der Mehrheit: Ein Großteil lehnt diese Aussagen ab oder macht Einschränkungen. In der Lage zu sein, sich mit

seinen eigenen Ansichten auch gegen eine Mehrheit zu positionieren, behaupten dagegen zwei Drittel, doch ist anzunehmen, dass der Effekt der sozialen Erwünschtheit bei diesem hohen Wert eine Rolle gespielt haben wird.

Tabelle 3: Zustimmung zu Aussagen in der Dimension »Offenheit und Autonomie« (in %)

	stimme überhaupt nicht zu	teils/teils	stimme voll und ganz zu
1 Ich befasse mich gerne mit fremden Ideen. (N = 2.410)	39,9	30,0	30,8
2 Ich mag spontane Menschen, auch wenn sie etwas unberechenbar sind. (N = 2.407)	23,3	32,7	44,0
3 In Diskussionen vertrete ich meine Meinung, auch wenn die Mehrheit anders denkt. (N = 2.413)	13,8	23,9	62,4

Im Gegensatz zu Oesterreichs Vorschlag wählten wir eine einfache fünfstufige Likertskalierung (1 = »stimme überhaupt nicht zu«, 5 = »stimme voll und ganz zu«). Eine Faktorenanalyse erbrachte einen Faktor, auf den die Aussagen 1 (.737), 2 (.802) und 3 (.676) laden, die interne Konsistenz beträgt Cronbachs Alpha = .613 und ist zufriedenstellend. Im Folgenden nutzen wir eine Dimension aus den Aussagen 1 und 2 als Maß für Offenheit, sie laden beide auf einen Faktor (.926) und erfassen die Anerkennung von Differenz (Cronbachs Alpha = .636).

Für die weitere Auswertung bilden wir einen Indexwert, für den die Aussagen 1 und 2 zur Dimension »Offenheit« zusammengefasst werden (Tab. 4). Daraus wird ersichtlich, dass nur bei rund 25% der Bevölkerung Offenheit für andere Ideen und Anerkennung von Differenz besteht. Immerhin bei mehr als jedem Zweiten ist die Offenheit in Teilen gegeben, nur bei rund 21% fehlt sie ganz (diese Angaben ohne Abbildung).

Tabelle 4: »Offenheit für andere« und »Offenheit für Differenz« in Deutschland (in %)

Offenheit (N = 583)	24,3
eingeschränkte Offenheit (N = 1.325)	55,1
Verschlossenheit (N = 498)	20,6

Werte von 2 (Ablehnung) bis 10 (Zustimmung); Offenheit: ≥ 8 , mittlere Offenheit: 5–7, verschlossen: ≤ 4

Tabelle 5 stellt ausgewählte Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Merkmalen (z.B. Wohnort, Alter, Bildung) und den Elementen des autoritären Syndroms vor. Es wird sichtbar, dass sich nahezu jeder vierte Ostdeutsche und jeder fünfte Westdeutsche als verschlossen beschreibt. Mit 70,8% sind die autoritären Aggressionen in Ostdeutschland besonders hoch ausgeprägt, aber auch die autoritäre Unterwürfigkeit und die Betonung der Konventionen sind im Osten deutlich häufiger. Auch die Aufschlüsselung nach Altersgruppen gibt Hinweise, denn über alle Elemente des Syndroms zeigen sich deutliche Unterschiede: je älter, desto höher der Anteil an Autoritären.

Allerdings ist nicht zu übersehen, dass gerade die autoritäre Aggression über alle soziodemografischen Merkmale hinweg sehr häufig ist. Konventionalismus und die Verschwörungsmentalität sind durchgängig bei mindestens einem Drittel der Menschen anzutreffen. Sogar die Hälfte der Befragten mit Abitur zeigen autoritäre Aggressionen, ein Viertel betont zudem Konventionen oder neigt zur Verschwörungsmentalität. Nur die autoritäre Unterwürfigkeit ist bei dieser Gruppe gering ausgeprägt und die Offenheit gegenüber anderen ist weit verbreitet. Nicht überraschend wirkt höhere Bildung also der autoritären Orientierung zumindest in Teilen entgegen. Die Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Lage als schlecht führt zu deutlich mehr Verschwörungsmentalität, mangelnder Offenheit und dem Wunsch nach einer starken Autorität, an der man sich orientieren kann. Das ist bei denjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage schlecht sehen, nicht so. Auffällig ist, dass diejenigen, welche ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut einschätzen, deutlich häufiger die Konventionen betonen.

Außerdem haben wir die Befragten um eine politische Selbsteinschätzung auf einer Skala von »links außen« bis »rechts außen« gebeten. Wie erwartet, finden sich unabhängig von der politischen Orientierung autoritäre Aggressionen, Konventionalismus und Verschwörungsmentalität. Die autoritäre Unterwürfigkeit ist allerdings bei denen, die sich politisch links verorten, sehr selten. Dagegen sind die Ausprägungen des autoritären Syndroms bei jenen besonders hoch, die sich politisch rechts oder rechts außen sehen. Nur die Betonung der Konventionen steigt bei der Gruppe »rechts außen« nicht linear an. Zwar sind Personen, die sich links außen einordnen, etwas häufiger verschlossen als jene links und in der Mitte, aber diese drei Gruppen unterscheiden sich letztlich wenig voneinander.

Tabelle 5: Elemente des autoritären Syndroms, soziodemografische Merkmale und politische Selbsteinschätzung (in %)

	autoritäre Aggression	Unterwürfigkeit	Konventionalismus	Verschwürungsmentalität	Verschlossenheit
	**	**	**		*
Ost (N = 492)	70,8	33,7	46,2	33,9	23,7
West (N = 2.196)	63,1	20,6	38,1	29,8	19,8
Altersgruppen	**	**	**		**
14 – 30 Jahre (N = 478)	56,3	20,1	29,4	28,8	14,3
31 – 60 Jahre (N = 1.298)	65,5	21,8	38,1	31,5	18,1
61 Jahre und älter (N = 637)	69,2	28,8	51,0	30,3	30,7
eigene wirtschaftliche Lage			*	**	**
gut, teils/teils	65,0	23,8	40,6	28,7	19,6
schlecht	62,4	19,9	33,8	45,0	27,9
nationale wirtschaftliche Lage		**		**	**
gut, teils/teils	64,7	34,1	39,6	28,7	19,7
schlecht	64,3	22,2	41,0	49,1	29,6
formaler Bildungsgrad	**	**	**	**	**
kein Abitur (N = 1.915)	68,2	25,8	43,6	32,2	23,5
Abitur (N = 493)	50,5	13,4	25,1	24,9	9,2
politische Selbsteinschätzung	**	**	**	**	**
links außen (N = 50)	48,0	16,0	32,0	34,0	20,0
links (N = 766)	59,2	22,5	32,6	26,9	16,8
Mitte (N = 1.037)	63,9	19,7	38,3	28,0	19,4
rechts (N = 486)	75,7	31,5	53,6	40,8	26,6
rechts außen (N = 20)	80,0	35,0	40,0	52,6	45,0

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01

Deutlicher wird der Unterschied rechts der Mitte: Wer rechts oder rechts außen steht, ist häufiger gegenüber anderen Menschen verschlossen und nicht für deren »Unberechenbarkeit« und »Ideen« offen. Das autoritäre Syndrom, das sei hier noch einmal hervorgehoben, kann sich unabhängig von konkreten politischen Inhalten äußern und bildet daher das antidemokratische Potenzial der Gesellschaft übergreifend ab.

Im Folgenden untersuchen wir die Zusammenhänge zwischen den autoritären Syndromen und verschiedenen Faktoren der autoritären Dynamik und beginnen mit der erinnerten Erziehungserfahrung. Das Individuum übernimmt soziale Normen im Prozess seiner Sozialisation und Erziehung, was für autoritäre und demokratische Orientierungen gleichermaßen gilt. In der frühen Konzeption des Autoritären Charakters wurde angenommen, dass die autoritären Strukturen der Herkunftsfamilie für die Weitergabe entsprechender Normen verantwortlich waren (Fromm, 1936), in jüngeren Studien wurde dieser Gedanken weitergeführt (Hopf & Hopf, 1997; Oesterreich, 2000). Doch schon in den 1960er-Jahren wurde auch auf die Veränderungen der sozialen Bedingungen hingewiesen, durch die sich die Vergesellschaftung von der Familie weg, hin auf gesellschaftliche Instanzen verlagerte (Marcuse, 1963), etwa auf jugendliche Bezugsgruppen (Friedrichs & Sander, 2010), aber auch abstraktere Instanzen, die über die gesamte Lebensspanne wirken und durch die sich autoritäre Staatlichkeit vermittelt, etwa Medien (Decker & Türcke, 2018) oder Verwaltung (Adorno, 1953). Aus diesen Gründen haben wir die erinnerte Erziehungserfahrung in drei Dimensionen erhoben: Erfahrungen emotionaler Nähe als Hinweis auf einen aner kennenden Erziehungsstil (»Wurden Sie von Ihren Eltern getröstet, wenn Sie traurig waren?«), harte Strafen als Hinweis auf einen autoritären Erziehungsstil (»Wurden Sie von Ihren Eltern hart bestraft, auch für Kleinigkeiten?«) und Überforderungserfahrungen als Hinweis auf soziale Leistungsnormen in der früheren Erziehung (»Versuchten Ihre Eltern, Sie anzutreiben, »Beste oder Bester« zu werden?«; alle Fragen aus Schumacher et al., 2000). Darüber hinaus haben wir die drei Sphären der Anerkennung (als Bürgerin oder Bürger, als Person, als tätiger Mensch) nach Honneth erhoben (Honneth, 1992; theoretische Begründung Kap. 1, teststatistische Beschreibung Kap. 4 in diesem Band).

Tabelle 6: Elemente des autoritären Syndroms und erfahrene Erziehung (in %)

	autoritäre Aggression	Unterwürfigkeit	Konventionalismus	Verschwörungsmentalität	Verschlossenheit
harte Strafen durch die Eltern				**	**
ja, oft/ständig (N = 226)	67,7	23,2	42,1	40,5	38,4
nein/gelegentlich (N = 2.165)	64,2	23,3	39,5	29,6	18,7
Überforderung durch die Eltern			*		**
ja, oft/ständig (N = 567)	66,3	23,3	41,4	33,3	21,7
nein/gelegentlich (N = 1.805)	64,1	23,2	34,6	29,8	17,1
Eltern emotional nah	*	*			**
ja, oft/ständig (N = 1.432)	66,3	21,7	40,1	29,2	16,4
nein/gelegentlich (N = 976)	61,9	25,6	39,1	32,7	26,9

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

Menschen, die als Kind harte Strafen und wenig emotionale Nähe durch die Eltern erfahren haben, lassen im erwachsenen Alter häufiger ein autoritäres Syndrom erkennen als andere (Tab. 6). Signifikante Unterschiede finden sich allerdings nur in zwei Bereichen: Wer harte Strafen erinnert, betont Konventionen stärker und ist verschlossener gegenüber anderen Menschen. Auch wer von den Eltern mit überhöhten Leistungsanforderungen konfrontiert wurde, ist als Erwachsener signifikant häufiger verschlossen gegenüber anderen und den Konventionen stärker verhaftet. Zusätzlich ist bei dieser Gruppe die Verschwörungsmentalität leicht, aber nicht signifikant erhöht (Tab. 6).

Tabelle 6 erbringt noch einen überraschenden Befund, denn wer seine Eltern emotional nah erlebt hat, neigt eher zu autoritären Aggressionen, fordert also eher Sanktionen gegenüber abweichenden Gruppen. Allerdings ist dieser Wert eine Ausnahme im insgesamt stimmigen Bild, in dem die anderen Elemente des autoritären Syndroms in dieser Gruppe schwächer ausgeprägt sind: Menschen mit liebevoller Erziehung sind gegenüber

Differenz offener und weniger bereit, sich Autoritäten zu unterwerfen. Daher scheint es, dass gerade die Dimension »Offenheit« stark mit dem elterlichen Erziehungsstil assoziiert ist: Je mehr emotionale Anerkennung von den Eltern, desto mehr Offenheit beim Kind (und späteren Erwachsenen); je mehr soziale Leistungsanforderungen oder harte Strafen, desto weniger Offenheit.

Eine Annahme unserer Untersuchung ist, dass auch die anhaltende – also lebenslange – autoritäre oder demokratische Vergesellschaftung Einfluss auf das autoritäre Syndrom nimmt. Deshalb ist nicht nur die Anerkennung in der Kindheit von Bedeutung (wenig harte Strafen, viel emotionale Nähe), sondern auch die im Erwachsenenalter (Tab. 7).

Tabelle 7: Elemente des autoritären Syndroms und Anerkennung (in %)

	autoritäre Aggression	Unterwürfigkeit	Konventionalismus	Verschwürungsmentalität	Verschlossenheit
Anerkennung als Bürger/in	**			**	**
verweigerte Anerkennung als Bürger/in (N = 557)	74,9	25,8	42,3	48,7	28,6
Anerkennung als Bürger/in (N = 1.837)	61,5	22,6	39,0	25,2	18,2
Anerkennung als tätiger Mensch			**		**
verweigerte Anerkennung als tätiger Mensch (N = 172)	61,8	27,3	50,6	33,1	50,3
Anerkennung als tätiger Mensch (N = 2.231)	64,9	23,0	38,9	30,5	18,4
Anerkennung als Person	*				**
verweigerte Anerkennung als Person (N = 81)	53,3	25,9	42,5	35,1	46,9
Anerkennung als Person (N = 2.325)	65,0	23,2	39,7	30,5	19,7

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

Der Befund ist eindeutig: Bei verweigerter Anerkennung als Bürgerin oder Bürger findet sich signifikant häufiger ein autoritäres Syndrom. Das stützt unsere These, dass lebenslange und gesellschaftliche Dynamiken über die Entstehung des autoritären Syndroms mitentscheiden. Nicht mehr signifikant, aber erkennbar stärker ausgeprägt sind die Unterwerfungsbereitschaft und der Konventionalismus. Die verweigerter Anerkennung als Bürgerin oder Bürger geht zudem signifikant häufiger mit Verschwörungsmentalität und Verslossenheit einher. Komplementär dazu steigert die Anerkennung als Person und als tätiger Mensch die Fähigkeit zur Anerkennung von Differenz: Wer in diesen Sphären Anerkennung erfährt, ist anderen Menschen gegenüber eher offen und akzeptiert häufiger die Differenz zwischen Menschen.

Interessanterweise wiederholen sich zwei Phänomene, die bereits im Zusammenhang mit der elterlichen Erziehung auftraten. War die Anerkennung durch die Eltern mit einer höheren autoritären Aggression assoziiert, ist auch die Anerkennung als Person (also von wichtigen anderen Menschen) häufiger mit der Bereitschaft zu autoritären Aggressionen verbunden. Und wie die soziale Leistungsorientierung der Eltern, geht auch die verweigerter Anerkennung als tätiger Mensch häufiger mit Konventionalismus einher. Wer im Berufsleben keine Anerkennung erfährt, vermutet zudem eher mächtige Gruppen im Hintergrund der Gesellschaft.

Demokratische, ambivalente und autoritäre Syndrome

Der Zustand der Demokratie zeigt sich nicht nur, wo ausdrücklich nach der Unterstützung für demokratische oder umgekehrt für rechtsextreme Positionen gefragt wird, sondern auch dort, wo es zunächst scheinbar um etwas anderes geht: Akzeptanz von Differenz und Vielfalt. Diese Fähigkeit hat mit einer politischen Selbsteinordnung oder der Unterstützung einer demokratischen Partei auf den ersten Blick nichts zu tun. Schon in einer der ersten Einstellungsuntersuchungen kam dieser Gedanke zum Tragen: Die *Studien über Autorität und Familie* von Erich Fromm, Max Horkheimer und Herbert Marcuse waren methodisch zwar noch weniger ausgereift als heutige Umfrageuntersuchungen, aber dieser Meilenstein der empirischen Sozialforschung (Fahrenberg & Steiner, 2004) erfasste gesellschaftliche Dynamiken mit einem interessanten Ansatz. Auf psychoanalytischer

Basis wurde die Innenseite der Gesellschaft untersucht; dabei fanden die Autoren eine gesellschaftliche Dynamik, die beim Individuum zur Entstehung einer autoritären Persönlichkeitsstruktur führte. Bereits in diesen ersten *Studien über Autorität und Familie* wurde deutlich, dass die autoritäre Orientierung nicht oder nur lose mit Stellungnahmen politisch linken oder rechten Inhalts verbunden ist. Im Gegenteil: Progressive politische Ziele können neben regressiven psychischen Bedürfnissen in derselben Person gleichzeitig existieren. In unserer Studie sprechen wir allerdings nicht vom Autoritären Charakter oder einer autoritären Persönlichkeit, wenn wir bei einem Befragten autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus finden, sondern von einem *autoritären Syndrom* (vgl. Kap. 1). Das ist keine Absage an die kritisch-theoretischen und psychoanalytischen Grundannahmen, sondern der Schwierigkeit geschuldet, den Begriff der Persönlichkeit an dieser Stelle hinreichend entlang aktueller psychoanalytischer Debatten zu entwickeln.

Um die Erscheinungsformen von autoritären und demokratischen Syndromen in der Bevölkerung zu bestimmen, haben wir eine Clusteranalyse (K-Means) berechnet. Mit Clusteranalysen sucht man generell nach Mustern in einem Datensatz. In der Sozialforschung wird damit der Versuch unternommen, Menschen zu beschreiben, die sich hinsichtlich bestimmter Eigenschaften besonders ähnlich sind und sich gut von anderen Befragten abgrenzen lassen. Das Vorgehen ist ähnlich zur Beschreibung der politischen Milieus in unserer Studie von 2016 (Decker & Brähler, 2016), doch haben wir diesmal den Fokus nicht auf das politische Klima, sondern auf Persönlichkeitsaspekte gerichtet. Gesucht haben wir nach Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden in der autoritären Aggression, autoritären Unterwürfigkeit und im Konventionalismus (vgl. Tab. 1), in der Verschwörungsmentalität (vgl. Tab. 2) sowie in der Offenheit und Autonomie (vgl. Tab. 3). Auf diesem Weg fanden wir insgesamt zwei Typen (oder Syndrome) mit demokratischer Orientierung, drei mit Anfälligkeit für autoritäre Fluchten und vier ausgeprägt autoritäre Typen (Tab. 8, Ergebnisse der Clusterberechnung s. Tab. 9).

Tabelle 8: Politische Syndrome in der Bevölkerung (Anteil in %)

Politische Syndrome		Anteil
I	die Demokraten	
I.1	die Konservativen	14,0
I.2	die Performer	14,8
II	die Ambivalenten	
II.1	die Angepassten	9,6
II.2	die jungen Entgrenzten	7,7
II.3	die Stabilitätsorientierten	10,9
III	die Autoritären	
III.1	die Unterwürfigen	5,2
III.2	die neu-rechte Funktionselite	12,9
III.3	die paranoiden Konformisten	14,7
III.4	die verschlossen Konventionellen	9,2

Tabelle 9: Ergebnisse der Clusterberechnung (aktive Variablen; Mittelwerte)

	Syndrome									
	I.1	I.2	II.1	II.2	II.3	III.1	III.2	III.3	III.4	
Offenheit und Autonomie	9,07	12,22	5,90	12,01	9,09	5,31	12,64	9,63	8,74	
Intern. Kontrollüberzeugung	8,71	9,09	7,85	6,96	5,82	5,03	8,82	8,73	7,98	
Ext. Kontrollüberzeugung	3,75	3,71	4,31	6,94	5,46	6,94	4,84	4,03	7,31	
Verschwörungsmentalität	1,86	2,01	2,91	4,48	2,96	3,62	4,15	4,63	4,02	
Aut. Aggression	3,42	3,51	3,56	3,36	3,56	4,07	4,43	4,31	4,25	
Aut. Unterwürfigkeit	2,20	2,20	2,61	2,14	2,57	3,18	3,29	2,91	3,37	
Konventionalismus	2,76	2,63	3,25	2,40	3,01	3,61	3,70	3,49	3,59	

Die Namen für die Syndrome sind Ergebnis eines Interpretationsprozesses bzw. einer Montage (Decker, 2018), für die wir auf Fragebögen zurückgreifen, in denen die Probanden ihre Persönlichkeit, ihre wesentlichen Werte und ihre politische Orientierung beschreiben. Zu den Persönlichkeitsaspekten gehören einerseits die Einschätzung, wer die Kontrolle über das eigene Leben hat (internale versus externale Kontrollüberzeugung; Kovaleva et al., 2014), andererseits die sechs Dimensionen »Soziale Resonanz«, »Dominanz«, »Kontrolle«, »Grundstimmung«, »Durchlässigkeit« und »Soziale Potenz« aus dem Gießen-Test. Mit diesem Persönlichkeitstest auf psychoanalytischer Grundlage beschreiben sich die Befragten selbst in ihren Interaktionen mit anderen Menschen (Beckmann et al., 2012). Diese Beschreibung der Persönlichkeit setzen wir in Beziehung zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten (vgl. Tab. 6; Schumacher et al., 2000) sowie den Sphären der Anerkennung (siehe Kap. 4). Darüber hinaus wurde ein Fragebogen zur Erfassung der Werte der Befragten genutzt (Boer, 2014), denn auch wenn Menschen grundsätzlich dieselben Werte teilen, ist zunächst offen, welche vom Individuum besonders geschätzt werden. Werte können individuelle Zielzustände sein oder eine Präferenz für soziale Normen ausdrücken, beides wurde erfasst. Um die politische Einstellung zu beschreiben, greifen wir auf den Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung zurück (Decker et al., 2013), der erweitert wurde um Fragen zur Akzeptanz der Demokratie, Unterstützung von Egalitätsnormen und zum Antipluralismus, zur politischen Selbsteinschätzung, Gewaltbereitschaft und -akzeptanz, zum Antiziganismus, zur Muslimfeindlichkeit und Abwertung von Asylsuchenden (siehe Kap. 2) sowie um einen Fragebogen zum Antisemitismus in der Umwegkommunikation (siehe Kap. 5). Die politische Selbstverortung auf einer Links-rechts-Skala und die Parteipräferenz ergänzen diese Informationen.

Bei der Interpretation orientierten wir uns an den Ergebnissen für das jeweilige Syndrom, entweder an den Mittelwerten und der Streuung oder an den prozentualen Anteilen der Zustimmung. Referenz für die Interpretation war jeweils der Gesamtmittelwert bzw. die Stärke des Merkmals im Vergleich zu anderen Syndromen. Im Folgenden werden die demokratischen, ambivalenten und autoritären Syndrome getrennt vorgestellt.¹

1 Wir orientieren uns dabei an den von Theodor W. Adorno formulierten Kriterien für eine kritische Typenbildung (Adorno, 1950, S. 749f.).

I Die Demokratinnen und Demokraten

Zwei Typen können als ausgesprochene Stütze der Demokratie gelten. Sie umfassen 28,2% der Bevölkerung. Männer und Frauen sind darin gleichermaßen repräsentiert, es gibt allerdings mehr Westdeutsche und weniger Ostdeutsche als in der bundesdeutschen Verteilung. Die Demokraten sind überproportional hoch gebildet (33,3% mit Abitur) und haben besonders selten die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht. Jüngere Menschen bis 30 Jahre sind bei den Demokraten vergleichsweise zahlreich.

I.1 Die Konservativen (N = 312, 14%; 47,4% Männer, 52,6% Frauen; 18,5% Ostdeutsche, 81,5% Westdeutsche): Leitende und qualifizierte Angestellte, Beamte im gehobenen Dienst, seltener Arbeiterinnen und Arbeiter, kaum Selbstständige. Die nationale und eigene wirtschaftliche Lage aktuell und in der Zukunft wird überdurchschnittlich positiv bewertet.

Die Konservativen nehmen sich nicht als verschlossen wahr, allerdings zeichnet sie auch keine außergewöhnliche Offenheit gegenüber anderen Menschen aus. Differenzerfahrungen werden von ihnen nicht gesucht. Sie erleben ihre Wirkung auf ihr soziales Umfeld als durchweg positiv. Die Konservativen erfahren viel Gratifikation durch ihre Mitmenschen und sind in der Lage, ihre Interessen im Leben zu verfolgen. Sie verstehen es, die sich ihnen bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Dabei sind sie – obwohl sie angeben, sich auch gegen eine Mehrheitsmeinung zu positionieren – durchaus anpassungswillig. Es zeigt sich eine gewisse Unterordnungstendenz, die sich auch in der Fähigkeit zur Impulskontrolle äußert. Dadurch erscheinen sie wenig dominant, aber sehr kontrolliert. Als Persönlichkeit sind sie an Ordnung orientiert und zeigen wenig Neigung zu ungehemmtem Verhalten. Von allen Typen sind sie die zwanghaftesten. Ihre Stimmung ist ausgeglichen, sie sind selbstbewusst, wenig ängstlich und können auch Ärger formulieren. Zudem verstehen sie es, Nähe zu anderen Menschen aufzubauen, ihre Wünsche offen zu artikulieren und der Welt mit Grundvertrauen zu begegnen. Überforderungs- oder Gewalterfahrungen machten die Konservativen in der Kindheit nicht. Auch als Erwachsene sind sie sich sowohl im privaten als auch im beruflichen Leben und in der Interaktion mit staatlichen Institutionen der Anerkennung sicher.

Ihre Werte sind eigenständiges Denken und Kreativität sowie die Wertschätzung von Mensch und Natur. Soziales Prestige und persönliche Er-

folge sind ihnen zwar wichtig, haben aber eher eine geringere Bedeutung als für andere Menschen, was auch für sinnliches Vergnügen oder den Reiz des Neuen gilt. Ihre Werte sind am Toleranzgebot und am Wohl anderer orientiert. Die Beachtung von sozialen Normen und Erwartungen ist ihnen ein hohes Gut, ähnlich wie die Stabilität und der Schutz der Gesellschaft. Sie gehören zu denen, die Akzeptanz von Traditionen, Bräuchen und Religionen fordern.

Ihre politische Heimat finden die Konservativen vor allem bei der CDU. Von keinem anderen Typus wird sie so häufig gewählt. Die AfD ist für sie hingegen ganz klar keine Wahloption, eher wählen sie die SPD, die Grünen und Die Linke. In der Selbstdefinition verorteten sie sich in der politischen Mitte. Sucht man Personen mit manifest-rechtsextremen Einstellungen, sucht man bei den Konservativen vergebens. Und auch wenn sie nicht frei von Abwertung gegenüber Fremdgruppen sind, so sind diese Vorurteile doch deutlich niedriger ausgeprägt als bei anderen Menschen. Die Konservativen sprechen sich gegen autoritäre Unterwerfung und gegen Konventionalismus aus. Autoritäre Aggressionen finden sich gelegentlich, aber viel schwächer als in der übrigen Bevölkerung. Zudem ist es der Typus, welcher am wenigsten zur Verschwörungsmentalität neigt. Konservative sind für autoritäre Verhältnisse nicht empfänglich.

1.2 Die Performerinnen und Performer (N = 358, 14,8%; 48,6% Männer, 51,4% Frauen; 14,8% Ostdeutsche, 85,2% Westdeutsche): Selbstständige, freie Berufe, qualifizierte und leitende Angestellte, Beamtinnen und Beamte im mittleren, gehobenen und höheren Dienst, weniger Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Bewertung der nationalen und eigenen wirtschaftlichen Lage fällt äußerst positiv aus: Mit Blick auf die nationale wirtschaftliche Lage überwiegt die Erwartung, sie bleibe, wie sie ist; für die eigene wird eine Verbesserung erwartet.

Die Performerinnen und Performer beschreiben sich als sehr offen, sie meiden die Differenzenerfahrung nicht. Gleichzeitig sind sie bereit, ihre Meinung auch in einem mehrheitlich anders geprägten Umfeld zu äußern. Sie führen ihr Leben sehr selbstbestimmt und sind überzeugt, ihr Schicksal selbst in den Händen zu halten. Die Performerinnen und Performer beschreiben sich als sehr geachtet und beliebt. Sie kommen gut an und erleben äußerst selten Frustrationen. Kein anderer Typus schafft es, so viel Gratifikation aus sozialen Kontakten zu erzielen. Dabei sind die Performer fast nie in Auseinandersetzungen verstrickt, innerpsychi-

sche Konflikte werden nicht in impulsiven Reaktionen abgeführt, sondern sie beschreiben sich im Gegenteil als geduldig. Dazu passt, dass sie sich auch als sehr gewissenhaft bis perfektionistisch erleben. Sie sind im Vergleich mit allen anderen Syndromen die kontrolliertesten. Allerdings geht diese Fähigkeit auch mit einem Defizit an Ausgelassenheit einher. Das ändert nichts an der Autonomie der Performerinnen und Performer, sie sind sich ihrer selbst sehr sicher und wissen ihre Unabhängigkeit zu schätzen. Gedrückte Stimmung oder Ängstlichkeit sind ihnen fremd. Damit verbindet sich auch eine Bereitschaft zur Konkurrenz, die wiederum das Selbstbewusstsein noch einmal unterstreicht. Es verwundert nicht, dass die Performer von ihren Eltern fast nie harte Strafen erinnern, sondern ein emotional-liebevolleres Erziehungsklima, in dem gesellschaftliche Leistungsnormen nicht in überfordernder Weise weitergegeben wurden. Als Erwachsene wiederum erfahren sie Anerkennung in allen Bereichen: Fast keiner von ihnen macht die Erfahrung verweigerter Anerkennung als Person, nahezu alle berichten von großer Anerkennung als tätiger Mensch, und als Bürger fühlen sie sich genauso häufig anerkennend behandelt wie die Konservativen.

Sehr wichtig ist ihnen allerdings die sinnliche Belohnung. Auch sozialer Status, persönliche Erfolge und ein aufregendes Leben sind für sie von größerer Bedeutung als für die Konservativen. Ganz besonders entscheidend sind für sie eigenständiges Denken, Kreativität und Mut zu Neuem. Universelle und humanistische Werte sind ihnen wichtig und sie vermeiden es, mit sozialen Erwartungen und Normen zu brechen. Ähnlich wie bei den Konservativen, finden Traditionen und Bräuche bei ihnen eine hohe Akzeptanz. Die Stabilität in der Gesellschaft und in persönlichen Beziehungen ist für sie sehr relevant.

Politisch verorten sich die Performerinnen und Performer weiter links als alle anderen Typen. Die Partei Die Linke wird von ihnen jedoch nicht stärker favorisiert als von der Gesamtbevölkerung. Stattdessen geben sie den Grünen besonders häufig ihre Stimme, aber auch die FDP hat unter ihnen mehr Anhängerinnen und Anhänger als bei den übrigen Typen. Rechtsextremen Einstellungen stehen die Performer vollständig ablehnend gegenüber, und auch Vorurteile gegenüber spezifischen Fremdgruppen sind bei ihnen fast nicht vorhanden. Egalitäre Normen werden von ihnen am stärksten unterstützt, und wie bei den Konservativen gehen sie auch tatsächlich mit einem ausgeprägten Pluralismus einher. Kein anderer

Typ lehnt zudem Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen so vehement ab wie die Performer. Sie sind mit demokratischen Gesellschaftsvorstellungen hoch identifiziert.

II Die Ambivalenten

In der Untersuchung können drei Typen weder eindeutig den Demokraten noch dem autoritären Syndrom zugeordnet werden. Die Ambivalenten machen 28,2% der Bevölkerung aus. Bei ihnen ist offen, ob sie die plurale Demokratie stützen und wie stark ihre Anfälligkeit für eine Flucht ins Autoritäre ist. Anteilhaft finden sich etwa so viele Ostdeutsche (18,9%) und Westdeutsche (81,1%) wie in der Bevölkerung. Frauen sind überrepräsentiert (57,2%), der Bildungsgrad ist niedriger als bei den Demokraten (17,8% mit Abitur oder höherem Abschluss). Die Hälfte von ihnen war schon einmal arbeitslos, etwa ein Drittel sogar mehr als zweimal im Leben. Bei den Ambivalenten ist die mittlere Altersgruppe etwas unterrepräsentiert, während die Jungen und älteren Menschen etwas häufiger vertreten sind.

II.1 Die Angepassten (N = 227, 9,6%; 41,9% Männer, 58,1% Frauen; 21,1% Ostdeutsche, 78,9% Westdeutsche): Sozialdemokratisch geprägte Arbeiterschaft und einfache Angestellte, in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen anzutreffen. Die nationale und eigene wirtschaftliche Lage wird mehrheitlich als gut eingeschätzt, grundlegende Veränderungen werden in beiden Fällen nicht erwartet.

Die Angepassten zeichnen sich durch sehr große Verslossenheit aus. Erfahrungen von Differenz, also mit unbekanntem Menschen und fremden Ideen, werden von ihnen vermieden. Wenn die Mehrheit anders denkt, bleiben die Angepassten lieber still, als ihre Meinung selbstbewusst zu vertreten. Die Frage, ob das eigene Leben eher durch externe Einflüsse oder eigene Leistungen bestimmt wird, scheint für die Angepassten nicht relevant. Dabei lehnen sie autoritäre Aggressionen im Vergleich zu anderen Typen eher ab, sind in Bezug auf autoritäre Unterwürfigkeit unauffällig, betonen aber die Konventionen. Die Angepassten neigen nicht zur Verschwörungsmentalität, worin sich eine positive Seite ihrer Fantasiearmut zeigt, die bei diesem Typus als Persönlichkeitseigenschaft vorherrscht.

Die Angepassten erleben zwar wenig Gratifikation im zwischenmenschlichen und beruflichen Kontakt, aber auch kaum Frustrationen.

Das ist mit ihrer relativ geringen Neigung zu Konkurrenz und eigenen kreativen Zielen zu erklären. Ihre Tendenz, anderen gegenüber dominant aufzutreten, ist kein Zeichen für Selbstvertrauen oder eigene Ziele, sondern charakterisiert eher ihre Grundstimmung: Selbstreflexion und Selbstwahrnehmung – z.B. von Gefühlen oder Wünschen – gehören nicht zu ihren Stärken. Dass sie damit auf andere eher verschlossen wirken, ist den Angepassten bewusst. Hier zeigt sich ein Moment von Zweifel oder Scham, das aus einer frühen Lebensphase stammen kann. Die Erfahrung von emotionaler Wärme wurde von den Angepassten seltener gemacht, dafür erinnern sie sich häufiger an harte Strafen durch die Eltern. Daraus kann sich die weniger autonome, eher misstrauisch-kontaktvermeidende Haltung im persönlichen Kontakt ergeben haben. Dazu passt, dass Angepasste fast nie ausgelassen sind und eher einen Hang zum Zwanghaften haben. Auch in ihrer sozialen Potenz zeigen sie sich eher unauffällig: Weder sind sie besonders gesellig, noch besonders befangen. Sowohl als Bürgerinnen und Bürger als auch als Erwerbstätige und als Privatpersonen erfahren sie durchschnittliche Anerkennung.

Unauffällig sind die Angepassten auch im Hinblick auf die Werte, die ihnen im Leben wichtig erscheinen. Sie geben an, universalistische Werte relevant zu finden, nicht aber persönlichen Erfolg, soziale Macht und Wohlstand. Auch auf ein aufregendes Leben legen sie keinen besonderen Wert, sie wollen das Leben lediglich genießen können. Wichtiger jedoch ist ihnen Konformität und die Zügelung von Verhalten, das andere verärgern könnte oder mit gesellschaftlichen Konventionen bricht. Ins Auge fällt ein starker Wunsch nach Sicherheit, sowohl in den eigenen persönlichen Beziehungen, als auch in Bezug auf die gesamte Gesellschaft.

In den gesellschaftspolitischen Einstellungen der Angepassten spiegeln sich ihre Persönlichkeitseigenschaften wieder. So fallen sie weder durch hohe Gewaltbereitschaft auf, noch befürworten sie Gewalt durch andere. Obwohl dieser Typus auf einer manifesten Ebene universalistische Werte betont, lehnt er doch gleiche Rechte für alle Menschen stärker ab als die meisten anderen. Auch die Idee der Demokratie und die bundesdeutsche Verfassung findet bei den Angepassten neben den Unterwürfigen die geringste Zustimmung. Angepasste sind vergleichsweise selten manifest rechtsextrem, was sie aber zeigen, ist antisemitisches Ressentiment und Antiziganismus. Das fällt umso mehr auf, weil sowohl Asylsuchende als auch Muslime und Muslima von ihnen nicht abgewertet werden. Bei den

Angepassten gibt es neben Solidarität mit Migrantinnen und Migranten auch klassische Vorurteile gegenüber denen, die das »Fremde« für sie repräsentieren.

An der Wahlurne entscheiden sich die Angepassten am häufigsten für die SPD, gefolgt von der CDU und der Partei Die Linke. Die FDP und die Grünen haben unter den Angepassten die wenigsten Anhängerinnen und Anhänger, aber auch die AfD und die NPD finden bei ihnen wenig Anklang. Obgleich rechte Parteien bei den Angepassten keine hohe Zustimmung erhalten und sie sich auch nicht als sonderlich autoritär darstellen, verorten sie sich im politischen Spektrum rechts außen. In ihrer Wahlpräferenz und politischen Selbstverortung sind sie damit den paranoiden Konformisten nahe. Gleichwohl unterscheiden sie sich deutlich in ihrer Ablehnung von autoritären Aggressionen und ihrer Immunität gegen die Verschwörungsmentalität.

Auffällig ist dieser Typus vor allem im Hinblick auf Altersstruktur und Bildungsstand. Die Angepassten haben selten einen Bildungsabschluss mit Abitur. Besonders häufig ist dieser Typ unter Personen, die älter als 61 Jahre sind, unter den 31- bis 60-Jährigen ist er dagegen selten. Diese Altersstruktur erklärt vermutlich auch, warum die Angepassten häufiger als viele andere Typen in ihrer Erziehung harte Strafen und wenig emotionale Wärme erfahren haben. Die Angepassten haben ihren Platz in der Gesellschaft gefunden und suchen nicht nach Veränderungen des Status quo. Eine Gefahr für die Demokratie geht von ihnen nicht aus, aber auch keine große Unterstützung.

II.2 Die jungen Entgrenzten (N = 182, 7,7%; 50,5% Männer, 49,5% Frauen, 18,1% Ostdeutsche, 81,9% Westdeutsche): Junge Entgrenzte in der neoliberalen Leistungsgesellschaft, höchster Bildungsabschluss, Selbstständige, Freiberufler, qualifizierte Angestellte. Die nationale wirtschaftliche Lage wird eher als schlecht, die eigene definitiv als schlecht bewertet; dasselbe gilt für die zukünftige nationale und individuelle Entwicklung.

Die jungen Entgrenzten sind ungewöhnlich widersprüchlich. Gegenüber neuen Ideen und spontanen Menschen sind sie aufgeschlossen und verfügen über die ausgeprägte Bereitschaft, ihre Meinung auch gegen eine Mehrheit zu vertreten, erleben sich aber trotzdem eher als konfliktvermeidend. Auf ihre Umgebung attraktiv zu wirken, bedeutet ihnen nicht viel, doch gelingt es ihnen, nicht anzuecken: Sie haben nicht den Eindruck,

besonders gut oder schlecht bei ihren Mitmenschen anzukommen. Auch tendieren sie nicht zu autoritären Rollen und sind sogar eher bereit als andere, sich zurückzunehmen. Dabei kommt ihnen zur Hilfe, dass sie über (Selbst-)Kontrolle verfügen, ohne zwanghaft zu sein. Wie bereits bei der Konfliktvermeidung deutlich wurde, gestalten die Entgrenzten ihre sozialen Beziehungen ohne Aggressivität, auch nicht in abgewehrter Form. Dabei sind sie deutlich weniger durchlässig als die meisten Menschen, erleben andere als fern und halten eigene Bedürfnisse zurück. Hier zeigt sich Unsicherheit über die eigenen Möglichkeiten und ein etwas vermindertes Selbstvertrauen. In ihrer Erziehung haben die Entgrenzten zwar keine harten Strafen erlebt, aber soziale Leistungsnormen scheinen präsent gewesen zu sein. Gleichzeitig haben sie weniger emotionale Nähe und Trost durch die Eltern erfahren. Analog dazu werden sie im Arbeits- und Privatleben weniger anerkannt als andere Typen. Als Bürgerin oder Bürger, in der Interaktion mit Behörden und Institutionen, erleben die Entgrenzten neben den verschlossen Konventionellen am wenigsten Anerkennung.

Sozialer Status und Prestige sind ihnen eher unwichtig. Sicher ist allerdings, dass sie großen Wert auf Selbstbestimmung legen. Auch universalistische und humanistische Werte sind für sie von Bedeutung. Und sie betonen den Wert der Traditionen und der Vermeidung von Verhalten und Impulsen, die anderen schaden oder sie verärgern könnten. Dazu passt, dass Harmonie und Stabilität in Gesellschaft und persönlichen Beziehungen als Ziel genannt werden. Den Entgrenzten geht es auch um Sicherheit.

Sie befürworten eine plurale Gesellschaft. Die drei Elemente des autoritären Syndroms – autoritäre Aggression, Unterwürfigkeit und Konventionalismus – sind bei ihnen am wenigsten ausgeprägt. Allerdings, und hier wird der ganze Widerspruch sichtbar, hat dieser Typus eine starke Anfälligkeit für die Verschwörungsmentalität. Auch ihr eigenes Leben sehen die Entgrenzten wesentlich von äußeren Einflüssen bestimmt. Und obwohl sie die Idee der Demokratie hochhalten, sind sie doch die Unzufriedensten mit der Verfassungsnorm und -realität der Demokratie in Deutschland. In ihrem Wunsch nach Traditionen und stabilen Beziehungen wie auch in der Verschwörungsmentalität verdichtet sich die Sehnsucht nach einem festen Grund in einer dynamischen und unübersichtlichen Welt. Wohl deshalb sind sie bereit, eigene Interessen notfalls auch mit Gewalt zu vertreten. Gewalt durch andere akzeptieren sie dagegen weniger.

Die Ablehnung von Autoritäten bei gleichzeitiger Verschwörungsmentalität geht bei den Entgrenzten mit einem polarisierten Wahlverhalten einher. Die CDU und die Grünen finden bei ihnen nur sehr wenig Anklang. Die Linke wird am häufigsten gewählt, gefolgt von der SPD. Von allen Syndromen sind es überraschenderweise die Entgrenzten, die auch die AfD überproportional häufig wählen – diese Partei hat unter den Entgrenzten nach der SPD und Der Linken den höchsten ausdrücklichen Zulauf. Es finden sich unter den Entgrenzten nach den Unterwürfigen die zweitgrößte Gruppe der NPD-Wählerinnen und -Wähler. Und nur die neu-rechte Funktionselite und die verschlossen Konventionellen haben eine ähnlich hohe Präferenz für die AfD. Anders als bei diesen genannten autoritären Syndromen verorten sich die Entgrenzten trotzdem mehrheitlich politisch eher links der Mitte.

Dieses zwiespältige Bild wird durch weitere Details nicht eindeutiger. So findet dieser Typus etwas häufiger als andere, dass für Deutschland eine autoritäre Diktatur im nationalen Interesse besser wäre. Während der klassische Antisemitismus von ihnen vergleichsweise wenig Zustimmung erfährt, ist für sie der Antisemitismus in der Umwegkommunikation durchaus attraktiv. Und auch der Nationalsozialismus wird von ihnen etwas häufiger verharmlost als von anderen. Warnhinweise sollten sein, dass die Entgrenzten vergleichsweise häufig einen formal hohen Bildungsabschluss erreicht haben und dass sie jung sind – unter 30-Jährige sind hier überrepräsentiert. Ob von ihnen auf Dauer eine Gefahr für die Demokratie ausgeht, lässt sich schwer vorhersagen. Einerseits neigen sie zu Extremen: Antisemitismus, Verschwörungsmentalität, NS-Verharmlosung und Gewaltbereitschaft und in Teilen Präferenz für extrem-rechte Parteien; andererseits lehnen sie autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus am stärksten ab. Sie suchen noch ihre Position.

II.3 Die Stabilitätsorientierten (N = 257, 10,9%, 38,1% Männer, 61,9% Frauen; 17,5% Ostdeutsche, 82,5% Westdeutsche): Einfache Angestellte und Beamte im mittleren und höheren Dienst. Die nationale wirtschaftliche Lage wird überwiegend positiv bewertet, die eigene dagegen negativ, von der Zukunft wird keine Veränderung erwartet.

Die Stabilitätsorientierten zeigen eine sehr geringe Bereitschaft, öffentlich oder in Gruppen eine eigene abweichende Meinung zu äußern, auch ist ihre Offenheit für andere Menschen vergleichsweise klein. In der Wir-

kung auf ihre Umgebung vermessen die Stabilitätsorientierten die Gratifikation, zeigen sich aber auch wenig und können sich auf der sozialen Bühne nicht gut in Szene setzen, worum sie sich allerdings auch kaum bemühen. Wenn die soziale Situation und ihre Rolle es gestatten, können sie ausgelassen sein. Ihre Grundstimmung schwankt zwischen Ärger und einer ängstlichen, eher abhängigen Haltung. Zwar beschreiben sich die Stabilitätsorientierten selbst als weder besonders offen noch verschlossen, aber im Vergleich zu den anderen Typen fallen ihr größeres soziales Misstrauen und ihre geringe Durchlässigkeit auf. Ihr Selbstvertrauen ist relativ gering, was sich in ihrer wenig konkurrierenden Haltung, aber auch in ihrer Zurückgenommenheit und ihrem Ideenmangel offenbart. Doch vor allem ist ihre niedrige Kontrollüberzeugung bemerkenswert: Stabilitätsorientierte haben nicht das Gefühl, sie könnten durch eigenes Handeln Einfluss auf relevante Aspekte ihres Lebens und ihre Umwelt nehmen. Vielmehr halten sie am Bewährten fest. Durch die Eltern sind sie mit etwas mehr Härte und etwas weniger emotionaler Nähe erzogen worden als andere. Sie fühlen sich zumeist als Bürgerinnen und Bürger anerkannt und eigentlich immer als Person. Nur als tätiger Mensch macht sich im Vergleich zu anderen ein Anerkennungsdefizit bemerkbar.

Sich zu vergnügen und zu belohnen ist ihnen eher wichtig. Außerdem fühlen sie sich der Traditionen verpflichtet und vermeiden die Verletzung von sozialen Erwartungen und Normen. Harmonie und Stabilität der Gesellschaft und zwischenmenschlicher Beziehungen werden von ihnen als wichtige Werte eingeschätzt.

Dazu passt auch das Wahlverhalten. Stabilitätsorientierte wählen nicht die Partei Die Linke, aber auch selten die AfD. In der politischen Selbsteinschätzung verortet sich kaum ein anderer Typ politisch so klar in der Mitte. Allerdings haben sie auch eine Tendenz, den Nationalsozialismus zu verharmlosen und geben ihren Antisemitismus in der Umwegkommunikation preis. Die Abwertung von Sinti und Roma, Muslimen und Asylbewerbern ist bei diesem Typus dagegen deutlich geringer ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung.

Umso erstaunlicher ist, dass Stabilitätsorientierte eine erhöhte Gewaltbereitschaft zeigen und Gewalt auch dann nicht ablehnen, wenn sie durch andere ausgeübt wird. Hier kommt wahrscheinlich jener Zug der Persönlichkeit zum Tragen, der mit der Bereitschaft, Ärger nach außen abzuführen, einhergeht. Sie sind am wenigsten egalitär und stimmen anti-

pluralistischen Aussagen deutlich häufiger zu als andere. Dieser Typ ist mit Sicherheit keine Gefahr für die Demokratie, aber es bleibt unklar, inwiefern er zu ihrem Schutz bereit und fähig ist.

III Die Autoritären

Die autoritären Syndrome finden sich bei 42% der Bevölkerung, bei Ostdeutschen mit 23,9% etwas häufiger, als ihr Anteil an der bundesdeutschen Bevölkerung vermuten ließe. Die Geschlechter sind dagegen proportional vertreten (Frauen 55%). Die vier autoritären Typen setzen sich aus bildungsfernen Menschen zusammen (nur 13,1% mit Abitur). Die Mehrzahl hat bereits die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht (53%), ein Viertel mehr als zweimal (25,9%). Die meisten Menschen mit einem autoritären Syndrom sind im mittleren Lebensalter von 31 bis 60 Jahren (57,5%), die wenigsten unter 30 (15,1%).

III.1 Die Untermwürfigen (N = 125, 5,2%; 34,1% Männer, 65,9% Frauen; 27% Ostdeutsche, 73% Westdeutsche): Klassisch proletarisches Milieu, einfache Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter, keine Leitungs- und qualifizierten Tätigkeiten, unterdurchschnittliche Bildung, sehr viel mehr Frauen und Ostdeutsche, mehr Erfahrung von Arbeitslosigkeit. Die persönliche und die nationale Wirtschaftslage werden als schlecht eingeschätzt, von der Zukunft wird in beiden Fällen eher eine Verschlechterung erwartet.

Die Untermwürfigen sind sehr verschlossen und begegnen spontanen Menschen oder jenen mit einer anderen Meinung mit großer Ablehnung. Auch würden sie nie eine eigene abweichende Meinung in einer Gruppe vertreten. Die Vorstellung, ihr Leben durch eigenes Bestreben aktiv gestalten zu können, fehlt. Umso mehr herrscht das Gefühl vor, das Schicksal hänge von unkontrollierbaren äußeren Einflüssen ab, denen man ausgeliefert sei. Die Untermwürfigen erfahren von ihrer Umgebung wenig positive Resonanz, können aber auch andersherum die Wünsche und Erwartungen anderer schwer erfassen. Dabei sind sie eigensinnig und auf verstrickte Weise dominierend und ungeduldig. Zwar können sie nicht ausgelassen sein, aber es fehlt ihnen auch an Stetigkeit und Fähigkeit zur Selbstkontrolle. Ihre Grundstimmung ist häufig sehr bedrückt und von Angst geprägt, und sie haben häufiger die Tendenz, inneren Konflikt durch Impulsivität abzureagieren. Um fehlende Selbstsicherheit auszugleichen, bege-

ben sie sich in abhängige Beziehungen zu anderen. Trotzdem erleben sie sich auch diesen Menschen nicht nah, Zuneigung kann kaum empfunden werden. Sie sind kontaktunsicher und befangen. So bleiben auch Bedürfnisse nach Anerkennung und Bestätigung unerfüllt. In Zusammenhang hiermit steht sicherlich, dass die Unterwürfigen als Kinder häufig harte Strafen durch ihre Eltern erlebt haben, während Trost und emotionale Zuwendung fehlten. Sie wurden auch nie gefordert oder angetrieben, ihre Leistung zu steigern. Im Grunde berichten sie von einer vernachlässigten Kindheit, in der die Beziehung zu den Eltern von Gewalt geprägt war.

Auch in Bezug auf das Erwachsenenalter fällt auf, dass die Unterwürfigen fast keine Anerkennung als Bürgerin oder Bürger erfahren; ebenso sind für sie Anerkennungserfahrungen im sozialen und im Arbeitsumfeld selten. Sie behaupten, sozialer Status sei ihnen unwichtig, ebenso tun sie Ehrgeiz ab. Ähnlich wie den jungen Entgrenzten fällt es ihnen aber schwer, sich ganz vom Wunsch nach persönlichem Erfolg zu lösen. Weniger ambivalent äußern sie sich im Hinblick auf Selbstbestimmung, denn diesen Wert halten sie sehr hoch. Am wichtigsten ist ihnen jedoch der Respekt vor Bräuchen und Traditionen.

In der politischen Stellungnahme zeigt sich bei den Unterwürfigen die stärkste Ablehnung der Idee der Demokratie, und auch mit der verfassten Demokratie in Deutschland und ihrem Funktionieren sind sie von allen Typen am unzufriedensten. Schon in der Persönlichkeitsstruktur wurde der Wunsch sichtbar, sich in stützende, abhängige Beziehungen zu begeben. Im gesellschaftspolitischen Raum findet sich diese Suche im Wunsch nach Autoritäten wieder. Ihre Betonung der Konventionen dient sichtbar der Legitimation ihrer autoritären Aggressionen gegen Normabweichler und gegen Menschen, die sich der Autorität widersetzen. Nicht überraschend ist auch die Verschwörungsmentalität stark ausgeprägt: Die Unterwürfigen sehen dunkle Mächte am Werk, welche die Welt im Geheimen steuern. Das manifest-rechtsextreme Weltbild ist bei diesem Typus am häufigsten. »Fremde« oder »andere« lehnen sie ab, unabhängig davon, um welche Gruppe es sich handelt: Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Asylsuchende, Muslima und Muslime, Migrantinnen und Migranten allgemein. Die Unterwürfigen zeigen zudem ein starkes antisemitisches Ressentiment, was besonders in der Umwegkommunikation zutage tritt. Sie sind ausgeprägt gewaltbereit und befürworten die Anwendung von Gewalt massiv. Gleichheitsrechte und die Vielfalt in der Gesellschaft lehnen

sie ab. Ihre politische Selbstverortung ist konsequenterweise rechts bzw. rechts außen. Die Unterwürfigen sind häufig Nichtwähler, in Teilen wählen sie aber die NPD. SPD, FDP und Grüne müssen sich um ihre Stimmen nicht bemühen, sie finden keine Akzeptanz. CDU, AfD und auch Die Linke erhalten von ihnen Zustimmung, jedoch nicht mehr oder weniger als in der Gesamtbevölkerung. Bei den Unterwürfigen ist das autoritäre Syndrom in allen Elementen ausgeprägt. Eine starke autoritäre Führerschaft anstelle einer pluralen Demokratie würde bei ihnen auf große Zustimmung treffen.

III.2 Die neu-rechte Funktionselite (N = 312, 12,9%; 47,4% Männer, 52,6% Frauen; 22,1% Ostdeutsche, 77,9% Westdeutsche): Selbstständige, einfache und qualifizierte Angestellte, Beamtinnen und Beamte im mittleren, gehoben und höheren Dienst, seltener Arbeiterinnen und Arbeiter. Die nationale wirtschaftliche Lage wird überwiegend als gut eingeschätzt, die eigene besser bewertet als vom Rest der Bevölkerung. Die Erwartungen an die Zukunft sind ebenfalls positiver, sowohl was die eigene wirtschaftliche Lage betrifft, als auch die der Nation.

Die neu-rechte Funktionselite präsentiert sich als offen. Keiner von ihnen erlebt sich als abgeneigt, andere Meinungen zu akzeptieren. Auch sind sie in jedem Fall bereit, ihre eigene Meinung gegen eine Mehrheit zu vertreten. Sie fühlen sich wenig fremdbestimmt, sondern sind sich sicher, ihr Leben durch eigenes Zutun beeinflussen zu können. Menschen aus dieser neu-rechten Funktionselite machen eher die Erfahrung, auf andere anziehend zu wirken, sie gehen öfter aus sich heraus. Dabei sind sie aber darauf bedacht, nicht anzuecken. Sie geraten kaum in Auseinandersetzungen und ordnen sich unter. Dabei sind sie sehr kontrolliert und kontrollierend. Ordnung ist ihnen sehr wichtig. Die Angehörigen dieses Typus sind selten bedrückt, können ihren Ärger zeigen und sind wenig ängstlich. Eine hervorstechende Persönlichkeitseigenschaft ist ihre Durchlässigkeit – sie sind aufgeschlossen und können gut auf andere zugehen. Auch hier zeigt sich ein hohes Maß an Selbstvertrauen. Sie schätzen Geselligkeit und sind im Umgang unbefangen, allerdings auch konkurrierend. Aus ihrer Kindheit erinnern sie liebevoll zugewandte Eltern, kaum harte Strafen, jedoch die große Präsenz sozialer Leistungsnormen, das heißt, dass die neu-rechte Funktionselite von ihren Eltern angetrieben wurde, besser als andere zu sein. Im Beruf und in sozialen Beziehungen erfährt die neu-rechte Funktionselite auffällig viel Anerkennung. Sie fühlen sich zudem als Bürgerin

oder Bürger anerkannter, als die meisten ambivalenten und autoritären Syndrome. Allerdings beklagt dieser Typus öfter die Verweigerung von Anerkennung als Bürgerin oder Bürger als es bei den demokratischen Typen der Fall ist, die eine ähnliche berufliche Einbettung und einen vergleichbaren Bildungshintergrund haben.

Sozialer Status ist ihnen wichtig, aber nicht wichtiger als anderen. Ähnlich verhält es sich mit persönlichem Erfolg. Deutlich ausgeprägter ist ihr hedonistischer Wunsch, ein aufregendes Leben zu führen und es in vollen Zügen zu genießen. Selbstbestimmung ist ihnen genauso wichtig wie universalistische und humanistische Ziele. So stimmen sie auch egalitären Werten zu. Fragt man sie jedoch nach den Rechten konkreter Gruppen, so zeigen sie sich deutlich antipluralistisch – mehr als andere Menschen lehnen sie eine offene Gesellschaft ab. Die neu-rechte Funktionselite hat einen überaus stark ausgeprägten Wunsch nach Sicherheit, sowohl in sozialen Beziehungen als auch in der Gesellschaft, und fühlt sich Traditionen übermäßig verpflichtet.

An der Wahlurne entscheidet sich die neu-rechte Funktionselite besonders häufig für die AfD, aber auch die CDU kann auf Stimmen hoffen. Manche können sich auch mit der FDP oder SPD identifizieren, aber ihre politische Selbstverortung ist klar rechts. Wie die Unterwürfigen sind sie eindeutig rechtsextrem eingestellt. Sie befürworten eine rechtsautoritäre Diktatur, sind sehr nationalistisch, ausländerfeindlich und antisemitischer als die Mehrheitsgesellschaft. Auch der stark ausgeprägte Sozialdarwinismus ist ein Erkennungsmerkmal der neu-rechten Funktionselite: Ihrem Leistungsethos zufolge soll nicht dieselben Rechte genießen, wer nicht arbeitet. Die Abwertung von Asylsuchenden ist bei den Angehörigen der neu-rechten Funktionselite am stärksten ausgeprägt. Sinti und Roma sowie Muslime sind ebenfalls von ihrem Ressentiment betroffen, jedoch in geringerem Maße als Asylsuchende. Die neu-rechte Funktionselite nutzt die Umwegkommunikation, um ihren Antisemitismus zu äußern. Häufiger als alle anderen finden sie die Aussage nachvollziehbar, dass »manchen Leuten Juden unangenehm« sind. Dennoch sind sie selbst wenig bereit, sich in gewaltvolle Auseinandersetzungen zu begeben, begrüßen es aber, wenn andere Gewalt anwenden.

Insgesamt ist das autoritäre Syndrom bei der neu-rechten Funktionselite am stärksten ausgeprägt. Hinzu kommt ein besonders starker Hang zur Verschwörungsmentalität. Obwohl sie die Idee der Demokratie ge-

nerell befürworten, stehen Menschen mit diesem Syndrom in einer klaren Gegnerschaft zu pluralen Gesellschaften. Unter ihnen finden sich die meisten, die eine rechtsautoritäre Diktatur ausdrücklich befürworten. Da es sich bei ihnen um gut ausgebildete und kommunikative Funktionsträgerinnen und -träger im mittleren Lebensalter handelt, ist die von ihnen ausgehende Gefahr für die Demokratie noch einmal stärker zu gewichten.

III.3 Die paranoiden Konformisten (N = 346, 14,7%; 46% Männer, 54% Frauen; 22,8% Ostdeutsche, 77,2% Westdeutsche): Niedriges Bildungsniveau, einfache, mittlere und qualifizierte Angestellte, Beamte im mittleren und gehobenen Dienst, Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Die nationale wirtschaftliche Lage wird nicht gut eingeschätzt, die eigene aber überwiegend positiv. Für die Nation wird kaum eine Veränderung, für die eigene Lage eher Verbesserung erwartet.

Die paranoiden Konformisten stehen anderen Meinungen verschlossen gegenüber und lehnen Differenz in der Gesellschaft ab. Zwar nehmen sie für sich in Anspruch, auch gegen eine Mehrheit ihre Ansichten zu vertreten, beschreiben sich aber als zurückgesetzt und nicht durchsetzungsfähig. Sie scheinen wenig Bestätigung ihres Selbstbewusstseins zu erhalten und finden sich eher in einem autoritären Rollenverhältnis wieder. So erleben sie sich als sehr gefügig, was im Widerspruch zur behaupteten Autonomie bei der Meinungsäußerung steht. Auf Stützung von anderen angewiesen, neigen sie dennoch dazu, Wut oder Druck an Schwächeren impulsiv abzulassen. Neben dieser Impulsivität stehen überkontrollierte und zwanghafte Persönlichkeitsanteile, die dazu beitragen, dass die Konformisten fleißig und bemüht, aber nicht kreativ oder ausgelassen sein können. Trotzdem sind sie wenig bedrückt oder ängstlich und im Umgang mit bekannten Menschen eher vertrauensvoll. Die Konformisten gehören zu jenen, die von ihren Eltern zwar wenig harte Strafen und etwas mehr emotionale Zuneigung erfahren haben, aber gleichzeitig stark den sozialen Leistungsanforderungen ausgesetzt wurden, ähnlich den neu-rechten Funktionseliten. Heute erleben sie sich in sozialen Beziehungen und im Arbeitskontext als anerkannt und machen nicht häufiger als andere die Erfahrung verweigerter Anerkennung als Bürgerin oder Bürger. Auch hierin sind sie der neu-rechten Funktionselite ähnlich.

Konformistinnen und Konformisten geben an, dass ihnen sozialer Status und Prestige nicht sonderlich wichtig seien. Auch persönlichen Erfolgen messen sie eine eher geringe Bedeutung zu. Von hohem Wert sind für

sie dagegen Vergnügen und sinnliche Belohnung, aber auch Selbstbestimmung. Nach konkreten Rechten einzelner Gruppen gefragt, antworten sie deutlich antipluralistischer als die meisten anderen Menschen. Traditionen fühlen sie sich verpflichtet, und auch die Zügelung von Verhalten, das die sozialen Erwartungen und Normen verletzt, wird als Wert bejaht. Betont wird auch der Schutz von Harmonie und Stabilität der Gesellschaft.

Die Konformisten schätzen sich selbst durchgängig als politisch rechts außen ein, doch an der Wahlurne entscheiden sie sich meist für die SPD. Die AfD erhält von ihnen etwas mehr, die Grünen und die FDP hingegen wenig Zustimmung. Bei den Konformisten sind insbesondere der Chauvinismus und die Ausländerfeindlichkeit stark ausgeprägt. Asylsuchenden stehen sie besonders ablehnend gegenüber, während ihre Muslimfeindschaft unter dem Durchschnitt liegt. Dagegen sticht der große Antisemitismus hervor, ganz besonders in der Umwegkommunikation. Daher überrascht es nicht, dass auch die Verschwörungsmentalität bei den Konformisten außerordentlich häufig ist und zwar so ausgeprägt, dass man von einem paranoiden Persönlichkeitsanteil sprechen kann. Die autoritäre Aggression ist auffällig: Zwar lehnen die Konformisten vehement ab, Gewalt als Mittel zur politischen Durchsetzung einzusetzen, begrüßen aber, wenn andere Gewalt anwenden. Ihr starkes Ressentiment lässt sie vor allem zu einer Bedrohung für einzelne Gruppen in der Gesellschaft werden. Die Impulsivität ihres Charakters macht zwar ein planvolles Handeln gegen andere unwahrscheinlich und zumindest scheinbar folgen sie der Norm des Gewaltverzichts; aber sie wären bereit, die Rechte anderer stark einzuschränken und Gelegenheiten zu nutzen, ihren autoritären Aggressionen Raum zu geben.

III.4 Die verschlossenen Konventionellen (N = 216, 9,2%; 46,3% Männer, 53,7% Frauen; 26,4% Ostdeutsche, 73,6% Westdeutsche): Niedrige formale Bildung, einfache Arbeiterinnen und Arbeiter, Facharbeiterinnen und Facharbeiter, einfache und mittlere Angestellte, aber auch Beamtinnen und Beamte in allen Dienstklassen. Die nationale und eigene wirtschaftliche Lage wird überwiegend gut bewertet, Veränderungen zum Negativen werden nur für die eigene Situation erwartet.

Die Konventionellen stehen anderen Meinungen und Lebensentwürfen verschlossen gegenüber und schätzen die Erfahrung von Differenz nicht. Zwar würden sie sich mit ihrer Meinung in einer mehrheitlich anders gestimmten Runde nicht zurückhalten, meiden aber Auseinandersetzungen

gen eher. Sie sind sehr kontrolliert und neigen zum Zwanghaften. Emotional sind sie besonders befangen und weniger in der Lage, die Bedürfnisse anderer einzuschätzen. Ihnen fällt es schwer, Menschen offen zu begegnen. In Beziehungen erleben sie sich kaum als interessant oder attraktiv und sind eher ungesellig. Die Kindheit der Konventionellen scheint durch Vernachlässigung geprägt gewesen zu sein. Emotionale Wärme wird nicht erinnert, aber fast ebenso selten Forderungen und Kontrolle. Diese Erfahrungen setzen sich nicht unmodifiziert in die aktuelle Lebenssituation fort: Als Bürgerinnen und Bürger fühlen sie sich zwar zu wenig anerkannt, im persönlichen und beruflichen Umfeld aber zumindest teilweise bestätigt.

Durch eigene Leistung Erfolge entlang sozialer Maßstäbe zu erzielen, ist ihnen wichtig. An neuen Reizen und sinnlichen Vergnügungen haben sie kein Interesse, dafür allerdings an Kontrolle und Dominanz über Menschen. Die verschlossen Konventionellen sind gegen die Pluralität der Gesellschaft eingestellt, was sie mit den anderen autoritären Syndromen verbindet; was sie unterscheidet, ist ihre zusätzliche Ablehnung von Gleichheitsnormen, während andere autoritäre Syndrome eine Art exklusive Freiheit beanspruchen. Dafür betonen sie die Bedeutung von Bräuchen und Traditionen sowie der Einhaltung von sozialen Normen. Schutz und Harmonie der Gesellschaft formulieren sie als besonders relevant.

Die Konventionellen gehen überdurchschnittlich häufig zur Wahl. Insbesondere die AfD findet bei ihnen mehr Wählerinnen und Wähler als in der Gesamtbevölkerung. Noch auffälliger ist, dass sie angeben, Parteien zu bevorzugen, die derzeit nicht im Bundestag vertreten sind. Konventionelle fallen durch stark ausgeprägte autoritäre Einstellungen auf, fordern massive Sanktionen für Abweichungen, haben eine hohe Unterwerfungsbereitschaft und nur die neu-rechten Funktionseleiten pochen genauso stark auf Konventionen. Verschwörungstheorien sind sie nicht abgeneigt und auch ihr eigenes Leben nehmen sie mehr als alle anderen als fremdbestimmt wahr. Extrem rechte Einstellungen sind bei ihnen besonders hoch ausgeprägt. Diese politische Ausrichtung ist ihnen selbst bewusst, denn sie verorten sich auf Nachfrage besonders häufig im rechten politischen Spektrum und auch rechts außen. Nicht nur der Wunsch nach einer autoritären Diktatur ist bei ihnen deutlich stärker als bei anderen, auch in den anderen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen zeigen sich die Konventionellen eindeutig antidemokratisch. Die Muslimfeindschaft tritt bei ihnen am deutlichsten zutage, sie lehnen Muslima und Muslime sogar

noch stärker ab als Asylsuchende. Aber auch Jüdinnen und Juden werden von den Konventionellen mit Ressentiments belegt; dafür nutzt dieser Typus klassische antisemitische Äußerungen, aber auch die Umwegkommunikation. Die eigene Gewaltbereitschaft ist nicht besonders stark ausgeprägt, doch wird Gewalt durch andere durchaus begrüßt. Menschen mit diesem Syndrom sind bereit, eine autoritäre Herrschaft mitzutragen. Eine plurale Gesellschaft und die Anerkennung anderer wird von ihnen abgelehnt.

Diskussion und Zusammenfassung

Zur Beschreibung des autoritären Syndroms haben wir die Verteilung der Elemente des Autoritarismus um weitere aussagekräftige Daten wie die Verschwörungsmentalität ergänzt. Insbesondere sind die Abwertungsbeitschaft und die autoritären Aggressionen in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet und stark ausgeprägt. Zusätzlich legt ein großer Teil der Befragten in allen Syndromen Wert auf die eigenen Normen und fordert ihre Einhaltung von allen. Das zu betonen ist auch wichtig, um die Wirkung einer autoritären Dynamik auch auf die demokratischen Syndrome in Erinnerung zu rufen. Indirekt wird hier sichtbar, dass es weiterhin eine autoritäre Dynamik in der Gesellschaft gibt. Wenn Konventionen so rigide hervorgehoben werden, dann ist das ein gesellschaftliches Krisensymptom. Es weist auf die Polarisierung, aber auch auf den Wunsch nach Kontrolle und ein starkes Bedrohungsleben hin. Ein Drittel der Bevölkerung erfüllt sich dieses Kontrollverlangen mit einer Verschwörungsmentalität. Demgegenüber ist Offenheit für Differenz bei einem relevanten Teil der Bevölkerung, insbesondere in den autoritären Syndromen, gegenwärtig schwach ausgebildet: 25% bis 40% fehlt es an Verständnis für die Interessen anderer. Obwohl diese Offenheit die Grundlage für eine plurale Gesellschaft ist, ergibt unsere Analyse doch, dass sie eingeschränkt ist. Das macht sichtbar, wie stark das Bedürfnis nach einer Flucht in die autoritäre Sicherheit ausgeprägt ist. Die Anfälligkeit für autoritäre Versuchungen ist groß, ob diese nun mit rechtsextremen oder anderen ideologischen Begründungen legitimiert werden. In den neuen Bundesländern sind die autoritären Reaktionen besonders massiv; auch der Wunsch nach einer autoritären Führung ist im Osten offenbar immer drängender geworden.

Um diese autoritären Reaktionen differenziert zu erfassen, haben wir neun politische Syndrome ermittelt. Sie zeigen an, in welcher Form die autoritäre Unterwerfungs- und Aggressionsbereitschaft in der Gesellschaft verankert ist. Mehr als 40% der Befragten weisen die manifeste Bereitschaft auf, ein autoritäres System zu stützen – dies ist der Teil der Bevölkerung mit einem autoritären Syndrom. Ihnen stehen nur knapp 30% gegenüber, die ausdrücklich demokratisch orientiert sind und für plurale und Gleichheitswerte eintreten, ein weiteres Drittel ist unentschieden. Die Stärke dieser Typenbildung auf teststatistischer Grundlage besteht darin, dass verschiedene Faktoren erfasst sowie Zusammenhänge und Ursachen aufgezeigt werden können. Dieses Vorgehen ergibt deswegen besonderen Sinn, weil ein einfacher kausaler Zusammenhang zwischen verschiedenen Einflussfaktoren hier nicht zu erwarten ist.

Als Ursachen für die Entstehung eines autoritären Syndroms beim Individuum kommen Erziehung und Sozialisation infrage, aber auch regressive Tendenzen. Es ist zu erkennen, wie autoritäre und antidemokratische Erfahrungen in der Erziehung und Sozialisation mit Persönlichkeitseigenschaften zusammenhängen, die wiederum mit politischen Zielen korrelieren. Menschen, die als Kinder gewaltvoll erzogen wurden oder aber mit großen sozialen Leistungsanforderungen konfrontiert waren, bilden später eher ein autoritäres Syndrom aus. Doch auch Erfahrungen im Erwachsenenalter spielen eine Rolle; hier lässt sich die Wirkung von anerkennenden und damit demokratischen sozialen Verhältnissen nachzeichnen: Menschen vom demokratischen Typus – also die Konservativen und die Performer – erleben sich meist als Bürgerinnen und Bürger anerkannt, die anderen meistens nicht.

Obwohl die eigene wirtschaftliche Lage auch von Menschen mit autoritären Syndromen oft als gut eingeschätzt wird, zeigt sich doch, dass die beiden demokratischen Typen zu einer Bildungsoberschicht gehören, die auch in besseren beruflichen Positionen verankert ist. Mit Ausnahme der neu-rechten Funktionselite finden sich unter den autoritären Typen vor allem Menschen mit geringer Bildung und subalternen beruflichen Positionen. Dieser Befund deckt sich mit denen anderer Studien, die zu dem Ergebnis kamen, dass sich ein resigniert-autoritäres soziales Milieu (Vester, 2003) eher in vormaligen Arbeiterschichten findet (Scheuregger, 2007) bzw. bei Modernisierungsverlierern (Rippl & Seipel, 2018). Letztere sind nicht in erster Linie ökonomisch betroffen, sondern eher vom Ver-

lust der Sicherheit und der Respektabilität ihrer Schicht. Deshalb kann zu Recht davon ausgegangen werden, dass ein *cultural backlash* die autoritären Syndrome befeuert, also die Sehnsucht nach sicheren Zeiten, in denen scheinbar traditionelle Werte und Normen Orientierung gaben. Dass diese Flucht ins Autoritäre gleichzeitig mit dem Verlust von Gleichberechtigung und Emanzipation einhergeht, von denen alle Menschen profitieren, gerät mit der Stärke des Wunsches nach autoritärer Unterwerfung in Vergessenheit.

Was die »Startbedingungen« der neu-rechten Funktionseliten von den beiden demokratischen Milieus unterscheidet, ist vor allem die starke Präsenz von Leistungsnormen in der kindlichen Erziehung. Diese haben sie nicht nur mit den anderen autoritären Syndromen gemeinsam, verwandte Dynamiken zeigen sich auch bei den Ambivalenten und den Entgrenzten. Diese gehören zu einer Schicht junger und gut ausgebildeter Menschen, die es zwar in respektable berufliche Positionen geschafft haben, aber dennoch große Anerkennungsdefizite aufweisen: ökonomisch, im Arbeitsleben und als Bürgerin oder Bürger. In ihrer Erziehung haben sie die Leistungsorientierung verinnerlicht und obwohl sie diese Norm heute nicht mehr uneingeschränkt akzeptieren, deutet ihre Bildung und berufliche Situation darauf hin, dass sie diese doch erfüllen. Trotzdem, und obwohl die Entgrenzten hohen Wert auf Selbstbestimmung legen, haben sie nicht das Gefühl, ihr Leben in der Hand zu haben. Die Verschwörungsmentalität und große Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland sind die Folge. Selbst eine autoritäre Diktatur scheint unter diesen Bedingungen vielen von ihnen interessant, sorgt sie doch für übersichtliche Verhältnisse. Das entspricht auch dem Befund einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung: Demnach neigt zum autoritären Populismus, wer die Folgen der Globalisierung (Digitalisierung, mangelnde Kontrolle über das Leben) besonders empfindet (Hilmer et al., 2017, S. 48).

Möglicherweise wirken sich die Globalisierungs- und Digitalisierungseffekte auf die Bindekraft der bisher in der bundesdeutschen Bevölkerung akzeptierten, abstrakten Autorität, der nationalen Wirtschaft aus. Wer die wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzt, wünscht sich häufiger eine starke Autorität. In den Syndromen ist dieses Bild natürlich differenzierter, aber auch hier zeigen sich ähnliche Einflüsse bei den Autoritären. Wir wissen, dass die Identifikation mit der starken deutschen Wirtschaft als sekundärer Autoritarismus von fast allen Deutschen gesucht wird (Decker,

2015), aber es bleibt scheinbar doch ein »halbierter Autoritarismus«, wie Wolfgang Menz und Sarah Nies, feststellten: Wird die Autorität der Ökonomie auch nicht infrage gestellt, bietet sie offensichtlich auch eine Steigerung des Selbstwerts für jene, die sich mit ihr identifizieren, bleibt sie doch jene Prothesensicherheit schuldig, die man sich von einer autoritären Herrschaft erhofft (Menz & Nies, in Druck). Das Ausbleiben der Gratifikation für die eigene Unterwerfung setzt die autoritäre Aggression gegen jene frei, die anders oder abweichend scheinen oder nicht die Spuren der Unterwerfung tragen. Und es steigert das Bedürfnis nach Fluchten in die autoritäre Sicherheit. Wer diesen Menschen autoritäre Angebote macht, verführt sie nicht, sondern befriedigt ein Bedürfnis.

Literatur

- Adorno, T. W. (1950). Types and Syndroms. In T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. J. Levinson & R. N. Sandford (Hrsg.), *The Authoritarian Personality* (S. 744–783). New York: Harper.
- Adorno, T. W. (1953). Individuum und Organisation. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 8* (S. 440–456). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W. (1955). Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 8* (S. 42–85). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Beckmann, D., Brähler, E. & Richter, H.-E. (2012). *GT-II Der Gießen-Test II*. Bern: Huber.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). *Die Kurzsкала Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen, GESIS Working Papers 35*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Blühdorn, I. (2013). *Simulative Demokratie. Neue Demokratie nach der postdemokratischen Wende*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Boer, D. (2014). SVS-G. Short Schwartz's Value Survey – German. In C. Kemper, M. Zenger & E. Brähler (Hrsg.), *Psychologische und sozialwissenschaftliche Kurzsкаlen* (S. 299–302). Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Bohleber, W. (1992). Nationalismus, Fremdenhaß und Antisemitismus. Psychoanalytische Überlegungen. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, 46, 689–709.
- Brede, K. (1995). »Neuer« Autoritarismus und Rechtsextremismus. Eine zeitdiagnostische Mutmaßung. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, 49, 1019–1042.
- Buchstein, H. & Jörke, D. (2003). Das Unbehagen an der Demokratietheorie. *Leviathan*, 31, 470–495.
- Busch, H.-J. (2007). Demokratische Persönlichkeit. Eine Annäherung aus der Perspektive politischer Psychologie. In D. Lange & G. Himmelmann (Hrsg.), *Demokratiebewusstsein Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung* (S. 41–55). Wiesbaden: VS.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Decker, O. (2010). Das Veralten des Autoritären Charakters. In O. Decker, M. Weissmann, J. Kiess

- & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010* (S. 29–41). Springe: zu Klampen (2012).
- Decker, O. (2015). Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 21–34). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. (2018). Einleitung. In ders. (Hrsg.), *Sozialpsychologie und Sozialtheorie Bd. 1* (S. 1–12). Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Türcke, C. (2018). Aufmerksamkeitsdefizit – Authoritarian Personality 2.0? In E. Augello von Zadow, J. Lohl, M.-S. Löhlein & P. Schweder (Hrsg.), *Widerstand und Fürsorge. Beiträge zum Thema Psychoanalyse und Gesellschaft* (S. 209–313). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ebrecht, A. (2010). Charakter, Persönlichkeit und soziale Beziehungen. In U. Bahrke (Hrsg.), *»Denk' ich an Deutschland ...«. Sozialpsychologische Reflexionen* (S. 54–77). Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Fahrenberg, J. & Steiner, J. M. (2004). Adorno und der Autoritäre Charakter. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 56, 127–152.
- Friedrichs, H. & Sander, U. (2010). Peers und Medien – die Bedeutung von Medien für den Kommunikations- und Sozialisationsprozess im Kontext von Peerbeziehungen. In M. Harring, O. Böhm-Kasper, C. Rohlf & C. Palentien (Hrsg.), *Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen* (S. 284–307). Wiesbaden: VS.
- Fritsche, I., Moya, M., Bukowski, M., Jugert, P., Lemus, S. D., Decker, O., Valor-Segura, I. & Navarro-Carrillo, G. (2017). The Great Recession and Group-Based Control. Converting Personal Helplessness into Social Class In-Group Trust and Collective Action. *Journal of Social Issues*, 73, 117–137.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In E. Fromm (Hrsg.), *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Graumann, C. F. & Moscovici, S. (1987). *Conspiracy. History and social psychology – A synopsis. Changing Conceptions of Conspiracy* (S. 245–251). Berlin: Springer.
- Greenberg, J., Pyszczynski, T. & Solomon, S. (1986). The causes and consequences of the need for self-esteem. A terror management theory. In R. F. Baumeister (Hrsg.), *Public Self and Private Self* (S. 189–212). New York: Springer.
- Habermas, J. (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Fischer (1979).
- Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R. & Gagné, J. (2017). Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. *Working Paper Forschungsförderung der Hans Böckler Stiftung*, Nr. 044, August 2017.
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hopf, C. & Hopf, W. (1997). *Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation*. Weinheim: Juventa.

- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- Kovaleva, A., Beierlein, C., Kemper, C. J. & Rammstedt, B. (2014). IE4 - Skala Internale-Externale-Kontrollüberzeugung-4. In C. J. Kemper, M. Zenger & E. Brähler (Hrsg.), *Psychologische und sozialwissenschaftliche Kurzskalen. Standardisierte Erhebungsinstrumente für Wissenschaft und Praxis* (S. 152–155). Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Marcuse, H. (1963). Das Veralten der Psychoanalyse. In ders. (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft 2* (S. 85–106). Frankfurt am Main: Suhrkamp (1970).
- Menz, W. & Nies, S. (in Druck). Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In C. Book, N. Huke, S. Klauke & O. Tietje (Hrsg.), *Alltägliche Grenzziehungen. Externalisierung – imperiale Lebensweise – exklusive Solidarität*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Oesterreich, D. (1998). Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale. *Zeitschrift für Soziologie*, 29, 5–64.
- Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–92). Opladen: Leske+Budrich.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 237–254.
- Saar, M. (2013). *Die Immanenz der Macht. Politische Theorie nach Spinoza*. Berlin: Suhrkamp.
- Scheuregger, D. & Spier, T. (2007). Working-Class Authoritarianism und die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Eine empirische Untersuchung für fünf westeuropäische Staaten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59, 59–80.
- Schumacher, J., Eisemann, M. & Brähler, E. (2000). *FEE. Fragebogen zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten*. Göttingen: Hogrefe.
- Schumann, S. (2002). Prägen Persönlichkeitseigenschaften Einstellungen zu Parteien? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54, 64–84.
- Schumann, S. (Hrsg.) (2005). *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS.
- Seipel, C. & Rippl, S. (1999). Jugend und Autorität. Ist die Theorie der »autoritären Persönlichkeit« heute noch ein tragfähiges Erklärungsmodell? *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 19, 188–202.
- Sibley, C. G. & Duckitt, J. (2008). Personality and Prejudice. A Meta-Analysis and Theoretical Review. *Personality and Social Psychology Review*, 12, 248–279.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1979). An Integrative Theory of Intergroup Conflicts. In G. W. Austin & S. Worchel (Hrsg.), *The Social Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24). Monterey: Books/Cole.
- Türcke, C. (2002). *Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation*. München: Beck.
- Vester, M. (2003). Autoritarismus und Klassenzugehörigkeit. In A. Demirovic (Hrsg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der kritischen Theorie* (S. 195–224). Stuttgart: Metzler.
- Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmitt, P. & Heitmeyer, W. (2008). The Syndrome of Group-Focused Enmity. The Interrelation of Prejudices Tested with Multiple Cross-Sectional and Panel Data. *Journal of Social Issues*, 64, 363–383.

4. Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit

Oliver Decker, Alexander Yendell & Elmar Brähler

Einführung¹

Die rechtsextremen Einstellungen sind weit verbreitet, ihre Ursachen aber umstritten. Als Erklärung wird oft die Sorge der Menschen um ihren materiellen Status herangezogen: Wem es ökonomisch schlecht geht oder wer den Abstieg befürchtet, so die Vermutung, neige eher extrem-rechten Parolen und Forderungen zu. Auf den ersten Blick hatte diese These immer schon den Zusammenhang von ökonomischen und demokratischen Krisen als offensichtlichen Nachweis auf ihrer Seite. Kaum stiegen die Arbeitslosenzahlen zum Ende der Weimarer Republik, liefen der NSDAP die Wählerinnen und Wähler in Scharen zu. Doch dass es das ökonomische Schicksal des Einzelnen war, das ihn für die faschistische Bewegung mobilisierte, ließ sich empirisch nicht bestätigen. Das gilt auch für die letzte Mobilisierung einer in Teilen extrem-rechten Partei, der AfD (vgl. auch Kap. 1 in diesem Band; Falter et al., 1983; Lengfeld, 2017; Schröder, 2018). An Attraktivität hat diese Erklärung dennoch bis heute nicht verloren. Dass rechtsextrem Eingestellte ihren individuellen ökonomischen Abstieg befürchteten, ist kaum zu erkennen (Rippl & Seipel, 2018). In den letzten Jahren gab es jedoch deutliche Hinweise dafür, dass die subjektive Wahrnehmung einer nationalen ökonomischen Krise extrem-rechte Einstellungen befeuert (Rippl & Baier, 2005; Decker et al., 2013).

1 An dieser Stelle wird die ausführliche theoretische Darstellung des ersten Kapitels kurz- und knapp nachgezeichnet.

Dass der ökonomische Abstieg des Einzelnen (oder seine Angst davor) als Ursache für die extrem-rechte Radikalisierung angenommen wird, hat sicherlich auch einen pragmatischen Grund: In der sozialdemokratischen, sozial-liberalen und linken Politik ist die soziale Frage ein Kernbestand. Es wäre zu schön, könnte man mit dem größten Pfeil, den man im Köcher hat, der Herausforderung an die Demokratie begegnen. Allerdings sollte zu denken geben, warum die Antwort auf ökonomische Ungleichheit ausgerechnet die Abwertung anderer sein sollte, zumal auch noch derer, denen es schlechter geht oder deren Position in der Gesellschaft als noch schwächer wahrgenommen wird. Für die Lösung dieses Problems wäre doch die Solidarisierung mit den anderen Schwachen der Gesellschaft aussichtsreicher und vor allem das gemeinsame Eintreten für eine gerechtere Verteilung.

In der sozialpsychologischen und soziologischen Forschung hat sich mit dem Autoritarismus eine andere Erklärung für die Entwicklung der rechtsextremen Einstellungen bewährt (Fuchs, 2003; Asbrock et al., 2012): Die autoritäre Orientierung entscheidet über die Krisenwahrnehmung (Cohrs & Ibler, 2009) und die Konflikte bei Kontakten mit Menschen, die als Angehörige anderer Gruppen wahrgenommen werden (Asbrock et al., 2010). Wer bereit ist, andere abzuwerten (autoritäre Aggression), sich selbst einer Autorität zu unterwerfen (autoritäre Unterwerfung) und zudem starre Regeln betont (Konventionalismus), der neigt auch den Parolen der extremen Rechten zu.

Während in der Forschung der Autoritarismus als Einflussfaktor unstrittig ist, gilt dieser Konsens nicht für seine Entstehung. Autoritarismus heißt ja, dass das Individuum einer autoritären Herrschaft unterworfen ist und dass es diese Herrschaft bejaht. Diese Bereitschaft, sich einer Autorität zu unterwerfen, war von vornherein ein zentraler Bestandteil des Konzepts vom Autoritären Charakter. Als die Theorie des Autoritarismus Anfang der 1930er-Jahre entwickelt wurde (Fromm, 1936), lag der Fokus allerdings noch auf der familialen Sozialisation. Je autoritärer das Klima im Elternhaus, desto wahrscheinlicher die Ausprägung eines autoritären Charakters beim Kind. Zwar wird die große Bedeutung der frühen Erfahrungen auch heute noch betont, unabhängig von der theoretischen Perspektive (Oesterreich, 2000), aber wie sie wirkt, bleibt offen. Werden die gesellschaftlichen Normen im Elternhaus wirklich noch durch autoritäre Unterwerfung vermittelt? Und wie wirkt die lebenslange

Vergesellschaftung? Schon Erich Fromm, der für das Konzept des Autoritären Charakters die sozialpsychologische Grundlage schuf, hat auf den Umstand hingewiesen, dass zwar in der Kindheit der autoritäre Charakter angelegt wird, es aber einer autoritären Gesellschaft bedarf, um ihn auch im Erwachsenenalter aufrecht zu erhalten (Fromm, 1936, S. 147). Heute aber verzichten Sozialpsychologie und Soziologie in der Regel auf die psychoanalytische Entwicklungspsychologie und geben damit auch die Rekonstruktion der Entstehung der autoritären Dynamik auf. Und einiges spricht ja auch dafür, dass die Wirkung der Erziehung neu bestimmt werden muss, denn in dem Maße, in dem das Elternhaus durch Medien, die Stärkung der Kinderrechte und die Ausweitung pädagogischer Institutionen durchlässiger geworden ist, werden gesellschaftliche Regeln immer weniger von Mutter oder Vater vermittelt. Und in diesem Maße muss sich auch die Persönlichkeitsstruktur verändern, mit der die Herangewachsenen die Familie verlassen.

Der Sozialphilosoph Helmut Dubiel bezeichnete den Sozialcharakter, den er in den 1980er-Jahren im »entfalteten Kapitalismus« der Thatcher-Jahre beobachtete, als »außengeleitet« (Dubiel, 1986, S. 264). Er stand für ihn im Kontrast zum »innengeleiteten Charakter« des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit übernahm das Individuum die sozialen Regeln durch die Identifikation mit den elterlichen Autoritären, es wurden die Normen und Rollenerwartungen verinnerlicht und zu einem festen Bestandteil der Persönlichkeit. Das Resultat war beim Erwachsenen, so Dubiel weiter, Ich-Autonomie, soziale Distanzierung und instrumentelle Arbeitsorientierung. Demgegenüber steht der außengeleitete Charakter unter einem Konformitätsdruck, der sich über permanente Außenlenkung, heute würde man sagen durch Anrufung, durch die dauerpräsenten Medien und durch gesellschaftliche Institutionen vermittelt (Dubiel, 1986, S. 264f.). Die Einflussgrößen auf den außengeleiteten Charakter haben sich innerhalb der letzten Jahre zu prominenten sozialwissenschaftlichen Forschungsthemen entwickelt, etwa mit den Gouvernamentalitätsstudien (Bröckling et al., 2000) oder der Kritik der Sensations- und Aufmerksamkeitsdedifizit-Kultur (Fürcke, 2011). In diesem Beitrag sind die gesellschaftlichen Institutionen Gegenstand der empirischen Untersuchung: Tragen sie zur autoritären Dynamik bei? Und lässt sich das Verhältnis dieser Institutionen zur familiären Wirklichkeit bestimmen?

Nun ist Organisation – ob als Institution oder als Vorgang – aus der Gesellschaft nicht wegzudenken. Das gilt nicht nur für die Moderne. Organisation ist die Voraussetzung für menschliches Zusammenleben. Aber unter welchen Bedingungen ist Verwaltung und Bürokratie wirklich jener »legale« und »rationale« Herrschaftstyp, wie der Soziologie Max Weber diese Organisation der Gesellschaft bezeichnete? Die Verpflichtung der Bürokratie auf Regelgebundenheit, die Trennung von Amt und Person, die Unpersönlichkeit der Entscheidungen und die Rationalität sind ja immerhin zivilisatorische Errungenschaften moderner Staatlichkeit. Sie stärken die Position des Einzelnen im gesellschaftlichen Gefüge, weil sie die Transparenz und Überprüfbarkeit der staatlichen Entscheidungen vorsehen. Jeder und jede unterliegt demselben Gesetz, selbst diejenigen, die es anwenden (Weber, 1922). Gewiss ist diese Überprüfbarkeit nicht in jedem Fall einzulösen und so transparent sind die Verwaltungsvorgänge nicht. Und immer schon hatte die Administration einen Doppelcharakter. Denn selbst wenn das Ideal der legalen Herrschaft erreicht werden würde, bleibt sie Herrschaft. Diese »organisatorische Gewaltsamkeit« prägt das »Erschrecken der verwalteten Welt« (Adorno, 1953, S. 442). Aber es vollzieht sich in den letzten Jahren dennoch eine entscheidende Entwicklung, deren Wirkung als autoritäre Vergesellschaftung zu verstehen ist. Verschärft wird diese Entwicklung durch den Expansionsdrang, welcher der Verwaltung eigen zu sein scheint – »Die immanente Logik des ökonomischen Prozesses ist die Tendenz zur absoluten Verwaltung« (Horkheimer, 1936/1937, S. 42) –, aber auch durch die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen aus den Parlamenten in die Administration und Exekutive. Letztere hat mit der vernünftigen Organisation der Gesellschaft nichts zu tun, viel aber mit ökonomischen Interessen. Schon in den 1930er-Jahren, im US-amerikanischen Exil, formulierte Max Horkheimer:

Der Widerspruch zwischen dem Bewußtsein der Freiheit und faktischer Abhängigkeit von den verschiedensten gesellschaftlichen Mächten kommt auch in der widerspruchsvollen Persönlichkeit des modernen Menschen zum Ausdruck. Aus der Unsicherheit seiner Existenz folgt schließlich das psychische Bedürfnis nach Unterordnung und Geborgensein in einer Macht, mit der er sich identifizieren kann. (Horkheimer, 1936/1937, S. 64)

Das ist erkennbar weniger eine Aussage über den faschistischen Staat, dem Horkheimer gerade entkommen war, sondern vielmehr über moderne Ge-

sellschaften, denn sie sind Gesellschaften der Organisation. Diese permanente Ausdehnung der Administration geht in der Gegenwart nicht zufällig einher mit dem zunehmenden Rückbau der individuellen Schutzrechte in der verwalteten Welt. Um der »organisatorische Gewaltsamkeit« (Nadai, 2006) einen konkreten Inhalt zu geben, sollte man sich die Wirkung der liberalisierten Arbeitsverhältnisse vor Augen führen oder die Arbeitsmarktreformen und »Hartz IV«, mit denen Menschen entrechtet wurden, die Solidarität in Anspruch nehmen (müssen). Wer arbeitslos wird, verliert seine Schutzrechte gegenüber der Verwaltung, wird nicht etwa exkludiert, sondern vollständig von ihr erfasst (Decker et al., 2009; Weißmann, 2016). Aber auch die Verschärfung der Polizeigesetzgebung der Länder und der Abbau von Bürgerrechten illustrieren diese Verschiebung. Eine solche Verwaltungsdynamik kann als »autoritäre Staatlichkeit« bezeichnet werden, auch wenn der Wortschöpfer, der Staatstheoretiker Nicos Poulantzas, nicht ganz dasselbe im Sinn hatte (Poulantzas, 1977). Der Sozialpsychologe Helmut Dahmer fasst es so: »Den ungreifbaren, abstrakten Verhältnissen gegenüber, in die sie eingespannt sind, sind die allseits »Verunsicherten« machtlos, und ihr Ohnmachtsgefühl verkehrt sich in Wut« (Dahmer, in Druck).

Das widerspricht nicht nur der Vorstellung von einer freien Gesellschaft, sondern überhaupt den Idealen moderner Gesellschaften. Der Soziologe Thomas H. Marshall zeichnet die Entstehung der Bürgerrechte nach, ein Prozess, der eng mit der Entwicklung moderner Gesellschaften verbunden war. Er geht davon aus, dass sich zunächst das zivile Staatsbürgerrecht entwickelte, dem das politische und das soziale folgten (Marshall, 1950). Demnach wurden im 18. Jahrhundert die bürgerlichen Rechte und im 19. die politischen Rechte durchgesetzt, während der Aufbau des sozialen Staatsbürgerrechts ins 20. Jahrhundert fiel. Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung (im bürgerliches Recht) war nämlich noch nicht das politische Recht verbunden, zu wählen oder ein politisches Mandat zu übernehmen; so wenig im Übrigen, wie das Staatsbürgerrecht mit sozialer Absicherung verbunden war, auch wenn sie aus heutiger Sicht die Teilhabe an der Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht. Nicht zuletzt verbinde sich dann für Marshall im 20. Jahrhundert die Durchsetzung der Staatsbürgerrechte in den Betrieben zu einer »industrial citizenship« (Brinkmann & Nachtwey, 2017). Damit wurden die Staatsbürgerrechte auf den Bereich der Wirtschaft ausgedehnt, und mit der Gewerkschaftsbewegung etablierte sich parallel zum politischen ein wirtschaftliches Staatsbürgerrecht

(Marshall, 1950, S. 63f.). Die grundsätzliche Demokratisierung der Betriebe wurde durch die Möglichkeit gesichert, die Interessensvertretung zu wählen und als Betriebsbürger jene zivilen und politischen Rechte zugestanden zu bekommen, die vor dem Fabriktor und vor der Bürotür für die Gesellschaft schon verbrieft waren. Diese Entwicklung konnte sich jedoch nur unter politischem Druck vollziehen, es sind Erfolge, die durch eine Arbeiterbewegung erkämpft werden mussten. Umgesetzt verband sich mit diesen Errungenschaften die formale Anerkennung als Subjekt in den wesentlichen Lebensbereichen des Alltags. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde damit die grundsätzliche Fähigkeit und Berechtigung zugesprochen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und sozial wie politisch Schutz- und Teilhaberechte zu genießen. Dies verschaffte der bürgerlichen Gesellschaft Legitimation und somit Integrationskraft. Zwar wurden die gesellschaftlichen Verhältnisse der Klassengesellschaft mit mehreren Etagen nicht grundsätzlich berührt, aber in das Fundament des sozialen Gebäudes wurden zivilisatorische Standards eingezogen. Durch die grundsätzlichen Rechte, ihre Universalität und Durchsetzbarkeit wurde jedes Gesellschaftsmitglied als würdig und fähig anerkannt, gleichberechtigt an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen. Zugleich garantierten sie einen Mindeststandard des Lebens.

Wie wir in Kapitel 2 gezeigt haben, werden individuelle Freiheitsrechte heute von nahezu jedem Bürger und jeder Bürgerin als ein wichtiges Gut angesehen. Die Bereitschaft, die Freiheitsrechte anderer einzuschränken, ist leider fast ebenso groß. Sie ist bereits ein Teil der hier untersuchten antidemokratischen Dynamik. Freiheitsrechte sind keinesfalls abstrakt: Sie wirken schon mit ihrer Erklärung, selbst ohne dass sie aktiv wahrgenommen werden. Wenn sie entzogen werden, wird dieser Vorgang schmerzlich erfahren. Und zwar nicht zuletzt an dem Ort, an dem sich der Staat materialisiert: in seinen Behörden und der Verwaltung. Hier machen Menschen entweder die Erfahrung der Mündigkeit und Integrität als Staatsbürger oder die der Demütigung in »autoritären Institutionen«. So bezog sich der israelische Sozialphilosoph Avishai Margalit auf Marshalls Geschichte der Staatsbürgerrechte, als er schrieb, »[...] eine anständige Gesellschaft [verletzt] die bürgerliche Ehre ihrer Mitglieder nicht. [...] [E]s darf keine Bürger zweiter Klasse geben. [...] Die erste Form der Diskriminierung liegt dann vor, wenn bestimmte Rechte einigen Bürgern verweigert oder ungleich angewandt werden« (Margalit, 1996, S. 154).

Das Kräfteverhältnis zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen, also zwischen Gesellschaft und Individuum, hat sich in den letzten Jahren zuungunsten des Einzelnen verschoben. Zugleich zeichnet sich ab, dass sich die Vermittlung der Herrschaft immer weniger in der Familie vollzieht, möglicherweise ist sie dafür nicht einmal mehr die wichtigste Instanz. Deshalb soll der Fokus in dieser Untersuchung auf die lebenslange Vermittlung von Herrschaft gelegt werden; außerdem wollen wir die Residuen der Freiheit neu bestimmen. Um das Verhältnis der autoritären und der demokratischen Vergesellschaftung zueinander bestimmen zu können, greifen wir auf die Sphären der Anerkennung des Sozialphilosophen Axel Honneth zurück (Honneth, 1992; vgl. hierzu auch die Diskussion in Kap. 1). Mit dieser Adaption ist die Idee verbunden, dass sich die Erfahrung der Anerkennung als Erfahrung einer demokratischen Gesellschaft einsetzen lässt. Anerkennung kann in diesem Sinne als komplementärer Begriff zur autoritären Dynamik verstanden werden.

Für die Erfahrung von Anerkennung und, umgekehrt, von autoritärer Sozialisation greifen wir auf die drei Sphären der Anerkennung des Frankfurter Sozialphilosophen Axel Honneth zurück: Liebe, Recht und Arbeit/Solidarität (Honneth, 1992). Als Kernhypothese nehmen wir negative Anerkennungsbilanzen und Autoritarismus im Hintergrund von rechtsextremen Einstellungen an. Die drei Sphären der Anerkennung lassen sich für die empirische Sozialforschung übersetzen als

- Liebe: Anerkennung als *Person*,
- Recht: Anerkennung als *Bürgerin oder Bürger*,
- Arbeit/Solidarität: Anerkennung als *tätiger Mensch*.

Vor dem Hintergrund der genannten theoretischen Grundannahmen ergeben sich zwei Forschungsfragen, die in den folgenden Abschnitten beantwortet werden sollen.

1. Welche Formen der Anerkennung lassen sich aktuell erkennen und wie stehen sie in Zusammenhang mit zwei zentralen sozialstrukturellen Merkmalen (Bildung und Einkommen)?
2. Wie hängen die Sphären der Anerkennung mit dem Autoritarismus, dem Rechtsextremismus und der Verschwörungsmentalität zusammen?

Ergebnisse

Für die *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* haben wir neun Aussagen entwickelt, mit denen wir die erfahrene bzw. wahrgenommene Anerkennung erfassen (Tab. 1). Die Befragten wurden gebeten, sich zu diesen Aussagen zu positionieren. Tabelle 1 zeigt eine Faktorenanalyse, aus der drei extrahierte Faktoren deutlich werden. Faktor 1 bezeichnet die Anerkennung als Person. Zu ihm gehören die Aussagen: »Ich habe einen sehr vertrauten Menschen, mit dessen Hilfe ich immer rechnen kann«; »Wenn ich krank bin, kann ich ohne Zögern befreundete Menschen bitten, wichtige Dinge für mich zu erledigen« und »Wenn ich einmal sehr bedrückt bin, weiß ich, zu wem ich damit ohne Weiteres gehen kann«. Faktor 2, die Anerkennung als Bürger, umfasst die drei Aussagen: »Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert«, »Manchmal fühle ich mich wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt« und »Manchmal habe ich den Eindruck, meine Rechte bestehen nur auf dem Papier«. Faktor 3, die Anerkennung als tätiger Mensch, setzt sich aus den Aussagen zusammen: »Meine Tätigkeit wird von meinen Kollegen oder Mitmenschen wertgeschätzt«, »Ich habe das Gefühl, einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten« sowie »Ich gebe viel, bekomme aber von anderen Menschen auch viel zurück«. Aus den Zustimmungswerten zu den einzelnen Aussagen (Tab. 1, in Klammern) wird ersichtlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung Anerkennung als Person und in ihrer Tätigkeit erfährt, während sich etwa ein Drittel nicht als Bürgerin oder Bürger anerkannt fühlt.

Die Frage ist nun, wer viel und wer wenig Anerkennung erfährt. Außerdem soll geklärt werden, wie sich die drei Formen der Anerkennung über die Sozialstruktur verteilen. Dazu wurde für jeden der drei Faktoren der Mittelwert der drei Aussagen berechnet, woraus sich folgendes Bild ergibt: In Bezug auf das Geschlecht existiert lediglich ein signifikanter Zusammenhang: Frauen fühlen sich im sozialen Umfeld etwas häufiger als Männer anerkannt (M: 4,3 vs. 4,2). Was den Wohnort in West- oder Ostdeutschland betrifft, fällt als signifikanter Unterschied auf, dass sich Ostdeutsche häufiger als Bürger nicht anerkannt fühlen (M: 3,1 vs. 2,9). Diese Differenz findet sich auch im Vergleich der prozentualen Angaben wieder (Tab. 2).

Tabelle 1: Faktoren der Anerkennung

Faktor-Nr.	Aussage	Anerkennung als		
		Person	Bürger/in	tätiger Mensch
Faktor 1	Ich habe einen sehr vertrauten Menschen, mit dessen Hilfe ich immer rechnen kann. (79,8%)	.854		
	Wenn ich krank bin, kann ich ohne Zögern befreundete Menschen bitten, wichtige Dinge für mich zu erledigen. (80,3%)	.869		
	Wenn ich einmal sehr bedrückt bin, weiß ich, zu wem ich damit ohne Weiteres gehen kann. (77,5%)	.854		
Faktor 2	Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert. (35,2%)		.740	
	Manchmal fühle ich mich wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt. (29,2%)		.894	
	Manchmal habe ich den Eindruck, meine Rechte bestehen nur auf dem Papier. (35,0%)		.851	
Faktor 3	Meine Tätigkeit wird von meinen Kollegen oder Mitmenschen wertgeschätzt. (64,2%)			.796
	Ich habe das Gefühl, einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. (47,6%)			.822
	Ich gebe viel, bekomme aber von anderen Menschen auch viel zurück. (55,0%)			.743

Faktorenanalyse: Hauptachsenanalyse (Oblimin); Cronbachs Alpha für Gesamtskala: .813, für Anerkennung als Person: .894; für Anerkennung als Bürger/in: .867, für Anerkennung als tätiger Mensch: .828. Die Prozentangaben hinter den Aussagen beziehen sich auf die Zustimmungskategorien »trifft etwas zu« bzw. »trifft voll und ganz zu«

Tabelle 2: Anerkennung als Bürger/in: Anerkennungsdefizite nach Ost und West (in %)

	Ost	West
fühle mich als Mensch zweiter Klasse	33,6	28,2
meine Rechte bestehen nur auf dem Papier	40,0	33,6
im Umgang mit Behörden ausgeliefert	37,8	34,7

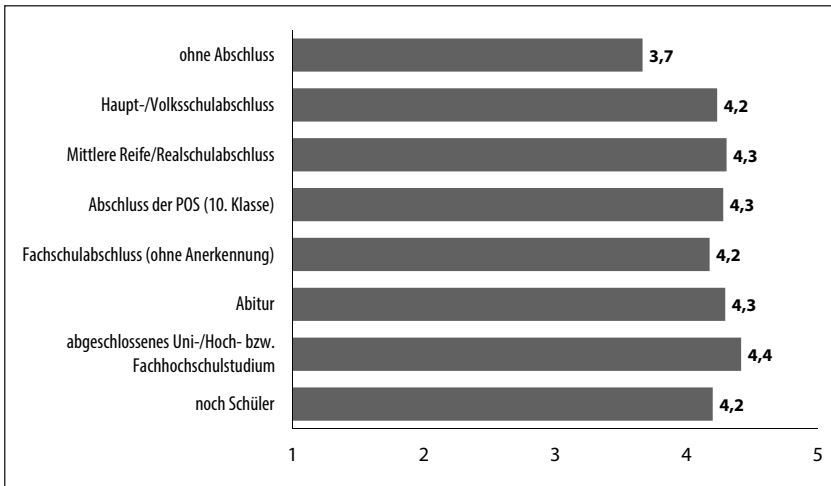
Der Zusammenhang zwischen den Formen der Anerkennung und dem Alter ist entweder nicht signifikant oder unwesentlich (Korrelation Pearsons $r = -0,057$, $p < 0,01$). Ältere Menschen fühlen sich geringfügig seltener in ihrer Tätigkeit anerkannt als Jüngere.

Nicht überraschend, aber dennoch interessant sind die Zusammenhänge zwischen Bildung und Anerkennung. Bildung ist eine zentrale Ressource, die in der »postindustriellen« Gesellschaft enorm an Bedeutung gewonnen hat (Hradil, 2001, S. 148f.). Deswegen führt ihre ungleiche Verteilung geradezu zwangsläufig zu Problemen, die sich möglicherweise auch auf die erfahrene Anerkennung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auswirken. Abbildung 1 zeigt, dass diejenigen mehr Anerkennung als Person erfahren, die über ein hohes Bildungsniveau verfügen. Wer nur ein niedriges Bildungsniveau erreicht hat, erfährt weniger Anerkennung, was allerdings bei denen, die gar keinen Abschluss haben, erst richtig deutlich wird.

Noch klarer ist der Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Anerkennung als Bürgerin oder Bürger (Abb. 2).² Die Gruppe derjenigen mit Hauptschulabschluss bzw. Volksschulabschluss weist einen deutlich niedrigeren Mittelwert auf als die Gruppe mit höheren Abschlüssen. Diese Diskrepanzen dürften sich künftig noch verschärfen, wenn der Bildungsabschluss zu einer noch wichtigeren Ressource im Kampf um Arbeitsstellen wird, die nicht automatisiert werden können.

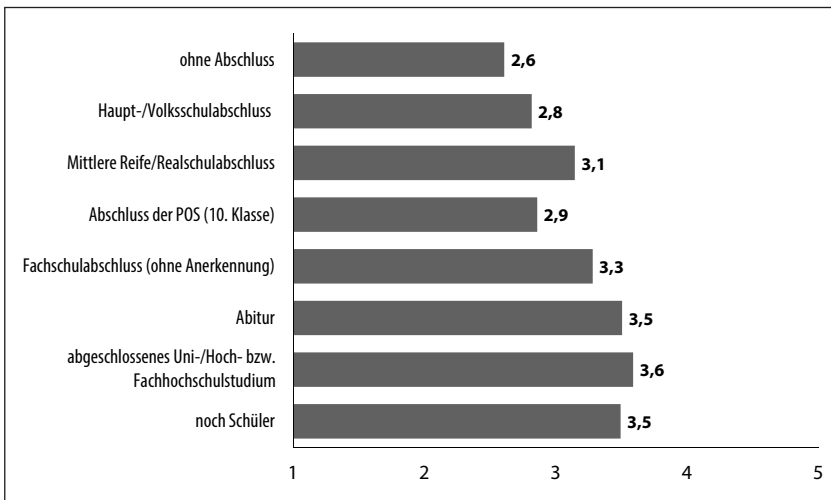
2 Die Dimension »Anerkennung als Bürger/in« wurde wegen der negativen Formulierung so umcodiert, dass die Mittelwerte nun ebenfalls in Richtung Ablehnung steigen. Hohe Werte bedeuten nun also auch hohe Anerkennung, niedrige Werte niedrige Anerkennung.

Abbildung 1: Erfahrene Anerkennung als Person abhängig vom Bildungsabschluss (Mittelwerte: max. Wert = 5, min. Wert = 1)



Einzelaussagen siehe Tabelle 1, Analysis of Variance: $p < .001$

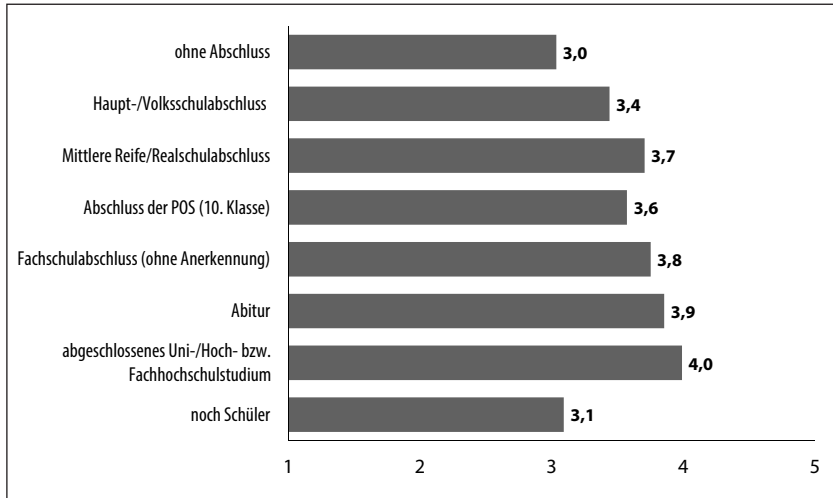
Abbildung 2: Erfahrene Anerkennung als Bürgerin oder Bürger abhängig vom Bildungsabschluss (Mittelwerte: max. Wert = 5, min. Wert = 1)



Einzelaussagen siehe Tabelle 1; Analysis of Variance: $p < .01$

Der bereits bekannte Zusammenhang zeigt sich auch in der Betrachtung der Mittelwerte für die Dimension »Anerkennung als tätiger Mensch«. Hier sind es insbesondere diejenigen mit niedrigem oder (noch) keinem Abschluss, die wenig Anerkennung erfahren.

Abbildung 3: Erfahrene Anerkennung als tätiger Mensch abhängig vom Bildungsgrad (Mittelwerte: max. Wert = 5, min. Wert = 1)



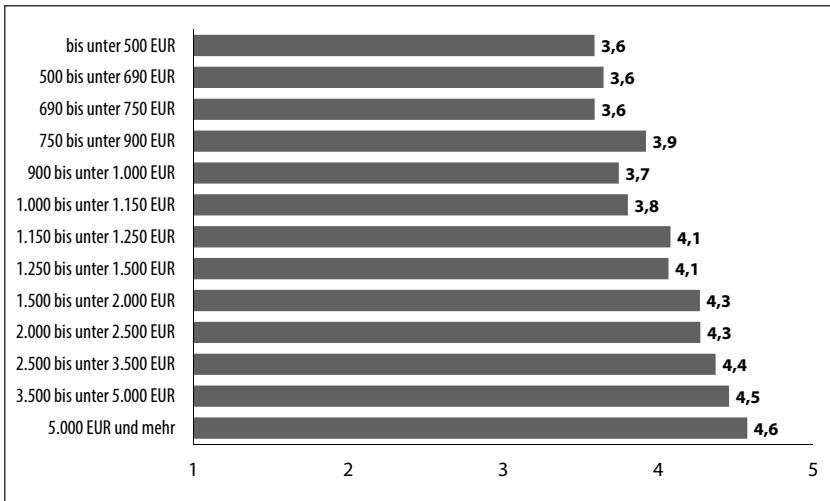
Einzelaussagen siehe Tabelle 1; Analysis of Variance: $p < .01$

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen und den Anerkennungsdimensionen gehen in eine ähnliche Richtung. In der ersten Dimension, »Anerkennung als Person« erfährt mehr Anerkennung, wer mehr verdient.³

Das Einkommen korreliert aber auch positiv mit der Anerkennung als Bürgerin oder Bürger, wie aus Abbildung 5 hervorgeht. Menschen aus einkommensstarken Haushalten wird offenbar die Anerkennung als Bürger seltener verweigert als Geringverdienenden.

3 In den unteren beiden Kategorien nimmt der Mittelwert nicht wie erwartet weiter ab. Dies dürfte daran liegen, dass es sich hier vermehrt um Personen handelt, die vom Einkommen anderer leben, z.B. Ehepartner und -partnerinnen oder die Kernfamilie.

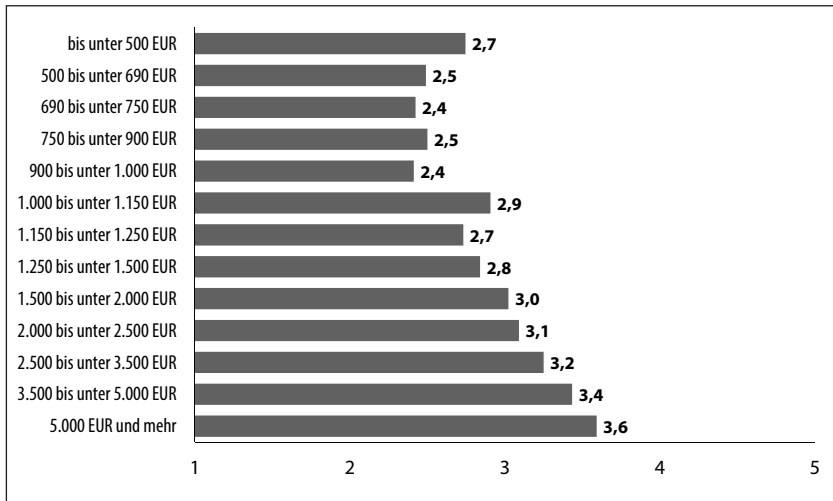
Abbildung 4: Erfahrene Anerkennung als Person abhängig vom Haushaltseinkommen (Mittelwerte: max. Wert = 5, min. Wert = 1)



Einzelaussagen siehe Tabelle 1; Einkommen beruht auf Angabe zur Frage: »In welche Gruppe würden Sie Ihren Haushalt vom gesamten monatlichen Nettoeinkommen her einordnen?«, Analysis of Variance: $p < .01$

Mit den größeren finanziellen Mitteln steigt vermutlich auch die Chance, die eigenen staatsbürgerlichen Interessen zu vertreten, beispielsweise, durch die Einschaltung juristischer Hilfe in der Auseinandersetzung mit Behörden. Ein weiterer Erklärungsfaktor könnte im Habitus der Besserverdienenden liegen, der im Umgang, beispielsweise mit den Behörden, zum Tragen kommt. Darüber hinaus ist die Anerkennung als Bürger für die unteren Erwerbsgruppen aber auch objektiv eingeschränkt worden. So wurden Erwerbslosen etwa im Zuge der »Hartz-IV«-Reformen nachhaltig in ihren staatsbürgerlichen Rechten beschnitten, etwa wenn ihnen im Umgang mit der »Arbeitsagentur« eine Beweislastumkehr bei Verdacht auf Versorgungsgemeinschaft zugemutet wird. Der Aktivierungsstaat vermittelt somit denen, die von ihm erfasst werden, dass sie nicht mehr über die moralische Integrität verfügen, die ihnen eigentlich durch das Staatsbürgerrecht zuerkannt werden (Lessenich, 2006). Das Recht findet sich in der gesellschaftlichen Realität nicht mehr wieder. Es ist anzunehmen, dass in den unteren Einkommensgruppen häufiger Menschen anzutreffen sind, die auf Transferzahlungen angewiesen sind.

Abbildung 5: Erfahrene Anerkennung als Bürger oder Bürgerin nach Einkommensgruppen (Mittelwerte: max. Wert = 5, min. Wert = 1)

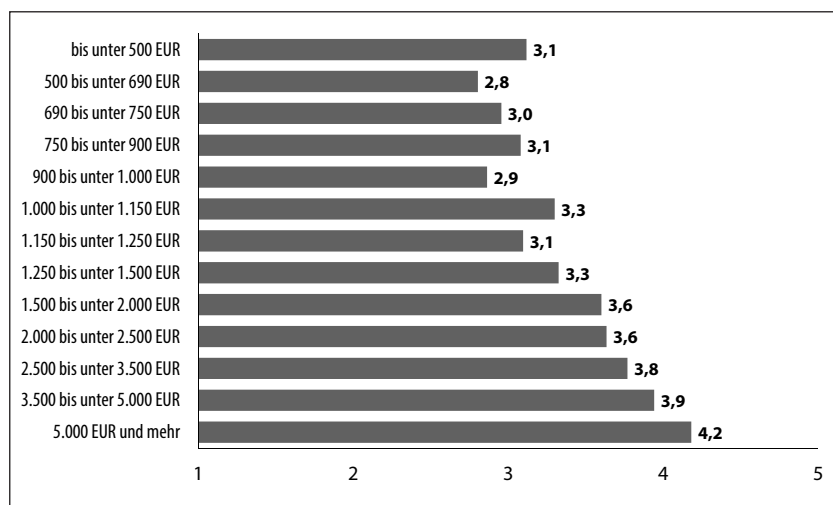


Einzelaussagen siehe Tabelle 1; Einkommen beruht auf Angabe zur Frage: »In welche Gruppe würden Sie Ihren Haushalt vom gesamten monatlichen Nettoeinkommen her einordnen?«, Analysis of Variance: $p < .01$

Ähnlich verhält sich die Korrelation zwischen Einkommen und Anerkennung als tätiger Mensch (Abb. 6): Auch hier lässt sich erkennen, dass sich die unteren Einkommensgruppen tendenziell weniger anerkannt fühlen. Höheres Einkommen bedeutet also höhere Anerkennung, wahrscheinlich auch deshalb, weil die gutbezahlten Tätigkeiten häufig mit einem größeren Maß an Sozialprestige einhergehen als die einfachen, geringer vergüteten Tätigkeiten, die damit auch weniger Anerkennung erfahren. Außerdem ermöglicht ein höheres Haushaltseinkommen mehr gesellschaftliche Teilhabe und soziales Engagement, woran sich wiederum Gelegenheiten zur Erfahrung von Anerkennung knüpfen.

Zusammengefasst sind sowohl Bildung als auch Einkommen wichtige Ressourcen zur Erlangung von Anerkennung. Diese verteilt sich folglich nach dem Matthäus-Prinzip: Wer schon viel Bildung und Einkommen hat, bekommt auch viel Anerkennung. Umgekehrt erfahren Menschen mit niedriger Bildung und geringem Einkommen weniger Anerkennung sowohl im sozialen Umfeld, als Bürger und in ihrer Tätigkeit.

Abbildung 6: Erfahrene Anerkennung als tätiger Mensch abhängig von den Einkommensgruppen (Mittelwerte: max. Wert = 5, min. Wert = 1)



Einzelaussagen siehe Tabelle 1; Einkommen beruht auf Angabe zur Frage: »In welche Gruppe würden Sie Ihren Haushalt vom gesamten monatlichen Nettoeinkommen her einordnen?«, Analysis of Variance: $p < .01$

Anerkennung im Zusammenhang mit Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und Rechtsextremismus

Anerkennung ist, wie wir gezeigt haben, sozial ungleich verteilt. Im Folgenden überprüfen wir den Zusammenhang zwischen den Anerkennungsdimensionen und dem Autoritarismus, der Verschwörungsmentalität und den rechtsextremen Einstellungen. Zusätzlich zu den Dimensionen der Anerkennung gehen wir diesmal auch Hinweisen auf *fehlende* Anerkennung im Elternhaus nach, die wir in Tabelle 3 als »harte Strafen durch die Eltern« zusammenfassen.

Damit folgen wir Axel Honneths These, dass Anerkennung bereits in der kindlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle spielt (Honneth, 1992, S. 161ff.) und beziehen sowohl die aktuellen als auch die vergangenen Anerkennungserfahrungen der Befragten ein. Als Einflussfaktoren berücksichtigen wir ferner die autoritäre Orientierung, den Mittelwert der drei Aussagen des Fragebogens zum Autoritarismus und die Verschwö-

rungsmentalität. Die rechtsextremen Einstellungen werden mit der Summe der Antworten über alle Aussagen des Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen gemessen. Je höher der Wert, desto deutlicher sind die Befragten rechtsextrem eingestellt (vgl. Kap. 2).

Aus Tabelle 3 gehen die gefundenen Zusammenhänge hervor. Hier wird deutlich, dass insbesondere die fehlende Anerkennung als Bürger stark mit der Verschwörungsmentalität und dem Rechtsextremismus korreliert. Aber auch die Anerkennung in der Tätigkeit und harte Strafen durch die Eltern spielen für den Rechtsextremismus eine statistisch signifikante Rolle, allerdings ist der Zusammenhang schwächer. Die anderen Zusammenhänge sind entweder nicht signifikant oder nur schwach ausgeprägt. Überraschend ist, dass die Zusammenhänge mit Autoritarismus schwach bzw. gar nicht signifikant sind.

Tabelle 3: Anerkennung im Zusammenhang mit Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und Rechtsextremismus (Zusammenhangsmaße)

	harte Strafen in der Kindheit	Anerkennung als		
		Person	Bürger/in	tätiger Mensch
Autoritarismus	.046**	n.s.	-.095**	n.s.
Verschwörungsmentalität	.097**	-.087**	-.278**	-.079**
Rechtsextremismus	.149**	-.102**	-.250**	-.118**

Durchschnittswerte für die drei Dimensionen der Anerkennung; Einzelaussagen siehe Tabelle 1; Zusammenhangsmaß Kendalls Tau b, $p < .01$

Welche Faktoren beeinflussen rechtsextreme Einstellungen?

In Tabelle 3 haben wir gesehen, dass die Dimensionen der Anerkennung mit den rechtsextremen Einstellungen korrelieren. Nun wenden wir uns der Frage zu, wie sich die Anerkennung als Einflussfaktor verhält, wenn auch andere Indikatoren berücksichtigt werden, die aus prominenten Theorien zur Erklärung von Rechtsextremismus abgeleitet wurden. Was beeinflusst also Rechtsextremismus? Welchen Effekt haben Anerkennung, Autoritarismus, Verschwörungsmentalität sowie die eingangs diskutierten ökonomischen Deprivationsformen und wie spielen sie zusammen?

Das Regressionsmodell in Tabelle 4 zeigt den Einfluss verschiedener Indikatoren auf die rechtsextremen Einstellungen. Für die lineare Regressionsanalyse wurden folgende Indikatoren herangezogen: die drei Anerkennungsdimensionen, die verweigerte Anerkennung (harte Strafen durch Eltern), der Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, zwei Aussagen zum Vertrauen (»Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen« und »Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen«), die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der BRD zurzeit und in einem Jahr, die eigene wirtschaftliche Lage zurzeit und in einem Jahr sowie Alter, Geschlecht, Häufigkeiten von Arbeitslosigkeit, Einkommen, Abitur (ja/nein) und Wohnort in West- oder Ostdeutschland.

Zunächst fällt auf, dass das Gesamtmodell mit einem korrigierten R^2 von .438 eine für die sozialwissenschaftliche Forschung hohe erklärte Varianz besitzt. Das wichtigste Ergebnis dieser Regressionsanalyse ist, dass der Autoritarismus die rechtsextremen Einstellungen am stärksten beeinflusst (Beta = 0.397, **p). Danach folgt die Verschwörungsmentalität (Beta = .258, **p), die Anerkennung als Bürgerin oder Bürger (Beta = -.126, **p) und die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland heute (Beta = .104, **p). Noch signifikant, aber schwach, sind die Anerkennung als Person und die verweigerte Anerkennung als Kind (harte Strafen durch die Eltern) sowie die Aussage, man könne niemandem vertrauen. Diejenigen, die ihre eigene aktuelle wirtschaftliche Lage als gut einschätzen, sind eher rechtsextrem als andere. Frauen sind es seltener als Männer, und auch die Bildung macht sich als Einflussfaktor bemerkbar: Befragte ohne Abitur sind eher rechtsextrem eingestellt. Auffällig ist, dass der Wohnort keine große Rolle spielt: Ostdeutsche haben nur eine geringfügig höhere Wahrscheinlichkeit, rechtsextrem zu sein, als Westdeutsche.

Blickt man auf die signifikanten Ergebnisse, ist auch bemerkenswert, dass sich eine individuell gute wirtschaftliche Lage zumindest leicht auf die rechtsextremen Einstellungen auswirkt und zwar so, dass sie steigt. In diesen Befund fügt sich ein, dass auch eine erwartete ökonomische Verschlechterung die rechtsextremen Einstellungen steigen lässt. Ausschlaggebend scheint also eher das Bedrohungserleben vor der Zukunft zu sein, als die derzeitige wirtschaftliche Situation der Befragten. An dieser Stelle könnten sich der sekundäre Autoritarismus und die Fragilität von Leistungen als Faktor bemerkbar machen (Menz & Nies, in Druck). Allerdings muss betont werden, dass es sich um sehr schwache Effekte handelt, die

hinter denen der autoritären Orientierung und der Verschwörungsmentalität zurücktreten.

Tabelle 4: Rechtsextremismus-Indikatoren (lineares Regressionsmodell)

Indikator	Regressionskoeffizient	Beta	p
Anerkennung als Person	-1,446	-0,089	**
Anerkennung als Bürger/in	-1,606	-0,126	**
Anerkennung als tätiger Mensch	n.s.		
verweigerte Anerkennung durch die Eltern (harte Strafen)	1,413	0,067	**
Autoritarismus	6,616	0,397	**
Verschwörungsmentalität	2,320	0,258	**
Vertrauen 1: allgemeines Vertrauen	n.s.		
Vertrauen 2: kein Verlass auf Menschen	-0,860	-0,047	**
allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland heute (gut)	1,772	0,104	**
allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr	n.s.		
eigene wirtschaftliche Lage heute (gut)	-1,289	-0,073	**
eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr (schlecht)	1,312	0,057	**
Alter	n.s.		
Geschlecht	-1,259	-0,043	*
Arbeitslosigkeit (Häufigkeit)	n.s.		
Einkommen	n.s.		
Abitur	-2,828	-0,079	**
Ost/West	-1,747	-0,048	**
Korrigiertes R ²	,438		

Werte ungewichtet, *p < .05, **p < .01

Nicht signifikant sind die Anerkennung als tätiger Mensch, das allgemeine Vertrauen in Menschen, die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr, die Arbeitslosigkeit, das Alter und das Einkommen.

Auch diese Ergebnisse sind interessant. Es wird deutlich, dass der Effekt eines Wohnorts im Osten nur geringfügig ist und auch die objektiven Faktoren für die individuelle ökonomische Deprivation, wie Einkommen und Arbeitslosigkeit, wirken sich nicht auf rechtsextreme Einstellungen aus. Dies hatten wir bereits daran gesehen, dass sich die Befragten, die ihre ökonomische Lage als »gut« bewerteten, sogar seltener von rechtsextremen Aussagen abgrenzten. Dennoch ist zu beachten, dass diese drei Faktoren (Wohnort, Einkommen, Arbeitslosigkeit) durch den Faktor Bildung bereits mit erklärt wurde: durch die Abwanderung von hochgebildeten Personen aus Ostdeutschland ist dort die Bildung niedriger, und die niedrige Bildung geht einher mit höherem Risiko arbeitslos zu werden und über ein geringes Einkommen zu verfügen. So verschwindet der Einfluss dieser Faktoren.

ZUSAMMENFASSUNG

In der aktuellen Erhebungswelle der *Leipziger Autoritarismus-Studie* haben wir neben den Dimensionen des Rechtsextremismus auch die drei Dimensionen der Anerkennung erfragt: die Anerkennung als Person, die Anerkennung als Bürgerin oder Bürger und die Anerkennung als tätiger Mensch. Insbesondere die fehlende Anerkennung als Bürger steht mit rechtsextremen Einstellungen im Zusammenhang, allerdings ist der Effekt längst nicht so stark wie beim Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und autoritärer Orientierung. Der Autoritarismus erweist sich in einem multifaktoriellen Hypothesenmodell als der stärkste und damit auch entscheidende Faktor. Er ist sich weitaus relevanter als beispielsweise die subjektive Beurteilung der eigenen und der bundesdeutschen wirtschaftlichen Lage. Der Ost-West-Unterschied schlägt kaum zu Buche: In Ostdeutschland besteht eine stärkere Orientierung auf rechtsextreme Einstellungen, sie wird aber durch den belegten Einfluss der Bildung verursacht.

Die Wahrscheinlichkeit, rechtsextrem eingestellt zu sein, steigt für diejenigen, die sich als Menschen zweiter Klasse empfinden, die sich im Umgang mit Behörden und Ämtern oft ausgeliefert fühlen oder meinen, ihre Rechte bestehen nur auf dem Papier. Der Effekt bestätigt unsere eingangs angestellten Überlegungen. Die Verschwörungsmentalität, als

weiterer wichtiger Faktor, fügt sich in dieses Gesamtbild ein: Wer sich entpersönlichten Verhältnissen ausgeliefert sieht, kann die Kontrolle mit der gedanklichen Volte zurückgewinnen, geheim agierende Gruppen würden im Hintergrund den Lauf der Welt lenken. Immerhin glaubt man durch diese Personalisierung nun zu wissen, wem man ausgeliefert ist.

Werden soziale, zivile oder industrielle Staatsbürgerrechte abgebaut, ist mit einer Verstärkung von autoritären Dynamiken zu rechnen – die Schwächung des Individuums im Umgang mit Behörden und staatlichen Stellen lässt die Zahl der rechtsextrem Eingestellten zunehmen. Es konnte allerdings die Annahme nicht bestätigt werden, dass es einen direkten Zusammenhang von Anerkennung und Autoritarismus gibt. Da wir beim Autoritarismus von einer Persönlichkeitseigenschaft sprechen, scheint diese vom Einfluss der verweigerten Anerkennung zwar unabhängig zu sein. Sicher ist aber, dass beide Größen – Autoritarismus als Persönlichkeitsvariable und die Erfahrung autoritärer Staatlichkeit – Einfluss auf die rechtsextremen Einstellungen haben. Je mehr der Staat etwa in Polizeigesetzen, im Arbeitsrecht oder im Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft die Position der Autorität stärkt, desto mehr wird auch die autoritäre Dynamik befeuert. Diese wird, das ist ausdrücklich noch einmal hervorzuheben, nicht nur bei denen angestoßen, deren Rechte bereits geschwächt sind. In die autoritäre Dynamik sind auch alle anderen Gesellschaftsmitglieder einbezogen, da sie potenziell immer schon diejenigen sind, die bei nächster Gelegenheit Staatsbürgerrechte, und damit auch Schutzrechte, verlieren.

Nicht ganz aufgeklärt werden kann der Anteil an objektiven Gründen für ein subjektives Anerkennungsdefizit, denn nur nach Letzterem haben wir gefragt. Allerdings weist die Analyse der sozialen Verteilung darauf hin, dass sich das Gefühl der fehlenden Anerkennung bei jenen Menschen häuft, die nur ein geringes Einkommen haben und deren Bildungskarriere besonders früh endete. Dies stellt eine sozialpolitische und bildungspolitische Herausforderung dar.

Literatur

- Adorno, T. W. (1953). Individuum und Organisation. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 8* (S. 440–456). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Asbrock, F., Christ, O., Duckitt, J. & Sibley, C. G. (2012). Differential Effects of Intergroup Contact for Authoritarians and Social Dominators. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 38, 477–490.
- Asbrock, F., Sibley, C. G. & Duckitt, J. (2010). Right-wing authoritarianism and social dominance orientation and the dimensions of generalized prejudice. A longitudinal test. *European Journal of Personality*, 24, 324–340.
- Brinkmann, U. & Nachtwey, O. (2017). *Postdemokratie und industrial citizenship. Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.) (2000). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cohrs, J. C. & Ibler, S. (2009). Authoritarianism, threat, and prejudice. An analysis of mediation and moderation. *Basic and Applied Social Psychology*, 31, 81–94.
- Dahmer, H. (in Druck). Autoritärer Charakter und autoritärer Staat. In O. Decker & C. Türcke (Hrsg.), *Autoritarismus. Kritische Theorie – Psychoanalytische Praxis*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. (2015). Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 21–34). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Rothe, K., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2013). Economic Prosperity as »Narcissistic Filling«. A Missing Link Between Political Attitudes and Right-Wing Authoritarianism. *Journal of Conflict and Violence*, 7, 135–149.
- Decker, O., Weissmann, M. & Rothe, K. (2009). Arbeitslosigkeit und »Hartz 4« in Gruppendiskussionen – Zwischen autoritärer Aggression und masochistischem Triumph. *Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung*, 13, 45–70.
- Demirović, A. (2018). Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. *PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48, 27–42.
- Dubiel, H. (1986). Autonomie oder Anomie. Zum Streit über den nachliberalen Sozialcharakter. *Soziale Welt. Sonderband 4: Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren*, 263–281.
- Falter, J. W., Lohmöller, J.-B., de Rijke, J., Link, A. & Schumann, S. (1983). Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Beitrags der Massenerwerbslosigkeit zu den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und 1933. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35, 525–554.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In E. Fromm (Hrsg.), *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Fuchs, M. (2003). Rechtsextremismus von Jugendlichen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55, 654–678.
- Hall, S. (1982). Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In W. F. Haug & W. Efferding (Hrsg.), *Internationale Sozialismuskritik, Bd. 2. Neue soziale Bewegungen und Marxismus* (S. 104–124). Hamburg: Argument.
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M. (1936/1937). Vorlesungen über Autorität und Gesellschaft an der New Yorker Columbia Universität. In ders. (Hrsg.), *Gesammelte Schriften, Bd. 12* (S. 39–68). Frankfurt am Main: Fischer.

- Hradil, S. (2001). *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, 209–232.
- Lenhard, P. (in Druck). Falsche Propheten. Zur Aktualität der Demagogiestudien von Leo Löwenthal und Norbert Guterman. In O. Decker & C. Türcke (Hrsg.), *Autoritarismus. Kritische Theorie – Psychoanalytische Praxis*. Gießen: Psychosozial.
- Lessenich, S. (2006). Du bist Unterschicht. Zur Remoralisierung sozialer Ungleichheit. *PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 36, 611–614.
- Löwenthal, L. (1949). Falsche Propheten. In H. Dubiel (Hrsg.), *Leo Löwenthal – Schriften 3. Zur politischen Psychologie des Autoritarismus* (S. 11–160). Frankfurt am Main: Suhrkamp (1982).
- Margalit, A. (1996). *Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Marshall, T. H. (1950). Staatsbürgerrechte und soziale Klassen. In ders. (Hrsg.), *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats* (S. 33–94). Frankfurt am Main: Campus (1992).
- Menz, W. & Nies, S. (in Druck). Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In C. Book, N. Huke, S. Klauke & O. Tietje (Hrsg.), *Alltägliche Grenzziehungen. Externalisierung – imperiale Lebensweise – exklusive Solidarität*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Nadai, E. (2006). Auf Bewährung. Arbeit und Aktivierung in Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung. *Sozialer Sinn*, 7, 61–77.
- Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–92). Opladen: Leske + Budrich.
- Poulantzas, N. (1977). *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA Verlag.
- Rippl, S. & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57, 644–666.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 237–254.
- Schröder, M. (2018). *AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich*. Berlin: DIW.
- Türcke, C. (2011). Konzentrierte Zerstreung. Zur mikroelektronischen Aufmerksamkeitsdefizitkultur. In C. Frank, L. M. Hermans & E. Löchel (Hrsg.), *Todestrieb und Wiederholungszwang heute. Jahrbuch der Psychoanalyse. Beiträge zur Theorie, Praxis und Geschichte 62* (S. 13–30). Stuttgart: Fromman-Holzboog.
- Weber, M. (1922). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundzüge der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr.
- Weißmann, M. (2016). *Dazugehören. Handlungsstrategien von Arbeitslosen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Yendell, A., Decker, O. & Brähler, E. (2016). Wer unterstützt Pegida und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung? In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 137–152). Gießen: Psychosozial.

5. Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler

2018 jährt sich zum 80. Mal das Verbrechen der Reichspogromnacht. Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 steht für das Umschlagen des tief in der deutschen Bevölkerung verankerten Antisemitismus in die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Die zentrale Rolle des Antisemitismus für den Faschismus in Nazideutschland ist bekannt: Juden waren in der nationalsozialistischen Ideologie das absolute Feindbild. In den 1930er-Jahren bot die bereits vorhandene, lange gewachsene Ablehnung, Abwertung und Ausgrenzung der Juden in Europa, besonders aber in Deutschland, ideale Bedingungen zur Mobilisierung für Schoah und Angriffskrieg. Bis heute gilt deswegen antisemitischen Straftaten und der Verbreitung von antisemitischen Ressentiments höchste Aufmerksamkeit. Obwohl der Antisemitismus, stärker als etwa die Ausländerfeindlichkeit, durch eine soziale Norm geächtet wird (Bergmann & Erb, 1986; Beyer & Krumpal, 2010), ist er nach wie vor im Denken vieler Menschen verankert und lässt sich als Kernelement rechtsextremer Einstellungen identifizieren (siehe Kap. 2). Gleichzeitig kommt es in den letzten Jahren zu einer Zunahme antisemitischer Vorfälle, es werden jüdische Friedhöfe geschändet, und Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden nehmen zu (vgl. Kap 9).

In diesem Kapitel vertiefen wir deshalb die empirische Analyse zur Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland 2018 und gehen näher auf sein Zustandekommen ein. Dazu widmen wir uns zunächst seinen Erscheinungsformen und der Frage, welche Rolle er in der autoritären Dynamik der modernen Gesellschaft spielt. Mit dieser theoretischen Annäherung schließen wir direkt an den Befund aus Kapitel 3 an: Der Autoritarismus ist und bleibt auch in der Gegenwartsgesellschaft der bestimmende

Einfluss gegen die Demokratie. Um die Elemente des Antisemitismus zu differenzieren, nehmen wir im Anschluss an die theoretischen Überlegungen eine Begriffsklärung vor. Darauf aufbauend, folgt die Analyse der Verbreitung des Antisemitismus sowie abschließend die Überprüfung der Einflussfaktoren. Unsere Ausgangsfragen waren: Inwiefern lassen sich unterschiedliche Erscheinungsformen des Antisemitismus empirisch differenzieren? Welche soziodemografischen und biografischen Merkmale hängen mit ihm zusammen? Ist der Antisemitismus auf individueller Ebene als Teil des autoritären Syndroms zu verstehen? Steht Antisemitismus also in engem Zusammenhang mit Persönlichkeitseigenschaften? Und schließlich: Lässt sich die autoritäre Dynamik in der Gegenwartsgesellschaft mit diesem individuellen Syndrom in Zusammenhang bringen?

Antisemitismus als Bestandteil des autoritären Syndroms vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Dynamiken

Mit dem Begriff Antisemitismus¹ wird oft das *Vorurteil* gegenüber Jüdinnen und Juden bezeichnet, er wird in der empirischen Sozialforschung weitgehend einheitlich verwendet. Generell schlagen auch anderen Menschen Vorurteile entgegen, sobald sie als Mitglieder einer Gruppe wahrgenommen werden, etwa als Franzose oder Frau. Sprechen wir in der Forschung vom Vorurteil, greifen wir auf einen Begriff zurück, der vor allem durch die kognitionspsychologische Forschung geprägt wurde.

Kognition meint im weiteren Sinne zunächst einmal Denkprozesse. Im engeren Sinne der Psychologie wird damit die Verarbeitung von Informationen bezeichnet. Angelehnt an die Entwicklungspsychologie Jean Piagets sind kognitive Prozesse Versuche, die Vielzahl der Sinnesindrücke zu reduzieren. Vereinfacht gesagt, ordnen Menschen ihre Sinnesindrücke entlang bereits gemachter Erfahrungen. Dabei wird ein neues Erlebnis, etwa die Begegnung mit einem unbekanntem Menschen, mit früheren Erfahrungen verknüpft. Diese Schematisierung der Erfahrung beginnt in der

1 Der Begriff kam in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf und bezog sich, anders als die sonst gebräuchlichen Begriffe Judenfeindlichkeit und Antijudaismus, dezidiert auf die rassistische Begründung der Ablehnung von Jüdinnen und Juden. Seit den 1940er-Jahren wird er für das Ressentiment gegen sie verwendet.

frühesten Kindheit und hält ein Leben lang an und nur, wenn sich die genutzten Schemata als zu grob erweisen, werden sie differenziert oder durch neue ergänzt. Kategorisieren heißt also, neue Eindrücke alten Erfahrungen zuzuordnen. Nach diesem Prinzip sind Stereotype über Menschen die Effekte solcher Kategorisierung. Menschen werden einer Gruppe zugeordnet und die dieser Gruppe zugeschriebenen Eigenschaften werden dann auch vom konkreten Individuum erwartet. Andersherum gilt dasselbe: Wird die Erfahrung mit einem konkreten Menschen auf die gesamte Gruppe verallgemeinert, ist auch dies Ergebnis der Schematisierung.

Vorurteile sind zwar nicht mit Stereotypen identisch, aber sie basieren auf ihnen. Beim Vorurteil tritt noch ein Gefühl oder eine Motivation hinzu, etwa der Wunsch, sich durch Abwertung anderer des eigenen Selbstwertes zu versichern. Auf diese Bedeutung für den Selbstwert baut die kognitionspsychologische Gruppenkonflikttheorie auf (Tajfel & Turner, 1979). Sprechen wir heute vom Antisemitismus als Vorurteil, bedienen wir uns also dieses Konzeptes der Kognitionspsychologie, ohne dass es im Einzelnen immer bekannt sein muss.

Dass es zum psychologischen Verständnis des Antisemitismus auch der Berücksichtigung von Emotionen und Affekten bedarf, leuchtet ein. Der Hass auf Jüdinnen und Juden tritt ja im Antisemitismus offen zutage. Auch dass Antisemitinnen und Antisemiten ein Motiv, also einen Antrieb, für ihren Hass haben, klingt plausibel – ist dieser auch nicht immer so offensichtlich wie der Affekt. Allerdings gibt es einen ersten wichtigen Vorbehalt gegen die kognitionspsychologische Erklärung des Antisemitismus, denn von der Gruppenkonflikttheorie wird angenommen, dass es eine Verbindung zwischen der Erfahrung mit Jüdinnen und Juden und ihrer Abwertung gebe. Im konkreten Fall würde gelten, dass die Erfahrung mit Jüdinnen und Juden Mitursache für die Aggression gegen sie ist (eine ähnliche Kritik auch bei Fein, 2012, S. 67ff.; ausführlich bei Ranc, 2016). Deshalb wirft die Antisemitismusforscherin Julijana Ranc einer solchen Begründung des Antisemitismus vor, wissenschaftlich nachzuvollziehen, was den Kern des Antisemitismus ausmacht: das negative Bild vom Juden mit dessen Verhalten zu begründen. Ranc nennt das zu Recht eine Kausaltäuschung (Ranc, 2016).

Denn: Antisemitismus funktioniert ganz ohne vorangegangenen Kontakt. Darauf hatte schon Theodor W. Adorno hingewiesen, als er in der *Minima Moralia* schrieb: »Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden«

(Adorno, 1954, S. 125). Der Antisemitismusforscher Brian Klug formulierte es so: »In short, anti-Semitism is the process of turning Jews into ›Jews‹« (Klug, 2003, S. 137). Die Vorstellung vom Juden existiert bereits vor dem Kontakt, und der konkrete Mensch wird diesem Bilde angeglichen. Illustrieren lässt sich dieser Vorgang mit der Geschichte von Herrn Keuner von Bertolt Brecht:

»Was tun Sie«, wurde Herr K. gefragt, »wenn Sie einen Menschen lieben?«
»Ich mache einen Entwurf von ihm«, sagte Herr K., »und Sorge, dass er ihm ähnlich wird.« »Wer? Der Entwurf?« »Nein, sagte Herr K.,« »Der Mensch.«
(Brecht, 1995, S. 336)

Was Herr Keuner im Kontakt mit einem geliebten Menschen macht, vollzieht sich beim Antisemiten *vor* dem Kontakt mit Jüdinnen und Juden: Der Antisemit hat seinen Groll gegen Juden bereits, den er erst im zweiten Schritt mit dem Verhalten von »den Juden« rationalisiert. Er macht sich seinen Juden, unabhängig davon, ob jüdische Menschen ihm dafür tatsächlich Gründe liefern oder nicht. Antisemitismus ist deshalb kein Vorurteil, er beruht nicht auf einem (Fehl-)Urteil.

Es gibt weitere Gründe, Antisemitismus nicht als Vorurteil zu begreifen. So unterscheidet der Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman zwischen der ordnungsschaffenden Gegenüberstellung von Freund und Feind einerseits und der Figur des Fremden, der diese quasi-natürliche Differenz infrage stellt, andererseits: »Die Bedrohung, die er mit sich bringt, ist erschreckender als die, die man vom Feinde fürchten muß. Der Fremde bedroht die Vergesellschaftung selbst – die *Möglichkeit* der Vergesellschaftung« (Bauman, 2005, S. 95). Zum einen bringt der Fremde »die bloße ›Historizität‹ der Existenz zum Vorschein« (ebd., S. 102), das heißt, er konfrontiert die Menschen mit der Endlichkeit des eigenen Lebens. Zum anderen stellt er die angebliche Natürlichkeit der Nation und der völkischen Identität – und damit auch ihr Andauern – infrage. So ist bei der Figur des Fremden nie ganz klar, ob er treuloser Freund oder listig verstellter Feind sein könnte (ebd., S. 104). Damit stellt er – für den Antisemiten idealtypisch verkörpert im Juden – »eine konstante Bedrohung für die Ordnung der Welt dar« (ebd., S. 101).

Ein nächster Hinweis darauf, dass Antisemitismus kein Vorurteil ist, verbindet die soziologische mit der psychoanalytischen Theorie. Der Soziologe Michels spitzte es schon 1925 so zu: »Der Fremde ist der Reprä-

sentant des Unbekannten« (Michels, 1925, S. 303), er symbolisiert Unsicherheit. Folgt man dem Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, ist dieses Unbekannte allerdings das nur allzu Vertraute (Freud, 1919). Damit meinte er, dass gerade das, was man selbst unter dem Druck sozialer Normen nicht zulassen kann und verdrängt, am Anderen besonders fremd erscheint. Deshalb ist auch das »Fremde« gleichermaßen verlockend und bedrohlich (Graumann, 1997): Es erinnert an die eigenen Wünsche und erneuert ihr Verbot. Der »Fremde« bietet aber auch eine Lösung dieses Konflikts, denn was man selbst verdrängen musste, kann am »Fremden« besonders gut bekämpft werden. Diese Motive bestimmten schon die antisemitischen Karikaturen in der nazistischen Wochenzeitung »Der Stürmer«, der von 1923 bis 1945 erschien. Heute kann man sie in den ressentimentgeladenen Fantasien über das schöne Leben der »Ausländer« finden, denen zufolge diese Gruppen über alles verfügen, was verpönt ist: Drogen, Glück ohne Arbeit, erfüllte Sexualität (vgl. Decker et al., 2008). Am Fremden kann man somit eigenen Aggressionen freien Lauf lassen und das vor sich und anderen rechtfertigen, etwa weil man sich von bedrohlichen Mächten verfolgt fühlt oder den Verstoß gegen soziale Regeln ahndet. Auch den Antisemitismus treibt diese doppelte psychische Funktion an: sowohl die Projektion des Verdrängten auf Jüdinnen und Juden als auch das Ventil für die Wut über eigenen Verzicht.

Hieraus speist sich die autoritäre Dynamik aus eigener Unterwerfung unter eine Autorität (Instanz der sozialen Norm, aufgrund derer man eigene Wünsche verdrängt) und autoritärer Aggression auf jene, die sich scheinbar nicht unterworfen haben. Diese Dynamik findet als autoritäre Aggression Ausdruck im Antisemitismus. Sie entspringt also nicht einem (Fehl-)Urteil über Jüdinnen und Juden, sondern der Unterwerfung unter eine Autorität. Diese muss nicht immer so laut daherkommen wie ein faschistischer Agitator. Vielmehr finden sich heute hauptsächlich sekundäre Autoritäten in Form von kollektiven Idealen, wie zum Beispiel die Nation: Der Zusammenhang zwischen gefühlter Bedrohung der nationalen Identität und Antisemitismus lässt sich europaweit belegen (Bergmann, 2008).

Aber auch die Identifikation mit einer Nation muss nicht immer als nationalistisches Getöse in Erscheinung treten. Nationalismus kann sich auch als Verteidigung des Wirtschaftsstandorts äußern, wenn alle gegensätzlichen Interessen angeblich aufgehoben sind. In der beständigen Betonung ökonomischer Zwänge und der Bereitschaft der Menschen, diese als

kollektive Verhaltensimperative anzuerkennen, zeigt sich die Ökonomie in Deutschland als »sekundäre Autorität« (vgl. Kap. 1 in diesem Band; Decker, 2015). Mit Verweis auf die Wirtschaft lassen sich tiefe Einschnitte ins Leben der Menschen durchsetzen. Und wie jede autoritäre Unterwerfung ist auch die unter die ökonomische Rationalität nicht bloß erzwungen, sondern wird von den Menschen auch gewählt und angenommen. Beweggrund ist die Hoffnung darauf, sich seines Selbstwertes zu versichern, indem man sich als Teil von etwas Größerem fühlt, etwa einer starken nationalen Ökonomie, dem »Motor Europas« oder dem »Exportweltmeister«. Ganz ohne Sanktionen kommt aber auch diese Autorität nicht aus. Nur wird sie derzeit durch die Verwaltung repräsentiert, die die Einhaltung der ökonomischen Rationalität überwacht und all jene mit Entzug von Anerkennung straft, die den Ansprüchen der Autorität nicht genügen (vgl. Kap. 3). Auch diese Drohung durch die mächtigere Instanz gehört zur autoritären Dynamik.

Allerdings bleibt die Unterwerfung ambivalent und geht mit einer latenten Wut über das eigene nicht gelebte Leben einher. Diese Wut wird spätestens dann manifest, wenn die Autorität als schwach wahrgenommen wird. Ihre Stärke war der Grund für die Unterwerfung: Sowohl, weil man sich einer stärkeren Macht beugen musste, als auch, weil man sich ihr beugen wollte. Hat man ihre Regeln akzeptiert, ist die Schwäche der Autorität eine Provokation. Nicht nur bleibt die Gratifikation aus, Teil von etwas Großem und Starkem zu sein, sondern die Demütigung wird auch noch dadurch verstärkt, dass man sich zuvor überhaupt etwas so Schwachem unterworfen hatte. Die Wut richtet sich aber nicht gegen die Autorität – im Gegenteil ist ihre Restitution das Ziel, – sondern gegen Schwächere. Die sozialpsychologische Forschung hat gut dokumentiert, dass eine Bedrohung der Gruppennormen zu einer autoritären Reaktion führt (Duckitt & Fisher, 2003; Fritsche et al., 2017) – insbesondere bei Menschen, die von vornherein autoritär waren (Cohrs & Ibler, 2009). Der Versuch, dem Gefühl der Bedrohung und des Kontrollverlustes Herr zu werden, gelingt auch beim Antisemitismus nur auf Kosten der Realität. Wie bei jeder anderen Gruppenbildung wird die Wahrnehmung der Realität den psychischen Bedürfnissen der Gruppenmitglieder angepasst (Freud, 1921).

Hier kommt ein weiteres Element des autoritären Syndroms zum Tragen: die Verschwörungsmentalität, die einen besonderen Bezug zum Antisemitismus hat. Antisemiten stellen sich Jüdinnen und Juden als fremd

vor und schreiben ihnen als Kollektiv besondere Kräfte zu. Neben anderen wies darauf bereits der Sozialphilosoph und Antisemitismusforscher Moshe Postone hin: »Nicht nur Ausmaß, sondern auch Qualität der den Juden zugeschriebenen Macht unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfaßbare internationale Verschwörung« (Postone, 1982, S. 244). Es scheint zwar paradox, dass ausgerechnet die Annahme Sicherheit bietet, es gäbe mächtige Gruppen, die im Geheimen die Fäden ziehen; aber in der psychischen Logik erzeugt diese Halluzination das dringend gebrauchte Gefühl, Kontrolle über die relevanten Lebensbereiche zu haben: Man glaubt zu wissen, wer die Geschicke der Welt lenkt und wo der Feind steht. Deshalb gehört die Verschwörungsmentalität zum autoritären Syndrom genauso wie zum Antisemitismus (Graumann & Moscovici, 1987; Imhoff & Decker, 2013).

Klar ist, dass moderne Gesellschaften vom Einzelnen die beständige Anerkennung einer Rationalität fordern, die nicht aus den eigenen Wünschen und Lebenszielen erwächst – und deren Walten und Funktionieren immer undurchschaubarer wird. Besonders im Antisemitismus manifestiert sich – darauf weisen die einschlägigen Gerüchte über »die Juden« und ihre angebliche Verstrickung in Verschwörungen hin – ein »Unbehagen der Moderne« (Berger et al., 1975), das bestärkt wird durch beständige Beschleunigung und gesellschaftliche Umbrüche (Decker & Kiess, 2013; Rosa, 2005).

Ob man diesen Prozessen nur ausgesetzt ist oder ob man ein Stück weit mitgestalten kann, wohin die Reise geht, ist abhängig von individuellen lebensweltlichen Faktoren wie Beruf, Einkommen, Bildung, Habitus oder Wünschen. So konnte beispielsweise nachgewiesen werden, dass die (berufsbedingte) Position in gegenwärtigen Modernisierungsprozessen Einfluss auf autoritäre Einstellungen nimmt (Kiess et al., 2017; Kap. 3), aber auch, dass eher diejenigen die autoritäre Partei AfD wählen, die sich von »Entscheidungen irgendwo draußen in der Welt« abhängig und der digitalen Beschleunigung ausgeliefert fühlen (Hilmer et al., 2017, S. 49). Zwingt einen der Alltag ständig in die Unterwerfung, beeinflusst dies die Wahrnehmung der Welt; die vielfältigen Modernisierungsprozesse tragen so zur Formung des autoritären Charakters bei. Diesen Vorgang der Herstellung des autoritären Syndroms nennen wir die autoritäre Dynamik. Sie durchzieht weiterhin die Gegenwartsgesellschaft.

Erscheinungsformen des Antisemitismus heute: Primärer und sekundärer Antisemitismus, Kommunikationslatenz und Umwegkommunikation

Informationen des Bundesinnenministeriums zur Hasskriminalität weisen eine hohe Zahl antisemitischer Straftaten aus, die zu fast 90% von Rechts-extremen begangen werden.² Dem unabhängigen Dokumentationsportal Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS, vgl. auch Kap. 9 in diesem Band) zufolge nehmen antisemitische Delikte deutlich zu.³ Betrachten wir die Ergebnisse unserer diesjährigen Erhebung, sind aber gerade einmal 4,4% der Bevölkerung manifeste Antisemitinnen und Antisemiten, Tendenz auf den ersten Blick: fallend. Wir müssen also mit einer paradoxen Feststellung beginnen: Es gibt in Deutschland keine Antisemiten mehr – oder zumindest nur sehr wenige (Horkheimer & Adorno, 1944, S. 230). Anders gesagt, wir leben in einer Zeit des »Antisemitismus ohne Antisemiten« (Marin, 1979, S. 546).

Das bedeutet nur, dass sich die wenigsten Antisemiten zu erkennen geben. Denn obwohl antisemitische Ressentiments existieren und sich in Beleidigungen bis zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden ausdrücken, bekennt sich kaum noch jemand dazu. Selbst diejenigen, die antisemitischen Positionen zustimmen oder antisemitische Straftaten begangen haben, weisen meist zurück, Antisemiten zu sein. Sie fühlen sich missverstanden und beharren darauf, dass die Juden doch wirklich etwas Besonderes an sich hätten. Hier offenbart sich eine Verschiebung innerhalb des Antisemitismus, etwa im Vergleich zur Nazizeit. Mit der Formulierung vom »Antisemitismus ohne Antisemiten« wird ein veränderter Antisemitismus bezeichnet, ein Post-Holocaust-Antisemitismus.

Dieser wurde bereits Anfang der 1960er-Jahre von Peter Schönbach beschrieben, der in seiner Doktorarbeit am Frankfurter Institut für Sozialforschung die erste Welle antisemitischer Ausschreitungen in der jungen Bundesrepublik Ende der 1950er-Jahre untersuchte. Ihn interessierten die Motive dieser Anschlagserie. Als Erklärung fand er ein Phänomen,

2 Vgl. zum Beispiel die Antwort auf die letzte Anfrage der Bundestagsabgeordneten Petra Pau, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag Drucksache 19/3522.

3 <https://report-antisemitism.de/> (19.09.2018)

das er »Schuldabwehrantisemitismus« nannte. Dabei handle es sich, so Schönbach, um eine »Trotzreaktion, die die traditionellen antisemitischen Vorstellungen, seien es die eigenen oder die der Eltern, um ihrer Rechtfertigung willen am Leben erhält« (Schönbach, 1961, S. 80). Schönbach war auch derjenige, der hierfür den Begriff »Sekundäranisemitismus« prägte (ebenda). In Erscheinung tritt dieser sekundäre Antisemitismus (Clausen, 1987) also nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Und er ist häufiger als der »traditionelle Antisemitismus«, wie wir ihn in unserer Leipziger Studienreihe seit 2002 alle zwei Jahre messen (siehe Kap. 2). Schon 2012 nahmen wir deshalb einen zusätzlichen Fragebogen zum sekundären Antisemitismus in die Erhebung auf, und tatsächlich zeigten sich die Befragten sehr viel leichter bereit, diesen Aussagen zuzustimmen (Heyder et al., 2005; Ullrich et al., 2012).

Der Antisemitismus ist also keineswegs verschwunden, doch er manifestiert sich in der Öffentlichkeit derzeit nur gelegentlich. Die Gründe dafür sind in soziokulturellen Entwicklungen zu vermuten. Seit den 1970er-, insbesondere aber seit den 1980er-Jahren, als der Holocaust weltweit eine größere Aufmerksamkeit in der Erinnerungspolitik erhielt, wurde ein Anti-Antisemitismus durch öffentliches Gedenken gefestigt. Antisemitismus wird seitdem in der Öffentlichkeit weniger toleriert, er unterliegt einer sozialen Norm, die ihn tabuisiert, ihn aber nicht beseitigt oder weniger wirkmächtig macht.

Ähnliche Befunde vor Augen, sprachen die Antisemitismusforscher Werner Bergmann und Rainer Erb 1986 von einer »Kommunikationslatenz des Antisemitismus« (Bergmann & Erb, 1986).⁴ Ob der Antisemitismus individuell bewusst oder unbewusst ist, war ausdrücklich nicht ihre Fragestellung (ebd., S. 225). Vielmehr interessierten sie sich für den öffentlich geäußerten Antisemitismus und kamen zu dem Ergebnis, dass die Kommunikation des antisemitischen Ressentiments aus der Öffentlichkeit herausgehalten wird, privatisiert ist oder neue Ausdrucksformen findet. So bildet sich eine Umwegkommunikation, die den Antisemitismus tarnt, etwa über die »Kritik an Israel« oder indem andere Begriffe als

⁴ Damit meinten sie keine psychische Latenz. Dieses Missverständnis kann leicht auftreten, wird doch auch mit Blick auf das Individuum von Latenz gesprochen, wenn einem Menschen ein eigener Wunsch nicht bewusst ist. Bergmann und Erb ging es aber um soziale Latenz im Sinne der Umwegkommunikation, nicht um psychische Verdrängung.

Chiffre verwendet werden, die von Personen mit demselben Ressentiment durchaus verstanden werden, wie zum Beispiel Antiamerikanismus oder »Ostküstenkapital« (Beyer & Liebe, 2010).

Antisemiten geben sich naiver, als sie sind, wie dies zuletzt Julijana Ranc in einer qualitativen Studie illustriert hat. Auf Grundlage einer Vielzahl von Gruppendiskussionen und Einzelinterviews beschreibt sie die Kommunikation antijüdischer Ressentiments. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass diejenigen, die den Antisemitismus »kommunizieren, wohl wissen oder zumindest sehr wohl ahnen, was sie tun und keineswegs ahnungslos an einem Tabu, dem Antisemitismus-Tabu [...] rühren« (Ranc, 2016, S. 31). Offenbar ist der Antrieb zum Antisemitismus so groß, dass er sich Umwege sucht, wenn er sich schon nicht direkt äußern darf. Doch muss er sich manifestieren, das psychische Motiv ist zu heftig, sei es in Form des »traditionellen«, sekundären oder israelbezogenen Antisemitismus.

Diese Befunde machen die Erhebung des primären Antisemitismus, wie wir ihn seit 2002 erfassen, keinesfalls überflüssig. Kennzeichen des Antisemitismus ist zwar seit Jahrhunderten, dass er sein Erscheinungsbild ändert, aber dennoch gibt es Kontinuitäten der Motive und Konjunkturen dieses Ressentiments. So wie sich in den Jahren der Finanzmarktkrise der Anteil der manifesten Antisemiten in der »traditionellen« Erscheinungsform in Ostdeutschland auf über 10% erhöhte (siehe Kap. 2), kann die offene Zustimmung auch in Zukunft wieder steigen.

Die Begriffe, mit denen wir im Folgenden die Kommunikationsformen des Antisemitismus beschreiben, sind in Tabelle 1 systematisch dargestellt. Für die Unterscheidung zwischen manifester und latenter Kommunikation nutzen wir einen Grenzwert: Wer den Aussagen ausdrücklich zustimmt, äußert sich manifest antisemitisch, wer teils zustimmt, teils ablehnt, zeigt eine Kommunikationslatenz. Diese Unterscheidung kann sowohl für den traditionellen Antisemitismus als auch für den in der Umwegkommunikation gelten. Die traditionelle Form richtet sich direkt gegen Jüdinnen und Juden und kennt keine sekundäre Erscheinungsform (Post-Holocaust-Antisemitismus). In der Umwegkommunikation gibt es dagegen primären und sekundären Antisemitismus. Er sucht seinen Ausdruck durch eine Verschiebung auf scheinbar unverdächtige Bereiche (wie z.B. als Israelkritik: »turn the Jewish state into a ›Jewish‹ state«, wie Klug es formulierte, 2003, S. 125).

Tabelle 1: Kommunikationsformen des Antisemitismus

Kommunikation	traditionell	Umweg
manifest (ausdrückliche Zustimmung im Fragebogen)	primärer Antisemitismus (z.B. »Juden haben zu viel Einfluss«)	primärer Antisemitismus (z.B. »Durch israelische Politik Juden unsympathisch«)
		sekundärer Antisemitismus (z.B. »Holocaust-Industrie nützt findigen Anwälten«)
latent (teils Zustimmung, teils Ablehnung im Fragebogen)	primärer Antisemitismus (z.B. »Juden haben zu viel Einfluss«)	primärer Antisemitismus (z.B. »Durch israelische Politik Juden unsympathisch«)
		sekundärer Antisemitismus (z.B. »Holocaust-Industrie nützt findigen Anwälten«)

Auf Grundlage des bisher Erörterten stellt sich die Frage, wie hoch die Zustimmung zum Antisemitismus ist, wenn wir die Kommunikationslatenz und die Umwegkommunikation mitberücksichtigen. Außerdem möchten wir wissen, ob den hohen, offenbar steigenden Zahlen antisemitischer Straftaten entsprechende Einstellungsbefunde an die Seite gestellt werden können.

Um dies zu untersuchen, haben wir den sekundären Antisemitismus in der Erhebungswelle 2018 wieder erfasst. Dazu haben wir einen zusätzlichen Fragebogen mit fünf Aussagen eingesetzt, den wir auf Grundlage früherer Untersuchungen zusammengestellt haben. Die genauen Formulierungen gibt Tabelle 2 wieder. Zum so gemessenen Antisemitismus, der sich in der Umwegkommunikation äußert, gehören sowohl Aussagen des primären (direkt auf Jüdinnen und Juden zielenden) als auch des sekundären (Post-Holocaust-)Antisemitismus.⁵

Die ersten beiden Aussagen (Tab. 2) beziehen sich direkt auf Jüdinnen und Juden und die ihnen zugeschriebenen Eigenschaften (primärer Antisemitismus). Aussage 1 (»Ich kann es gut verstehen ...«) erleichtert es den Befragten, ihr Ressentiment zu äußern, weil nur wenig Selbstoffenbarung verlangt wird.

⁵ Zum Vergleich zu unserem klassischen Fragebogen siehe Kapitel 2.

Tabelle 2: Fragebogen zur Messung des Antisemitismus (Umwegkommunikation)

Aussage	Faktorenladung	bereits eingesetzt
1 Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind.	.763	1999, 2002, 2003
2 Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	.786	2012
3 Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	.795	2012
4 Reparationsforderungen an Deutschland nützen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	.802	2012
5 Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.	.712	2012

Faktorenanalyse: Hauptkomponentenanalyse (Oblimin); interne Konsistenz: Cronbachs Alpha .828

Aussage 2 bietet eine israelbezogene Umwegkommunikation an. Die folgenden drei Aussagen erfragen den oben diskutierten sekundären Antisemitismus »trotz oder wegen« Auschwitz. Die Aussagen 2 bis 5 sind dem Fragebogen des Sozialpsychologen Roland Imhoff entnommen (Imhoff, 2010), den wir bereits 2012 eingesetzt haben (Ullrich et al., 2012). Die erste Aussage haben wir bereits 1999, 2002 und 2003 verwendet (Brähler & Decker, 2003). Die Faktorenanalyse erbrachte einen Faktor, auf den alle fünf Aussagen laden. Das ist ein Hinweis darauf, dass diese fünf Aussagen dasselbe messen: Antisemitismus.

Die interne Konsistenz des Fragebogens ist mit .828 gut. Die Validität des Instruments lässt sich außerdem durch den Zusammenhang mit anderen Fragebögen zu verwandten Konstrukten belegen. So zeigt sich ein sehr deutlicher Zusammenhang zur Dimension »Antisemitismus« im Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (FR-LF; Korrelationskoeffizient von .675). Dieser Wert spricht ebenfalls dafür, dass auch mit dem Fragebogen zur Umwegkommunikation Antisemitismus gemessen wird. Auch wer den Nationalsozialismus verharmlost, stimmt den Aussagen

zum Antisemitismus in der Umwegkommunikation eher zu. Der deutliche Zusammenhang zur Muslimfeindschaft offenbart, dass das häufig gerade von Muslimfeinden vorgebrachte Argument, ihr Ressentiment diene dem Schutz von Jüdinnen und Juden, falsch ist. Personen mit hoher Zustimmung zu antisemitischen Aussagen setzen zudem Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Sinti und Roma häufiger herab und lehnen generell die plurale Gesellschaft ab. Auch zeigen jene, die sich politisch eher rechts oder rechts-außen verorten, deutlich höheren Antisemitismus. Schließlich sind auch Gewaltbereitschaft und -akzeptanz unter Antisemiten häufiger. Diese Befunde sprechen dafür, dass hinter der Abwertung anderer Menschen und besonders der von Jüdinnen und Juden eine autoritäre Aggression als Bestandteil des autoritären Syndroms steht. Diese kommt auch im Antipluralismus zum Ausdruck, der Ablehnung gleicher Rechte für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Tabelle 3: Zusammenhänge zwischen Antisemitismus in der Umwegkommunikation und anderen Dimensionen der Abwertung sowie antidemokratischer Einstellung

	Antisemitismus in der Umwegkommunikation
Dimension Antisemitismus, Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (N = 2.382)	.675**
Dimension NS-Verharmlosung, Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (N = 2.392)	.539**
Muslimfeindschaft (N = 2.379)	.389**
Abwertung Asylbewerber (N = 2.372)	.355**
Antiziganismus (N = 2.342)	.336**
antiplural (N = 2.391)	.338**
politische Selbsteinschätzung: links/rechts (N = 2.348)	.285**
Gewaltbereitschaft (N = 2.392)	.117**
Gewaltakzeptanz (N = 2.388)	.172**

Zusammenhangsmaß: Kendalls Tau b; sign. zweiseitig **p < .01

Die antisemitische Einstellung: Facetten eines Weltbildes

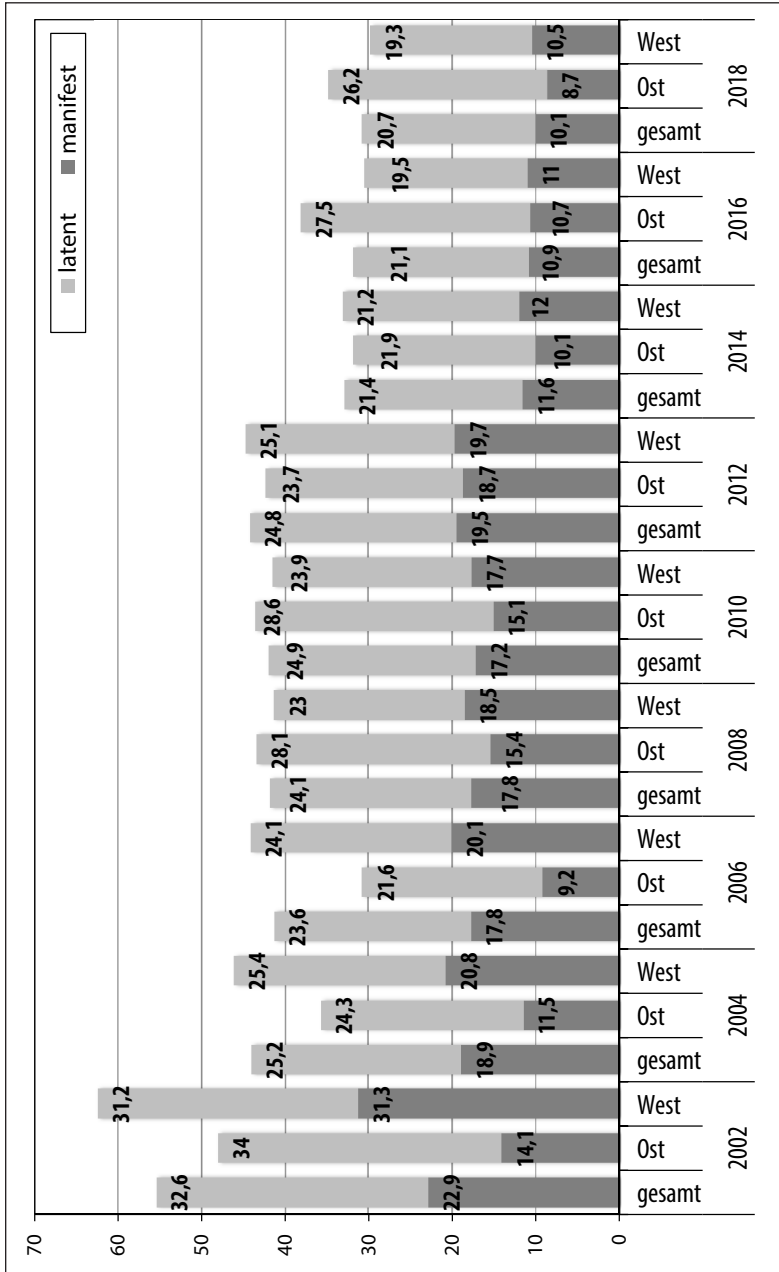
Im Folgenden stellen wir zunächst die Items dar, die wir in der Leipziger Studie seit 2002 durchgehend verwendet haben, und nehmen für den Langzeitverlauf die Unterscheidung zwischen manifestem und latentem Antisemitismus vor. Sodann stellen wir die Ergebnisse vor, die auf dem zusätzlich eingesetzten Fragebogen beruhen. Im Anschluss widmen wir uns den sozioökonomischen Einflussfaktoren sowie dem Zusammenhang von Antisemitismus und Persönlichkeitsmerkmalen. Abschließend gehen wir der Frage nach, wie das autoritäre Syndrom beim Zustandekommen des Antisemitismus beteiligt ist und inwiefern sich dies empirisch belegen lässt.

Traditioneller Antisemitismus

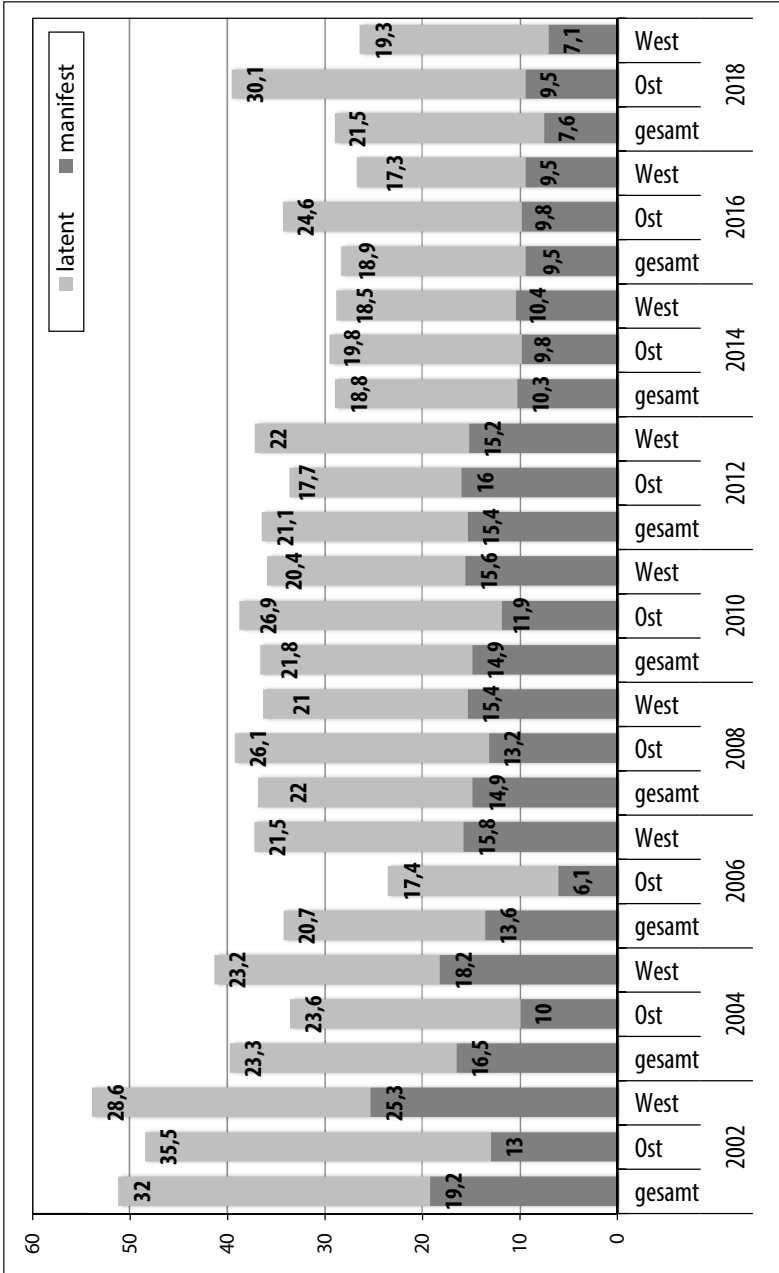
Die Vorstellung, dass »die Juden« einen besonders großen Einfluss auf die Geschicke der Welt(geschichte) hätten, zählt zu den klassischen Narrativen des Antisemitismus und bildet bereits eindeutig ab, dass es um mehr als »nur« die Abwertung einer Fremdgruppe geht. Jüdinnen und Juden wird vielmehr als Kollektiv eine irgendwie geartete Macht zugeschrieben. Wie Grafik 1 zu entnehmen ist, ist die manifeste Zustimmung zu dieser Aussage von 2002 bis 2018 zurückgegangen. Allerdings ließ sich im Zeitraum von 2008 bis 2012 auch ein Anstieg der manifesten und latenten Ausprägung beobachten – der Rückgang ist also nicht kontinuierlich. Insgesamt sank der Anteil derer, die diesem antisemitischen Topos zustimmten oder ihn zumindest teilweise akzeptierten, nie unter 30%. Auch der Ost-West-Vergleich ist aufschlussreich. Während noch 2002 die Hälfte der Befragten im Osten diese Aussage klar ablehnte, war es im Westen nur ein gutes Drittel. Auch 2018 liegt der Anteil der manifesten Zustimmung im Osten noch unter dem westdeutschen Wert, doch ist der Anteil der latenten Antisemiten inzwischen im Osten größer.

In Grafik 2 ist die Antwortverteilung zu einer weiteren antisemitischen Aussage dargestellt. Hier wird »den Juden« vorgeworfen, mehr als andere »mit üblen Tricks« zu arbeiten. Während die Zustimmung in Westdeutschland – von einem vergleichsweise höheren Niveau kommend – kontinuierlich abgenommen hat, beobachten wir in Ostdeutschland Schwankungen. Hier wurde der Höchstwert 2012 erreicht; die Zustimmung ist 2018 nur geringfügig niedriger als zu Beginn der Zeitreihe (und höher als 2006).

Grafik 1: Zustimmung zur Aussage »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« 2002–2018 (in %)



Grafik 2: Zustimmung zur Aussage »Juden arbeiten mehr als andere mit üblen Tricks« 2002–2008 (in %)



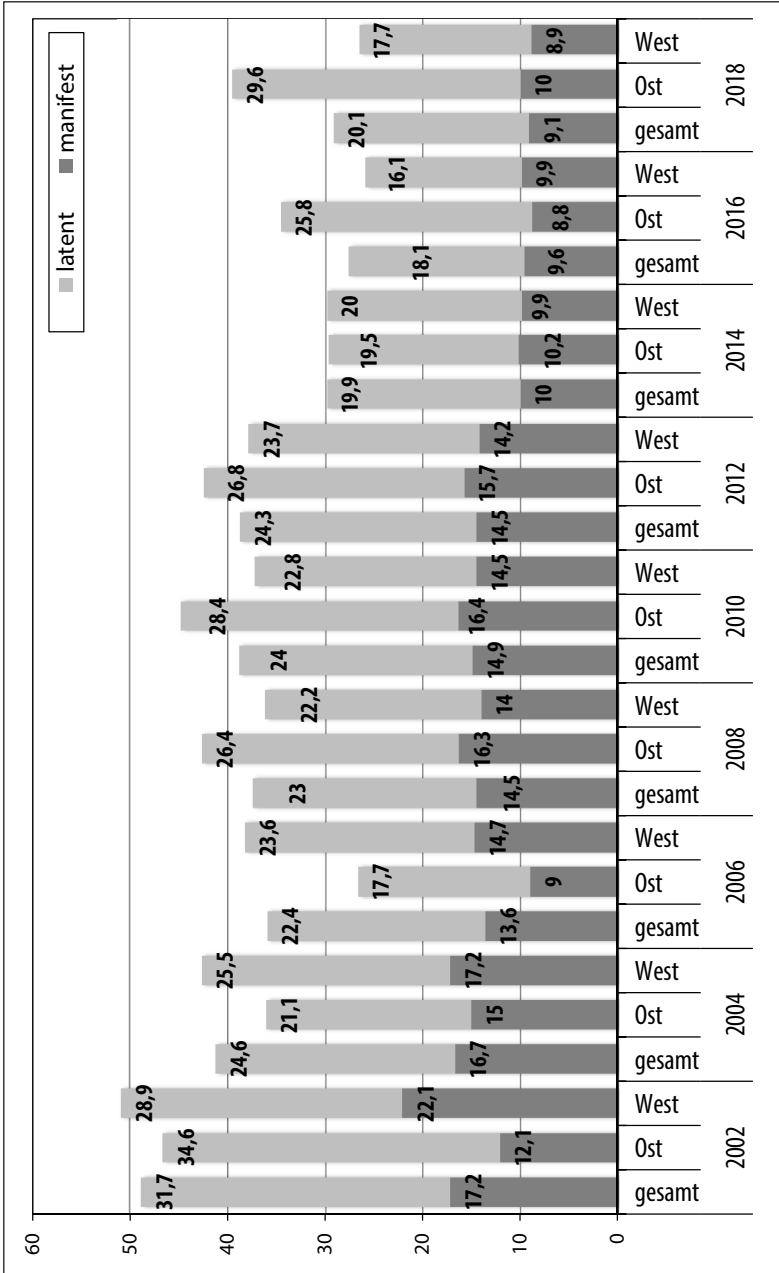
Die dritte Aussage des kontinuierlich verwendeten Fragebogens erfasst die Vorstellung, dass Juden als »anders« und nicht zur Eigengruppe gehörig wahrgenommen werden, sondern als »eigentümlich« und fremd im oben erörternden Sinne. Auch die (latente und manifeste) Zustimmung zu dieser Aussage hat seit 2018 abgenommen (Grafik 3). Abermals zeigt sich, dass die Zustimmung im Westen kontinuierlich zurückgegangen ist, während im Osten Schwankungen zu beobachten sind. Offenbar wirkt die »Anti-Antisemitismus«-Norm nicht umfassend.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die manifeste als auch latente Zustimmung zu den vorgelegten antisemitischen Aussagen von 2002 bis 2006 im Osten kontinuierlich und stärker zurückgegangen ist als im Westen. Im Jahr 2008 aber nahm die Zustimmung in Ostdeutschland sprunghaft zu und blieb während der Jahre der ökonomischen und europäischen Krise teilweise auf einem höheren Niveau als in Westdeutschland. Im Westen wiederum stagnierte der Rückgang des Antisemitismus in diesem Zeitraum, danach jedoch setzte sich der abnehmende Trend fort. Dieses Ergebnis spricht für die hohe Anfälligkeit der Bevölkerung für antisemitische Ressentiments in Krisensituationen.

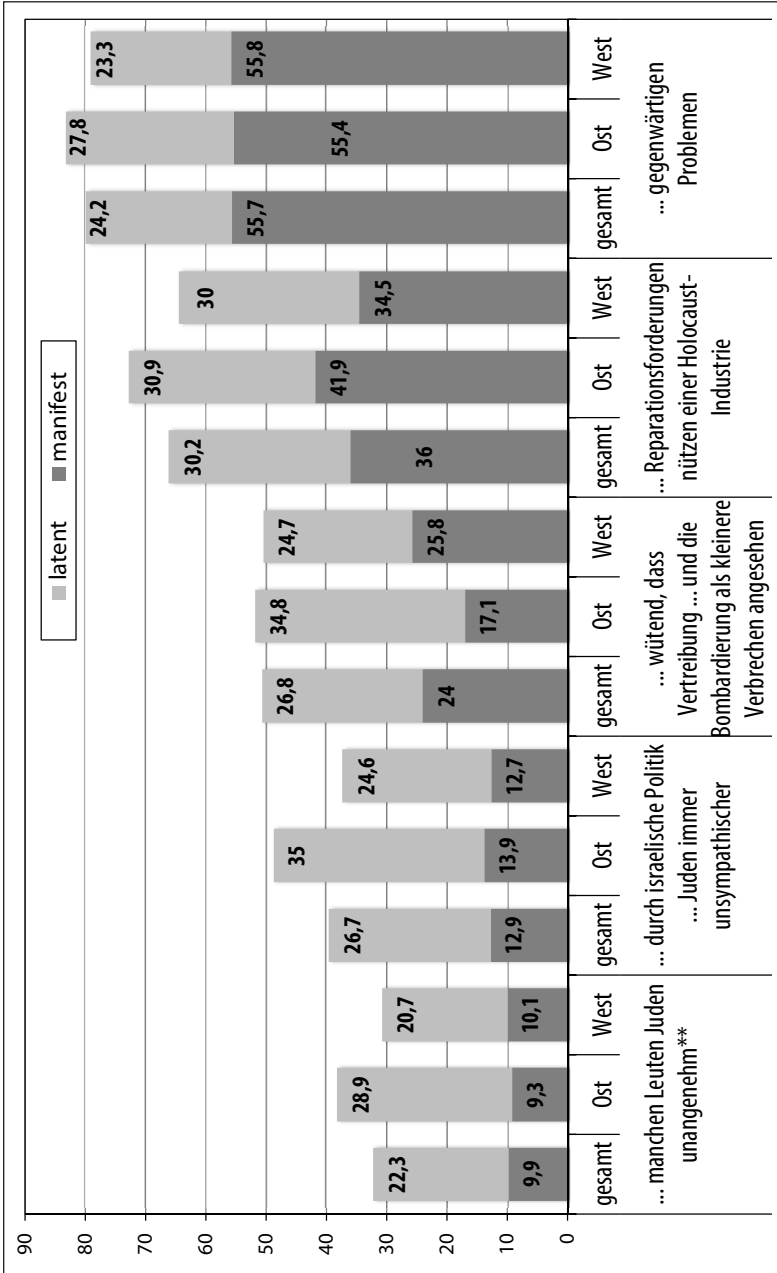
Antisemitismus in der Umwegkommunikation

Tendenziell mehr Zustimmung als die traditionell antisemitischen Aussagen finden Behauptungen, die das Ressentiment auf einem Umweg ausdrücken (Grafik 4). Besonders auffällig ist das bei Aussage 5: Die Mehrheit der Befragten unterstützt explizit die Ansicht, dass man sich lieber gegenwärtigen Problemen widmen sollte als schon lang zurückliegenden Ereignissen. Dem widerspricht nur etwa jede fünfte befragte Person offen. Für sämtliche Aussagen fallen zudem die Ost-West-Unterschiede auf: Im Westen beobachten wir fast durchgehend höhere manifeste, im Osten dagegen höhere latente Zustimmung. Die vierte Aussage, »findige Anwälte« profitierten von Opferentschädigungen, ist die einzige, die Ostdeutsche deutlich öfter manifest bejahen (41,9%). Damit wird sowohl der Wunsch nach einem Schlussstrich ausgedrückt als auch die Vorstellung von Jüdinnen und Juden als »gierig«. Gleichwohl ist die Zustimmung hierzu auch in Westdeutschland verbreitet (34,5%).

Grafik 3: Zustimmung zur Aussage »Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns« 2002–2008 (in %)



Grafik 4: Latenter und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (vollständige Aussagen vgl. Tab. 2, in %)



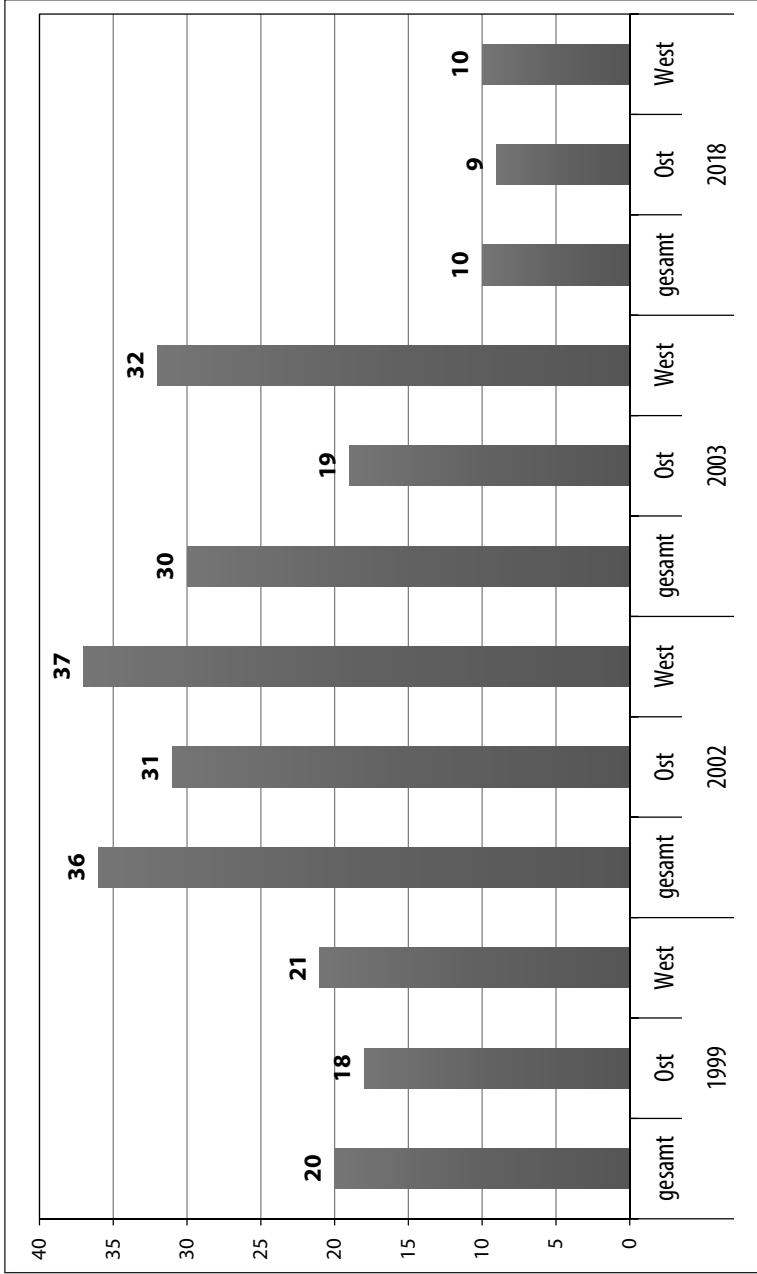
Es zeigt sich außerdem, dass die Zustimmung zu den ersten beiden Aussagen (primärer Antisemitismus) zumindest in Westdeutschland niedriger ist als zu den anderen (sekundärer Antisemitismus). Vereinfacht gesagt, ist das Einverständnis mit dem Schlusstrich-Topos größer als die direkte und indirekte Abwertung von Jüdinnen und Juden. Wie unsere statistischen Überprüfungen jedoch nahelegen, steht auch dieses Thema in engem Zusammenhang mit Antisemitismus (Grafik 4).

Grafik 5 weist zunächst einen erfreulichen Befund auf: Die Aussage »Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind« fand 2018 deutlich weniger Echo als zu den anderen Messzeitpunkten. Auffällig sind die hohen Werte im Jahr 2002, vermutlich ein Effekt des antisemitischen Wahlkampfes des inzwischen verstorbenen FDP-Politikers Jürgen Möllemann 2002/2003. In Interviews äußerte er sich vor allem in der Umwegkommunikation über Israel antisemitisch. Es ist wahrscheinlich, dass dieser öffentliche Tabubruch zeitweilig zu einer Verschiebung der sozialen Norm geführt und damit das antisemitische Potenzial in Deutschland sichtbarer gemacht hat (Grünberg, 2002).

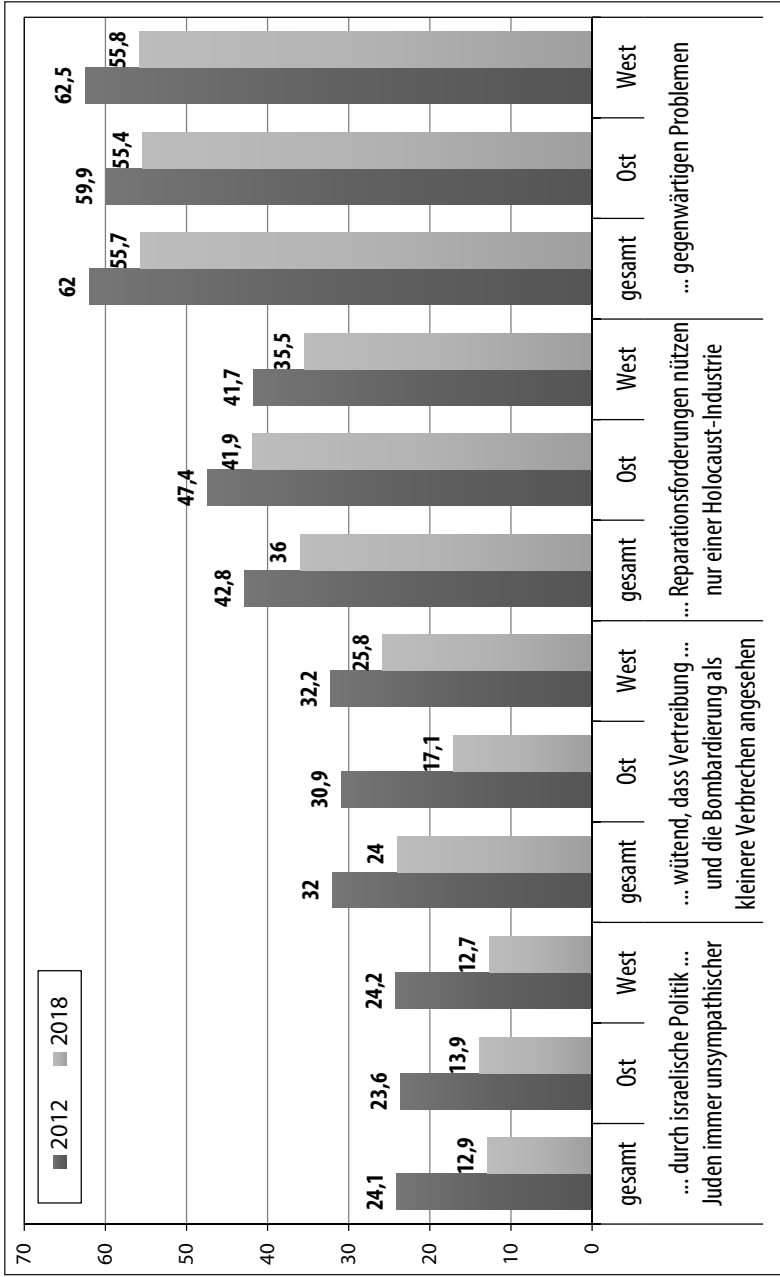
Für die anderen vier Aussagen liegen uns lediglich repräsentative Vergleichswerte von 2012 vor (Grafik 6). Insgesamt zeigen auch sie eine Abnahme des Antisemitismus in der Umwegkommunikation. Unseren theoretischen Überlegungen zufolge kann dies einerseits bedeuten, dass sich der Antisemitismus weiter in die Kommunikationslatenz bewegt, also nicht verschwindet, sondern nur untertaucht. Andererseits kann die Ursache zumindest zum Teil in Kohorten- und Bildungseffekten liegen, denn heute ist die Auseinandersetzung mit dem Holocaust – z.B. in Schulen oder öffentlicher Erinnerungskultur – selbstverständlicher als etwa noch in den 1980er-Jahren. Nicht zuletzt sind bedeutende Gedenkstätten wie das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin erst in jüngerer Vergangenheit errichtet worden.

In der Zusammenschau fällt der Antisemitismus in der Umwegkommunikation wie erwartet deutlich höher aus als der traditionelle Antisemitismus, wie wir ihn mit dem Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung erheben (Kap. 2). Für den erweiterten Fragebogen ist außerdem die sehr hohe Zustimmung zu den Aussagen hervorzuheben, die den sekundären Antisemitismus messen. Dieses Ergebnis bestätigt unsere Vermutung, dass das antisemitische Ressentiment zwar von einer sozialen Norm

Grafik 5: Manifester Antisemitismus in der Urmwegkommunikation 1999, 2002, 2003, 2018 (gerundete Zustimmung: »Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind«, in %)



Grafik 6: Manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation 2012 und 2018 (in %)



verhüllt wird, aber in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelt ist. Das erklärt zumindest teilweise die paradoxe Situation, dass die (auf den ersten Blick) sinkende Anzahl antisemitisch eingestellter Personen nicht mit einer Abnahme antisemitischer Straftaten einhergeht. Das nur notdürftig überdeckte antisemitische Ressentiment kann als Nährboden wie als »Rechtfertigung« für solche Taten dienen.

Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen

Soziodemografische Merkmale werden in der empirischen Sozialforschung genutzt, um die Anfälligkeit für antisemitische Ressentiments in einer bestimmten statistischen Gruppe beschreiben zu können⁶. Umgekehrt kann die Betrachtung solcher Gruppen aber auch zeigen, ob sich eine Einstellung über die gesamte Bevölkerung verteilt. In Kapitel 1 und der Einführung zu diesem Kapitel haben wir zudem darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus kein isoliertes Phänomen ist, sondern in engem Zusammenhang mit anderen Dimensionen des autoritären Syndroms steht. Entsprechend können wir erwarten, dass sowohl bestimmte Einstellungen (Wahlabsicht, Verschwörungsmentalität, Links-rechts-Einordnung, Gewaltbereitschaft und -akzeptanz) als auch sozialisatorische Einflussfaktoren (erinnertes Erziehungsverhalten der Eltern, Anerkennung als Erwachsener) mit Antisemitismus zusammenhängen.

Zunächst werfen wir einen Blick darauf, wie verbreitet der Antisemitismus in der Umwegkommunikation in bestimmten statistischen Gruppen ist (Tab. 4; für den traditionellen Antisemitismus vgl. Kap. 2). In Bezug auf das Alter lässt sich eindeutig ein linearer Effekt ablesen: Je älter die Gruppe, desto höher der Anteil derer, die sich als manifest antisemitisch offenbaren. Was das Geschlecht betrifft, stimmen Männer den Aussagen häufiger zu. Noch deutlicher ist der Unterschied beim formalen Bildungsabschluss: Befragte, die angaben, mindestens das Abitur erreicht zu haben, vertreten seltener antisemitische Positionen.

6 Eine statistische Gruppe, etwa »alle Frauen« oder »alle Männer zwischen 31 und 60 Jahren«, ist keine soziale Gruppe in dem Sinne, dass ihre Mitglieder in irgendeiner Weise miteinander in Beziehung stehen. Eine statistische Gruppe wird allein aufgrund des gemeinsamen Merkmals »weibliches Geschlecht«, wie in der Befragung erhoben gebildet.

Tabelle 4: Soziodemografie und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)⁷

		manifester Antisemitismus	
		absolut	in %
Alter**	14–30 Jahre	66	13,9
	31–60 Jahre	231	17,9
	ab 61 Jahre	159	25,3
Geschlecht*	weiblich	228	17,4
	männlich	228	21,0
Abschluss**	Abitur	56	11,5
	kein Abitur	399	21,0
Ostdeutsche*		115	23,4
Westdeutsche*		341	17,9

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01; *p < 0.5

Ein weiterer relevanter Faktor für die Ausprägung von Einstellungen ist die Häufigkeit erfahrener Arbeitslosigkeit (Tab. 5). Auch in den Antworten zum erweiterten Fragebogen zeigt sich: Je häufiger Arbeitslosigkeit erlebt wird, desto höher sind tendenziell die Antisemitismuswerte. Allerdings stimmen auch Menschen mit einer bisher ungebrochenen Erwerbsbiografie zu relevanten Teilen den Aussagen zu. Wiederholt zeigt sich damit, dass sich das Phänomen Antisemitismus nicht auf einen Faktor, in diesem Fall Arbeitsplatz(un)sicherheit, reduzieren lässt.

7 Hier und im Folgenden nutzen wir einen Grenzwert von ≥ 18 , um manifesten Antisemitismus in der Umwegkommunikation zu erfassen (vgl. Tab. 1). Jede Aussage wird von den befragten Personen auf einer Skala von 1 bis 5 bewertet. Bei einem Minimum von 5 und einem Maximum von 25 Punkten liegt der Wert 18 oberhalb des mittleren Wertes einer durchgehend mit teils/teils antwortenden Person (15). Im Sinne unserer Auswertung ist dies eine manifeste Zustimmung.

Tabelle 5: Häufigkeit der Arbeitslosigkeit und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)

Häufigkeit der Arbeitslosigkeit	nie (N = 1.318)	einmal (N = 486)	zweimal (N = 281)	dreimal (N = 137)	viermal und mehr (N = 155)
manifester Antisemitismus**	16,6	21,8	19,2	24,8	26,5

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01

Wie in Tabelle 6 dargestellt, hat die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage keinen Einfluss auf die antisemitische Einstellung. Dagegen hängt die Einschätzung der Lage der Nation stark mit antisemitischen Positionen zusammen, das heißt, wer die nationale wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzt, ist deutlich häufiger manifest antisemitisch.

Tabelle 6: Soziodemografie und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)

		gut oder teils/teils	schlecht
manifester Antisemitismus	eigene wirtschaftliche Lage	18,6	21,9
	nationale wirtschaftliche Lage**	17,9	30,1

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, N = 2.395

Tabelle 7 gibt die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus einerseits und Wahlteilnahme bzw. Parteipräferenz andererseits wieder. Die statistischen Gruppen wurden mit den Antworten auf die »Sonntagsfrage«⁸ gebildet. In allen Gruppen findet sich zu fast gleichen Teilen manifeste Zustimmung. Jedoch ist sie bei der Anhängerschaft der Grünen mit 9,2% am niedrigsten, unter den AfD-Wählern mit 42,5% am höchsten – und zwar mit deutlichem Abstand sogar noch zu den Nichtwählern (19,4%). Die geschichtsrevisionsistischen und antisemitischen Äußerungen von AfD-Funktionären fallen offenbar auf fruchtbaren Boden.

8 »Würden Sie wählen gehen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre und wen würden Sie wählen?«

Tabelle 7: Wahlteilnahme bzw. Parteipräferenz und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)

	Wahlteilnahme		Parteipräferenz**						
	keine Wahlteilnahme (N = 310)	Wahlteilnahme unsicher (N = 201)	CDU/CSU (N = 443)	SPD (N = 424)	FDP (N = 91)	Grüne (N = 173)	Die Linke (N = 166)	AFD (N = 160)	weiß noch nicht, welche Partei (N = 136)
manifester Antisemitismus	19,4	18,4	18,5	19,1	14,3	9,2	16,9	42,5	15,4

Pearsons Chi-Quadrat $p < .01$

Darüber hinaus haben wir erfasst, wie sich die befragten Personen auf einer links-rechts-Skala politisch selbst einordnen. Hier wird ein eindeutiger Zusammenhang zum Antisemitismus erkennbar (Tab. 8): Je weiter rechts sich die Befragten positionieren, desto häufiger bejahen sie auch die antisemitischen Aussagen in der Umwegkommunikation. Bei der kleinen Gruppe, die sich selbst als »rechts außen« verortet, liegt die Zustimmungsrate bei 55%, und auch bei jenen, die sich »rechts« einordnen, noch bei 33,5%. Die Zustimmung ist dagegen bei den Befragten deutlich seltener, die sich auf der anderen Seite des politischen Spektrums sehen: »Links« und »links außen« ist die Zustimmung zu diesen antisemitischen Aussagen weitaus niedriger (12,2% und 14,3%), wobei in der Gruppe »links« die wenigsten Antisemiten sind.

Tabelle 8: Antisemitismus in der Umwegkommunikation und Links-rechts-Einordnung (in %)

Links-rechts-Einordnung**	links außen (N = 49)	links (N = 761)	Mitte (N = 1.032)	rechts (N = 486)	rechts außen (N = 20)
manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation	14,3	12,2	17,2	33,5	55,0

Pearsons Chi-Quadrat ** $p < .01$

Für die Erklärung des Autoritarismus spielen Erziehung, Sozialisation und das Verhältnis zu den Eltern eine entscheidende Rolle (siehe Horkheimer et al., 1936; Adorno et al., 1950; Altemeyer, 1988; Decker et al., 2012). Die Ergebnisse in Tabelle 9 zeigen erwartungsgemäß einen deutlichen Zusammenhang zwischen erfahrener Härte in der Erziehung sowie vorenthaltener Zuwendung einerseits und Antisemitismus in der Umwegkommunikation andererseits (Aussage 1 ist im Vergleich zu den beiden anderen Aussagen negativ formuliert).

Tabelle 9: Erziehungsverhalten und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %; Zustimmung auf Itemebene)

		nein/ gelegentlich	ja
manifeste Antisemitismus	Wurden Sie von Ihren Eltern hart bestraft, auch für Kleinigkeiten? ** (1)	18,4	25,5
	Versuchten Ihre Eltern Sie anzutreiben, »Bester« zu werden? (2)	19,7	17,0
	Wurden Sie von Ihren Eltern getröstet, wenn Sie traurig waren? * (3)	21,2	17,6

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01; *p < .05

(1) nein/gelegentlich gesamt: N = 2.159; ja gesamt: N = 231

(2) nein/gelegentlich gesamt: N = 1.816; ja gesamt: N = 571

(3) nein/gelegentlich gesamt: N = 962; ja gesamt: N = 1.425

In Kapitel 3 haben wir zeigen können, dass rechtsextreme Einstellungen in Verbindung mit verweigerter Anerkennung als Bürger stehen. Wir interessieren uns deshalb dafür, ob die verschiedenen Anerkennungsdimensionen (Anerkennung als Bürgerin oder Bürger, Anerkennung als Person, Anerkennung als tätiger Mensch, vgl. Kap. 3) auch einen Einfluss auf den Antisemitismus in der Umwegkommunikation haben. Bei einem einfachen Gruppenvergleich lässt sich dieser Zusammenhang wiederum nur bei denjenigen finden, die sich nicht als Bürger anerkannt fühlen, die also Erfahrungen autoritärer Staatlichkeit machen (Tab. 10).

Tabelle 10: Sphären der Anerkennung und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)

		anerkannt	nicht anerkannt
manifester Antisemitismus	Anerkennung als Bürgerin oder Bürger** (1)	15,5	30,9
	Anerkennung als Person (2)	19,1	18,5
	Anerkennung als tätiger Mensch (3)	18,9	21,2

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01

(1) anerkannt gesamt: N = 1.839; nicht anerkannt gesamt: N = 553

(2) anerkannt gesamt: N = 2.314; nicht anerkannt gesamt: N = 81

(3) anerkannt gesamt: N = 2.225; nicht anerkannt gesamt: N = 170

Da wir den Zusammenhang zwischen manifestem traditionellem Antisemitismus und erfahrener oder verweigerter Anerkennung bisher nicht dokumentiert haben, soll er ebenfalls Eingang in diese Auswertung finden (Tab. 11). Hier wird sichtbar, dass sich die drei Sphären der Anerkennung auf die Neigung zum traditionellen Antisemitismus auswirken. Manifeste Antisemiten sind in der Gruppe derer, die sowohl autoritäre Staatlichkeit als auch verweigerter Anerkennung als Person und in ihrer Tätigkeit berichten, deutlich häufiger.

Tabelle 11: Anerkennung und manifest traditioneller Antisemitismus (in %)

		anerkannt	nicht anerkannt
manifest traditioneller Antisemitismus	Anerkennung als Bürgerin oder Bürger** (1)	2,8	9,1
	Anerkennung als Person (2)	4,2	7,4
	Anerkennung als tätiger Mensch** (3)	4,0	8,1

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01

(1) anerkannt gesamt: N = 1.853; nicht anerkannt gesamt: N = 560

(2) anerkannt gesamt: N = 2.335; nicht anerkannt gesamt: N = 81

(3) anerkannt gesamt: N = 2.244; nicht anerkannt gesamt: N = 172

Zuvor haben wir argumentiert, dass es sich beim Antisemitismus um mehr handelt als »nur« ein Vorurteil. Das wird unter anderem daran deutlich, dass antisemitische Stereotype Jüdinnen und Juden abwerten und ihnen

gleichzeitig als Kollektiv bestimmte Eigenschaften oder Macht zuschreiben. Die Verschwörungsmentalität muss daher der Annahme nach eng mit dem Antisemitismus verknüpft sein. Tatsächlich lässt sich dieser Zusammenhang für den Antisemitismus in der Umwegkommunikation bestätigen (Tab. 12). Befragte ohne Verschwörungsmentalität stimmen den antisemitischen Aussagen wesentlich seltener zu (5,6%) als Befragte mit starker Verschwörungsmentalität (24,5%).

Tabelle 12: Antisemitismus in der Umwegkommunikation und Verschwörungsmentalität – Ausprägung (in %)

	keine Ausprägung (N = 840)	mittlere Ausprägung (N = 1.210)	starke Ausprägung (N = 310)
Verschwörungsmentalität**	5,6	11,7	24,5

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01

Tabelle 13 stellt den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Autoritarismus dar. Auch hier zeigt sich erwartungsgemäß ein starker Zusammenhang: Wer in der Befragung als autoritärer Charakter hervortritt, ist auch eher antisemitisch eingestellt.

Tabelle 13: Autoritarismus und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)

	Ablehnung	Zustimmung
Unruhestifter sollten zu spüren bekommen, dass sie unerwünscht sind.**	60,7	83,1
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.**	19,8	37,9
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht infrage gestellt werden.**	34,7	61,5

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01

Den letzten Zusammenhang zeigt Tabelle 14, in der es um die Verbindung zwischen Antisemitismus und Gewaltbereitschaft bzw. -akzeptanz geht. Es ist ein wichtiger Befund, dass der Anteil derer, die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz bekunden, unter denen höher ist, die antisemitischen Aussagen zustimmen.

Tabelle 14: Gewaltbereitschaft und manifester Antisemitismus in der Umwegkommunikation (in %)

		Ablehnung	Zustimmung
Antisemitismus in der Umweg- kommunikation	eigene Gewaltbereitschaft** (1)	18,3	23,5
	passive Gewaltakzeptanz* (2)	18,0	23,1

Pearsons Chi-Quadrat **p < .01, *p < .05

(1) Ablehnung gesamt: N = 2.060; Zustimmung gesamt: N = 332

(2) Ablehnung gesamt: N = 1.872; Zustimmung gesamt: N = 516

Auf Grundlage der bisherigen deskriptiven Darstellung können wir nun die Bedingungsfaktoren für die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen festhalten. Unterschiede *bestehen* zwischen den Altersgruppen, aber auch zwischen den Geschlechtern. Darüber hinaus haben wir Belege für eine autoritäre Dynamik gefunden: Erstens deutet die Fokussierung auf die nationale Wirtschaft darauf hin, dass sie als sekundäre Autorität wirkt, zweitens zeigen sowohl die verweigerte Anerkennung als Bürger als auch die gewaltvolle Erziehungserfahrung, wie bedeutsam die autoritäre Vergesellschaftung für das Zustandekommen des Antisemitismus ist. Dafür, dass der Antisemitismus in der Umwegkommunikation in ein autoritäres Syndrom eingebettet ist, spricht die Parteipräferenz für die autoritäre AfD, aber auch die starken Zusammenhänge zur Verschwörungsmentalität, zum Autoritarismus und zur Gewaltbereitschaft und -akzeptanz. Im letzten Schritt wollen wir diese vorläufigen Befunde überprüfen, um auf der so gesicherten empirischen Basis ein Resümee ziehen zu können.

Antisemitismus und Autoritarismus

Entsprechend unserer theoretischen Überlegungen gehen wir davon aus, dass an der Entstehung der autoritären Dynamik in der Gesellschaft mehrere Faktoren beteiligt sind. Hierzu gehört die Unterwerfung unter eine Autorität, die wir gegenwärtig in der Identifikation mit einer starken nationalen Ökonomie sehen. Nahegelegt wird diese Unterwerfung durch autoritäre Erziehung als Kind und autoritäre Staatlichkeit, die als verweigerte Anerkennung im Erwachsenenalter erfahren werden. Diese autoritäre Dynamik mündet in ein autoritäres Syndrom, das sich in einer Verschwörungsmentalität und in autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus äußert. Deshalb rechnen wir damit, dass Personen, die diesem multifaktoriellen Geschehen ausgesetzt sind, mit Antisemitismus reagieren.

Tabelle 15 gibt die Zusammenhänge zwischen den genannten Dimensionen und dem Antisemitismus an. Zur Bestimmung der Zusammenhänge haben wir jeweils Summenwerte errechnet: für den Antisemitismus aus den beiden Formen »traditionell« und »Umwegkommunikation«, für den Autoritarismus aus den drei Dimensionen Aggression, Unterwürfigkeit und Konventionalismus, für die Verschwörungsmentalität aus den drei Aussagen »Verschwörungen, die im Geheimen ausgeheckt werden«, »geheime Organisationen haben großen Einfluss« und »Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten« (die Fragebögen sind in Kap. 3 vorgestellt). Die Sphären der Anerkennung wurden mit einem selbst entwickelten Fragebogen gemessen (vgl. Kap. 4), dessen Konstruktion auf die Anerkennungstheorie von Axel Honneth zurückgeht (Honneth, 1992). Die erinnerte elterliche Erziehung wurde mit einem weiteren gekürzten Fragebogen in drei Dimensionen erfasst (vgl. Kap. 3; Schumacher et al., 2000).

Wie vermutet, sind die bivariaten Zusammenhänge durchgehend statistisch signifikant. Autoritarismus und Verschwörungsmentalität korrelieren hoch mit Antisemitismus, wir können deshalb von einem starken Einfluss dieser Faktoren auf die Entwicklung des autoritären Syndroms ausgehen. Auch die Faktoren, die wir unter der Rubrik »autoritäre oder demokratische Vergesellschaftung« zusammengefasst haben, sind mit dem Antisemitismus statistisch signifikant verbunden.

Tabelle 15: Zusammenhang von Antisemitismus und Elementen des Autoritarismus

	Antisemitismus
autoritärer Charakter	
Autoritarismus	.463**
Verschwörungsmentalität	.375**
autoritäre oder demokratische Vergesellschaftung	
(verweigerte) Anerkennung als Person	-.041*
(verweigerte) Anerkennung als Bürgerin oder Bürger	.281**
(verweigerte) Anerkennung als tätiger Mensch	-.112**
harte Strafen durch die Eltern	.157**
(nicht) von den Eltern getröstet	-.045*

Signifikante Zusammenhänge Kendalls Tau b **p < .01, *p < .05; ohne signifikanten Zusammenhang: Überforderung durch die Eltern

Um den Einfluss der verschiedenen Variablen zu überprüfen, haben wir eine multivariate Regressionsanalyse durchgeführt, mit der nicht nur der Einfluss mehrerer Variablen auf eine abhängige Variable getestet, sondern auch eine Gewichtung der Einflussfaktoren zueinander vorgenommen wird. So lässt sich zum Beispiel überprüfen, wie bedeutsam die individuelle sozioökonomische Lage gegenüber ideologischen Faktoren ist. Um die Ergebnisse abzusichern, haben wir die Persönlichkeitsvariablen noch einmal ergänzt um Misstrauen und Kontrollüberzeugung (d.h., ob die Befragten den Eindruck haben, ihr Leben werde durch sie selbst bestimmt) und einige soziodemografische Merkmale einbezogen (Tab. 16).

Die erklärte Varianz von .341 ist für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung gut; zudem können Wechselwirkungen erkannt werden. Erstens zeigt die Regressionsanalyse, dass Bildung und Geschlecht einen schwachen, aber statistisch relevanten Einfluss auf den Antisemitismus haben: Ältere, Männer und Befragte mit niedrigerem Schulabschluss sind stärker antisemitisch eingestellt. Demgegenüber haben Arbeitslosigkeit, ein niedriges Einkommen oder der Wohnort in Ost- oder Westdeutschland keinen Effekt. Das macht deutlich, dass Unterschiede zwischen einzelnen

statistischen Gruppen die Komplexität des Phänomens in vielen Fällen nicht oder nur unzureichend erklären können.

Zweitens bestätigt sich unser Befund eines deutlichen Zusammenhangs von Autoritarismus sowie Verschwörungsmentalität einerseits und Antisemitismus andererseits. Das autoritäre Syndrom hat mit Beta-Gewichten von .375 und .247 den stärksten Einfluss auf das Zustandekommen des antisemitischen Ressentiments.

Tabelle 16: Ergebnis der Regressionsanalyse (hohe Beta-Gewichte entsprechen hohem Einfluss auf antisemitische Ressentiments)

Indikator	Regressionskoeffizient	Beta	p
autoritärer Charakter			
(hoher) Autoritarismus	1	.375	.000
(hohe) Verschwörungsmentalität	1	.247	.000
interne Kontrollüberzeugung (hoch)	.197	.045	.032
wirtschaftliche Lage in Deutschland heute (schlecht)	.554	.071	.000
autoritäre oder demokratische Vergesellschaftung			
(verweigerte) Anerkennung als Bürgerin oder Bürger	.126	.103	.000
harte Strafen durch die Eltern	.722	.071	.000
(verweigerte) Anerkennung als tätiger Mensch	-.126	-.048	.026
Soziodemografie			
(niedrige) Bildung	-.680	-.090	.000
Geschlecht (männlich)	-.333	-.050	.004
korrigiertes R ²		.346	

Lineare Regression mit schrittweisem Fallausschluss, ohne signifikanten Einfluss: Alter, Ost/West, Arbeitslosigkeit, Haushaltsnettoeinkommen, eigene wirtschaftliche Lage, Anerkennung als Person, getröstet durch Eltern, überfordert durch Eltern, externe Kontrollüberzeugung, Misstrauen; Signifikanzniveau jeweils wie in Spalte p angegeben

Drittens passen dazu auch die – schwachen, aber signifikanten – Effekte in der Rubrik Sozialisation. Sie erfassen die autoritäre Dynamik in der Gesellschaft. Hierzu gehört die frühe Vergesellschaftung, und tatsächlich hat die erinnerte autoritäre Erziehungserfahrung mit harten Strafen Einfluss auf die Ausprägung des Antisemitismus, genauso wie autoritäre Erfahrungen im Erwachsenenalter, wo die verweigerte Anerkennung als Bürgerin oder Bürger am höchsten mit Antisemitismus korreliert.

Interessant ist viertens die große interne Kontrollüberzeugung von Antisemitinnen und Antisemiten: Sie haben das Gefühl, ihr Leben selbst im Griff zu haben. Die Projektion »geheimer Mächte«, also die Verschwörungsmentalität, hilft offenbar dabei, sich als selbstwirksam zu erleben. Dazu passt auch, dass sich Antisemiten als Person sehr anerkannt fühlen. Die Stabilisierung des eigenen Weltbezugs durch den Antisemitismus kann sich auch an dieser Stelle bemerkbar machen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Hohe Prävalenz des Antisemitismus in Deutschland

Der Antisemitismus ist in Deutschland weit verbreitet. Etwa 10% der Befragten aus der aktuellen *Leipziger Autoritarismus-Studie* stimmen traditionellen antisemitischen Aussagen ausdrücklich zu, zwischen 10% und über 50% äußern sich zustimmend zu antisemitischen Aussagen, wenn diese eine Umwegkommunikation ermöglichen. Wird darüber hinaus die Kommunikationslatenz (Teils-teils-Antworten) berücksichtigt, liegt der Anteil traditioneller Antisemiten 2018 bei fast 40% im Osten und über 25% im Westen bzw. bei der Umwegkommunikation zwischen rund 40% und etwas über 80% im Osten und zwischen 30% und fast 80% im Westen. Die höchsten der zitierten Werte erreichen Post-Holocaust-Forderungen nach einem Schlussstrich unter die Verbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkrieges.

Gleichzeitiger Rückgang des Antisemitismus seit 2002

Für den offen kommunizierten Antisemitismus gilt: 2002 waren die Werte in Westdeutschland am höchsten. Über den von uns abgedeckten Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2018 lässt sich tendenziell eine Abnah-

me des manifesten Antisemitismus feststellen. Dieser Rückgang betrifft sowohl den kontinuierlich eingesetzten Fragebogen als auch den Ergänzungsfragebogen zum Antisemitismus in der Umwegkommunikation. Wird nicht nur die manifeste, sondern auch die latente Zustimmung berücksichtigt, verändert sich der Eindruck des Trends nicht. Allerdings zeigen sich im Zeitverlauf auch Schwankungen, die darauf hinweisen, dass die Verbreitung antisemitischer Ressentiments in der Bevölkerung mit der Stabilität sozialer Normen zusammenhängt und das Potenzial noch höher ist, als unsere Untersuchung erfassen konnte.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Repräsentativerhebung in den Haushalten der Befragten durchgeführt wird, wo der Interviewende den Fragebogen zum Selbstausfüllen aushändigt. Der Proband befindet sich demnach im privaten und gewohnten Umfeld und kann seine Stellungnahmen zu den Aussagen verbergen. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Offenbarung in dieser anonymen Form leichter fällt als beim Einsatz anderer Methoden (z.B. telefongestützte Befragungen, teilnehmende Beobachtung oder Gruppendiskussionen). Die soziale Norm wird aber dennoch die Offenbarungsbereitschaft zu einem gewissen Grad dämpfen, da sie durch das anonyme Verfahren nicht vollends unwirksam wird.

Gewalt und Antisemitismus

Die antisemitische Einstellung und Gewaltbereitschaft bzw. -akzeptanz korrelieren miteinander, wenn auch schwach. In Verbindung mit dem hohen Sockel an latent antisemitisch Eingestellten liefert dieser Zusammenhang eine Begründung für die Zunahme antisemitischer Straftaten bei gleichzeitigem relativem Rückgang des Ressentiments: Ihre grundsätzliche Gewaltbereitschaft und das Wissen um die Akzeptanz von Gewalt bei Gleichgesinnten führen Menschen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation häufiger dazu, ihre Einstellung in Verhalten umzusetzen, als noch vor einigen Jahren. Dies entspricht auch unserem Befund der Radikalisierung rechtsautoritärer Milieus (Decker & Brähler, 2016, S. 95).

Die autoritäre Dynamik begünstigt Antisemitismus

Antisemitische Ressentiments werden durch die autoritäre Dynamik in der Gesellschaft gefördert, denn sie sind eine Reaktion auf autoritäre Erfahrungen als Kind und Erwachsener. Der Antisemitismus steht im Kontext eines autoritären Syndroms beim Individuum, das sich zwar den Regeln der wirtschaftlichen Rationalität unterwirft, aber für die aus der Unterwerfung resultierenden Kränkungen ein Ventil benötigt. Viele Menschen finden dieses Ventil offenbar im Antisemitismus. Die Verschwörungsmentalität macht durch Projektion das Gefühl möglich, in der unübersichtlichen Welt die Orientierung zu behalten. Und die höheren manifesten Zustimmungswerte in den Jahren der ökonomischen Krise von 2008 bis 2012 zeigen die Gefahr an, die von diesem Ressentiment ausgeht.

Literatur

- Adorno, T. W. (1954). *Minima Moralia*. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Altemeyer, B. (1988). *Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Bauman, Z. (2005). *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Berger, P. L., Berger, B. & Kellner, H. (1975). *Das Unbehagen in der Modernität*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bergmann, W. (2008). Anti-Semitic Attitudes in Europe. A Comparative Perspective. *Journal of Social Issues*, 64, 343–362.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38, 223–246.
- Beyer, H. & Krumpal, I. (2010). »Aber es gibt keine Antisemiten mehr«: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62, 681–705.
- Beyer, H. & Liebe, U. (2010). Antiamerikanismus und Antisemitismus. Zum Verhältnis zweier Ressentiments. *Zeitschrift für Soziologie*, 39, 215–232.
- Brähler, E. & Decker, O. (2003). Einstellungen zu Juden und Amerikanern, Einschränkungen der Bürgerrechte, Militäraktionen und Ausländerängste in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Herbst 2003. *Psychosozial*, Nr. 97, 115–127.
- Brecht, B. (1995). *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Band 18*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Claussen, D. (1987). Über Psychoanalyse und Antisemitismus. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, 41, 1–21.

- Cohrs, J. C. & Ibler, S. (2009). Authoritarianism, threat, and prejudice. An analysis of mediation and moderation. *Basic and Applied Social Psychology*, 31, 81–94.
- Decker, O. (2015). Narzistische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 21–34). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Grave, T., Rothe, K., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). Erinnernte Erziehungserfahrung und Erziehungsideale über die Generationen. Befunde aus Gruppendiskussionen und Repräsentativerhebungen. *Jahrbuch für Pädagogik*, 267–301.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Rothe, K., Weissmann, M., Geissler, N. & Brähler, E. (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Berlin: FES.
- Duckitt, J. & Fisher, K. (2003). The Impact of Social Threat on Worldview and Ideological Attitudes. *Political Psychology*, 24, 199–222.
- Fein, H. (2012). *The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Freud, S. (1919). Das Unheimliche. In A. Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XII* (S. 227–278). Frankfurt am Main: Fischer.
- Freud, S. (1921). *Massenpsychologie und Ich-Analyse*. In A. Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud – Gesammelte Werke Bd. XIII* (S. 71–161). Frankfurt am Main: Fischer.
- Fritsche, I., Moya, M., Bukowski, M., Jugert, P., Lemus, S. D., Decker, O., Valor-Segura, I. & Navarro-Carrillo, G. (2017). The Great Recession and Group-Based Control. Converting Personal Helplessness into Social Class In-Group Trust and Collective Action. *Journal of Social Issues*, 73, 117–137.
- Graumann, C. F. (1997). Die Erfahrung des Fremden. Lockung und Bedrohung. In A. Mummendey & B. Simon (Hrsg.), *Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften* (S. 39–62). Bern: Huber.
- Graumann, C. F. & Moscovici, S. (1987). *Changing conceptions of conspiracy*. Berlin: Springer.
- Grünberg, K. (2002). Zur »Rehabilitierung« des Antisemitismus in Deutschland durch Walser, Müllemann u.a. Oder Ich weiß wohl, was es bedeutet. Über das allmähliche Verfertigen des Ressentiments beim Reden. Eine psychoanalytische Betrachtung des Antisemitismus. In M. Naumann (Hrsg.), *»Es muß doch in diesem Lande wieder möglich sein ...«. Der neue Antisemitismus-Streit* (S. 224–229). München: Ullstein.
- Heyder, A., Iser, J. & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände Bd. 3* (S. 44–165). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R. & Gagné, J. (2017). Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. *Working Paper Forschungsförderung der Hans Böckler Stiftung*, Nr. 044, August 2017.
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1944). Die Dialektik der Aufklärung. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 5*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936). *Studien über Autorität und Familie*. Springe: zu Klampen (Reprint, 1987).

- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- Imhoff, R. (2010). Zwei Formen des modernen Antisemitismus? Eine Skala zur Messung primären und sekundären Antisemitismus. *Conflict and Communication Online*, 9.
- Kiess, J., Brähler, E., Schmutzer, G. & Decker, O. (2017). Euroscepticism and Right-wing Extremist Attitudes in Germany. A Result of the ›Dialectic Nature of Progress‹? *German Politics*, 26, 235–254.
- Klug, B. (2003). The collective Jew. Israel and the new antisemitism. *Patterns of Prejudice*, 37, 117–138.
- Marin, B. (1979). Ein historisch neuartiger ›Antisemitismus ohne Antisemiten‹? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945. *Geschichte und Gesellschaft*, 5, 545–569.
- Michels, R. (1925). Materialien zu einer Soziologie des Fremden. *Jahrbuch für Soziologie*, 1, 296–319.
- Postone, M. (1982). Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In D. Diner (Hrsg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz* (S. 242–254). Frankfurt am Main: Fischer (1988).
- Ranc, J. (2016). »Eventuell nicht gewollter Antisemitismus.« *Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schönbach, P. (1961). *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Schumacher, J., Eisemann, M. & Brähler, E. (2000). *FEE. Fragebogen zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten*. Göttingen: Hogrefe.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1979). An Integrative Theory of Intergroup Conflicts. In G. W. Austin & S. Worchel (Hrsg.), *The Social Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24). Monterey: Books/Cole.
- Ullrich, P., Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). Judenfeindschaft – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012* (S. 68–86). Bonn: Dietz.

6. Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl

Gert Pickel & Alexander Yendell

Die Beziehung zwischen Religion, Autoritarismus und Rechtsextremismus

Die aktuellen Diskussionen im extrem-rechten Spektrum sind in starkem Maße durch ihren Bezug auf die gegenwärtige Migration geprägt. In diesem Zusammenhang werden auch die Anknüpfungspunkte der rechtsextremen Bewegungen und Parteien an Themen der Mitte der Gesellschaft – durchaus kontrovers – diskutiert, übersteigt doch die Abwertung von Geflüchteten und Asylbewerbern bei Weitem das sonstige rechtsextreme Potenzial in der deutschen Bevölkerung. Dabei ist bislang unklar, inwieweit es sich bei diesen Haltungen gegenüber Geflüchteten und Zuwanderung um erste Tendenzen einer gesellschaftlichen Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen handelt. Auch ist noch offen, ob die Polarisierung der Bürger in ihren Einstellungen zu Flucht und Migration den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder gar die demokratische politische Kultur (Almond & Verba, 1963; Pickel & Pickel, 2006) in Deutschland gefährdet und einer Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung Vorschub leistet (Pickel & Pickel, 2018). Ein Ansatzpunkt zum Verständnis dieser Dynamik könnten die Bezüge auf die religiöse Zugehörigkeit von Geflüchteten sein, die in den öffentlichen Debatten hergestellt werden. Oft sind sie mit Verweisen auf religiösen Fanatismus versehen und behaupten eine mangelnde kulturelle Passung besonders der muslimischen Zuwanderer zum christlichen oder säkularen Europa. Außerdem verbinden sie sich mit Forderungen nach der Verteidigung des »christlichen Abendlandes« gegen den muslimischen »Zustrom«. Diese oft wieder-

holte Argumentation lässt unweigerlich die Frage nach der Position der christlichen Kirchen zu Flucht, Migration, Islam und Rechtspopulismus aufkommen (Adida et al., 2016; Hidalgo & Pickel, 2018). Umstritten ist, welche Position sie genau vertreten und ob die Gläubigen ihr folgen. Die Standpunkte lassen sich entlang von zwei Fragen kartografieren. Wirken religiöse Zugehörigkeiten und christliche Überzeugungen als *immunisierende Faktoren* gegen Autoritarismus und Rechtsextremismus? Die Leitungen der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland, die eine klare Haltung zu Geflüchteten bezogen haben, setzen – oder hoffen zumindest – auf einen solchen Einfluss, was zum Beispiel aus Positionspapieren oder öffentlichen Stellungnahmen hervorgeht. Man kann aber auch in eine andere Richtung denken: Wird die Offenheit für autoritäre und rechtsextreme Forderungen womöglich *gesteigert*, wenn man einer christlichen Kirche angehört und ihre religiösen Inhalte teilt? Etliche Befunde lassen eine solche Annahme durchaus realistisch erscheinen. So haben neuere Studien auf eine Interdependenz spezifischer religiöser Haltungen mit Vorurteilen hingewiesen und gezeigt, dass Einstellungen wie religiöser Dogmatismus und Autoritarismus statistisch verbunden sind (Hunsberger & Jackson, 2005; PEW, 2018).

Doch Religion ist nicht nur als ein Faktor in den Blick zu nehmen, der Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit und Muslimfeindschaft fördert. Die Zugehörigkeit zu einer Religion kann auch als Referenzpunkt für die Ablehnung einer sozialen Gruppe dienen. Es ist offensichtlich, dass jene Bevölkerungsteile, die für extrem-rechte Propaganda offen sind, nicht allein Zuwanderung (Pickel & Pickel, 2018), sondern speziell *muslimische Zuwanderung* ablehnen. Diese an einem religiösen Merkmal festgemachte Gruppenzuweisung bestätigt sich in Demonstrationen, wie von Pegida in Dresden, oder auch in Statements von Politikerinnen und Politikern der AfD. Massiv wird dort die Bedrohung Deutschlands und seiner Kultur durch muslimische Zuwanderung artikuliert und als islamistische Gefahr verallgemeinert. Noch unklar ist, wie tief diese Zuspitzung auf ein Feindbild in die Bevölkerung reicht und inwieweit damit die auf Pluralismus ausgerichteten Grundprinzipien einer Demokratie infrage gestellt werden. Kaum zu bestreiten dürfte allerdings sein, dass Religion in den aktuellen öffentlichen Diskursen eine gewichtige Rolle spielt, unabhängig von ihrem sozialen Bedeutungsverlust auf der Ebene der Mitgliedschaft und der Gläubigenzahl (Pickel, 2017; Pollack & Rosta, 2015), und scheinbar auch

säkulare Menschen eine bestimmte Religionszugehörigkeit als besonders bedrohlich empfinden.

Zudem stellt sich die Frage nach der Wirkung dieser Wahrnehmungen auf das politische Handeln und die Haltung zur Demokratie. Aktuelle Studien belegen die Bedeutung von muslimfeindlichen Einstellungen für die Wahl von populistischen Parteien, in Deutschland vor allem der AfD (Arzheimer, 2015; Hambauer & Mays, 2018; Häußler, 2016; Lengfeld, 2017, 2018; S. Pickel, 2018; Rippl & Seipel, 2018). Offen ist allerdings, welche Bedeutung der Muslimfeindschaft im Geflecht der verschiedenen Ursachen zukommt. Die Wahlerfolge der AfD könnten sich ja auch erklären durch reinen Protest, eigene Abwertungserfahrungen (zum Beispiel als Mitglied der sozialen Gruppe der Ostdeutschen) oder eine Mischung an autoritären Grundeinstellungen. Interessant ist, ob die Fokussierung auf Muslime als »Feindbild« zu einem Dammbbruch führen kann, der die bislang existierenden Grenzen vor offen rechtsextremen Positionen einreißen würde. So wird ja in der Populismusforschung von fließenden Grenzen zwischen rechtspopulistisch und rechtsextrem eingestuften Positionen gesprochen (Mudde & Kaltwasser, 2017; Priester, 2007). Die gegen Eliten und für das Volk gerichtete Kerneinstellung des Populismus ermöglicht dabei hinsichtlich der nach rechts gerichteten inhaltlichen Ziele Überschneidungen. Umgekehrt gibt es die Diskussion, ob den Wählerinnen und Wählern der AfD Unrecht getan wird, wenn sie in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt werden. Die Haltung zur Gruppe der Muslime und der Geflüchteten hat dabei eine Scharnierfunktion in der öffentlichen Debatte inne. Kaum zu leugnen ist die große Rolle der religiös konnotierten Abgrenzung für die Mobilisierungserfolge von extrem-rechten Bewegungen und der AfD in der Bevölkerung (Wodak, 2017).

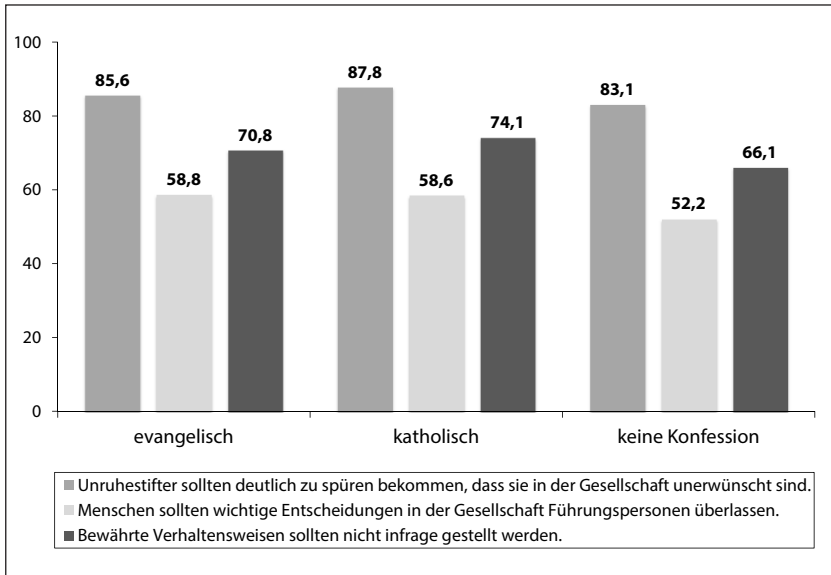
Diesen Fragen gehen wir in diesem Kapitel nach. Zuerst untersuchen wir, ob religiöse Zugehörigkeit (oder auch Konfessionslosigkeit) in Zusammenhang mit autoritären Einstellungen steht.¹ Unsere These ist, dass dieser Zusammenhang nur gering ist, da sich die Zusammensetzung der Kirchenmitglieder kaum von der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung unterscheidet. Im zweiten Schritt wenden wir uns den Einstellungen der Deutschen gegenüber Muslima und Muslimen zu und versuchen, diese

1 Aufgrund geringer Fallzahlen ist es nicht möglich, belastbare Erkenntnisse für Religionsgruppen jenseits der Christinnen und Christen und der Konfessionslosen zu gewinnen.

in autoritäre Einstellungsgerüste einzuordnen. Zuletzt analysieren wir die Auswirkungen der Muslimfeindschaft auf die Einstellung zur Demokratie und das Wahlverhalten. Dabei versuchen wir, den Einfluss extrem-rechter Einstellungen auf das Wahlverhalten herauszuarbeiten und ihre Bedeutung für die Konstitution einer entsprechenden Wählerschaft zu ermitteln.

Zugehörigkeit zum Christentum als immunisierender Faktor?

Immer wieder wird diskutiert, welche Rolle die religiöse Zugehörigkeit und Identität für autoritäre Haltungen und die Offenheit gegenüber rechtsextremen Forderungen spielen (Adida et al., 2016; Liedhegener, 2016; Pickel 2018). Wer sollte denn auch in modernen, säkularen Zeiten noch in der Kirche bleiben wollen außer Dogmatikern und Menschen, denen es an Rationalität fehlt? Nimmt man die Annahme ernst, dass sich religiöser Dogmatismus und Autoritarismus nahestehen, dann muss sich dies auch auf politische Einstellungen auswirken (Pickel, 2017). Jüngst (Juni 2018) produzierte eine Studie des Pew Research Center (PEW, 2018) eine gewisse Aufregung. Sie stellte nicht nur die geläufige Annahme infrage, dass das Christentum als eine Art immunisierender Puffer gegenüber autoritären, extremistischen und populistischen Versuchungen wirke, sondern kam sogar zu gegenteiligen Ergebnissen. Der Studie nach offenbarten Christinnen und Christen, speziell die aktiven (gemessen am regelmäßigen Kirchgang), stärkere Ablehnung von Zuwanderern und Menschen anderer Religionsgemeinschaften. Diese Ergebnisse stimmen allerdings nicht mit Ergebnissen aus anderen Umfragen überein. Teils deckungsgleiche Berechnungen stehen mitunter in direktem Widerspruch zu den Befunden des Pew Research Center – und weisen auf eine migrationsfreundlichere Haltung von Mitgliedern der christlichen Kirchen hin (G. Pickel, 2018). Die Daten der *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* bestätigen in einer Hinsicht die Ergebnisse des Pew Research Center: Mitglieder der christlichen Kirchen scheinen etwas offener für autoritäre Einstellungen zu sein als Konfessionslose (Grafik 1).

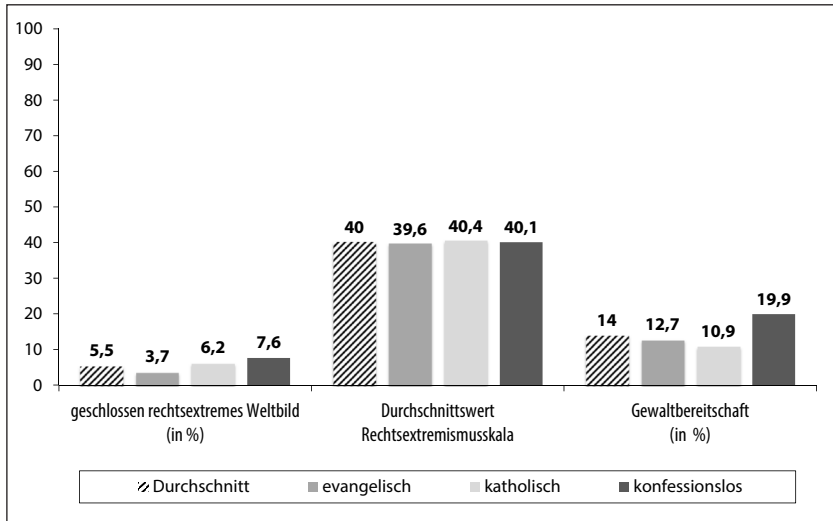
Grafik 1: Muster autoritärer Einstellungen nach Konfessionszugehörigkeit (in %)

Zustimmung zu den drei Aussagen (Antwortkategorien: stimme etwas zu, stimme ziemlich zu, stimme voll und ganz zu)

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die Unterschiede gering ausfallen. Offenbar sind Folgebereitschaft und Sicherheitsorientierung, wie sie in den Autoritarismus-Items enthalten sind, für einen Teil der Konfessionsmitglieder attraktiv. In diesem Punkt sind durchaus Wahlverwandtschaften zwischen dogmatischen religiösen und extrem-rechten Gruppen möglich. Dies gilt aber in gleicher Weise für die Gruppe der Konfessionslosen, die sich von der der Kirchenmitglieder nur um Nuancen unterscheidet. Tatsache ist jedoch, dass das Christentum in einer allgemeinen Form nicht vor autoritären Einstellungen schützt. Grafik 2 macht das noch einmal deutlich. Aus ihr geht hervor, dass sich die Durchschnittswerte der Gesamtskala Rechtsextremismus, die sich aus den Zustimmungswerten zu den 18 extrem-rechten Aussagen ergeben (siehe Kap. 2), zwischen Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen faktisch nicht unterscheiden. Das zeigt andersherum auch: Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Zugehörigkeit zum Christentum rechtsextreme Einstellungen verstärken würde. Weder immunisiert die Kirchenmitgliedschaft also gegen die Über-

nahme rechtsextremer Einstellungen, noch ist sie ein besonders geeigneter Nährboden dafür.

Grafik 2: Rechtsextreme Einstellungen und Gewaltbereitschaft nach Konfession

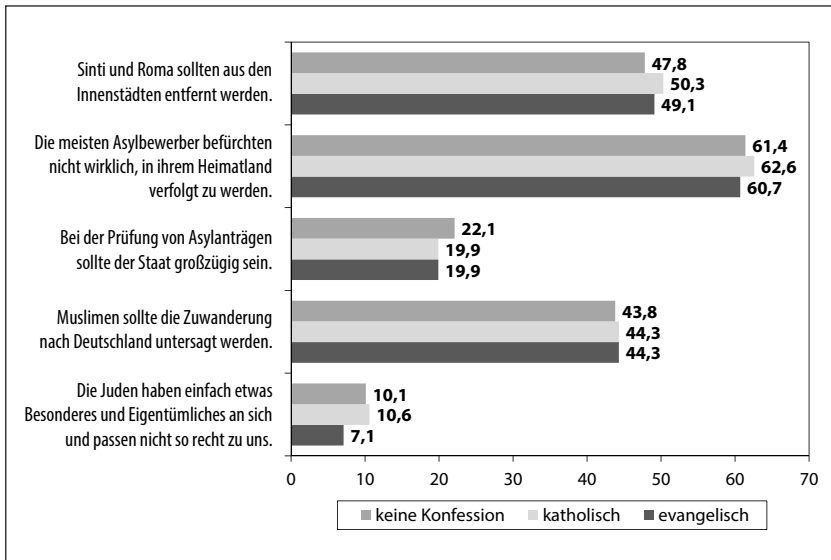


Anteil geschlossen rechtsextremes Weltbild in % nach Konfession; Darstellung der Durchschnittswerte nach Konfession auf Grundlage aller 18 Aussagen zur Messung von Rechtsextremismus (siehe Kap. 2); Gewaltbereitschaft = Zustimmung zu »Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.«

Zu diesem Befund passt, dass auch bei ausgewählten gruppenbezogenen Vorurteilen, die mit Aussagen aus dem Erhebungsinstrumentarium Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfasst wurden (Heitmeyer, 2012; Zick et al., 2016), kein wesentlicher Unterschied zwischen Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen erkennbar ist (Grafik 3). Sowohl für Antisemitismus, Antiziganismus als auch Muslimfeindschaft ist Konfessionszugehörigkeit (oder nicht) kein entscheidender Faktor. Für die einzelnen Aussagen betragen die Unterschiede in der *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* zwischen Christen und Konfessionslosen maximal drei Prozentpunkte. Kirchenmitglieder sind also an sich weder menschenfreundlicher noch menschenfeindlicher. Dasselbe gilt für ihre Haltung gegenüber Ausländern allgemein. Bemerkenswert ist allerdings, dass Kirchenmitglieder deutlich seltener bereit sind, ihre Überzeugungen mit Ge-

walt durchzusetzen. Nur knapp 12% von ihnen stimmten der Aussage zu »Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen«, im Gegensatz zu 20% bei den Konfessionslosen.

Grafik 3: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Konfessionszugehörigkeit (in %)



Prozentuale Angaben für Antworten »stimme eher bzw. stimme voll und ganz zu« bei den ersten vier Aussagen, bei der letzten Aussage auf die Antworten »stimme überwiegend bzw. stimme voll und ganz zu«

Zur Frage nach dem Zusammenhang von Wahlverhalten und Konfession zeigt Tabelle 1: Die SPD ist die beliebteste Partei bei den Protestanten und die CDU/CSU bei den Katholiken. Konfessionslose bevorzugen die Partei »Die Linke«. Der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern liegt unter den Konfessionslosen bei 16%, unter Protestanten und Katholiken bei 8% bzw. 7%. Dieser Unterschied kann nicht allein damit erklärt werden, dass der Anteil an Konfessionslosen im Osten höher ist als im Westen, denn unter den Konfessionslosen ist der Anteil an AfD-Wählern im Osten und Westen vergleichbar (14% vs. 17%). Neben der noch immer hohen Beständigkeit der klassischen Traditionslinien des Wahlverhaltens

(z.B. CDU–katholisch) ist auch die geringe Bereitschaft Konfessionsloser interessant, die regierenden »Volksparteien« zu wählen.

Tabelle 1: Parteipräferenz nach Konfession (in %)

	evangelisch	katholisch	konfessionslos
CDU/CSU	24,0	42,0	12,1
SPD	34,4	20,1	18,1
FDP	5,0	5,3	6,8
Grüne	10,1	10,7	10,1
Linke	7,3	4,1	22,7
AfD	8,1	7,1	15,7
NPD	0,5	0,8	1,3
andere	1,9	2,1	3,5
explizite Nichtwahl	11,3	13,1	16,7

Angaben zur Frage: »Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?«

Muslimfeindschaft in der deutschen Bevölkerung

Bleibt die Frage nach der Bedeutung von religiöser Zugehörigkeit als Referenzobjekt für autoritäre Einstellungen. Eine Möglichkeit ist die Abwertung der Mitglieder einer bestimmten anderen Religion. So wurde in den letzten Jahren das Instrumentarium zur Messung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit um die Abwertung von Muslima und Muslimen erweitert (Zick et al., 2016). Dies kann als Reaktion auf die zunehmende Abgrenzung gegenüber Muslima und Muslimen verstanden werden, die spätestens seit Beginn der »Flüchtlingskrise« im öffentlichen Diskurs sichtbar geworden ist. Folgt man diesem Diskurs und den inhaltlichen politischen Angriffspunkten insbesondere der AfD, so hat sich die Ausrichtung auf *Angehörige »des Islam« als Ankerpunkt der Dynamisierung autoritärer Einstellungen* herauskristallisiert. Dabei müssen zwei Gruppen unterschieden werden: Einerseits Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild, andererseits Personen ohne ein solches Weltbild, die aber gegen Zuwanderung, muslimische Zuwanderung und den Islam eingestellt

sind. Die Ablehnung des Islam und seiner Mitglieder scheint deutlich über den harten Kern von rechtsextremen Personen hinaus in der deutschen Bevölkerung anschlussfähig zu sein. Diese Beobachtung ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Staaten zu machen (Strabac & Listhaug, 2007). Religionskritiker wenden üblicherweise ein, dass die Ablehnung des Islam mit Skepsis und Kritik am Islam in Verbindung steht und weniger mit Vorurteilen und Fremdenhass. Gelegentlich wird dann über den Zusatz »berechtigte Islamkritik« eine Legitimation für eigentlich muslimfeindliche Aussagen erzeugt, also für Einstellungen, die eine spezifische Gruppe von Menschen massiv abwerten. In der diesjährigen *Leipziger Autoritarismus-Studie* wurde deshalb explizit nach Muslimfeindschaft und nicht nach Islamfeindlichkeit gefragt (siehe Kap. 2). Dabei wurde auf das Konstrukt aus dem Instrumentarium der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zurückgegriffen, selbst wenn einzelne der zur Beantwortung vorgelegten Aussagen möglicherweise weniger Feindschaft als Unwohlsein abbilden (»fühle mich durch Muslime als Fremder im eigenen Land«). Im Ergebnis zeigt sich, dass 44% der Befragten der Meinung sind, die muslimische Zuwanderung nach Deutschland sollte untersagt werden (wobei allerdings nur 15% dieser Aussage vollständig zustimmen; siehe Grafik 17 in Kap. 2). Mehr als die Hälfte der Befragten äußert, sich wegen der Muslima und Muslime fremd im eigenen Land zu fühlen (siehe Grafik 18 in Kap. 2). Damit hat sich die ablehnende Haltung gegenüber Muslima und Muslimen und ihrer Zuwanderung seit 2016 weiter erhöht (Decker et al., 2016, S. 50). Vor dem Hintergrund der hohen Konsistenz der öffentlichen Debatten und Diskussionen zu muslimischer Zuwanderung ist dieses Ergebnis nicht überraschend, bemerkenswert ist vielmehr, dass immer noch die Mehrheit der Deutschen einen solchen Zuwanderungsstopp ablehnt – all den Debatten zum Trotz. In alternativen Umfragen fallen die Zustimmungsraten zu einem Zuwanderungsstopp teilweise niedriger aus (Pickel & Yendell, 2016; SVR, 2016; Zick et al., 2016), was auf die unterschiedlichen Erhebungsmethoden zurückgeht (hier: Selbstausfüller in Face-to-Face-Befragungen). Doch unabhängig von der genauen Höhe der Zustimmungsraten zeigt sich im Zeitverlauf nirgends ein Abschwellen der kritischen Haltung gegenüber muslimischer Zuwanderung, selbst nach dem deutlichen Rückgang der realen Zuwanderung nach dem Peak 2015. Einen vergleichbaren Verlauf hat die Einstellung gegenüber Asylbewerberinnen und Asylbewerbern genommen, die eng mit der

Muslimfeindschaft verzahnt ist. Obwohl nur zwei Drittel der Geflüchteten dem Islam angehören, werden sie im Denken vieler Deutscher alle zu Muslimen (G. Pickel, 2018).

Tabelle 2: Zustimmung zu Muslimfeindschaft und Abwertung von Asylbewerbern nach soziostrukturellen Merkmalen (in %)

	Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.
weiblich	42,2	58,2
männlich	46,4	65,4
Abitur	27,2	48,4
kein Abitur	48,4	64,9
14–19 Jahre	46,8	57,9
20–39 Jahre	40,7	60,0
40–59 Jahre	45,2	62,0
ab 60 Jahre	45,6	62,9
unter 1.000 Euro Einkommen	47,2	61,8
1.000 bis unter 2.000 Euro Einkommen	44,2	63,5
2.000 Euro und mehr Einkommen	40,8	57,1
Ost	50,7	67,3
West	42,4	60,0

Auffällig ist die Beständigkeit in der Diskrepanz zwischen den alten und den neuen Bundesländern: So befürworten ungefähr die Hälfte der Befragten im Osten eine Untersagung muslimischer Zuwanderung, während es im Westen nur 42% sind. Diese Einstellung ist gerade in den Gebieten besonders stark ausgeprägt, in denen der Anteil an Muslimen in der Bevölkerung unter 1% beträgt. Dies deckt sich mit anderen Ergebnissen (Pickel & Yendell, 2016), welche den Mangel an Kontakten und Erfahrungen mit dieser »Fremdgruppe« für die schärfere Abgrenzung mitverantwortlich machen (Tajfel, 1982). Hier ergeben sich Anknüpfungspunkte für

extrem-rechte Bewegungen und die AfD: Die oft schon über die Medien ungünstig beeinflussten ostdeutschen Bürger lassen sich leichter gegen Muslime, Geflüchtete und deren Fürsprecher mobilisieren. Neben dieser regionalen Differenz machen soziostrukturelle Merkmale jedoch kaum einen Unterschied hinsichtlich der Einstellung gegenüber Muslima und Muslimen sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (Tab. 2). Abwertende Haltungen gegenüber Muslima und Muslimen finden sich eher bei Männern als Frauen, Personen ohne Abitur und Menschen aus unteren Einkommensklassen. Bemerkenswert ist der hohe Anteil der Befürworterinnen und Befürworter eines Zuwanderungsstopps in der jüngsten Untersuchungsgruppe. Generell ist die Einstellung gegenüber Muslimen in den älteren Generationen etwas ablehnender, und Asylbewerber werden von älteren Bürgern etwas eher unter Verdacht gestellt, nicht wirklich verfolgt zu werden. Interessanter ist der Tatbestand, dass sich die Generationen in ihrer Haltung gegenüber Muslima und Muslimen nur so geringfügig voneinander unterscheiden. Sozialer Status (Einkommen) oder Bildungsstand stellen hier in der Bevölkerung eine Unterscheidungslinie in den Einstellungen dar. Gleichzeitig trägt die Sozialstruktur relativ wenig zur Erklärung der Muslimfeindschaft bei.

Dagegen beeinflussen Einstellungsmuster die Haltung zu den Mitgliedern der islamischen Glaubensgemeinschaft weitaus stärker. So sind die statistischen Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und Muslimfeindschaft erheblich. Geht man davon aus, dass autoritäre Einstellungen als Persönlichkeitsmerkmale tiefer im Einstellungsreservoir von Menschen angelegt sind als Einstellungen gegenüber einzelnen Sozialgruppen, dann ist die Kausalität klar: Sie befördern eine abwertende Haltung gegenüber Muslima und Muslimen. Die statistischen Ergebnisse der *Leipziger Autoritarismus-Studie* bestätigen diese Annahme (Tab. 3). Auch rechtsextreme und die muslimfeindliche Einstellung korrelieren hoch miteinander, wie die Berechnung der Zusammenhangsmaße ergibt. Wenig überraschend hängen die Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und die Offenheit für Rechtsextremismus eng zusammen. Dementsprechend hegen viele Befragte abwertende Einstellungen gegenüber mehr als nur einer sozialen Gruppe. Ihre gruppenbezogenen Vorurteile (Allport, 1979) bündeln sich zu einer generellen Menschenfeindlichkeit, die sich gegen verschiedene soziale Gruppen richtet (Zick et al., 2016). Gleichzeitig sticht die Ablehnung von Muslima und

Muslimen heraus, da diese (wie auch die der Asylbewerber und Sinti und Roma) besonders stark verbreitet ist.

Tabelle 3: Zusammenhänge zwischen Muslimfeindschaft und Autoritarismus (Zusammenhangsmaße)

	fremd im eigenen Land durch Muslime	Muslimen sollte Zuwanderung untersagt werden
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	.213**	.219**
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	.147**	.213**
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht infrage gestellt werden.	.174**	.197**
Rechtsextremismus	.374**	.408**
Abwertung Asylbewerber	.373**	.317**
Verschwörungsmentalität (Skala)	.202**	.228**
Gewaltbereitschaft	.134**	.160**

Rechtsextremismus = Gesamtindex aller 18 Aussagen; Abwertung Asylbewerber = Index aus den beiden Aussagen »Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein« und »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden«; Zusammenhangsmaß Kendalls Tau b; **p < .01

Der bereits angesprochene Zusammenhang zwischen Muslimfeindschaft und der Abwertung von Asylbewerbern wird in Tabelle 3 noch einmal statistisch belegt. Die religiöse Zugehörigkeit (zu einer islamischen Glaubensgemeinschaft) wird zum zentralen Referenzpunkt für ablehnende und autoritäre Einstellungen: Dabei gehen bei sehr vielen Bürgerinnen und Bürger ihre Haltungen zu Geflüchteten, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Muslima und Muslimen stark ineinander über.² Die Abwertung von Muslima und Muslimen bringt verschiedene Personengruppen zusammen: Zum einen finden sich Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund

2 Ein anderer zentraler Angriffspunkt aus dem extrem-rechten Spektrum auf demokratische und pluralistische Gesellschaftsvorstellungen, der Anti-Genderismus, der eng mit gruppenbezogenen Vorurteilen verknüpft ist, konnte leider nicht erfragt werden.

von Unsicherheit und Angst vor Terrorismus in eine Distanzhaltung zum Islam und gegenüber Muslima und Muslimen gehen (Hafez & Schmidt, 2015; Pickel & Yendell, 2016; Yendell & Pickel 2017). Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft, sind nicht zwingend antidemokratisch, haben aber oft Aspekte sozialer Ungleichwertigkeit verinnerlicht. Zum anderen finden sich unter den Muslimfeinden Personen mit klar autoritären bis rechtsextremen Einstellungen. Getragen wird diese Ablehnung durch eine in Teilen der Bevölkerung verankerte Angst vor »kultureller Überfremdung« (Pickel & Pickel, 2018; S. Pickel, 2018). Demnach gelten islamische Glaubensrichtungen als unvereinbar mit der eigenen Kultur, sei sie christlich oder säkular. Diese Angst ist wiederum eng mit autoritären Einstellungen sowie dem Wunsch nach einer Lösung der (vermeintlichen) Zuwanderungsprobleme durch Abschottung verbunden. Dabei werden die Zugewanderten grundsätzlich als »anders« und diese kulturellen Differenzen als statisch angesehen. Dem liegt die Annahme einer unveränderbaren kulturellen Prägung zugrunde. Interessanterweise sind es gerade Zuschreibungen von Kompromisslosigkeit, religiösem Dogmatismus und Gewaltbereitschaft, die als Begründung für die eigene Ablehnung von Muslima und Muslimen genannt werden. Hinweise auf eine starke religiöse Bindung oder auf Dogmatismus unter Muslimen fördern deren Ablehnung (Koopmans, 2017). Allerdings greifen Muslimfeinde in ihrer Argumentation auch häufig auf Fake-News und Verschwörungstheorien zurück und spitzen Einzelfälle zu, um ihre Ziele zu rechtfertigen.

Angesichts der Daten aus der aktuellen *Leipziger Autoritarismus-Studie* und den anderen zitierten Untersuchungen wird ein Problempotenzial für die deutsche Gesellschaft erkennbar, welches den sonst oft inhaltsleeren Aussagen einer »Rückkehr der Religionen« Kontur gibt. So ist diese Rückkehr weitgehend als Konfliktdiskussion über den Islam und die Integration oder Inklusion seiner Mitglieder in die deutsche Gesellschaft und Kultur zu verstehen. Für die eigene Positionierung spielen Stereotype, gruppenbezogene Vorurteile und die wahrgenommene Verbindung zwischen Islam, Islamismus und Terrorismus genauso eine Rolle wie das Gefühl einer »kulturellen Überfremdung« durch den als kulturell fremd eingestuften Islam (Pollack et al., 2014; Pickel & Yendell, 2016). Diese Sicht auf den Islam wird auf seine Mitglieder übertragen und macht sie zu einer besonders markanten und kritisch gesehenen Gruppe in der deutschen Bevölkerung. Die Verbindung dieser empfundenen Bedrohung mit

der daraus resultierenden Abwertung von Muslima und Muslimen in der Gesellschaft deckt sich mit dem sonst ausgesprochen vorsichtig zu verwendenden Konzept der Islamophobie (Halliday, 1999; Helbling, 2012).

Die Wahl der AfD als politische Folge aus Autoritarismus und Muslimfeindschaft?

Was sind die Konsequenzen aus diesen Beobachtungen? Richtet man seinen Blick auf die öffentlichen Debatten, welche stark durch Parolen gegen Muslima und Muslime geprägt sind, stellt sich die Frage, in welchen Verhaltensweisen sich diese Einstellungen niederschlagen. Für Demokratien ist das Wahlverhalten von besonderer Bedeutung, wird doch über die Wahl von Repräsentanten die politische Macht verteilt. Dabei ist auffällig, dass verschiedene Parteien in jüngerer Zeit Positionen eingenommen haben, die sicherheitsorientiert sind und auf die Einschränkung von Zuwanderung – und speziell muslimischer Zuwanderung – zielen.

Eine besonders konturierte Position nimmt die AfD ein. Ihr Parteiprogramm wie auch die öffentlichen Auftritte ihrer Politikerinnen und Politiker sind explizit gegen Zuwanderung und gegen eine – aus ihrer Sicht zu – starke Ausbreitung »des Islam« in Deutschland gerichtet. Dabei sehen sie multikulturalistische Konzepte sowie den Umgang mit Muslima und Muslimen in Deutschland kritisch. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass die AfD besonders für Wählerinnen und Wähler interessant ist, die ablehnend gegenüber Muslimen eingestellt sind. Gleichzeitig liegt die Vermutung nahe, dass sie – eher als die Anhänger anderer politischer Parteien – zu Vorstellungen von Ungleichwertigkeit neigen. Bereits in der *Leipziger »Mitte«-Studie 2016* konnten diese Annahmen belegt werden (Decker et al., 2016, S. 67–94; Yendell et al., 2017). Dieser Befund hat sich auch 2018 nicht wesentlich geändert: Unter den Wählern der AfD finden sich bei Weitem die stärkste Muslimfeindschaft und Ablehnung von Asylbewerbern. 74% von ihnen finden, dass Muslima und Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte (bei den Wählern der anderen Parteien liegt der Anteil bei unter 50%), und 84% stimmen der Aussage zu, Asylbewerber befürchteten gar nicht, in ihrer Heimat verfolgt zu werden (im Vergleich zu unter zwei Dritteln bei den Wählern der anderen Parteien). Zwar ist der Anteil der Zustimmenden generell hoch,

aber der Abstand zur Wählerschaft der AfD bleibt dennoch eindrücklich. Die Gruppe der Nichtwähler kommt ihnen am nächsten: Sie präferieren (derzeit noch) die Exit-Möglichkeit vor der Protestwahloption. Gleichzeitig gehen bei vielen unter ihnen die Einstellungen gegenüber Muslima und Muslimen in eine ähnliche Richtung.

Tabelle 4: Wahlpräferenz nach Muslimfeindschaft und Abwertung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (in%)

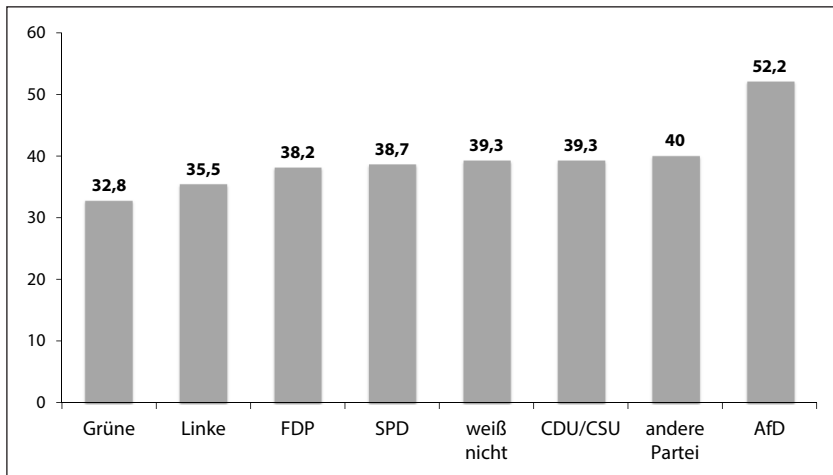
	Muslimen sollte Zuwanderung untersagt werden	Asylbewerber befürchten nicht, in ihrer Heimat verfolgt zu werden	durch Ausländer ist Bundesrepublik in einem gefährlichen Maß überfremdet
CDU/CSU	44,1	62,1	33,7
SPD	38,8	59,0	35,8
FDP	34,4	65,6	24,7
Linke	32,9	47,9	24,0
Grüne	24,3	42,8	18,5
AfD	73,8	83,8	67,3
weiß nicht	36,5	60,0	32,6
explizite Nichtwähler	52,1	64,7	42,9

Zuwanderung untersagen als Skala mit fünf Antwortkategorien; Statements zu Asylbewerbern und Muslimen: Skala mit vier Antwortkategorien

Die bereits 2016 beschriebene Radikalisierung der Wählerschaft der AfD hat auch 2018 nicht nachgelassen (Decker et al., 2016, S. 77–78, 93). Die Antipoden zu den AfD-Anhängern sind nach wie vor die der Grünen, die rechtsextremen Aussagen am wenigsten zustimmen. Aber selbst unter ihnen finden sich Menschen mit muslimfeindlichen Positionen, wenn auch seltener als in den anderen etablierten Parteien (Grafik 4). Die radikale Ausrichtung der AfD-Wählerschaft wird am deutlichsten, wenn man auf die Verteilung der Rechtsextremismusskala schaut (Minimalwert 18, Maximalwert 90). Wie schon 2016 (Decker et al., 2016, S. 78) sind die AfD-Wähler auf dieser Skala mit Abstand am höchsten platziert und erreichen 2018 erneut einen Wert über 52. Das heißt auch, dass der Zuwachs an AfD-Wählerinnen und -Wählern die Struktur der Parteiwählerschaft seit

2016 kaum verändert hat und dass diese Partei einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Menschen mit rechtsextremen Einstellungen zu ihrer Wahl motivieren kann. Damit erweist sich die AfD als Sammelbecken für muslimfeindliche Wählerinnen und Wähler aus dem rechtskonservativen, aber auch dem rechtsextremen Lager.

Grafik 4: Rechtsextreme Einstellungen nach Wahlpräferenz von Parteien (in %)



Durchschnittliche Werte zu allen Aussagen im Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (FR-LF) (Min. 18 = lehne voll und ganz ab, Max. 90 = stimme voll und ganz zu)

Die Wahlentscheidung ist allerdings nicht nur von einem Faktor abhängig. Gerade für die AfD fehlen noch Erfahrungen und empirisch belastbare Erkenntnisse, um sämtliche Faktoren ihrer Wahl bestimmen zu können. Aufgrund des erst kurzen Bestehens der AfD ist zum Beispiel die Parteiidentifikation noch nicht so ausgeprägt wie bei etablierten Parteien, auch wenn sich dafür erste Anzeichen zeigen; auch die Orientierung an bestimmten Personen konnte sich wegen der fehlenden Präsenz von Kandidaten für Leitungspositionen in Bund und Ländern noch nicht entwickeln. Somit bleiben die Themen und Inhalte, welche die AfD vertritt.

In Tabelle 5 ist ein binär logistisches Regressionsmodell abgebildet, welches den Einfluss verschiedener Indikatoren auf die Wahl bzw. Nichtwahl der AfD zeigt. Darin wurden folgende Indikatoren berücksichtigt: der Gesamtindex Rechtsextremismus, der Gesamtindex Verschwörungs-

mentalität, der Gesamtindex Muslimfeindschaft, der Gesamtindex Abwertung von Asylbewerbern, die drei Anerkennungsdimensionen (Anerkennung als Person, Anerkennung als tätiger Mensch, Anerkennung als Bürger), zwei Aussagen zum Vertrauen (»Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen« und »Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen«), die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der BRD zurzeit und in einem Jahr, die eigene wirtschaftliche Lage zurzeit und in einem Jahr sowie Alter, Geschlecht, Häufigkeiten von Arbeitslosigkeit, Einkommen, Abitur (ja/nein) und Region (West- und Ostdeutschland).

Welche Faktoren erklären nun die AfD-Wahlpräferenz, wenn man verschiedene Erklärungsmöglichkeiten kontrastiert? Die Berechnungen zeigen – *die Muslimfeindschaft ist für AfD-Anhängerinnen und -Anhänger ein zentraler Faktor für ihre Wahlentscheidung*. Daneben finden sich Effekte von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und der subjektiven Einschätzung der aktuellen eigenen wirtschaftlichen Lage als schlecht. Auch fehlendes Vertrauen in die Mitmenschen – zentraler Indikator für die Erfassung von (fehlendem) Sozialkapital – begünstigt die Wahl der AfD. Rechts-extreme Einstellungen spielen ebenfalls eine Rolle, aber der statistische Effekt bleibt im multivariaten Modell hinter den Effekten von autoritären Einstellungen und Muslimfeindschaft deutlich zurück. Neben einem schwachen Alterseffekt wählen auch Männer eher die AfD. Interessant ist: Objektive Faktoren der Deprivation wie niedriges Einkommen oder Arbeitslosigkeit sind in Relation zu anderen Erklärungsfaktoren nicht ausschlaggebend. Mit anderen Worten haben soziale Deprivation, Abstiegs-ängste oder die Angst vor Verdrängung vom Arbeitsmarkt auf Basis dieser Ergebnisse nur eine nachgeordnete Bedeutung. Vielmehr sind es Ängste vor »kultureller Überfremdung«, ein möglicherweise schon länger vorhandener Ethnozentrismus und die massive Ablehnung von Muslimen, welche die Wahl der AfD wahrscheinlich machen. Dass sie auch mit einer Verschwörungsmentalität einhergeht, ist ebenfalls ein plausibles Ergebnis, wird doch seitens der politischen Vertreter der AfD immer wieder die Lügenpresse als (weiterer) politischer Feind präsentiert.

Tabelle 5: Regressionsmodelle auf AfD-Wahl

Indikator	Beta	p
Rechtsextremismus (Skala)	.057	**
GMF Asylbewerber	n.s.	
GMF Muslimfeindschaft	.426	**
viel Anerkennung als Individuum	n.s.	
viel Anerkennung als Bürger	n.s.	
viel Anerkennung als tätiger Mensch	n.s.	
harte Strafen durch Eltern	n.s.	
Autoritarismus (Skala)	.324	*
Verschwörungsmentalität (Skala)	.175	**
Vertrauen 1: allgemeines Vertrauen	.367	**
Vertrauen 2: kein Verlass auf Menschen	n.s.	
allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland schlecht	n.s.	
allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr	n.s.	
eigene wirtschaftliche Lage heute schlecht	.228	*
eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr schlecht	n.s.	
Alter	.018	**
Geschlecht	.537	**
Arbeitslosigkeit (Häufigkeit)	n.s.	
Einkommen	n.s.	
Abitur	n.s.	
Ost/West	n.s.	
Nagelkerkes R-Quadrat	.266	

Die Ergebnisse der *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* bestätigen aktuelle Erklärungsmodelle zur Wahl der AfD. Vieles spricht für die *Cultural-Backlash-These*, die besagt, dass es eine Mischung der Angst vor kultureller Überfremdung mit einer gegen die (teils nie akzeptierten) modernen Werte und Entwicklungen gerichteten Ablehnung ist, welche zu der Zuwendung zu rechtspopulistischen Parolen oder Parteien mit entsprechender Ausrichtung führt (Inglehart, 2018, S. 173–199; auch Inglehart & Norris,

2016; Rippl & Seipel, 2018). Die Ergebnisse der diesjährigen Leipziger Studie untermauern zudem, dass die Wahl der AfD auf kulturelle Faktoren, Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit und hier speziell Muslimfeindschaft zurückgeht (Bieber et al., 2018; S. Pickel, 2018). Dagegen erweist sich die Annahme, AfD-Wähler seien soziostrukturell abgehängte Modernisierungsverlierer, nicht als erklärungskräftig (Lengfeld, 2017, 2018). Die Grundthese lautet hier, dass die sozialstrukturell benachteiligten Teile der Bevölkerung im Rahmen der beschleunigten Modernisierung und Globalisierung den Anschluss verloren haben – oder dies zumindest glauben. Dies führe zu einer Abwehrhaltung gegenüber Veränderung und sozialem Wandel, während die Vergangenheit und die eigene Gruppe, die der Deutschen, verklärt werden. Bei genauerer Sicht auf die Daten spricht allerdings wenig dafür, dass es sich bei der Wählerschaft der AfD vorrangig um Modernisierungsverlierer handelt. Sie mögen etwas häufiger das Gefühl haben, den Entwicklungen der Globalisierung nicht mehr folgen zu können und dadurch ins Hintertreffen zu geraten, doch der wichtigste Antrieb für ihre Wahlentscheidung ist das nicht. Hierfür ist eine Mischung aus Autoritarismus, politischer Entfremdung, die sich vor allem in Politiker- und Parteienverdrossenheit äußert, und Sorge vor »kultureller Überfremdung« verantwortlich. Diese Haltung findet ihr Feindbild in verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, die als »anders« wahrgenommen werden, wie Muslima und Muslimen. Die Offenheit für extrem-rechte Positionen und die Wahl der AfD kommt durch eine Mischung verschiedener Faktoren zustande: Misstrauen in die etablierten Eliten, Angst vor »kultureller Überfremdung«, soziale Abgrenzung und Nationalismus, Gefühl der Entwertung der eigenen Identität und die Abwertung sozialer Gruppen, die als »anders« wahrgenommen werden. AfD-Wählerinnen und -Wähler sind aber vor allem: überdurchschnittlich häufig muslimfeindlich und autoritär. Hierin wird auch die große Nähe der AfD-Wähler zu den Befürwortern der Pegida-Bewegung sichtbar (Vorländer et al., 2016; Yendell et al., 2016).

Tabelle 6: AfD-Wahl und Demokratiezufriedenheit (in %)

	Unzufriedenheit mit		
	Demokratie als Idee	Demokratie, wie sie in der Verfassung der Bundesrepublik festgelegt ist	Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik
CDU/CSU	6,1	15,1	34,2
SPD	5,2	19,0	32,8
Linke	3,0	25,7	50,9
Grüne	3,0	9,0	27,2
AfD	6,3	42,5	76,3
Nichtwählerinnen und Nichtwähler	10,8	30,7	59,8

Im Folgenden wollen wir untersuchen, was dieses Wahlverhalten für die Einstellung zur Demokratie bedeutet. In der politischen Kulturforschung wird in Anlehnung an Lipset (1981) und Pickel und Pickel (2006) zwischen der Beurteilung der aktuellen Demokratie und der politischen Legitimität (also Demokratie als Staatsprinzip) unterschieden. Für die aktuelle Erhebung wurden drei Items erfragt: die Zustimmung zur Demokratie als Idee, zur Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist und wie sie in der Bundesrepublik funktioniert (siehe Kap. 2, Grafiken 14–16). Die Daten zeigen, dass die Unzufriedenheit mit der Demokratie als Idee in der Wählerschaft der AfD kaum stärker ausgeprägt ist als in anderen Parteien. Diese positive Haltung ändert sich mit größerer Nähe zum bestehenden politischen System. So ist die Unzufriedenheit mit der Verfassung und dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unter AfD-Wählerinnen und -Wählern weitaus größer als unter denen anderer Parteien und sogar unter Nichtwählern, die bereits ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit der Demokratie offenbaren (siehe Tab. 6). Neben dem Protestcharakter, welcher dieser Haltung auch innewohnt, bewegen sich die Wählerinnen und Wähler der AfD dabei überproportional häufig in der Nähe einer extrem-rechten, den demokratischen Verfassungsstaat ablehnenden Position. Da diese Partei zudem nur wenige konstruktive Alternativen politischen Handelns vorschlägt und in der Regel auf (populistische) Polarisierungen

zwischen (einem als homogen gesetzten) Volk und den politischen Eliten bzw. denen, die nicht als Teil des »Volkes« angesehen werden, zurückgreift, ist es vor allem das Verständnis von Demokratien als pluralistisch und liberal, das hier zum Feindbild gemacht wird. Ein solches Verständnis von Demokratie ist durchaus als Gefährdung für diese Staatsform anzusehen (Mounk, 2018).

Politische Polarisierung und Auseinandersetzung mit religiös-kulturellen Differenzen in der Bevölkerung

Wie sich gezeigt hat, schützt die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche weder vor autoritären noch vor rechtsextremen Einstellungen. Es kommt auf das Werteverständnis an, das der Gläubige mit dem Christentum verbindet. Und selbst das ist unter Umständen nicht entscheidend, wenn die individuellen religiösen von den politischen Vorstellungen strikt getrennt werden, wie dies in sich säkularisierenden Gesellschaften oft der Fall ist. Für eine tiefergehende Analyse der Auswirkungen verschiedener Formen von Religiosität, sei es der Hang zu religiösem Dogmatismus, sei es die prosoziale Werthaltung, sind weiterführende Daten zu denen der *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* nötig. Doch die erhobenen Daten bestätigen, was auch andere Umfragen zeigen: *Allein Christ zu sein immunisiert nicht gegen rechtsextreme oder autoritäre Einstellungen.*

Die religiöse Zugehörigkeit kommt an anderer Stelle ins Spiel – als *Referenzpunkt* für Fremdenfeindlichkeit, Ethnozentrismus, Abgrenzung und für die Wahrnehmung einer bedrohlichen »kulturellen Überfremdung«. Und hier sind es insbesondere Muslima und Muslime – also eine allein über die religiöse Zugehörigkeit identifizierte Sozialgruppe –, die als gefährlich, unmodern und nicht zu Deutschland passend beurteilt werden (siehe Kap. 2, Grafiken 17 und 18; Pollack et al., 2014; Pickel & Pickel, 2018; Pickel & Yendell, 2016), und dies stärker in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Die religiöse Zugehörigkeit wird dabei gewissermaßen ethnisiert und auf alle in Deutschland lebenden Muslima und Muslime übertragen, seien sie gerade zugewandert oder bereits in zweiter oder dritter Generation hier. Die Ablehnung von Muslima und Muslimen gründet sich, dies belegen andere Studien (Pickel & Pickel, 2018), weniger auf eigene persönliche Erfahrungen als auf zugeschriebene Eigenschaften und

gruppenbezogene Vorurteile. Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Einstellungen aus dem Spektrum der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern diese Ablehnung. Die Zugehörigkeit zu einer Religion wird – auch durch mediale Darstellungen (Pickel & Yendell, 2016) und Teile des wissenschaftlichen Diskurses (Bleich, 2011; Helbling, 2012) – zum gewichtigen Faktor in der aktuellen politischen Debatte. Die ungünstige Beurteilung von Muslimen eröffnet die Möglichkeit, sie als Fremdgruppe mit Feindcharakter zu identifizieren – eine Möglichkeit, die von einem großen Anteil der deutschen Bevölkerung ergriffen wird. Dabei darf man die weitreichende Ablehnung von Muslima und Muslimen nicht mit der legitimen Kritik am Islam oder seinen Vertretern verwechseln, muss aber darauf achten, das Argument der Berechtigung von Kritik nicht zu überreizen. Aus den Daten der *Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* wird auch deutlich, dass die Muslimfeindschaft die allgemeine Ausländerfeindlichkeit übersteigt. Wer muslimischen Glaubens ist, wird oft noch durch zusätzliche Merkmale abgewertet (z.B. Geflüchteter oder Asylbewerber), was zu einer wechselseitigen Stärkung der Position als Außenseiterin oder Außenseiter in Deutschland (und anderen Ländern) führt.

Ohne das Aufkommen einer mit dem Islam verkoppelten Flüchtlingsdebatte wären die Erfolge der AfD nicht zu erklären: Sie profitiert vom verbal offerierten Kampf gegen die »kulturelle Überfremdung« durch muslimische Zuwanderung. Faktisch handelt es sich dabei um eine (Wieder-) Aufnahme der weitverbreiteten These von einem »Kampf der Kulturen« (Huntington, 1996). Die Politikerinnen und Politiker der AfD missachten damit demokratische Grundprinzipien der Gleichheit und immunisieren ihre Anhänger zugleich über das Schüren einer Verschwörungsmentalität gegenüber Kritik und Argumentation anderer Teile der Gesellschaft. Wer die AfD wählt, nimmt diese Rhetorik für sich an. Es ist vor allem die klare Ablehnung von Zuwanderung insbesondere von Muslima und Muslimen, die zur Wahl der AfD motiviert – sie ist in einer multikausalen Analyse der wichtigste Erklärungsfaktor. Die tiefgreifende politische Entfremdung dieser Wählerschaft von der etablierten Politik (oder besser den Parteien und Politikern) stellt die notwendige Grundlage für diese Entwicklung dar. Es kommt zu einem *Cultural Backlash* (Inglehart, 2018; auch Diskussion bei Lengfeld, 2017), dem eine Rückbesinnung auf Nativismus, einen völkisch geprägten Nationalismus (Holtmann, 2018) und Autoritarismus als Hilfsfaktoren für die Abwehr der kulturellen Entfremdung dient.

Rekurriert man auf frühere Daten der *Leipziger »Mitte«-Studien*, wird deutlich, dass sich die Radikalisierung der AfD-Wählerschaft fortgesetzt hat; oder anders gesagt: Trotz des Zuwachses an Wählerinnen und Wählern hat sich ihre Radikalität gehalten. Obwohl die AfD auch ihre Wählerbasis im konservativen politischen Milieu bedienen möchte, weisen die politischen Einstellungen der Wählerschaft stärker darauf hin, dass es die extrem-rechte Rhetorik ist, die ankommt: Der größere Teil der AfD-Wähler offenbart Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Einstellungen, die nicht – oder zumindest nicht durchgehend – mit den demokratischen Grundwerten der Bundesrepublik vereinbar sind. Die auf diese Klientel ausgerichtete Politik der AfD fördert durch ihre Zuspitzung und starke Symbolik die Polarisierung in der Gesellschaft; die Anhänger dieser Partei werden so zu einer Position ermuntert, die die Grenze zum Rechtsextremismus mitunter überschreitet (Pickel & Decker, 2016). Ein Teil von ihnen war schon zuvor dieser Überzeugung, ein anderer Teil wird durch die Ablehnung bestimmter Elemente der Demokratie dafür anfällig. AfD-Wählerinnen und -Wähler neigen überproportional häufig zum Autoritarismus. Die Wählerschaft der AfD setzt sich so zu großen Teilen aus autoritären Nationalisten und ethnozentristischen Bürgern der Mitte zusammen – und diese stehen der Demokratie, wie sie sich in der Bundesrepublik etabliert hat, skeptisch bis ablehnend gegenüber. Inwieweit ihre Zunahme eine Gefahr für die Demokratie darstellt und welche Größenordnung an AfD-Wählern sie ertragen kann, ist derzeit offen (Levitsky & Ziblatt, 2018). Besonders die Polarisierung wird als Gefahr für den bislang als gegeben angesehenen Grundkonsens des Umgangs miteinander ausgemacht. So sieht man den gesellschaftlichen Zusammenhalt der deutschen Bevölkerung in Gefahr. Doch was meint der Begriff »gesellschaftlicher Zusammenhalt« in einer weitgehend heterogenen und individualisierten Gesellschaft? Vor allem sind es wohl ein vernünftiger Umgang mit dem jeweils anderen und dessen Meinung sowie die Akzeptanz eines gesellschaftlichen Pluralismus. Und bei allen hier präsentierten alarmierenden Ergebnissen gilt es, daran zu erinnern, dass die deutsche Bevölkerung noch immer mehrheitlich nicht muslimfeindlich ist (fast 60% weisen eine Einschränkung muslimischer Zuwanderung zurück) und anderen Menschen ihre Lebensweise lassen kann (zuletzt SVR, 2018). Wichtig ist die Einigung darauf, was die zentralen Werte einer Demokratie sind. Die Ablehnung von Ausgrenzung sozialer Gruppen und die Akzeptanz einer im Kern pluralistischen Gesellschaft zählen sicher dazu.

Literatur

- Adida, C., Laitin, D. & Valfort, M.-A. (2016). *Why Muslim Integration Fails in Christian-Heritage Societies*. Cambridge: Harvard University Press.
- Allport, G. W. (1979). *The Nature of Prejudice*. New York: Basic Books. (3. Aufl., orig. 1954).
- Almond, G. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Arzheimer, K. (2015). *The AfD: finally a successful right-wing populist eurosceptic party for Germany? West European Politics*, 38(3), 535–556.
- Bieber, I., Roßteutscher, S. & Scherer, P. (2018). Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft. Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? *Politische Vierteljahresschrift*, 59(3), 433–462.
- Bleich, E. (2011). What is Islamophobia and how much is there? Theorizing and measuring an emerging comparative concept. *American Behavioral Scientist*, 55(12), 1581–1600.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2016). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.
- Hafez, K. & Schmidt, S. (2015). *Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Halliday, F. (1999). Islamophobia reconsidered. *Ethnic and Racial Studies*, 22, 892–902.
- Hambauer, V. & Mays, A. (2018). Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich zwischen Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-Wählern und Wählern anderer Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(1), 133–154.
- Häußler, A. (Hrsg.) (2016). *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer.
- Helbling, M. (Hrsg.) (2012). *Islamophobia in the West. Measuring and Explaining Individual Attitudes*. London: Routledge.
- Hidalgo, O. & Pickel, G. (2018). *Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften*. Wiesbaden: Springer VS.
- Holtmann, E. (2018). *Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Huntington, S. P. (1996). *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Wien: Europa Verlag.
- Hunsberger, B. & Jackson, L. (2005). Religion, meaning, and prejudice. *Journal of Social Issues*, 61, 807–826.
- Inglehart, R. (2018). *Cultural Evolution. People's Motivations are Changing, and Reshaping the World*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Inglehart, R. & Norris, P. (2016). *Trump, Brexit, and the rise of populism. Economic have-nots and cultural backlash*. Harvard Kennedy School faculty research working paper series, RWP16-026.
- Koopmans, R. (2017). *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration*. Münster: LIT Verlag.
- Lengfeld, H. (2017). Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69(2), 209–232.
- Lengfeld, H. (2018). Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 295–310.
- Levitsky, S. & Ziblatt, D. (2018). *How Democracies Die*. New York: Crown.
- Liedhegener, A. (2016). Religiöse Identitäten als Problem wechselseitiger Identifizierungen und Kategorisierungen. Aktuelle theoretische Konzepte und Fragen ihrer Operationalisierung in

- der empirischen Religionsforschung. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 65–82). Wiesbaden: Springer VS.
- Lipset, S. M. (1981). *Political Man. The social bases of politics*. Baltimore: Johns Hopkins.
- Mounk, Y. (2018). *The People vs. Democracy. Why our Freedom is in Danger & How to Save it*. Cambridge: Harvard University Press.
- Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford: University Press.
- PEW (Pew Research Institute) (2018). *Being Christian in Western Europe*. Washington, DC.
- Pickel, G. (2018). *Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen*. Unveröffentlichtes Manuskript: Leipzig.
- Pickel, G. (2017). Religiosität in Deutschland und Europa – Religiöse Pluralisierung und Säkularisierung auf soziokulturell variierenden Pfaden. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 1(1), 37–74.
- Pickel, G. & Decker, O. (2016). *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Leipzig: Edition Leipzig.
- Pickel, G. & Yendell, A. (2016). Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10(3–4), 273–309.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 297–320.
- Pickel, S. (2018). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahlen 2017*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer.
- Pollack, D., Müller, O., Rosta, G., Friedrichs, N. & Yendell, A. (2014). *Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: Springer.
- Pollack, D. & Rosta, G. (2015). *Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt am Main: Campus.
- Priester, K. (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rippel, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 237–254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1
- Strabac, Z. & Listhaug, O. (2007). Anti-Muslim prejudice in Europe. A multilevel analysis of survey data from 30 countries. *Social Science Research*, 37(2), 268–286.
- SVR (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) (2016). *Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer*. Berlin.
- SVR (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) (2018). *Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018*. Berlin.
- Tajfel, H. (1982). *Social Identity and Intergroup Relations*. Cambridge: University Press.
- Yendell, A., Decker, O. & Brähler, E. (2016). Wer unterstützt Pegida und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung? In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland* (S. 137–152). Gießen: Psychosozial.
- Yendell, A. & Pickel, G. (2017). Mehr kriminelle Jugendliche und Ausländer – oder nur mehr Angst davor? Zahlen und Fakten zu ausgewählten Kriminalitätsbereichen und Bürgerein-

- schätzungen von Kriminalität in Sachsen. In A. Yendell, G. Pickel & K. Dörner (Hrsg.), *Innere Sicherheit in Sachsen. Beiträge zu einer kontroversen Debatte*. Leipzig: Edition Leipzig.
- Vorländer, H., Herold, M. & Schäler, S. (2016). *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wodak, R. (2017). *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien: Edition Konturen.
- Zick, A., Küpper, B. & Krause, D. (2016). *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz.

Die vollständige Version des Buches ist im Psychosozial-Verlag erschienen und als gedruckte Version über den Buchhandel erhältlich.

Liste aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2016

Oliver Decker, Oskar Niedermayer & Elmar Brähler (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin*, 1, 65–77.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 42, 8–17.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Unter Mitarbeit von Norman Geissler. Berlin: FES.

Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geissler & Elmar Brähler (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Unter Mitarbeit von Franziska Göpner & Kathleen Pöge. Berlin: FES.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Unter Mitarbeit von Johannes Kiess. Berlin: FES.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Marliese Weißmann & Elmar Brähler (2010). *Die Mitte in der Krise*. Springe: zu Klampen (2012).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2013). *Rechts-extremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Universität Leipzig (http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2015). *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2016). *Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. DIRK BAIER ist Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Seine Forschungsschwerpunkte sind Jugenddelinquenz, Gewalt, Extremismus und Ausländerfeindlichkeit.

MARIE CHRISTINE BERGMANN, M.Sc., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. Sie leitet derzeit eine zweijährlich stattfindende niedersachsenweite repräsentative Schülerbefragung (Niedersachsensurvey). Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Jugendkriminalität und abweichendes Verhalten sowie die Entstehungsbedingungen und Korrelate von Cyberbullying.

Prof. Dr. ELMAR BRÄHLER war von 1994 bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz. Er leitet dort das BMBF-Verbundprojekt »DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren«.

PD Dr. phil. OLIVER DECKER, Studium der Psychologie, Soziologie und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Leiter des Forschungsbereichs Sozialer und medizinischer Wandel an der Medizinischen Fakultät und Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig sowie Co-Sprecher des

Graduiertenkollegs Rechtspopulismus. Auf Einladung der School of Visual Arts war er 2015 Gastprofessor am Department *Critical Theory and the Arts*. Herausgeber des zweibändigen Lehrbuchs »Sozialpsychologie und Sozialtheorie« (2018) bei Springer.

BARBARA HANDKE, M.A., studierte Anglistik und Soziologie in Rostock und Leipzig. Sie ist Lektorin für geistes- und sozialwissenschaftliche Texte und Dozentin für wissenschaftliches Schreiben. Ihr Roman *Wo ist Norden* (2018) thematisiert die Anomie-Erfahrung der 1990er-Jahre in Ostdeutschland.

Dr. des. JOHANNES M. KIESS studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Leipzig sowie Middle East Studies an der Ben-Gurion Universität des Negev, Beer Sheva, Israel. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen und forscht dort im EU-Projekt »EURYKA – Reinventing Democracy in Europe: Youth Doing Politics in Times of Increasing Inequalities«. Zwischenzeitlich Gastwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und an der Georgetown University, Washington D.C. In seiner 2018 verteidigten Dissertation untersuchte er die deutsche Sozialpartnerschaft während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Er wirkt seit 2008 bei den Leipziger »Mitte«-Studien mit.

Dr. SÖREN KLIEM ist Psychologe und Leiter der Forschungseinheit Dunkelfeld-Monitoring am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Evaluation von Präventionsprogrammen, Entstehungsbedingungen abweichenden Verhaltens, Gewaltdelinquenz. Zwischen Mai 2016 bis April 2017 vertrat er die Professur für psychologische Diagnostik und Psychotherapie an der Technischen Universität Braunschweig.

FELIX KORSCH, Dipl.-Journ., studierte Journalistik und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. Er arbeitet als Fachjournalist sowie als Berater im NSU-Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages.

Dr. DANI KRANZ ist Direktorin von Two Foxes Consulting, Senior Researcher des Israelprojekts an der Bergischen Universität Wuppertal so-

wie External Research Affiliate am Zelikovitz Center for Jewish Studies, Carleton University, Ottawa, Kanada. Ihr akademischer Hintergrund sind Sozialanthropologie, Sozialpsychologie und Geschichte, ihre Expertise liegt in den Bereichen der Migrations- und Ethnizitätsforschung, Rechtsanthropologie, Anthropologie des Staates/Staatlichkeit, Interfamilien und -kindern, sowie der intergenerationalen Tradierung. Ihre gegenwärtige Forschung stellt die Trialektik von Juden, Muslimen und Christen in Deutschland in ihren Mittelpunkt. Ihre primären geografischen Forschungsgebiete sind Deutschland und Israel/Palästina, wo sie sowohl im Rahmen von Langzeitethnographien als auch mit Mixed-Methods-Ansätzen forscht.

YVONNE KRIEG, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen und Doktorandin an der Freien Universität Berlin. Ihren Abschluss in Politikwissenschaft absolvierte sie 2016 an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität in Hannover. Sie arbeitet an unterschiedlichen, repräsentativen Schüler/innenbefragungen und setzt ihren Forschungsschwerpunkt auf die Bedingungsfaktoren rechter Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher.

Dr. DOMINIC KUDLACEK ist Sozialwissenschaftler und Kriminologe. Gegenwärtig forscht er zu Hasskriminalität, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung. Er ist für mehrere migrationssoziologische Studien und verschiedene Projekte aus dem Gebiet der Sicherheitsforschung verantwortlich, die unter anderem für das BMI, die Europäische Kommission und das BMBF durchgeführt werden. Seit Ende 2016 ist er stellvertretender Direktor des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen.

Prof. Dr. GERT PICKEL, Professor für Religions- und Kirchensoziologie am Institut für Praktische Theologie, Theologische Fakultät der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Religionssoziologie, politische Kulturforschung, Demokratieforschung und vergleichende Methoden der Sozialwissenschaften.

DANIEL POENSGEN, Sozialwissenschaftler, ist Mitarbeiter im Projekt Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bundesweite Koordination (RIAS-BK), ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.; er promoviert im Bereich der Antisemitismusforschung.

JULIA SCHULER, Psychologin (M.Sc.), ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig und seit 2018 Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

BENJAMIN STEINITZ, Politikwissenschaftler, ist Gründer und Leiter der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – Berlin (RIAS) und – Bundesweite Koordination (RIAS – BK, zwei Projekte des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.).

Dr. ALEXANDER YENDELL ist zurzeit PostDoc in der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig und Mitglied im Vorstand des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung in Leipzig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, Radikalisierung, Islamfeindlichkeit, Religiosität und Sozialstruktur. Zuvor war Yendell wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Loughborough University, der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und der Universität Potsdam.

Seit 2002 erhebt das Forschungsteam um Elmar Brähler und Oliver Decker die rechtsextremen und autoritären Einstellungen in Deutschland. Diese Studienreihe, die als Leipziger »Mitte«-Studie bekannt wurde, hat sich zu einem der wichtigsten Barometer der politischen Kultur in Deutschland entwickelt.

Auf Grundlage der Ergebnisse einer 2018 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage wird die gegenwärtige politische Situation in Deutschland beschrieben und ihre Ursachen werden analysiert. Stärker noch als in den vergangenen Jahren liegt der Fokus in der aktuellen Studie auf der autori-

tären Dynamik in der Gesellschaft. Die gravierenden gesellschaftspolitischen Veränderungen, die sich aktuell abzeichnen, sind Anlass, mit der nun »Leipziger Autoritarismus-Studie« benannten Untersuchung auf die Gefahren für die Demokratie hinzuweisen.

Mit Beiträgen von Dirk Baier, Marie Christine Bergmann, Elmar Brähler, Oliver Decker, Barbara Handke, Johannes Kiess, Sören Kliem, Felix Korsch, Dani Kranz, Yvonne Krieg, Dominic Kudlacek, Gert Pickel, Daniel Poensgen, Julia Schuler, Benjamin Steinitz und Alexander Yendell

Oliver Decker, PD Dr., ist Leiter des Forschungsbereichs Sozialer und medizinischer Wandel an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Hier ist er zudem Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung und leitet zusammen mit Elmar Brähler die »Leipziger Autoritarismus-Studie« zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland.

Elmar Brähler, Prof. Dr. rer. biol. hum. habil., war bis 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Er ist Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz.